

François Höpflinger

Bevölkerungswandel Schweiz

**Soziodemografische und familiendemografische Entwicklungen im
Langzeitvergleich**

Impressum

Copyright © 2020 bei François Höpflinger

Tabellen und ausgewählte Teile der Studie dürfen bei entsprechender Quellenangabe für andere Forschungs- und Studienarbeiten oder journalistische Beiträge verwendet werden.

Online-Version der Studie ist via www.hoepflinger.com verfügbar.

DOI: 10.13140/RG.2.2.35536.33288

Erscheinungsdatum der aktuellen Version: Oktober 2020

Print-Version

Herstellung/Druck: Käser Druck AG, 8143 Stallikon

ISBN 978-3-033-08165-9

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	5
1 Komponenten der Bevölkerungsentwicklung	6
2 Zur Bevölkerungsentwicklung im Gebiet der heutigen Schweiz	7
3 Familiengründung – Eheschließungen und Geburtenentwicklung	14
3.1 Eheschließungen – Ehe und Heiratsverhalten im Wandel	14
3.2 Geburtenentwicklung und Fertilitätsverhalten in der Schweiz	24
3.2.1 Demografischer Übergang – von hohen zu tiefen Geburtenraten	24
3.2.2 Geburtenhäufigkeit und Geburtenentwicklung in der Schweiz	30
3.2.3 Zur These eines zweiten demografischen Übergangs in modernen Gesellschaften	42
4 Sterblichkeitsentwicklung und Lebenserwartung	45
4.1 Einflussfaktoren auf Sterblichkeitsraten und Lebenserwartung	45
4.2 Lebenserwartung und Überlebensordnung in der vorindustriellen Schweiz	48
4.3 Säuglingssterblichkeit	54
4.4 Anstieg der Lebenserwartung in modernen Gesellschaften – Trends und Ursachen	57
4.4.1 Exkurs: Covid-19-Pandemie in der Schweiz – bisherige Auswirkungen auf Todesfälle	65
4.5 Soziale Unterschiede der Lebenserwartung	67
4.5.1 Geschlechtsspezifische Unterschiede der Lebenserwartung	67
4.5.2 Lebenserwartung nach Lebensform und Familienstand	70
4.5.3 Bildungs- und Einkommensunterschiede der Lebenserwartung	72
4.6 Zum Konzept der gesunden bzw. behinderungsfreien Lebenserwartung	76
4.7 Familiäre und gesellschaftliche Folgen der Langlebigkeit	78
4.7.1 Ausweitung der gemeinsamen Lebensspanne von Generationen	78
4.7.2 Gesellschaftliche Folgen von Langlebigkeit	80
5 Haushaltsformen und Familienverhältnisse im Wandel	82
5.1 Haushaltsgröße – früher und heute	82
5.2 Familiäre Generationenbeziehungen – und intergenerationelles Zusammenleben	86
5.3 Junge Familien im Wandel – Entwicklungen der letzten Jahrzehnte	93
6 Familienauflösung – Scheidung und Verwitwung	100
6.1 Scheidungen	100
6.2 Verwitwung – Partnerverlust durch Tod	104

7 Migration – Auswanderung und Zuwanderung	108
7.1 Migrationsprozesse – konzeptuelle Aspekte	108
7.2 Ansätze zur Erklärung von Migrationsprozessen	110
7.3 Auswanderung aus der Schweiz	114
7.4 Zuwanderung in die Schweiz – wesentliche Entwicklungen	121
7.4.1 Trend zu qualifizierter Zuwanderung	131
7.4.2 Fluchtbewegungen und Asylgesuche	133
7.4.3 Migration und Alter	135
7.5 Einbürgerungen	138
8 Bevölkerungsverteilung und Urbanisierung	141
8.1 Zur Bevölkerungsentwicklung in verschiedenen Kantonen	145
8.2 Agglomerationen und neue urbane Entwicklungen	148
9. Altersverteilung der Bevölkerung – Dimensionen demografischer Alterung	153
9.1 Zum Bevölkerungsanteil von 60-jährigen und älteren Personen im historischen Zeitvergleich	153
9.2 Zur Altersverteilung der Bevölkerung nach lebenszyklischen Gesichtspunkten	156
9.3. Zur Entwicklung demografischer Verhältniszahlen	158
9.4. Szenarien zur demografischen Alterung	161
9.5 Kritische Anmerkungen zu klassischen Messgrößen demografischer Alterung	165
9.6 Gesellschaftliche und sozial-politische Folgen demografischer Alterung	166
Abschlussbemerkungen	169
Literaturverzeichnis	171

Einleitung

In der vorliegenden Arbeit werden wesentliche soziodemografische und familiendemografische Entwicklungen in der Schweiz vorgestellt und diskutiert, basierend auf einer Weiterführung und Aktualisierung früherer Forschungsstudien (Höpflinger 1986 2012a). Einerseits werden Veränderungen zentraler Hauptkomponenten der Bevölkerungsentwicklung – Geburten, Lebenserwartung und internationale Migration – analysiert. Andererseits werden wichtige Begleitprozesse demografischer Veränderungen (Urbanisierung, demografische Alterung) dargestellt. Ergänzt wird dies durch eine Darstellung bedeutsamer familiendemografischer Wandlungen (Familiengründung, Eheschließungen, Eheauflösungen, Haushaltsformen).

Der Hauptschwerpunkt der Arbeit liegt weniger in einer Detailbetrachtung aller demografischer Indikatoren als darin langfristige sozio-demografische Wandlungen aufzuzeigen. Deshalb werden möglichst lange Zeitreihen präsentiert. Sachgemäß beziehen sich demografische Daten vor der Gründung des schweizerischen Bundesstaats (1848) auf ausgewählte regionale und lokale Orte im Gebiet der heutigen Schweiz. Bei einigen historischen Daten handelt es sich um mehr oder weniger grobe Schätzwerte.

Im Rahmen der demografischen Analyse werden gesellschaftliche Ursachen und Folgen der angeführten demografischen Wandlungen angesprochen und diskutiert: Weshalb kam es zum Geburtenrückgang und welche Folgen hat eine tiefe Geburtenrate? Welche gesellschaftlichen Faktoren haben zur Erhöhung der Lebenserwartung beigetragen und welche Konsequenzen ergeben sich aus einer steigenden demografischen Alterung? Bei der Diskussion von Ursachen und Folgen demografischer Veränderungen ergeben sich unterschiedliche Interpretationen. Dies ist namentlich bei der Einschätzung der Folgen von Zuwanderung auf Arbeitsmärkte und Gesellschaft der Fall. Der bei diesen Fragen gewählte theoretische Ansatz ist ein bevölkerungssoziologischer Ansatz; das heißt ein Ansatz, der Wechselbeziehungen zwischen demografischen und gesellschaftlichen Wandlungsprozesse berücksichtigt und der es vermeidet aus quantitativen demografischen Entwicklungen falsche Schlüsse zu ziehen, zum Beispiel eine Gleichsetzung demografischer Alterung mit gesellschaftlicher Alterung.

Die Daten beziehen sich auf die Schweiz bzw. das Gebiet der heutigen Schweiz. Allerdings handelt es sich bei vielen der angeführten sozio-demografischen Wandlungen um grenzüberschreitende Prozesse. Gewisse nationale Unterschiede sind beobachtbar, aber die meisten bedeutsamen demografischen Wandlungen (etwa der Übergang von hohen zu tiefen Geburtenraten oder die Erhöhung der Lebenserwartung) zeigen sich ab einer gewissen gesellschaftlichen Modernisierung in allen Ländern der Welt. Die demografische Entwicklung der Schweiz ist in vielen Bereichen nur ein Illustrationsbeispiel für Wandlungen, die in anderen europäischen Ländern ähnlich verliefen und verlaufen.

1 Komponenten der Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerungsentwicklung einer gegebenen Region wird prinzipiell von drei demografischen Komponenten bestimmt:

a) Geburten (Fertilität): Die Zahl von neu geborenen Kindern wird zum einen bestimmt durch die Zahl an Frauen im gebärfähigen Alter (Menarche bis Menopause). Selbst bei unverändertem generativem Verhalten kann sich ein Geburtenanstieg ergeben, wenn viele Frauen ins gebärfähige Alter nachrücken. Da für die menschliche Reproduktion die Zahl gebärfähiger Frauen entscheidend ist, beziehen sich alle Fertilitätsindikatoren auf die weibliche Bevölkerung. Versuche, die Geburtenhäufigkeit von Männern zu erfassen, sind selten und haben sich nicht durchgesetzt (Brouard 1977). Zum anderen wird die Geburtenzahl durch das generative Verhalten junger Menschen bestimmt. Das generative Verhalten wird seinerseits durch eine Reihe von Faktoren - wie Heirats- und Familiengründungsverhalten, Kinderwunsch und Geburtenkontrolle - beeinflusst. Entsprechend ist das Geburtenniveau einer Gesellschaft eng mit ihren sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen verknüpft.

b) Sterbefälle (Mortalität): Die Zahl von Sterbefällen ist zum einen von der Altersverteilung einer Bevölkerung abhängig. Eine Gemeinde oder eine Stadt, die viele alte Menschen aufweist, muss zwangsläufig mit vielen Sterbefällen rechnen. Zum anderen wird die Zahl von Sterbefällen durch die Lebenserwartung der Bevölkerung bestimmt. Die Lebenserwartung von Frauen und Männer wird ihrerseits von einer Reihe sozialer, wirtschaftlicher und epidemiologischer Einflussfaktoren bestimmt. Zwar müssen alle Menschen einmal sterben, aber die Lebenserwartung unterliegt markanten sozialen Ungleichheiten, etwa nach Geschlecht oder sozialer Schichtzugehörigkeit.

In der klassischen Bevölkerungsstatistik werden Geburten und Sterbefälle zur sogenannt ‚natürlichen Bevölkerungsbewegung‘ gezählt. Aus soziologischer Sicht - und angesichts der enormen Bedeutung sozialer Faktoren für Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeitsverläufe - greift der Begriff ‚natürlich‘ zu kurz. Zudem genügen einzig auf globaler Ebene die Geburten- und Sterbezahlen zur Erklärung der Bevölkerungsentwicklung. Werden national oder regional begrenzte Gebiete analysiert, kommt eine dritte Komponente hinzu:

c) Wanderungsbewegungen (Migration): Abwanderung reduziert und Zuwanderung erhöht die Bevölkerung eines gegebenen Gebietes. Dabei beeinflussen Emigrations- oder Immigrationsprozesse nicht allein die Bevölkerungszahl, sondern auch die soziale und ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung einer Nation oder Region. Je nach Typus von Migrationsbewegungen ergeben sich andere soziale Determinanten und andere gesellschaftliche Folgen, da verschiedene Migrationsformen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen betreffen. Speziell für kleinere geographische Einheiten (Regionen, Gemeinden, Quartiere) kann die Bevölkerungsentwicklung primär von Migrationsbewegungen bestimmt sein. Auf nationaler Ebene - mit Ausnahme von Kleinstaaten - wird die Bevölkerungsentwicklung primär durch Geburtenzahlen und Sterbefälle bestimmt, aber dies schließt bedeutsame demografische Konsequenzen von Migrationsprozessen nicht aus.

Der Einfluss der angeführten drei demografischen Komponenten (Geburten, Sterbefälle, Migration) auf Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstruktur variiert je nach den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Eine stagnierende Bevölkerungszahl kann sowohl das Ergebnis hoher Geburtenhäufigkeit gekoppelt mit geringer Lebenserwartung als auch das

Resultat hoher Lebenserwartung bei geringer Geburtenhäufigkeit sein. Starkes Bevölkerungswachstum kann sich aufgrund hoher Geburtenzahlen, aber auch aufgrund massiver Zuwanderung ergeben, usw. Aus soziologischer Sicht von Bedeutung ist die Tatsache, dass die jeweiligen demografischen Entwicklungen mit den vorherrschenden Sozial- und Wirtschaftsstrukturen verhängt sind. Veränderungen der drei demographischen Komponenten - und ihr relatives Gewicht für die Bevölkerungsentwicklung - lassen sich rein bevölkerungsstatistisch beschreiben, jedoch nie ohne Rückgriff auf soziologische Theorien verstehen.

2 Zur Bevölkerungsentwicklung im Gebiet der heutigen Schweiz

Die vorindustrielle Schweiz war – wie alle übrigen Regionen Europas – von einem demografischen Regime von hoher Geburtenhäufigkeit und hohen Sterbeziffern geprägt. Es wurden viele Kinder zur Welt gebracht, doch gleichzeitig starben viele Menschen in jungen Jahren. Speziell die Säuglings- und Kindersterblichkeit war hoch und die durchschnittliche Lebenserwartung gering (dazu vgl. Kapitel 4.2). Trotz hohen Geburtenraten nahm die Wohnbevölkerung nicht oder nur langsam zu, wodurch zeitweise auch eine Abwanderung junger Menschen aus Berggebieten beitrug. Die demografische Situation wurde durch wiederkehrende Epidemien (Pest, Typhus, Cholera u.a.) und Versorgungskrisen (Hungersnöten) verschärft (abgesehen von kriegerischen Auseinandersetzungen in der Alten Eidgenossenschaft). Die damaligen Bevölkerungszahlen waren starken Schwankungen unterworfen. Pestepidemien reduzierten die Bevölkerung ganzer Landstriche für längere Zeiten, ebenso Hungersnöte aufgrund von Missernten, zeitweise durch schlechte Klimabedingungen ausgelöst (Pfister 1984, 2014). Die Landwirtschaft vermochte selbst in guten Zeiten nur eine beschränkte Bevölkerungszahl zu ernähren, speziell in gebirgigen Regionen der Schweiz. Ein rascher Bevölkerungsanstieg war in vorindustriellen Gesellschaften oft mit einer Verarmung breiter Bevölkerungsschichten verbunden. Ein Broterwerb in der Fremde – etwa als Söldner, Tagelöhner oder Dienstmädchen – oder eine endgültige Auswanderung war zeitweise die einzige Möglichkeit, dem Elend in der Heimat zu entgehen.

Die Bevölkerung der Schweiz wuchs deshalb unter vorindustriellen Produktionsbedingungen nur langsam und das Bevölkerungswachstum wurde immer wieder durch Epidemien oder Versorgungskrisen unterbrochen. Speziell die Berggebiete mit ihrer Viehwirtschaft und eingeschränkter Landwirtschaft waren klimatischen Verschlechterungen (zu trockener oder zu regenreicher Sommer, harter Winter und verspäteter Frühling) besonders ausgesetzt. „Die größere Krisenanfälligkeit des Hirtenlandes erklärt sich daraus, dass auch Witterungsextreme innerhalb eines einzelnen Jahres auslösend wirken konnten, während sich Versorgungskrisen im Kornland immer erst nach zwei oder mehr defizitären Erntejahren äußerten. Auch die Nachwirkungen einer Krise dauerten im Hirtenland länger: im Kornland hörte der Mangel nach einer reichen Ernte schlagartig auf. Im Hirtenland blieb ein starker Abbau des Viehbestandes dagegen über Jahre hinweg in Form verminderter Milcherträge spürbar, nicht zuletzt deshalb, weil mehr Milch für die Nachzucht abgezweigt werden musste, um die Lücken in den Herden zu füllen. In einem Satz: Verglichen mit dem Kornland, waren die Versorgungskrisen im Hirtenland häufiger, dauerten länger und wirkten einschneidender.“ (Pfister 1984: 64).

Der vorindustrielle Nahrungsspielraum der schweizerischen Alpengebiete war somit noch beschränkter als im Mittelland; historisch mit ein Grund für Eroberungs- und Raubzüge ins Unterland oder in den Süden (Tessin). Eine Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion wurde bis ins 17. Jahrhundert mehr durch Rodung von Wäldern und Besiedlung neuer Gebiete als durch eine intensivere Land- und Viehwirtschaft erreicht. Die Besiedlung neuer Gebiete

stieß jedoch bald an Grenzen und gemessen an den ökologischen Grundlagen waren weite Teile des Alpengebiets über Jahrhunderte hinweg ‚übervölkert‘. Dies führte zu der für die schweizerische Bevölkerungsgeschichte charakteristischen Erscheinung des ‚Reislaufens‘. Massenweise zogen junge Schweizer bis ins 19. Jahrhundert hinein als Söldner fremden Heeren zu (Bickel 1947). Es wird geschätzt, dass das Reislaufen (Soldwesen) im 16. und 17. Jahrhundert in einigen Kantonen bis zur Hälfte des damaligen Geburtenüberschusses absorbierte (vgl. dazu Kap. 7.3).

Tabelle 1 zeigt die Bevölkerungsentwicklung im Gebiet der heutigen Schweiz. Bis 1798 handelt es sich Schätzwerte, die umso ungenauer sind, je weiter man in die Vergangenheit zurückgeht.

Bis zur Römerzeit war das Gebiet der Schweiz dünn besiedelt und die Menschen lebten ausschließlich in kleinen Siedlungen. Unter römischer Herrschaft erhöhte sich die Bevölkerungszahl und es entstanden erste Städte sowie ein vergleichsweises dichtes Straßennetz (mit Passübergängen nach Süden). Die einheimische Bevölkerung wurde durch eine Zuwanderung von römischen Soldaten und Siedler verstärkt. Von den im 2. Jahrhundert nach Christus geschätzten rund 200'000 Personen handelte es sich bei gut 70'000 Personen um römische Zuwanderer, die mehrheitlich in ihren eigenen Kolonien (wie Augusta Raurica, Aventicum, Iulia Equestris) oder militärischen Stützpunkten lebten. Der Zerfall des römischen Reiches und die Völkerwanderung (Alemannen- und Burgundereinfälle) führten zu einem Rückgang der Bevölkerung. Erst im 6. und 7. Jahrhundert kam es wieder zur Bildung neuer Siedlungen.

Um die Jahrtausendwende begann eine wirtschaftliche Renaissance Europas, die im Verlauf des 12. und 13. Jahrhunderts zu einem neuen kulturellen Höhepunkt führte (z.B. Bau gotischer Kathedralen, höfische Kunstwerke u.a.). Dafür mitverantwortlich waren eine günstige Klimaentwicklung sowie die Ausbreitung produktiverer landwirtschaftlicher Techniken (wie Dreifelderwirtschaft). Dazu kam ein Wiederaufschwung von Handel und Geldverkehr, wovon auch verkehrsgünstig gelegene Alpentäler profitierten. Der kulturelle und wirtschaftliche Aufschwung wurde von einem demografischen Aufschwung begleitet. Dabei kam es zu mannigfachen Stadtgründungen bzw. Stadterweiterungen. Einige seit der Römerzeit bestehende Siedlungsorte entwickelten sich zu Bischofsresidenzen (z.B. Sitten und Chur). An anderen Orten wuchsen Siedlungen um Klöster zu Städten (z.B. St. Gallen, Luzern, Zürich). Dazu kamen eigentliche Stadtgründungen. Zu den 17 Städten, welche das Frühmittelalter überdauert hatten, kamen im 12. Jahrhundert 15 weitere Städte dazu und im 13. Jahrhundert sogar 156 Städte (oft mit Marktrechten). Viele der neugegründeten Städte des schweizerischen Mittellandes blieben aufgrund der hohen Städtedichte klein. So lebten um 1300 weniger als 3% der Menschen im Gebiet der heutigen Schweiz in Städten von 5000 Einwohner und mehr, verglichen mit 8% in Frankreich und Deutschland und nahezu 21% in Italien (Head König 2012).

Tabelle 1

Bevölkerungsentwicklung im Gebiet der heutigen Schweiz

	Jahr	Einwohnerzahl in 1000*
Herrschaft der Römer	um 200	200
Zeit der Völkerwanderung	um 700	100
Beginn der Städtegründung	um 1150	400-500
Eidgenossenschaft der VIII Orte	um 1300/1350	700-800
	um 1400	600-650
	um 1450	580-600
	um 1500	800
Eidgenossenschaft der XIII Orte	um 1550	900
	um 1600	900
	um 1700	1'200
Helvetische Zählung	1798	1'664
	1837	2'190
Schweizerischer Bundesstaat	1850	2'393
	1880	2'832
	1910	3'753
	1941	4'266
	1960	5'429
	1980	6'342
	2000	7'204
2020	8'633	

* bis 1798 geschätzt, danach statistische Erhebungen (Zählungen). Zu beachten: Für die Zeit vor 1798 ergeben sich je nach Quelle teilweise andere Schätzwerte. In früheren Quellen wurden die Bevölkerungszahlen eher überschätzt, neuere Quellen gehen von tieferen Werten aus (z.B. Bevölkerung zur Römerzeit zeitweise auf 300-400 Tausend geschätzt, neue Schätzungen gehen von rund 200'000 Personen aus).

Quellen: Comité pour une Nouvelle Histoire de la Suisse 2006, Head König 2012, Walter 1966, 1850-2000: Eidg. Volkszählungen, ab 2000 Strukturserhebungen Bundesamt für Statistik.

Seit 1850 beziehen sich die Zahlen auf die sogenannte „ständige Wohnbevölkerung“. Zur ständigen Wohnbevölkerung werden alle längerfristig angemeldeten bzw. registrierten Bewohner und Bewohnerinnen der Schweiz gezählt. Nicht einbezogen sind Saisonarbeitskräfte, Praktikanten, Austauschstudierende sowie illegal in der Schweiz lebende Menschen (Papierlose) und Asylsuchende im Entscheidungsverfahren. Bis 2000 nicht zur ständigen Wohnbevölkerung wurden zudem Personen mit diplomatischem Status gezählt. Umgekehrt gehören in der Schweiz angemeldete Personen, die mehrheitlich außerhalb der Schweiz leben, weiterhin zur ständigen Wohnbevölkerung.

Gegen Mitte des 14. Jahrhunderts wurde der wirtschaftliche und demografische Aufschwung durch eine Pestepidemie (Schwarzer Tod) unterbrochen. Wie in vielen anderen Gebieten Europas wütete der Schwarze Tod auch in der Alten Eidgenossenschaft 1348/49 mit voller Wucht, um nachfolgend in unregelmäßigen Abständen wiederzukehren. Die Pest führte zu einem markanten Rückgang der Bevölkerung, wenn auch nicht in allen Gebieten gleich stark. Kriegerische Auseinandersetzungen (Sempacher-, Appenzeller- und Alter Zürich Krieg) führten regional zu zusätzlichen Verwüstungen. Entsprechend reduzierten sich die Bevölkerungszahlen in vielen Regionen der Alten Eidgenossenschaft.

Zu einer Trendwende kam es erst in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, auch aufgrund eines vorläufigen Rückgangs der Pest. Die Bevölkerungszahlen stiegen wieder an, um in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts weiter anzusteigen. Dies war vor allem im Mittelland der Fall und nach 1500 verloren die von Gewerbe, Handel und erster Protoindustrie wenig berührten Berggebiete innerhalb der Eidgenossenschaft demografisch an Gewicht. Der Anteil der Gebirgskantone an der gesamten Bevölkerung sank von 50-53% (um 1500) auf 34% (1700) (Head König 2012). Da das Bevölkerungswachstum in vielen Regionen (und vor allem in den Bergregionen) die damalig tiefe Bevölkerungskapazität überschritt, ergab sich ein demografischer Druck, der mit für die politische und militärische Expansion der damaligen Eidgenossenschaft verantwortlich war. Die Niederlage in der Schlacht von Marignano (1515) beendete allerdings eine weitere Expansion der Alten Eidgenossenschaft.

Während in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts eine relativ warme Klimaperiode eine Bevölkerungszunahme begünstigte, führte eine Klimaverschlechterung („kleine Eiszeit“) zwischen 1565 und 1629 zu Einbußen der landwirtschaftlichen Produktion (was den Zwang zum Söldnerwesen oder zur Auswanderung verstärkte). Das Bevölkerungswachstum blieb gering, umso mehr als 1610/15 und 1628/29 erneut Pestepidemien viele Opfer forderten. Erst in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts führte eine relative Trockenperiode regional wieder zu einem erneuten Wachstumsschub der Bevölkerung, der erst durch eine schwere Hungersnot am Ende des Jahrhunderts unterbrochen wurde (Pfister 1984).

Bis Ende des 17. Jahrhunderts folgten auf gute Jahre immer wieder Hungerjahre (zeitweise durch kriegerische Auseinandersetzungen mitverursacht). Eine durch schlechte Ernährung geschwächte Bevölkerung fiel zahlreichen Epidemien zum Opfer. Die Bevölkerungsentwicklung war damit durch wiederkehrende demografische Krisen gekennzeichnet. Diese allgemeine Situation änderte sich erst im Verlauf des 18. Jahrhunderts. Zum einen verschwand Ende des 17. Jahrhunderts die Pest aus Europa. Die Auswirkungen anderer Seuchen (Typhus, Cholera, Pocken u.a.) konnten nach und nach eingedämmt werden (dazu vgl. Kap. 4.2). Zum anderen setzten sich allmählich neue landwirtschaftliche Produktionsweisen durch, wie z.B. eine Abkehr von der Dreifelderwirtschaft und bessere Düngung, Einführung ertragreicher Kleesorten, Anbau von Kartoffeln und Züchterfolge beim Vieh. Damit erhöhte sich die Produktivität der Landwirtschaft, wodurch sich die Ernährungsgrundlage breiter Bevölkerungsschichten nach und nach verbesserte. Daneben schuf das Aufkommen von Heimarbeit in manchen Regionen der Schweiz zusätzliche Verdienstmöglichkeiten, was namentlich den Lebensstandard von Kleinbauern und der landlosen Bevölkerung verbesserte (Braun 1978). Dadurch beschleunigte sich das Bevölkerungswachstum der Schweiz (trotz weiterhin starker Abwanderung). Allerdings verliefen wirtschaftliche und demografische Entwicklungen im 18. Jahrhundert regional unterschiedlich. In den früh mit Heimarbeit durchzogenen Gebieten der Ostschweiz setzte die demografische Expansion schon in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ein, wogegen das zentralschweizerische Alpengebiet erst im 19. Jahrhundert einen deutlichen Bevölkerungsanstieg erlebte (Ruesch 1979a).

Von 1700 bis 1798 erhöhte sich die Zahl der Menschen im Gebiet der heutigen Schweiz von 1.2 Mio. auf nahezu 1.7 Mio. Damit hatte das Bevölkerungswachstum in der Schweiz – ähnlich wie in anderen europäischen Ländern – erst begonnen. Im 19. Jahrhundert verdoppelte sich die Einwohnerzahl fast, von nahezu 1.7 Mio. (1798) auf 3.3 Mio. (1900). Das Bevölkerungswachstum wäre in dieser Zeit noch deutlicher ausgefallen, hätte die Schweiz im 19. Jahrhundert nicht einen ständigen Wanderungsverlust (z.B. Auswanderung nach Amerika) erfahren (vgl. Kap. 7.3).

Das Bevölkerungswachstum im 19. Jahrhundert beruhte auf zwei Hauptfaktoren: Zum einen sanken die Sterberaten rascher als die Geburtenraten, was zu einem erhöhten Geburtenüberschuss beitrug. Während die Sterbeziffer in manchen Regionen der Schweiz schon im 18. Jahrhundert und während des gesamten 19. Jahrhunderts zurückgingen, begann sich ein Geburtenrückgang in weiten Teilen der Schweiz nicht vor 1875/80 abzuzeichnen. Die Kombination von sinkenden Sterblichkeitsraten und weiter hoher Geburtenhäufigkeit führte in dieser Periode zu einem starken natürlichen Bevölkerungswachstum. Teilweise verhinderte nur das damalige Heiratsverhalten (viele späte Heiraten, hoher Anteil an ledigen Frauen) eine noch stärkere Bevölkerungszunahme (vgl. Kap. 3.1). Zum anderen wäre der damalige Bevölkerungsanstieg ohne entsprechende sozio-ökonomische Entwicklungen undenkbar gewesen bzw. die Bevölkerungszunahme hätte in einer demografischen Krise geendet (wie sie vom englischen Demografen Thomas Robert Malthus (1766-1834) erwartet wurde).¹ Erst eine erhöhte landwirtschaftliche Produktivität schuf die Grundlage zur Ernährung einer ansteigenden Zahl von Menschen und erst die industrielle Entwicklung erlaubte die Beschäftigung einer zunehmenden Zahl an Arbeitskräften.

Im 19. Jahrhundert beeinflussten sich wirtschaftliche und demografische Entwicklungen gegenseitig (Schmid 1967). Die Entwicklung verlief allerdings nicht krisenfrei. Speziell zu Beginn des 19. Jahrhunderts ergab sich in manchen Regionen der Schweiz ein prekäres Verhältnis zwischen zunehmender Bevölkerungszahl und wirtschaftlichem Wachstum. Bei konjunkturellen Einbrüchen oder schlechten Ernten kam es zur Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und einige Voralpen- und Bergregionen entgingen damals nur knapp einem Teufelskreis von Bevölkerungszunahme, Unterbeschäftigung und zunehmender Verarmung. Dies wird etwa am Beispiel des Kantons Uri deutlich: „Der wachsenden Bevölkerung folgte vorerst aber keine entsprechende Vergrößerung des wirtschaftlichen Potentials. Dringende notwendige Verbesserungen bleiben aus. Zwar fanden im Gotthardverkehr und in der Agrarwirtschaft einige Umstrukturierungen und Konzentrationen statt, sie begünstigten aber vor allem die Oberschicht. Die Stagnation im Transportgewerbe nach der Jahrhundertwende und der Rückgang der Solddienste lasteten schwer auf die Bevölkerung. Die Armut nahm außerordentliche Masse an, bis zu 50 Prozent der Bevölkerung hatten in einzelnen Gemeinden um Unterstützung zu bitten. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass Uri zwischen 1770 und 1840 eine der gefährlichsten Phasen seiner Entwicklung durchzustehen hatte. Es brauchte einige Jahrzehnte, bis sich auch im wirtschaftlichen Bereich der Wille zu Reformen durchgesetzt hatte und die klaffende Lücke zwischen Bevölkerungsgröße und Nahrungsspielraum langsam wieder geschlossen werden konnte.“ (Bielmann 1972: 222)

Die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts drohende demografische Krise war mit ein Faktor für die revolutionären Unruhen, die erst durch den Sieg des Liberalismus von 1847/48 eingedämmt wurden. Mit der Verankerung eines liberalen Bundesstaates (1848) war der Weg für eine wirtschaftliche Anpassung an neue demografische Gegebenheiten geebnet (wirtschaftlicher Aufschwung dank Aufhebung lokaler Monopole und entwicklungsbremsender Zunftstrukturen, einheitliche Währung und freier Gütertausch usw.). Die

¹ In einer zuerst 1798 publizierten anonymen Streitschrift und 1803 wissenschaftlich modifizierten Arbeit ‚Essay on the Principle of Population‘ postulierte Thomas R. Malthus ein pessimistisches Vermehrungsgesetz. Nach seiner Ansicht tendiert die Bevölkerung rascher anzuwachsen als die für ihr Überleben notwendigen Nahrungsmittel. Das von ihm postulierte Missverhältnis zwischen Bevölkerungswachstum und Nahrungsspielraum hat öffentliche Diskussionen bis heute immer wieder geprägt.

industrielle Entwicklung veränderte die Erwerbsstruktur der Bevölkerung grundlegend. Der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Erwerbspersonen sank von 63% im Jahre 1798 auf rund 50% im Jahre 1850, um bis 1900 auf 31% zu fallen. Umgekehrt erhöhte sich der Anteil der Industrie an der Erwerbsbevölkerung zwischen 1798 und 1900 von 25% auf 45% (Bergier 1983). Obwohl zuerst Kleinbetriebe und Heimarbeit dominierten, kam es auch in der Schweiz allmählich zur Etablierung größerer Fabrikanlagen, wobei die Zahl von Fabrikarbeiter und – arbeiterinnen erst gegen 1890 die Zahl von heimarbeitenden Personen überstieg. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern (England, Frankreich, Deutschland u.a.) erlebte die Schweiz im 19. Jahrhundert eine ausgesprochen dezentralisierte Industrialisierung, was sich einerseits negativ auf die gewerkschaftliche Organisation und andererseits positiv auf die sozialpolitische Integration der Arbeiterschaft auswirkte (Höpflinger 1976).

Trotz einiger Konjunkturerinbrüche und Krisen (etwa Wirtschaftskrise von 1873) waren das 19. Jahrhundert und der Beginn des 20. Jahrhunderts eine wirtschaftliche, kulturelle und technische Aufschwungsperiode. Das allgemeine Lohnniveau stieg und die Ernährungslage der Bevölkerung verbesserte sich. Dies wurde auch darin sichtbar, dass junge Männer körperlich grösser wurden (Floris et al. 2019). Die wirtschaftliche Expansion der Schweiz war so ausgeprägt, dass trotz weiterhin relativ hohen Geburtenraten das natürliche Bevölkerungswachstum nicht genügte, um den wachsenden Bedarf nach Arbeitskräften zu decken. Die Folge war eine bedeutsame Einwanderung von Arbeitskräften aus den umliegenden Ländern. Erstmals in der Geschichte der Schweiz überstiegen die Zuwanderungsraten die Abwanderungsraten; ein Hinweis darauf, dass sich die Schweiz von einem eher armen und teilweise rückständigen Land zu einem vergleichsweise wohlhabenden Land entwickelt hatte.

Der I. Weltkrieg führte demografisch zu einer gewissen Zäsur. So verließen bei Kriegsbeginn um die 150'000 Ausländer und Ausländerinnen die Schweiz. Ihnen folgten später weitere Personen, so dass der Ausländerbestand sank. In den Kriegsjahren wurde das Bevölkerungswachstum durch kriegsbedingte Rückgänge der Heirats- und Geburtenzahlen weiter gebremst und 1918 forderte die Spanische Grippe schätzungsweise 23'000 Menschenleben (Michels 2010). Dies führte kurzfristig zum Rückgang der durchschnittlichen Lebenserwartung (vgl. Abb. 6). Auch die Zwischenkriegszeit – mit ihren eher bescheidenen wirtschaftlichen Aufschwüngen und einer nachfolgenden schweren wirtschaftlichen Depression – war nur durch eine bescheidene Bevölkerungszunahme gekennzeichnet. Zwischen 1920 und 1941 nahm die Wohnbevölkerung der Schweiz nur um 386'000 Personen zu, im Vergleich zu 835'000 Personen während der wirtschaftlichen Wachstumsperiode von 1888-1910. Eine zentrale Ursache der demografischen Flaute der Zwischenkriegsjahre lag in einer rückläufigen Geburtenhäufigkeit und in den 1930er Jahren lag die Geburtenrate unter dem damals für eine demografische Bestandserhaltung notwendigen Wert von 2.3 Geburten pro Frau. In dieser Zeit tauchte erstmals das Schreckgespenst einer aussterbenden und überalterten Schweiz auf. So wurde Ende der 1930er Jahre – auf der Grundlage der damaligen Geburtenraten – befürchtet, dass die Schweiz bis im Jahre 2000 nur noch 2.8 Mio. Menschen umfassen würde (Studer-Auer 1941). Faktisch waren es dann allerdings 7.2 Mio. Personen.

Schon vor Kriegsende, aber vor allem in den Nachkriegsjahren kam es zu einem Anstieg der Geburtenhäufigkeit (Baby-Boom) und bis Mitte der 1960er Jahre verblieben die Geburtenraten auf einem relativ hohen Niveau. Der 'Baby-Boom' widerspiegelte keine Rückkehr zu kinderreichen Familien, sondern den eigentlichen Durchbruch der bürgerlichen Ehe und Kleinfamilie (vgl. Kap. 3.2.2). Demografisch wurde der 'Baby-Boom' nicht so sehr durch mehr kinderreiche Familien ausgelöst, sondern primär durch die Tatsache, dass mehr Frauen

überhaupt Kinder zur Welt brachten. Die Nachkriegsjahrzehnte waren eine Zeit, als das bürgerliche Ehemodell - mit dem Ernährer-Modell (Vater ist vollzeitlich erwerbstätig, Mutter kümmert sich vollzeitlich um Kinder und Haushalt) - unangefochten war, speziell in einem Land noch ohne Frauenstimmrecht. Nach den Krisen- und Kriegsjahren war der Wunsch nach einem glücklichen Familienleben ausgeprägt und die rasche Wohlstandssteigerung erlaubte es jungen Menschen, diesen Wunsch immer früher zu realisieren. Entsprechend sanken Erstheiratsalter und Anteil an Kinderlosen auf historische Tiefstwerte. Aber da sich in dieser Zeit viele Mütter aus dem Arbeitsmarkt zurückzogen und die wirtschaftlich rasch expandierende Schweiz aufgrund des Geburtendefizits der 1920er und 1930er Jahre über zu wenig Arbeitskräfte verfügte, kam es in der Nachkriegszeit zur vermehrten Einwanderung junger Arbeitskräfte in die Schweiz.

Die Kombination von hohen Geburtenüberschüssen und vermehrter Zuwanderung führte zu höheren demografischen Wachstumsraten als je zuvor in der Geschichte der Schweiz. Bestrebungen der Behörden zur Regulierung und Eindämmung der Zuwanderung sowie eine wirtschaftliche Rezession Mitte der 1970er Jahre führten zeitweise wieder zu geringeren demografischen Wachstumsraten. Dazu kam es ab 1965/66 erneut zu einem Rückgang der Geburtenraten, kombiniert mit einer teilweisen Abkehr von traditionellen Ehe- und Familienvorstellungen. Seit 1972 weist die Schweiz ein Geburtenniveau auf, das deutlich tiefer liegt als zur demografischen Reproduktion notwendig wäre. Ausgeprägte Familienplanung, späte Familiengründung und wenig Kinder sind, gekoppelt mit zunehmend mehr nichtehelichen Lebensgemeinschaften und erhöhten Scheidungsraten, zentrale Elemente des so genannten zweiten demografischen Übergangs; ein Prozess, der langfristig zu einer rückläufigen Bevölkerungszahl führen kann (vgl. Kap. 3.2.3). Trotz geringen Geburtenraten stieg die Wohnbevölkerung der Schweiz in den letzten fünf Jahrzehnten weiter an, von 6.2 Mio. Personen im Jahre 1970 auf gegenwärtig gut 8.6 Mio. (2020). Einerseits erlebte die Schweiz trotz tiefen Geburtenraten weiterhin positive Geburtenüberschüsse und die Zahl der Geburten überstieg zwischen 1971 und 2020 in jedem Jahr die Zahl an Todesfällen. Andererseits erlebte die Schweiz in dieser Periode (mit Ausnahme der Jahre 1975 bis 1978) positive Wanderungssaldi (mehr Zuwanderung als Abwanderung).

In seinen neuesten Bevölkerungsszenarien geht das Bundesamt für Statistik (2020) von einem weiteren, wenn auch nicht mehr allzu starken Bevölkerungswachstum aus, von gegenwärtig gut 8.6 Mio. Menschen je nach Annahmen zur Geburten- und Migrationsentwicklung bis 2040 auf 9.5 bis 10.6 Mio. Personen.² Dabei wird davon ausgegangen, dass sich einerseits die demografische Alterung der Bevölkerung nach 2020 beschleunigen wird und dass andererseits die Bevölkerung der Schweiz sich noch verstärkt auf Einzugsgebiete der großen Agglomerationen konzentrieren dürfte (vgl. dazu Kap. 9 (demografische Alterung) und Kap. 8 (Bevölkerungsverteilung und Urbanisierung)).

² Diese Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung 2020-2050 wurden vor der Covid-19-Pandemie erstellt und berechnet. Die Covid-19-bedingte Rezession dürfte primär Zuwanderung und möglicherweise auch Geburtenzahlen reduzieren.

3 Familiengründung – Eheschließungen und Geburtenentwicklung

In früheren Perioden waren Heiratsverhalten und Geburtenentwicklung eng verknüpft. Die (kirchlich geschlossene) Ehe war lange Zeit die einzig akzeptierte Form des Zusammenlebens von Mann und Frau. Formen eines vor- und außerehelichen Zusammenlebens waren verpönt oder sogar verboten. Außerehelich geborene Kinder wurden diskriminiert und in der Schweiz bis 1978 erbrechtlich benachteiligt. Dies hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend gewandelt. Ob verheiratet oder unverheiratet zusammenlebend, ist heute von wenig Interesse (auch wenn weiterhin einige sozialrechtliche Unterschiede vorliegen). Weitgehend akzeptiert werden auch gleichgeschlechtliche Lebensformen und die ‚Ehe für Alle‘ wurde vom Parlament 2020 endgültig beschlossen.

In einem ersten Schritt werden Entwicklung und Wandel von Ehe und Heiratsverhalten im Zeitverlauf vorgestellt. In einem zweiten Schritt wird die Entwicklung der Geburtenhäufigkeit (Fertilitätsentwicklung) analysiert und wesentliche Einflussfaktoren für eine reduzierte Geburtenhäufigkeit diskutiert.

3.1 Eheschließungen – Ehe und Heiratsverhalten im Wandel

Als gesellschaftliche Institution erfüllte die monogame Ehe lange Zeit zentrale Ordnungs- und Schutzfunktionen: Erstens war die Ehe eine Institution um Sexualität und Verhalten vor allem junger Frauen zu kontrollieren. Gleichzeitig war die Ehe teilweise eine Einrichtung zur Bändigung männlicher Sexualität. Vor- und außereheliche Sexualität waren verpönt und bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts galt die Norm, dass zumindest die Frau als ‚Jungfrau‘ in die Ehe eintrat. Zweitens war die Ehe eine Institution zur Regelung von Geburten und Kindererziehung. Nur ehelich geborene Kinder wurden akzeptiert und unverheiratete Mütter blieben stigmatisiert. Gleichzeitig wurde mit der Institution der Ehe die väterliche Verantwortung für Kinder festgeschrieben. Bis heute gelten alle innerhalb einer Ehe geborenen Kinder automatisch als Kinder des Ehemannes. Drittens regelte die Ehe das häusliche Zusammenleben von Mann und Frau. Vor Einführung des Wohlfahrtsstaates waren Ehe und Familie die wichtigste Not- und Solidargemeinschaft. Im Rahmen der traditionellen Ehe waren allerdings auch Arbeits- und Rollenteilung zwischen Ehemann und Ehefrau streng festgelegt.

Die Institution der Ehe erfüllte in vorindustriellen Gesellschaften sowohl wichtige Ordnungsfunktionen als auch wichtige soziale Aufgaben. Die konkrete Gestaltung der Ehe wie auch das alltägliche Zusammenleben der Eheleute haben sich allerdings im Verlaufe der Zeit enorm gewandelt (Goody 1983). Speziell die letzten Jahrzehnte haben in europäischen Gesellschaften zu einer Ent-Institutionalisierung der Ehe und zu einer steigenden Häufigkeit alternativer Lebensformen (unverheiratete Paare, gleichgeschlechtliche Paare usw.) geführt.

Mit der Durchsetzung des Christentums als Religion mit zentralisierter kirchlicher Hierarchie gewann die europäische Ehe ihre spezifische Prägung. Das Christentum als Gemeindereligion brach mit früheren Haus-, Familien- und Ahnenkulten radikal (Reynolds 1994). Im Vergleich zu vielen außereuropäischen Kulturen stand von vornherein die Beziehung zwischen den Ehegatten - und nicht die Beziehung zur Sippe oder zur Verwandtschaft - im Zentrum. Die Betonung der Ehe als Zweierbeziehung hat langfristig sowohl die Stellung junger Ehefrauen gestärkt als auch die spätere Entwicklung zur Kernfamilie gefördert. Wichtige ordnungspolitische Gesichtspunkte des christlichen Ehemodells waren von vornherein Monogamie und Unauflöslichkeit, wogegen das persönliche Verhältnis der Ehegatten in der mittelalterlichen

Theologie kaum Aufmerksamkeit fand. Der primäre Zweck der Ehe lag in der Erzeugung von Kindern („*connubium sine prole est quasi dies sine sole*“) (Tyrell 1982).

Das Verhältnis der mittelalterlichen Kirche zur Ehe war allerdings zwiespältig: Einerseits galt die Ehe gegenüber einem keuschen Leben als minderwertig. Im Vergleich zum Zölibat - einem keuschen, nur Christus verpflichteten Leben - galt die Ehe bestenfalls als 'etwas Zweitbestes'. Die religiöse Minderwertigkeit der Ehe wurde vor allem nach dem 11. Jahrhundert betont, als das Priesterzölibat innerkirchlich durchgesetzt wurde. Die mittelalterliche Gesellschaft war aufgeteilt in einen ehelosen Klerikerstand (Mönche, Nonnen, Priester) und einen weniger vollkommenen Stand der verheirateten Laien. Andererseits wurde eine Heirat als Sakrament behandelt, welche dem Prinzip der Unauflösbarkeit unterstand. Als Sakrament wurde die Ehe schon früh der kirchlichen Gerichtsbarkeit unterstellt und ab dem 9. Jahrhundert wurde verstärkt gefordert, nur eine kirchliche Eheschließung zu akzeptieren. Die christliche Heirat und mit ihr das kirchliche Eherechtsmonopol setzte sich - gegen Widerstand lokaler Traditionen - allerdings erst ab dem 10.-11. Jahrhundert durch (Head König 2013).

Ab dem 12. Jahrhundert setzte sich in Westeuropa allmählich das Konsensprinzip durch: Ehemillen bzw. Verlobung waren Beginn der Ehe und eine Ehe ohne Einwilligung beider Ehepartner wurde zur Ausnahme. Damit gewannen junge Frauen gegenüber ihren Eltern mehr Selbständigkeit (etwa einen unliebsamen Heiratspartner zurückzuweisen). Im Vergleich zu vielen außereuropäischen Kulturen - wo Eltern die Heirat vermittelten und vermitteln - gewannen junge Männer und Frauen in Westeuropa relativ früh die Möglichkeit, sich ihren Ehepartner bzw. ihre Ehepartnerin innerhalb der gegebenen Möglichkeiten (gleiches Dorf, gleiche soziale Schicht) selbst auszuwählen. Einzig bei der Aristokratie blieben dynastische Erwägungen weiterhin im Zentrum. Das Konsensprinzip schloss auch ein, sich gegen eine Ehe entscheiden zu können. Seitens der Kirche ging es darum, 'religiöse Berufungen zu schützen' bzw. Eltern daran zu hindern, Kinder gegen deren Willen in den unauflöslichen Ehestand zu nötigen.

Faktisch musste die mittelalterliche Kirche immer wieder gegen lokale Traditionen (z.B. Heirat unter Blutsverwandten, Brautkauf) und Formen außerehelicher Sexualität ankämpfen. Angesichts der häufigen Todesfälle - speziell während Pestzeiten - blieb die durchschnittliche Ehedauer gering. Wiederverheiratungen waren häufig, schon aus wirtschaftlichen Gründen. Speziell für Frauen war und blieb die Ehe die einzige wirtschaftliche Absicherung. Am Ende des Hochmittelalters hatte sich das kanonische Eherecht (Ehe als unauflösliches Sakrament, kirchliches Heiratsmonopol) in Europa mehr oder weniger durchgesetzt.

Allerdings blieb der grundlegende Zwiespalt zwischen Priesterzölibat und verheirateten Laien weiter bestehen und er beschäftigt die katholische Kirche bis heute. Die Schweizer Reformatoren und namentlich John Calvin (Genf) und Huldrych Zwingli (Zürich) hoben den kirchlichen Zwiespalt gegenüber der Ehe auf: Zum einen wurden Priesterzölibat und Klöster abgeschafft und zum anderen wurde der sakramentale Status der Ehe verneint. Diese beiden Reformen führten nicht zur Abwertung, sondern im Gegenteil zur Aufwertung von Ehe und Familie: Durch die Pfarrerehe wurde die Trennung von Kleriker und Laien aufgehoben. Die Pfarrfamilien wurden sozusagen zum lebendigen und sichtbaren Vorbild christlicher Eheführung. Die Ehe wurde auch dadurch gestärkt, dass die Reformatoren Haus und Familie ins Zentrum der christlichen Lebensführung rückten. Durch die Streichung des sakramentalen Charakters der Ehe entkrampfte sich zudem das Verhältnis der Kirche zur ehelichen Sexualität;

allerdings mit der Nebenfolge, dass es auf der Gegenseite zu einer verstärkten Abwertung außerehelicher Sexualität und nichtehelicher Geburten kam (Burghartz 2016, Hofer 1993).

Während in den katholischen Orten der Alten Eidgenossenschaft weiterhin das kanonische Eherecht gültig blieb, kam es in den protestantischen Gebieten der Schweiz zu einer Regionalisierung oder sogar Kommunalisierung der Eheregeln, z.B. bezüglich der Ehefreiheit, der Rolle von Eheversprechen (Verlobung), einer Notwendigkeit der Zustimmung der Eltern und der Ehefähigkeit. So lag das Mindestalter für eine Heirat (Ehemündigkeit) in Glarus vom 17. Jahrhundert bis Anfang des 19. Jahrhunderts bei 16 Jahren, in Neuenburg 1748 bei 22 Jahren und in Genf ab 1713 sogar bei 25 Jahren (Head König 2013). Gemäß Zürcher Ehegesetz von 1524 durften hingegen Männer ab 20 Jahren und Frauen ab 18 Jahre auch ohne Einwilligung der Eltern heiraten. Neu war die Möglichkeit einer Ehescheidung im Falle eines Ehebruchs. In späteren Gesetzen des 17. Jahrhunderts wurden auch böswilliges Verlassen und Impotenz als Scheidungsgründe akzeptiert.

Auch bei den schweizerischen Reformatoren stand allerdings weiterhin der institutionelle Charakter der Ehegemeinschaft im Zentrum. Hauptzwecke der Ehe waren und blieben Zeugung und Aufzucht von Kindern. Mit der religiösen Aufwertung der Familie wurde die Stellung des Hausvaters - verantwortlich für die religiöse Hauszucht - hervorgehoben. Die patriarchale Arbeitsteilung von Ehemann und Ehefrau hielt der Zürcher Reformator Heinrich Bullinger in seiner 1547 erschienenen Schrift 'Der Christlich Eestand' klar fest: "Waz ussethalb dem huss zehandeln ist/ als hin und här reisen/ gwün und gwärb fertigen/ kauffen und verkauffen/ und der glychen eehafte stuck/ ist des manns arbeit. Der sol glych wie ein empsiger vogel hin und här fliegen/ die narung und notturfft samlen und flyssig zuo näst tragen. Und alles was also in daz huss gebracht wirt/sol das wyb samlen/ordnen/nüt zuo verlieren gon lassen/und alles was in huss zethon ist flyssig und fruohtig ussrichten." Diese Rollenverteilung (Mann sichert Existenz der Familie, Frau kümmert sich um Haushalt und Kinder) blieb bis zur Einführung eines partnerschaftlichen Eherechts im Jahre 1988 im Prinzip unverändert.

Zur Kontrolle der Ehe - als Institution auf die der paternalistische und obrigkeitliche Staat ruhte - wurden in den reformierten Orten spezielle Ehegerichte eingesetzt. So führte Huldrych Zwingli schon 1525 in Zürich ein eigenes Ehegericht ein. Auch andere protestantische Orte übernahmen solche Einrichtungen, die bis zum Ende der Alten Eidgenossenschaft überlebten (Hofer 1993). Aufgabe dieser Ehegerichte war die Durchsetzung und Bewahrung guter ehelicher Sitten. "Es sollen in der Kirche gesetzt und geordnet werden fromme, redliche Richter zu einem Ehegericht, welche die Ehen schirmen und erhalten, und aller Unzucht und Unverschamtheit wehren: Und vor denen alle Streitigkeiten, die sich von der Ehe wegen erheben, verhört und gerichtet werden." (Helvetische Konfession von 1723: 147). Die Ehegerichte hatten über strittige Eheversprechen zu entscheiden und sie konnten - um dem 'Laster der Unzucht' vorzubeugen - Eheverfügungen erlassen. Die Ehegerichte hatten auch Vaterschaftsklagen zu beurteilen oder vorehelichen Beischlaf zu büßen.

Vor allem ab dem 17. Jahrhundert verstärkte sich in den protestantischen Gebieten - und als Folge der Gegenreformation auch in katholischen Kantonen - die ethische Reglementierung des Ehelebens. Der Zugriff von Kirche und Obrigkeit auf das Heiratsverhalten der Bevölkerung verstärkte sich und bis weit ins 19. Jahrhundert waren Partnerwahl und Heiratsverhalten geregelt. In vielen Regionen bzw. Gemeinden waren zum Beispiel Heiraten mit Ortsfremden oder Nichtansässigen verboten, ebenso eine Eheschließung mit Personen einer anderen Konfessionszugehörigkeit. Teil- und zeitweise wurde eine Heiratserlaubnis vom Nachweis

eines regelmäßigen Einkommens abhängig gemacht, mit der Absicht die Vermehrung von Armen zu verhindern (Head König 2013). Wohnungsnot, aber auch das Warten auf das väterliche Erbe oder auf die Übernahme eines Handwerksbetriebs waren weitere Ehehindernisse. Dazu kamen dynastische und soziale Regeln, die eine Heirat außerhalb des eigenen Standes erschwerten und verunmöglichten.

Der Weg zu einer liberalen Ehegesetzgebung war in der Schweiz steinig. Erst 1821 schlossen zehn Kantone ein Konkordat ab, das den Abschluss konfessionell-gemischter Ehen erlaubte, aber erst 1850 wurden staatliche Verbote konfessioneller Mischehen gänzlich abgeschafft. Noch länger, bis 1874, dauerte es bis ein individuelles Recht auf Eheschließung verankert war und die Zivilehe eingeführt wurde. Das Eherecht blieb allerdings weiterhin einer patriarchalen Ordnung verpflichtet. Auch gemäß revidiertem Eherecht von 1912 war und blieb der Ehemann das Oberhaupt der Familie, der beispielsweise das Recht besaß, seiner Frau eine außerhäusliche Erwerbstätigkeit zu verbieten. Eine rechtliche Gleichstellung von Ehefrau und Ehemann erfolgte erst 1988 mit der Einführung eines neuen Eherechts.

Familienhistorische Analysen weisen auf zwei unterschiedliche Heiratsmodelle hin, einerseits ein Modell von früher und allgemeiner Verbreitung von Eheschließungen, eher typisch für afrikanische und asiatische Länder sowie ein sogenanntes ‚Europäisches Heiratsmodell, charakterisiert durch eher späte Verheiratung und zeitweise hohe Ledigenquoten (Hajnal 1965, Van Zanden et al. 2019). Im 18. und 19. Jahrhundert gehörte die Schweiz zu den typischen Vertretern des ‚Europäischen Heiratsmodells‘, wobei die Schweiz zusammen mit nordeuropäischen Ländern durch ein überdurchschnittlich hohes Erstheiratsalter charakterisiert war. Im 18. und 19. Jahrhundert lag das mittlere Erstheiratsalter von Männern im Allgemeinen zwischen 27 und 29 Jahren, wenn nicht sogar höher (was angesichts der damalig tiefen Lebenserwartung ein recht hohes Alter darstellte). Ebenso wie heute heirateten Frauen im Durchschnitt zwei bis drei Jahre früher als Männer. Das mittlere Erstheiratsalter der Frauen lag zwischen 25 bis 27 Jahren und teilweise auch höher (vgl. Tabelle 2). Dies war ein höheres Heiratsalter als in dieser Periode in süd- und außereuropäischen Ländern beobachtet wurde. Dass beim damaligen Heiratsalter auch soziale und wirtschaftliche Faktoren mitspielten, wird in Daten aus der damaligen Republik Genf deutlich: Wirtschaftlich abgesicherte Oberschichten heirateten früher als Unterschichten, wobei im Zeitvergleich in allen drei Sozialschichten das Heiratsalter im 18. Jahrhundert höher lag als im 17. Jahrhundert (auch weil 1713 das Alter zur Ehemündigkeit in Genf auf 25 Jahre erhöht wurde) (vgl. Tabelle 3).

Ein hohes Erstheiratsalter von Frauen hat einen negativen Effekt auf die Geburtenrate und ab dem 18. Jahrhundert wurden vermehrt bevölkerungspolitische Gründe für eine Beschränkung früher Eheschließungen diskutiert (und zur Legitimation von Heiratseinschränkungen genutzt). So stieß der Engländer Thomas Malthus (1766-1843) – prominenter Vertreter der These einer steigenden Überbevölkerung – bei seiner Reise durch die Schweiz auf eifrige Vertreter dieses Prinzips der Bevölkerungskontrolle, etwa im Gespräch mit einem Bauern aus dem Jura. „Dieser war der festen Meinung, dass zu frühe Heirat und zu viele Kinder nur zu Elend führe und er schlug vor ein Gesetz einzuführen, um Männer zu hindern, vor dem vierzigsten Altersjahr zu heiraten und auch dann nur mit alten Mädchen, die nur zwei oder drei statt sechs oder acht Kinder gebären würden.“ (Malthus 1798: 256, aus dem Englischen übersetzt)

Tabelle 2

Mittleres Erstheiratsalter von Frauen und Männern in der Schweiz

		Mittleres Alter bei Erstheirat			Diff.	Quelle:
		Frauen	Männer			
A) Kommunale & regionale Daten						
Zürich Landgemeinden	1634/35	23.5	25.2	1.7	1	
Stadt Wohlen (AG)	1757-1782	25.5	29.7	4.2	2	
Urserental (UR)	1640-1700	26.0	27.1	1.1	3	
	1801-1830	27.3	28.4	1.1		
Silenen (UR)	1765-1785	24.0	26.5	2.5	4	
Sulgen (TG)	1695-1709	26.7	29.8	3.1	5	
	1710-1725	28.1	29.0	0.9		
Speicher (AR)	1720-1749	26.5	28.5	2.0	6	
Haslen (AR)	1760-1780	25.5	28.5	3.0	7	
Stadt Luzern (LU)	1786-1795	27.2	29.3	2.1	8	
	1836-1840	28.9	31.8	2.9		
Marbach (LU)	um 1800	25.0	28.0	3.0	8	
	1830-1840	28.0	30.0	2.0		
Stadt St. Gallen (SG)	1800-1835	26.0	28.0	2.0	6	
B) Schweiz insgesamt						
	1855	26.1	28.7	2.6	9	
	1880	26.6	28.8	2.2		
	1900	26.4	28.6	2.2		
	1920	26.7	28.9	2.5		
	1941	26.5	29.0	2.5		
	1960	24.9	27.5	2.6		
	1980	25.0	27.4	2.4		
	2000	27.9	30.3	2.4		
	2019	30.2	32.3	2.1		

1: Letsch 2017, 2: Dubler, Siegrist 1975, 3: Zurfluh 1982, 4: Bielmann 1972, 5: Menolfi 1980, 6: Ruesch 1979b, 7: Schürmann 1974, Burri 1975, 9: Bundesamt für Statistik, Stat-Tab (Heiraten)

Tabelle 3

Mittleres Heiratsalter von Frauen nach sozialer Schicht des Ehemannes in Genf

		Soziale Schichtzugehörigkeit Ehemann		
		Oberschicht	Mittelschicht	Unterschicht
Mittleres Heiratsalter von Frauen				
	1625-1644	19.7	23.2	26.8
	1700-1704	24.0	26.6	29.7
	1745-1749	24.8	26.3	29.5
	1800-1810	22.7	25.9	27.2

Quelle: Perrenoud 1989: 242

Wirtschaftliche Not, die verhinderte eine eigene Familie ernähren zu können, aber auch gesetzliche Heiratseinschränkungen führten in einigen Regionen der vorindustriellen Schweiz zu einem Anstieg der ehelos bleibenden Frauen und Männer. In Genf beispielsweise erhöhte sich der Anteil der Ehelosen von 6% (1550-1599) auf 29% (1700-1749) (Henry 1956). Ledig blieben nicht nur arme Männer und Frauen, sondern auch große Teile der Bediensteten. In anderen Regionen der damaligen Schweiz zeigten sich analoge, wenn auch weniger markante Zunahmen der Ledigenquoten. Während in Zürich Land um 1634/35 nur 2-3% der 50-Jährigen ledig verblieben waren, zeigten sich im 18. Jahrhundert und 19. Jahrhundert höhere Ledigenquoten, mit allerdings regional unterschiedlichen Werten. Besonders hoch war der Anteil der ledig bleibenden Männer und Frauen in katholischen Regionen mit hohem Anteil von Nonnen und Mönchen (z.B. in der Stadt Luzern gegen Ende des 18. Jahrhunderts) (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4:

Ledigenquote: Anteil von Frauen und Männern, die mit 50 Jahren ledig verblieben waren

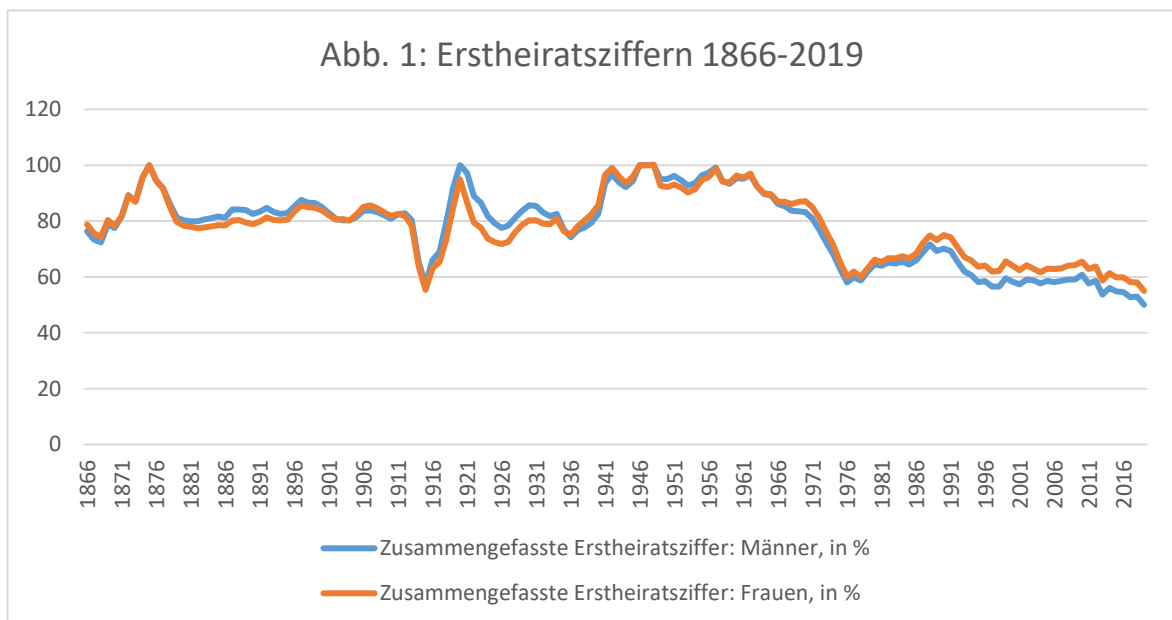
		Mit 50 noch ledig		Quelle
		Frauen	Männer	
A) Kommunale/regionale Daten				
Zürich Land	1634/35	2%	3%	1
Vallorbe (VD)	1678-1699	11%	3%	2
	1700-1749	10%	9%	
	1750-1799	10%	9%	
Spirigen (UR)	1681-1710	14%	9%	3
	1711-1760	16%	9%	
	1761-1790	18%	13%	
Sulgen (TG)	1710	14-16%	13-15%	4
	1722	10-14%	9-11%	
Speicher (AR)	1740-69	11%	7%	5
Freienbach/Wollerau (SZ)	1700-1750	21%	19%	6
	1760-1810	21%	14%	
Luzern	1786-1794	22%	17%	7
B) Schweiz insgesamt				
	1856-1860	20%	18%	8
	1881-1885	19%	17%	
	1901-1905	17%	15%	
	1921-1925	18%	14%	
	1941-1945	20%	13%	
	1961-1965	15%	11%	
	1981-1985	12%	9%	
	2000	11%	8%	
	2017	11%	12%	

Quelle: 1: Letsch 2017, 2: Huber 1984, 3: Zurfluh 1988, 4: Menolfi 1981, 5: Ruesch 1979, 6: Schelbert 1989, 7: Kurmann 1985, 8: Eidg. Volkszählungen, aber 2000 Strukturserhebungen Bundesamt für Statistik.

Auch im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts verblieben verhältnismäßig viele Personen ledig. Zeitweise war die Ledigenquote bei Frauen deutlich höher als bei Männern.

Dies war vor allem in Perioden der Fall, wo kriegs- oder auswanderungsbedingt ein ausgeprägter ‚Männermangel‘ zu verzeichnen war.

In Abbildung 1 sind die zusammengefassten Erstheiratsziffern seit 1866 aufgeführt. Dieser Indikator vermittelt ebenfalls Hinweise auf den Anteil der Männer und Frauen, die im Verlauf ihres Lebens eine formelle Ehe eingehen. Als synthetischer Indikator unterliegt diese Ziffer allerdings kurzfristigen Schwankungen. So hat die Einführung einer Zivilehe um 1874 zu einem Heiratsboom geführt, wogegen der Beginn des I. Weltkriegs vielfach zum Aufschub einer Eheschließung beitrug. Aber die Grundzüge der Entwicklung werden dennoch klar. So wird deutlich, dass wirtschaftliche Krisen und Kriegszeiten zu reduzierten Heiratsraten beitrugen, wobei es nach Ende eines Kriegs zu Aufholeffekten kam. Besonders hohe Erstheiratsziffern ergaben sich namentlich in den Hochkonjunkturjahren nach dem II. Weltkrieg. Ab Mitte der 1960er Jahre reduzierte sich die Heiratsbereitschaft erneut, weil andere Lebensformen (Single sein) und nichteheliche Lebensgemeinschaften an Verbreitung gewannen. Gegenwärtig gehen weniger als 60% der Frauen und Männer eine formelle Ehe ein.



Quelle: Bundesamt für Statistik – Statistik der Bevölkerungsbewegung (Stat-Tab-Datenbank)

Bis zum 18. Jahrhundert waren Ehe und Familie in christliche Normvorstellungen eingebettet, die eine klare Ablehnung weltlicher Vergnügungen einschlossen. Die zentralen Normen des familialen Alltags waren Ehrbarkeit und sittlich-religiöse Gläubigkeit. Die Vormachtstellung des Ehemannes und Vaters – auch in seiner Ernährer- und Beschützerrolle – wurde in diesem Ehemodell durch häuslichen Fleiß und Demut von Ehefrau und Mutter ergänzt. „Solange die Eheleute in der Eheführung den christlichen Normierungen Rechnung trugen, wozu auch die Zweckgebundenheit der Sinnlichkeit gehörte, wurde die Frage nach persönlichem Glück nicht gestellt.“ (Mahlmann 1991:58)

Erst ab Mitte des 18. Jahrhunderts wurden Eheglück und eheliche Liebe vermehrt zum Leitmotiv eines bürgerlichen Ehe- und Familienlebens. Die vom Bürgertum ab Mitte des 18. Jahrhunderts propagierte Liebesehe war vorerst weit von ‚romantischen Liebesgefühlen‘ entfernt. Im Vordergrund der neuen Liebesauffassung stand nicht ein spontanes und deshalb

unberechenbares Gefühl, sondern es ging um ‚vernünftige Liebe‘. „Der Kriterienkatalog ‚vernünftige Liebe‘ wies alle tugendhaften Eigenschaften auf, so dass Liebe ein moralisch-sittlich getragenes Gefühl war und die Achtung des anderen zum Fundament der Ehe erwuchs. Sie wurde ‚als unbedingtes Wohlmeinen‘ und ‚Einandergutsein‘ begriffen, so dass Konfliktvermeidung als ehehygienisches Prinzip postuliert werden musste.“ (Mahlmann 1991: 65)

Romantische Vorstellungen zu Liebesheirat und Eheglück gewannen erst im 19. Jahrhundert eine stärkere Verbreitung. „Erst damals entstand eine Vorstellung von Liebe, die bis heute im Schlagwort ‚Liebesheirat‘ auf den Punkt gebracht wird.“ (Binpotto 2008: 96) Die (romantische) Liebe wurde allmählich zum einzig gültigen Anlass und Motiv einer Eheschließung. Damit verknüpft war vorerst noch die Betonung eines häuslichen Ehe- und Familienlebens im Rahmen gutbürgerlicher Sittlichkeit. Dies verstärkte im 19. Jahrhundert den häuslichen Charakter der Kleinfamilie, und führte in der Folgezeit vielfach zur Entwertung der Ehefrau zur reinen Hausfrau (Pretzschner 1997). Gleichzeitig zielte die bürgerliche Häuslichkeit aber auch darauf Ehemänner zu disziplinieren und sie etwa von Müßiggang, Schankwirtschaften und Prostitution fernzuhalten. Das vom aufstrebenden Bürgertum vertretene Modell der bürgerlichen Liebesheirat verstärkte die Stellung der engeren Kernfamilie, weil nur noch Mitglieder der Kernfamilie zur häuslichen Familiengemeinschaft gezählt wurden. Der Durchbruch der bürgerlichen Liebesheirat (mit ihrer Dreieinigkeit von Liebe, Ehe und Sexualität) verringerte den Einfluss der Eltern und übriger Verwandter auf Partnerwahl und Familiengestaltung. Liebe lässt sich nicht befehlen und wenn eine Ehe auf Liebe begründet wird, muss die Wahl des Ehepartners der jungen Generation überlassen werden. Die Gestaltung des Familienlebens wurde vermehrt zur Privatsache der Beteiligten.

Ab der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts führten wachsende Individualisierung und eine erhöhte Betonung persönlicher Glücksansprüche unter anderem zu einer sozialen Anerkennung befriedigender (ehelicher) Sexualität, wobei neu auch Frauen ein Recht auf eigene Sexualität – ebenso wie ein Recht auf einen eigenen Beruf – zugestanden wurde. Die Ehepartner in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewichteten eheliche Sexualität vermehrt als wichtiges Erfordernis zur Erhaltung des Glücks in einer Partnerbeziehung (Mahlmann 1991: 135ff.). Die enormen wirtschaftlichen und politischen Umbrüchen und Unsicherheiten nach dem I. Weltkrieg trugen gleichzeitig dazu bei, dass sich die Ansprüche an Ehe und Familie erhöhten. In unsicheren Zeiten sollten Ehe und Familie persönliches Glück, Sicherheit und Geborgenheit vermitteln. Ab Ende der 1920er Jahre begannen vermehrte Diskurse über die Stellung der Frau als ‚ebenbürtige Partnerin‘ des Mannes (in den späten 1920er Jahren unter dem Etikett der ‚Kameradschaftsehe‘). In diesem Rahmen verstärkten sich die sozial-emotionalen Anforderungen an die Männer als gefühlsvolle Ehemänner und liebevolle, wenn auch strenge Väter.

Erster Weltkrieg und nachfolgende wirtschaftliche Krisen trugen allerdings zu Beginn des 20. Jahrhundert weiterhin dazu, dass viele Frauen und Männer erst spät heiraten konnten. Das Ideal der bürgerlichen Liebesheirat war zwar schon weit verbreitet, aber die wirtschaftlichen Hindernisse behinderten ihre Verwirklichung. Viele junge Dienstmädchen und junge Arbeiter mussten sich mit dem Lesen romantischer Liebesgeschichten begnügen. Erst die wirtschaftliche Hochkonjunktur nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglichte es jungen Leuten, den Wunsch nach einer Ehe früh zu verwirklichen. Entsprechend sanken Heiratsalter und Anteil der Ledigen. Die enorme wirtschaftliche Wohlstandsentwicklung in Nord- und Westeuropa nach 1945 führte zu einer verstärkten Individualisierung und Intimisierung von Ehe und Familie. Ehe- und Familienpartner in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts betonten vor allem die psychologisch begründeten Qualitäten wechselseitiger familialer Kommunikation. Ehe und

Familie wurden zu sozialen Orten, wo sich im Rahmen einer kernfamiliar strukturierten Haushalts-, Intim- und Gefühlsgemeinschaft eigene Identität und Individualität entwickeln konnte. Familiales Glück bestand damit neu in der Herstellung eines anspruchsvollen Gleichgewichts zwischen familialer Gemeinschaft und individueller Selbstverwirklichung.

Allerdings blieb die Ehe in den Nachkriegsjahrzehnten in vielen Ländern Europas weiterhin die einzig akzeptierte Form heterosexuellen Zusammenlebens, da sowohl voreheliche Sexualität als auch nichteheliches Zusammenleben ('wilde Ehe') verpönt bzw. verboten blieben. Im Kanton Zürich wurde das Verbot außerehelichen Zusammenlebens erst 1972 aufgehoben. In den katholischen Kantonen Schwyz und Wallis galten formelle „Konkubinatsverbote“ – die außereheliches Zusammenleben als strafbar einstufen – bis in die 1990er Jahre (Aufhebung Kanton Schwyz 1992, Wallis 1995). Die klassische Arbeitsteilung (Mann sichert Existenz der Familie, Frau arbeitet im Haushalt) wurde in den Nachkriegsjahrzehnten wenig hinterfragt und dank steigenden Löhnen konnten sich mehr Männer eine vollberufliche Hausfrau leisten. Die ersten Nachkriegsjahrzehnte waren damit das 'Goldene Zeitalter der bürgerlichen Ehe': Die Wünschbarkeit dieser Lebensform war nahezu unbestritten und dank wirtschaftlicher Konjunktur standen einer frühen Heirat keine wirtschaftlichen Hindernisse im Weg.

Dieses 'goldene Zeitalter der bürgerlichen Ehe' erwies sich als vorübergehende Phase, da die bürgerliche Liebesehe - mit ihrer Kombination von Gefühlen und institutioneller Ordnung - eine grundsätzlich widersprüchliche Konstruktion war. Gegen Ende der 1960er Jahre und vor allem ab den 1970er Jahren fiel die bürgerliche Ehekonstruktion (mit ihrer Einheit von Sexualität, Zusammenleben und Ehe) auseinander. Seit den 1970er Jahren lässt sich eine Reihe von wesentlichen Veränderungen der ehelichen Normen und Realitäten festhalten:

Erstens kam es zu einer Entbündelung oder sogar Auflösung des christlich-bürgerlichen Ehemodells, welches eine klare Verknüpfung von Sexualität, Zusammenleben, Kinderhaben innerhalb einer definierten Lebensform - der Ehe - vorsah.

Zweitens wurde voreheliche Sexualität bei der jungen Generation populär und die Diskriminierung außerehelicher Kinder und lediger Mütter erwies sich als unhaltbar. 1978 wurden eheliche und nichteheliche Kinder rechtlich gleichgestellt, auch was Erbensprüche betrifft.

Drittens wurde eine Ehe zur Wahloption und nicht-eheliche Lebensformen verbreiteten sich in der Schweiz, wenn auch weniger rasch als etwa in Schweden (Höpflinger 1999, Le Goff, Ryser 2018). Vor allem jüngere Personen (noch) ohne Kinder pflegen häufig eine Konsensualpartnerschaft (vgl. Tabelle 5). Geheiratet wird, wenn überhaupt, erst nach längerem Zusammenleben oder mit der Geburt eines Kindes.

Viertens wurden patriarchale Familiennormen zurückgedrängt und die Familien wurden partnerschaftlicher (Mitterauer, Sieder 1991). Seit 1988 sind in der Schweiz Ehefrauen den Ehemännern rechtlich gleichgestellt.

Viertens erhöhte sich die Scheidungshäufigkeit nach 1966/67 rasch (vgl. Kap. 6.1). Die erhöhte Scheidungshäufigkeit ist kein Hinweis auf einen Bedeutungsschwund von Partnerschaften, sondern in der Hauptsache ein indirektes Kompliment an das Ideal der modernen Partnerschaften und gleichermaßen ein Zeugnis für deren Schwierigkeiten.

Fünftens hat sich gerade in der Schweiz aufgrund starker Einwanderung der Anteil der binationalen Eheschließungen erhöht (vgl. Tabelle 6). Ehe und Familie wurden multikultureller (zur Zuwanderung in der Schweiz vgl. Kap. 7.4).

**Tabelle 5:
Verteilung (heterosexueller) Partnerschaften nach legaler Form 2018**

	Ehe	Konsensualpartnerschaft
Altersgruppe: 25-34 J.	54.0%	46.0%
35-44 J.	77.7%	22.3%
45-54 J.	83.5%	16.5%
55-64 J.	87.9%	12.1%
65-80 J.	93.1%	6.9%
Keine gemeinsamen Kinder	51.0%	49.0%
Gemeinsames Kind/Kinder	93.9%	6.1%

Quelle: Bundesamt für Statistik – Familien- und Generationensurvey 2018

**Tabelle 6:
Verteilung von Eheschließungen nach Staatsangehörigkeit der Heiratenden in der Schweiz 1970-2018**

	1970	1980	1990	2000	2018
Beide schweiz. Nationalität	74.7%	77.3%	68.0%	56.7%	49.1%
Ausländer/ Schweizerin	7.3%	6.7%	7.6%	9.7%	15.8%
Schweizer/Ausländerin	8.5%	10.3%	15.4%	20.3%	20.0%
Beide ausländische Nationalität	9.5%	5.7%	9.0%	13.3%	15.1%

Quelle: Bundesamt für Statistik (Stat-Tab)

Die Ehe hat ihre Monopolstellung als einzig legitime Form des Zusammenlebens von Frau und Mann eingebüßt, aber klare Vorbehalte gegenüber der Ehe finden sich nur bei einer geringen Minderheit der Bevölkerung. So waren 2018 weniger als zwanzig Prozent der 15-80-jährigen Personen der Ansicht, die Ehe sei eine veraltete Institution. Interessanterweise zeigen sich diesbezüglich kaum bedeutsame Meinungsunterschiede zwischen jungen und älteren Menschen (vgl. Tabelle 7). Stärkere Unterschiede zwischen den Altersgruppen bzw. den Generationen ergeben sich in der Akzeptanz einer Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Die Zustimmung zur ‚Ehe für Alle‘ ist bei jüngeren Personen ausgeprägter als bei älteren Befragten. 2020 hat das eidgenössische Parlament eine Vorlage zur Einführung einer Ehe für Alle (mit gleichen Rechten) zugestimmt.

**Tabelle 7:
Einstellungen zur Ehe im Altersgruppenvergleich: Schweiz 2018**

% -Zustimmung zur Aussage:	Altersgruppe (Jahre)					
	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65-80
Die Ehe ist eine veraltete Institution	16%	22%	20%	20%	17%	15%
Homosexuelle Paare sollten die gleichen Rechte haben wie heterosexuelle Paare	69%	65%	64%	57%	54%	48%

Quelle: Bundesamt für Statistik – Familien- und Generationensurvey 2018

3.2 Geburtenentwicklung und Fertilitätsverhalten in der Schweiz

3.2.1 Demografischer Übergang – von hohen zu tiefen Geburtenraten

Vorindustrielle Gesellschaften sind durch hohe Geburtenraten und hohe Sterblichkeitsraten charakterisiert. Es werden viele Kinder geboren, aber viele sterben früh und die Lebenserwartung ist gering (vgl. Kap. 4.2). Industrialisierte Gesellschaften, ebenso wie moderne Dienstleistungsgesellschaften, sind hingegen durch geringe Geburten- und Sterberaten gekennzeichnet. Die Kinderzahl in Familien ist gering, aber die allermeisten Kinder überleben bis in ein höheres, wenn nicht sogar hohes Lebensalter. Der Wechsel von hoher zu tiefer Geburtenhäufigkeit und von tiefer zu hoher Lebenserwartung wird in der Fachliteratur häufig als ‚demografischer Übergang‘ (englisch: „demographic transition“) bezeichnet.

Eine erste Theorie des demografischen Übergangs wurde in den 1930er Jahren formuliert (Thompson 1929, Notestein 1945). Die ersten Vertreter der Theorie des demografischen Übergangs gingen davon aus, dass ein enger, kausaler Zusammenhang zwischen dem Absinken der Sterblichkeit und dem Rückgang der Geburtenhäufigkeit besteht. Ein Absinken der Sterblichkeit führt zum Geburtenrückgang und Sterblichkeits- und Geburtenraten gleichen sich langfristig aus, woraus sich ein neues demografisches Gleichgewicht ergibt. Die Grundidee war vereinfacht folgende: Mit der sozio-ökonomischen Entwicklung einer Gesellschaft verbessern sich die Lebensverhältnisse der Bevölkerung mit der Konsequenz, dass sich die Lebenserwartung erhöht. Das Absinken der Sterberaten und namentlich die Reduktion der Säuglings- und Kindersterblichkeit führen zu einem Wachstum der Bevölkerung, was Gesellschaft und Familien unter Anpassungsdruck setzt. Sie lösen diesen Anpassungsdruck durch eine bewusste Geburtenbeschränkung.

Allerdings erkannten schon die ersten Vertreter der Theorie des demografischen Überganges, dass sich Veränderungen der Sterbeverhältnisse erst mit Zeitverzögerung auf das Geburtenniveau auswirken. Es wurde deshalb von einem Drei-Phasen-Modell ausgegangen:

Die erste Phase ist charakterisiert durch hohe Sterberaten und hohe Geburtenzahlen. Es handelt sich um eine Bevölkerung, die weder medizinisch betreut ist noch Familienplanung kennt. Die Bevölkerung befindet sich in einem Zustand, da sie Krankheiten und namentlich Epidemien sowie Schwangerschaften unkontrolliert gegenüber steht. In dieser Phase befinden sich Geburten- und Sterbeziffer in etwa in einem Gleichgewicht und die Bevölkerung wächst nur langsam, wenn überhaupt.

In der zweiten Phase beginnen die Sterbeziffer zu sinken bzw. die Lebenserwartung erhöht sich, etwa aufgrund besserer Nahrungsmittelgrundlagen. Speziell die Säuglings- und Kindersterblichkeit sinkt. Demgegenüber bleibt das Geburtenniveau weiterhin auf einem hohen Niveau. Ehepaare haben entweder noch nicht realisiert, dass mehr Kinder überleben oder sie kennen keine Möglichkeit, ihre Geburtenzahlen zu reduzieren, beispielsweise weil Familienplanung aus kulturellen oder religiösen Gründen verpönt bleibt. Diese Phase ist mit einer rasch wachsenden Bevölkerung assoziiert.

In einer dritten Phase beginnen sich die Sterblichkeitsziffern auf einem tieferen Niveau zu stabilisieren. Die große Mehrheit der Bevölkerung lebt so lange, wie es ihrer biologisch möglichen Lebensspanne entspricht. Auch die Geburtenzahlen beginnen zu sinken, da immer mehr Frauen eine effiziente Familienplanung betreiben. Damit verringert sich das Bevölkerungswachstum allmählich wieder und eventuell wird – so die Hoffnung – ein neues demografisches Gleichgewicht erreicht.

Es wurde rasch klar, dass dieses Drei-Phasen-Modell ein zu schematisches Grundmodell darstellte. Das ursprüngliche Drei-Phasen-Modell wurde in der Folge verschiedentlich modifiziert. So entwickelte die Population Division der UN zu Beginn der 1970er Jahre beispielsweise ein Fünf-Phasen-Modell demografischer Transformation (Coale 1975):

1. Phase (Prätransformativ Phase): Es ist eine Zeit vor Beginn des demografischen Übergangs, gekennzeichnet durch hohe Geburtenziffern sowie hohe und schwankende Sterbeziffern. Die Wachstumsrate der Bevölkerung ist gering.
2. Phase (Frühtransformativ Phase): Die Sterbeziffern beginnen allmählich zu sinken, die Geburtenziffern bleiben jedoch hoch oder steigen - als Folge verbesserter Ernährung und besserer Gesundheit gebärfähiger Frauen - sogar an. Das Resultat ist eine Beschleunigung des Bevölkerungswachstums.
3. Phase (Mitteltransformativ Phase): Die Sterbeziffern fallen weiter auf ein relativ tiefes Niveau, während die Geburtenziffer erst langsam zu sinken beginnen. Die Schere zwischen Geburten und Todesfällen öffnet sich, wodurch sich in dieser Phase ein besonders starkes Bevölkerungswachstum ergibt.
4. Phase (Spättransformativ Phase): Die Geburtenziffern unterliegen einem starken Abwärtstrend, wogegen sich die Sterbeziffern bereits auf einem niedrigen Niveau zu stabilisieren beginnen. Damit reduzieren sich die Wachstumsraten der Bevölkerung wieder.
5. Phase (Posttransformativ Phase): Die Geburten- und Sterbeziffern stabilisieren sich auf einem niedrigen Niveau. Das Bevölkerungswachstum ist gering oder sogar negativ.

Wie bei jedem allgemeinen Phasen- und Entwicklungsmodell stellt sich die Frage der empirischen Gültigkeit für verschiedene Regionen oder Zeitperioden. Auch aus theoretischer Sicht lassen sich gegenüber der Theorie des demografischen Übergangs verschiedene Bedenken formulieren:

Erstens kann die in den Phasenmodellen implizierte Gleichgewichtsvorstellung in Frage gestellt werden. Es lässt sich beispielsweise bezweifeln, dass ein Gleichgewicht zwischen Geburten- und Sterblichkeitsziffern überhaupt einen Normalfall und nicht vielmehr eine seltene Ausnahme darstellt.

Zweitens kann die Vorstellung einer zwangsläufigen, gerichteten und irreversiblen Entwicklung kritisiert werden. Schon der Begriff Übergang beinhaltet durch die Vorwegnahme des Endes eines Prozesses ein Stück Geschichtsphilosophie. Demografische Prozesse verlaufen zumeist nicht linear, wie der Geburtenanstieg während der Nachkriegszeit (Babyboom) in Westeuropa illustriert.

Drittens erwies sich der rein demografische Rahmen der ursprünglichen Theorie als zu eng. Ein Modell, das primär die Größen 'Sterblichkeit' und 'Fruchtbarkeit' einschließt, ist ungenügend. Der langfristige Geburtenrückgang kann nicht allein durch das Absinken der Sterblichkeit - namentlich der Säuglingssterblichkeit - erklärt werden. Demografische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsprozesse stehen in einem engen, wechselseitigen Zusammenhang. Die allgemeine Theorie des demografischen Übergangs sagt zudem nichts aus über die Dauer verschiedener Entwicklungsverläufe, über die notwendigen Faktoren, die zu einer Geburtensenkung führen oder über das spezifische Wechselverhältnis von Sterblichkeits- und Geburtenentwicklung in verschiedenen Regionen der Welt zu verschiedenen Zeitpunkten gesellschaftlicher Entwicklungen.

Trotz dieser kritischen Punkte ist und bleibt das Konzept eines demografischen Übergangs einprägsam, namentlich in Zusammenhang mit sozialpolitisch geprägten Entwicklungs- und Modernisierungsvorstellungen (Szreter 1993). Zur Ehrenrettung des Konzepts des demografischen Übergangs lassen sich folgende Feststellungen treffen (Lee 2003, Schmid 1984):

- a) Es gibt kein Land, das im Verlauf seiner ökonomischen und sozialen Modernisierung nicht eine bedeutsame Transformation seiner demografischen Verhältnisse erfahren hat. Gleichzeitig lässt sich kein modernes und wirtschaftlich entwickeltes Land beobachten, welches ein hohes Geburtenniveau von 3 und mehr Kindern aufweist (und als Problem moderner Gesellschaften wird eher eine zu tiefe Fertilität angesehen).
- b) Im langfristigen Zeitverlauf ist stets eine deutliche Verbindung zwischen Fruchtbarkeitsniveau auf der einen und Sterblichkeitsentwicklung auf der anderen Seite zu erkennen, auch wenn die kausalen Zuordnungen je nach Kontext und Zeitperiode variieren. Gesellschaften mit einer hohen Lebenserwartung sind nahezu immer auch Gesellschaften mit einem vergleichsweise geringen Geburtenniveau.
- c) Geburtenrückgang und Veränderungen der Überlebensordnung in einer Gesellschaft stehen in systematischem Zusammenhang mit wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen. Es gibt kein Land, das einen langfristigen Geburtenrückgang und eine deutliche Zunahme der Lebenserwartung erfuhr, ohne dass sich die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in starkem Masse modernisiert hätten.

Durchgeführte historische oder international vergleichende Forschungsarbeiten haben die theoretischen Modellannahmen des ursprünglichen Modells zum demografischen Übergang in wesentlichen Bereichen relativiert. So erwies sich der vermutete kausale Zusammenhang zwischen Sterblichkeitsrückgang (und namentlich Rückgang der Säuglingssterblichkeit) und Geburtenrückgang gemäß sozialhistorischen Analysen als komplexer und weniger eindeutig als es die ursprünglichen Theorien des demografischen Übergangs postulierten. Beispielsweise setzte in einigen europäischen Regionen (wie Schweden oder Ungarn) der Rückgang der ehelichen Fruchtbarkeit vor dem Absinken der Säuglingssterblichkeit ein (Coale, Watkins 1986).

Als problematisch erwies sich auch die Übertragung der historisch in Europa beobachteten Entwicklungsverläufe auf Länder Asiens, Afrikas oder Lateinamerikas:

Einerseits lag die Geburtenhäufigkeit in vielen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas vor Beginn des demografischen Übergangs deutlich höher als dies in west- und nord-europäischen Ländern während analoger sozioökonomischer Entwicklungsstufen der Fall war. Hauptgrund waren kulturelle und soziale Unterschiede des Heirats- und Familiengründungsverhaltens in vorindustriellen Gesellschaften. So lag in manchen Gegenden West- und Nordeuropas das Erstheiratsalter im 18. und 19. Jahrhundert vergleichsweise hoch und der Anteil der ledigen und damit oft kinderlosen Frauen war beträchtlich (Hajnal 1965; Foreman-Peck 2009). Dies führte schon vor der industriellen Entwicklung in manchen europäischen Regionen zu vergleichsweise tiefen Geburtenraten.

Andererseits sanken die Sterbeziffer in vielen außereuropäischen Ländern nach Beginn der demografischen Transition rascher als dies historisch in Europa zu beobachten war. Der Import medizinischer Technologien und epidemiologischer Kenntnisse aus den USA und Europa haben die Sterblichkeitsverhältnisse in manchen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas rasch grundlegend verändert. Vor allem die Säuglings- und Kindersterblichkeit ging vielerorts stark zurück und die durchschnittliche Lebenserwartung stieg - abgesehen von Ländern, die durch langjährige Kriege betroffen waren - rascher an als dies in Europa während vergleichbaren Perioden der wirtschaftlichen Entwicklung der Fall war. Höhere Fruchtbarkeit zu Beginn des demografischen Übergangs und rasch sinkende Sterblichkeitsraten sind verantwortlich dafür, dass das Bevölkerungswachstum in vielen außereuropäischen Ländern im Verlauf der demografischen Transformation deutlich ausgeprägter war als dies historisch in Westeuropa beobachtet wurde.

Der demografische Übergang in Europa – wie auch in manchen außereuropäischen Ländern – war in jedem Fall verbunden mit einem grundlegenden Wandel der Produktionsverhältnisse, welche von einer stagnierenden zu einer wachsenden Ökonomie führten. Nach Ansicht von Oded Calor (2004) stellt vor allem die wachsende Rolle von Humankapital in der wirtschaftlichen Produktion im Verlaufe der industriellen und technologischen Revolution ein zentraler Einflussfaktor für den demografischen Wandel dar, sei es, dass mehr in Ausbildung von Arbeitskräften investiert wurde; sei es, dass man sich vermehrt um das Wohl nachkommender Generationen sorgte, wodurch diese weniger häufig vorzeitig verstarben.

Obwohl sich somit klare assoziative Zusammenhänge zwischen sozioökonomischen und demografischen Wandlungsprozesse erkennen lassen, dürfen daraus keine voreiligen Kausalschlüsse abgeleitet werden, denn in einem konkreten Fall eilten die demografischen Bewegungen der Industrialisierung voraus, während sie im anderen Fall erst später erfolgten. Hans Linde (1984: 142) macht bei der zeitlichen bzw. kausalen Zuordnung industrieller und demografischer Entwicklungen auf einen weitere Punkt aufmerksam: "Schon auf den ersten Blick bereitet es große Schwierigkeiten, das formale 'früher' der Ausbildung der neuen industriellen Arbeitswelt und das 'später' der generativen Neuorientierung im Kontext des Industrialisierungsprozesses mit unserer Datenanalyse in Übereinstimmung zu bringen. Und zwar einfach deshalb, weil danach zuerst jene Teilbevölkerungen oder Sozialbestände von der als 'industriell' gedeuteten Rationalisierung des generativen Verhaltens erfasst worden sind, die zu dem - .. - als 'industriell' bestimmbareren Geschehen neben der breiten landwirtschaftlichen Bevölkerung die größte Distanz hatten: das Bildungsbürgertum, die Beamtschaft und die Freien (akademischen) Berufe, während bei jenen, die an der Ausbildung der neuen industriellen Wirtschaftsweise als dem angenommenen Wurzelgrund des Rationalisierungsprozesses unmittelbar beteiligt (..) oder existentiell betroffen waren (wie die nicht-landwirtschaftliche Arbeiterschaft) erst recht spät eine Abnahme der ehelichen Geburtenzahl eintrat." (Linde 1984: 142)

Dieser Tatbestand ist damit zu erklären, dass für demografische und sozioökonomische Wandlungsprozesse nicht nur Umstellungen der materiellen Produktionsweisen von Bedeutung sind, sondern es intervenieren soziokulturelle Traditionen und kulturelle Codes, in denen sich wirtschaftliche und demografische Entwicklungen abspielen. So erweisen sich Ausmaß und Art der Säkularisierung (im Sinne eines Durchbruchs weltlicher Lebensvorstellungen und eines verringerten Einfluss kirchlicher Autoritäten) für die Zeitperiode 1870-1930 als zentrale intervenierende Faktoren für den Effekt wirtschaftlicher Entwicklungen auf den demografischen Wandel (Lesthaeghe, Wilson 1982). Vor allem in den ersten Phasen der demografischen Transformation ergaben sich enorme kulturell bedingte regionale Unterschiede, da in der Übergangsphase zur Industriegesellschaft die soziokulturellen Verhaltensweisen des demographischen Ancien Régimes (wie Heiratsverhalten, landwirtschaftliche Vermögensübertragung u.a.) in bedeutsamer Weise hineinspielten (Festy 1979; Gehrmann 1979). Erst in späteren Phasen, als sich die sozialen Wirkungen industrieller Entwicklungen aufgrund verstärkter Nationenbildung überall durchsetzten, kam es zu verstärkten regionalen Konvergenzen der demografischen Prozesse (Watkins 1981, 1990).

Selbst innerhalb Europas verlief der demografische Übergang unterschiedlich, wobei markante regionale Unterschiede sowohl in Bezug auf die Ausgangslage (Geburtenhäufigkeit und Lebenserwartung vor der demografischen Transformation) als auch in Bezug auf Beginn und Verlauf des demografischen Wandels zu verzeichnen waren (Coale, Watkins 1986; Festy 1979,

Frejka 2017). Damit variierten auch die gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen zu Beginn des langfristigen Geburtenrückgangs in bedeutsamer Weise, wie dies die Angaben in Tabelle 8 illustrieren.

Tabelle 8: Sozio-ökonomische Situation zu Beginn des säkularen Geburtenrückgangs				
Land:	Beginn des Geburtenrückgangs	Kindersterblichkeit	Nicht-agrarische Arbeitskräfte	Urbanisierung
Frankreich	1785/1800	185	30%	7%
Belgien	1882	161	70%	22%
Schweiz	1885	165	67%	9%
Deutschland	1890	221	62%	21%
Ungarn	1890	250	27%	11%
England & Wales	1892	149	85%	57%
Schweden	1892	102	51%	11%
Schottland	1894	124	87%	49%
Niederlande	1897	153	71%	42%
Dänemark	1900	131	58%	23%
Norwegen	1904	76	63%	18%
Österreich	1908	205	60%	19%
Finnland	1910	114	34%	9%
Italien	1911	146	54%	28%
Bulgarien	1912	159	30%	7%
Spanien	1918	158	34%	26%
Irland	1929	69	52%	20%
<u>Zum Vergleich:</u>				
Costa Rica	1962	74	42%	20%
Taiwan	1963	49	53%	31%
Chile	1964	103	63%	53%
Thailand	1970	77	25%	12%
<u>Indikatoren:</u>				
- Land mit Grenzen zu Beginn des Geburtenrückgangs.				
- Beginn des Geburtenrückgangs: Zeitpunkt an dem der Index der ehelichen Fertilität um 10% gesunken ist (Indikator für Beginn des langfristigen Geburtenrückgangs).				
- Kindersterblichkeit: Kindersterblichkeit pro 1000 Geborenen.				
- Nicht-agrarische Arbeitskräfte: Anteil von männlichen Arbeitskräften außerhalb der Landwirtschaft.				
- Urbanisierung: Anteil der Bevölkerung in Städten mit über 20'000 Einwohnern.				
Quelle: Knodel, van de Walle, 1986: Tab. 10.1, S. 394-395, vgl. auch Livi-Bacci 2007: 116.				

Ein Vorreiter des demografischen Übergangs war Frankreich; dasjenige Land, das zuerst eine umfassende soziale und politische Revolution erfuhr. Der säkulare Geburtenrückgang setzte zu einem Zeitpunkt ein, da sich sowohl Urbanisierung als auch industrielle Entwicklung noch auf einem vergleichsweise tiefen Niveau befanden. Während des gesamten 19. Jahrhunderts waren in Frankreich Geburtenhäufigkeit geringer und Lebenserwartung höher als etwa in Deutschland. In anderen Ländern Europas begann der Übergang von hoher zu tiefer Fertilität erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts, so in Belgien, der Schweiz, Deutschland, Ungarn, England, Schweden und den Niederlanden. In vielen Fällen war die industrielle Entwicklung schon

fortgeschritten und die Mehrheit der Arbeitskräfte war - mit Ausnahme Ungarns – schon außerhalb der Landwirtschaft tätig.

Auch die Säuglings- und Kindersterblichkeit zu Beginn der demografischen Transformation variierte beträchtlich. Sie war in Ungarn und Deutschland besonders hoch, weil in einigen Regionen Deutschlands und Ungarns die industrielle Entwicklung zeitweise zur Proletarisierung breiter Volksschichten führte. Deutliche Unterschiede ergaben sich auch in Bezug auf den Urbanitätsgrad zu Beginn der Transformation. Während in England sowohl Industrialisierung als auch demografischer Übergang eng mit einer ausgeprägten Verstädterung assoziiert waren, erlebte die Schweiz eine industrielle und demografische Transformation ohne massive Urbanisierung. Auch in Schweden erfolgte der demografische Übergang in weiten Teilen vor der Urbanisierung. Allerdings waren die Städte auch in der Schweiz und Schweden insofern die Vorreiter des demografischen Wandels, als der Geburtenrückgang in den Städten am frühesten einsetzte.

Erst später, zu Beginn des 20. Jahrhunderts, begann die demografische Transformation in den übrigen skandinavischen Ländern (Dänemark, Norwegen und Finnland; hier allerdings bei schon relativ tiefer Kindersterblichkeit, jedoch teilweise noch geringer Urbanisierung und industrieller Entwicklung. In Österreich seinerseits begann der Geburtenrückgang teilweise bevor sich die Kindersterblichkeit massiv reduziert hatte. Noch später erfolgte die demografische Transformation auf dem Balkan und in Südeuropa, wobei sich in Italien und in Spanien enorme regionale Unterschiede im Zeitpunkt des säkularen Geburtenrückgangs ergaben. In Irland - einem Land, in dem Nationalismus und Katholizismus bis Ende des 20. Jahrhunderts eng verhängt blieben - setzte die demografische Transformation erst zu Beginn der 1930er Jahre ein.

Dynamik, Beginn und Verlauf der demografischen Wandlungen lassen sich daher nur bedingt mit klassischen Theorien sozialer Modernisierung in Verbindung setzen und dies gilt sowohl für die historische Entwicklung Europas als auch für die im Verlaufe der letzten Jahrzehnte feststellbaren demografischen Entwicklungen in außereuropäischen Ländern. Empirisch wird dies darin deutlich, dass im Querschnittsvergleich von Regionen oder Nationen oft hohe Korrelationen zwischen demografischen Indikatoren (Geburtensniveau, Sterbeziffern) und Indikatoren sozio-ökonomischer Modernisierung auftreten, diese Korrelationen sich jedoch im Längsschnittvergleich verwischen und zeitgeschichtlichen Veränderungen unterworfen sind. Letztlich, so das Fazit von Josef Ehmer (2004: 127), sind die Grundannahmen eines systematischen (kausalen) Zusammenhangs zwischen einzelnen demografischen Variablen ins Wanken geraten. Dies hängt damit zusammen, dass kulturelle Dimensionen intervenieren. Kulturelle Aspekte traten - wie Dirk van de Kaa (1997: 13) feststellt - jedoch erst in den 1980er Jahren vermehrt in den Blickpunkt der Forschung zum demografischen Wandel. Im Verlauf der letzten Jahrzehnte wurde immer deutlicher, dass sich demografische Prozesse (Geburtenhäufigkeit oder Überlebensordnung namentlich von Säuglingen und Kindern) nicht ohne Bezug auf familial-verwandtschaftliche Lebensformen und Werthaltungen erklären lassen. Auch Geschlechterverhältnisse wurden im Zusammenhang mit demografischen Transformationen lange Zeit vernachlässigt, obwohl es gute Argumente dafür gibt, dass die Stellung von Frauen in Familie und Gesellschaft eine bedeutsame Rolle spielt (Khalatbari 2007).

3.2.2 Geburtenhäufigkeit und Geburtenentwicklung in der Schweiz

In einem ersten Schritt wird die Geburtenhäufigkeit in der vorindustriellen Schweiz dargestellt. Danach folgt in einem zweiten Schritt eine Darstellung des Geburtenrückgangs ab Ende des 19. Jahrhunderts und die Entwicklung der Geburtenraten im 20. Jahrhundert und zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Die Datenlage zur Geburtenhäufigkeit und zum generativen Verhalten in früheren Jahrhunderten ist lückenhaft und auf lokale bzw. regionale Quellen beschränkt. Einigermassen zuverlässige Angaben sind erst ab dem 17. Jahrhundert verfügbar (Letsch 2017). Bei der Analyse der Geburtenzahlen während vor- und frühindustriellen Epochen sind zwei wesentliche Aspekte zu berücksichtigen:

Erstens war die damalige Säuglings- und Kindersterblichkeit hoch, wodurch zeitweise nur die Hälfte der Neugeborenen das Erwachsenenalter erreichte (vgl. Kap. 4.3). Die Zahl an (überlebenden) Kindern war damit wesentlich geringer als die Zahl an Neugeborenen. Zwar waren die durchschnittlichen Geburtenzahlen hoch, aber dies bedeutete noch lange nicht eine kinderreiche Familie. So betrug die durchschnittliche Zahl von Personen pro Haushalt in Stadt und Landschaft Zürich um 1770/90 nur 5.3 Personen (Walter 1966).

Zweitens reduzierte eine damals hohe Müttersterblichkeit die Zahl der Geburten (und eine Geburt war für junge Frauen ein hohes Sterblichkeitsrisiko). Nur die kräftigsten Frauen überlebten fünf und mehr Geburten. Der Einfluss der hohen Sterblichkeit von Frauen zeigt sich etwa darin, dass sogenannte ‚vollständige Ehen‘ (d.h. Ehen, die nicht durch den vorzeitigen Tod der Ehefrau endeten) höhere Geburtenzahlen aufweisen als der Durchschnitt aller Ehen.

Die mittlere Zahl von (ehelichen) Geburten variierte im 17. und 18. Jahrhundert je nach Region und Periode zwischen 4.5 bis 6 Geburten (vgl. Tabelle 9).³ Die feststellbaren Unterschiede der angeführten Geburtenzahlen sind auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Einerseits spielten Periodeneffekte eine Rolle. Hungersnöte oder Epidemien haben die Geburtenraten gesenkt, wogegen gute Erntejahre oder verbesserte Einnahmen dank Heimarbeit zu mehr Geburten führten. Andererseits waren Heiratsalter und Alter bei der Erstgeburt wichtige Einflussgrößen: Je später geheiratet wurde, desto geringer war die nachfolgende Geburtenzahl. In Mollis (Glarus) hatten 1731-1760 Frauen, die vor dem 20. Lebensjahr heirateten, durchschnittlich 9.6 Geburten, wogegen Frauen mit einem Heiratsalter zwischen 25 und 29 Jahren durchschnittlich 4.9 Geburten aufwiesen. Bei einem Heiratsalter von 30 bis 34 Jahren sank die Zahl der Geburten auf 3.6 (Head 1988). Regionale Unterschiede des Heiratsalters erklären einen bedeutenden Teil der beobachteten Fertilitätsdifferenzen und eine Erhöhung des Erstheiratsalters war mit ein Grund für geringere Geburtenzahlen im 18. Jahrhundert (beispielsweise in Genf).

³ Außereheliche Geburten waren in der Schweiz im 16. bis 18. Jahrhundert selten. Soweit Daten vorliegen, waren in dieser Periode vielerorts höchstens 1-2% der Geburten ‚unehelich‘, auch weil eine außereheliche Schwangerschaft in vielen Fällen eine sofortige Heirat erzwang (Höpflinger 1986: 40ff.).

Tabelle 9

Geburtenhäufigkeit im 17. und 18. Jahrhundert im Gebiet der heutigen Schweiz

		Mittlere Zahl		%Familien mit:			
		von Geburten Alle Ehen	pro Ehepaar: Vollständige Ehen*	0-4 Geb.	5-9 Geb.	10+ Geb.	
Stadt Genf (GE)	1625-1645	5.1					1
	1650-1674	5.8					
	1675-1699	4.9					
	1700-1704	4.4					
	1725-1727	4.1					
	1745-1749	3.7					
	1770-1772	3.8					
Stadt Luzern	1786-1795	4.5		55%	37%	8%	2
Marbach (LU)	Ende 18. Jh.	6.0	6.7	31%	49%	20%	2
Triengen (LU)	1650-1699	6.3					2
	1750-1799	5.4	7.0	27%	51%	22%	2
Wohlen (AG)	1655-1680	5.2					3
	1757-1782	4.9		47%	40%	13%	3
Bürglen (TG)	1630-1694	5.9	7.5	37%	41%	22%	4
	1726-1780	5.1	5.4	48%	38%	14%	
Silenen (UR)	1741-1750	5.5		38%	51%	11%	5
Speicher (AR)	1650-1699	3.7					6
	1700-1749	4.3	6.5			19%	
	1750-1799	4.5					
Freienbach (SZ)	1710-1749	5.4					7
	1750-1799	6.4					
Pfarrei Appenzell	1650-1699	4.5					8
	1700-1749	4.6					
	1750-1799	5.7					
	1800-1829	5.9					
Mollis (GL)	1700-1730	6.4					9
	1731-1760	6.6					
	1761-1790	6.1					
Zollikon (ZH)	1561-1799	5.4		53%	36%	11%	10
Maschwanden (ZH)	1561-1799	4.5		62%	34%	4%	10

* Ehen, die nicht durch den vorzeitigen Tod der Frau aufgelöst wurden

Quellen: 1: Perrenoud 1979, 2: Wicki 1979, 3: Dubler, Siegrist 1975, 4: Menolfi 1980, 5: Biemann 1972, 6: Ruesch 1979, 7: Schelbert 1989, 8: Schürmann 1974, 9: Head 1988, 10: Letsch 2017.

Die mittleren Geburtenzahlen verdecken enorme Unterschiede des generativen Verhaltens einzelner Familien. So verblieben nicht wenige Ehepaare kinderlos, etwa aufgrund biologischer Unfruchtbarkeit, teilweise durch damals häufige Infektions- und Geschlechtskrankheiten verursacht. In Vallorbe (Waadt) lag der Anteil der kinderlos bleibenden Ehen zwischen 1639 und 1729 bei gut 10% und 1730-1810 als Folge eines erhöhtem Heiratsalters

bei gut 15% (Hubler 1984). In Sulgen (Thurgau) wurde 1695-1725 eine eheliche Kinderlosigkeit von rund 12% beobachtet (Menolfi 1980). In den Zürcher Gemeinden Zollikon und Maschwanden lag der Anteil der kinderlos bleibenden Ehepaare bei gut 13% (Letsch 2017). Die für die Schweiz beobachteten Werte entsprechen dem, was auch in Gemeinden in Deutschland im 18. Jahrhundert beobachtet wurde (13% kinderlos) (Knodel, Shorter 1976: 139). Kurz und gut: Mehr als jede zehnte Ehe blieb damals kinderlos, wobei dies bei Zweit- und Drittehen häufiger war als bei Ersten. Umgekehrt hatten damals nicht wenige Ehepaare 10 und mehr Geburten, wobei der Anteil der Familien mit 10 und mehr Geburten je nach Periode und Region stark variierte (zwischen 4% bis 22%). Auch diese Unterschiede im Anteil an geburtenreichen Ehen waren mit Heiratsalter, aber auch mit der wirtschaftlichen und gesundheitlichen Lage von Familien verknüpft. Insgesamt gehörten aufgrund damaliger Sterberisiken und schlechter Ernährungslage sehr geburtenreiche Familien in früheren Jahrhunderten kaum zum ‚Normalfall‘.

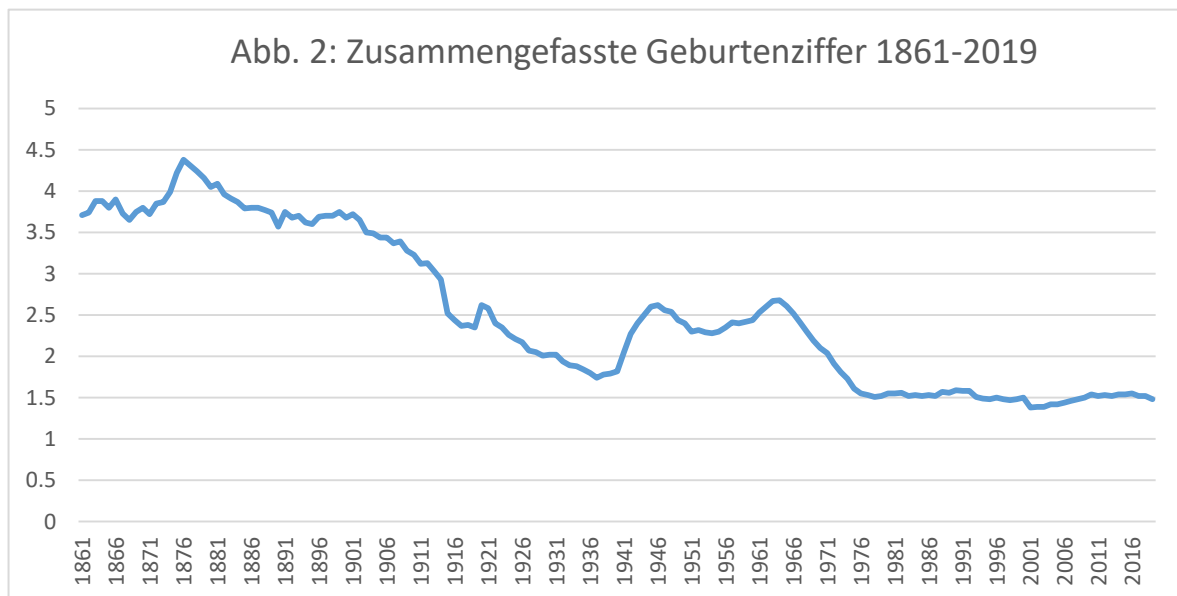
Inwiefern die damaligen Geburtenzahlen dem Kinderwunsch der Frauen entsprachen, ist unbekannt. Es ist anzunehmen, dass einige Methoden der Geburtenverhütung schon damals bekannt waren. So waren Vorformen von Kondomen aus Tierblasen wie auch Pflanzenabsude mit abtreibender Wirkung nicht unbekannt. In Luzerner Gerichtsprotokollen aus dem Jahr 1714 wird die Anwendung des ‚coitus interruptus‘ aufgeführt (Burri 1975). Eine gezielte Geburtenkontrolle blieb jedoch bis weit ins 19. Jahrhundert eher die Ausnahme als die Regel.

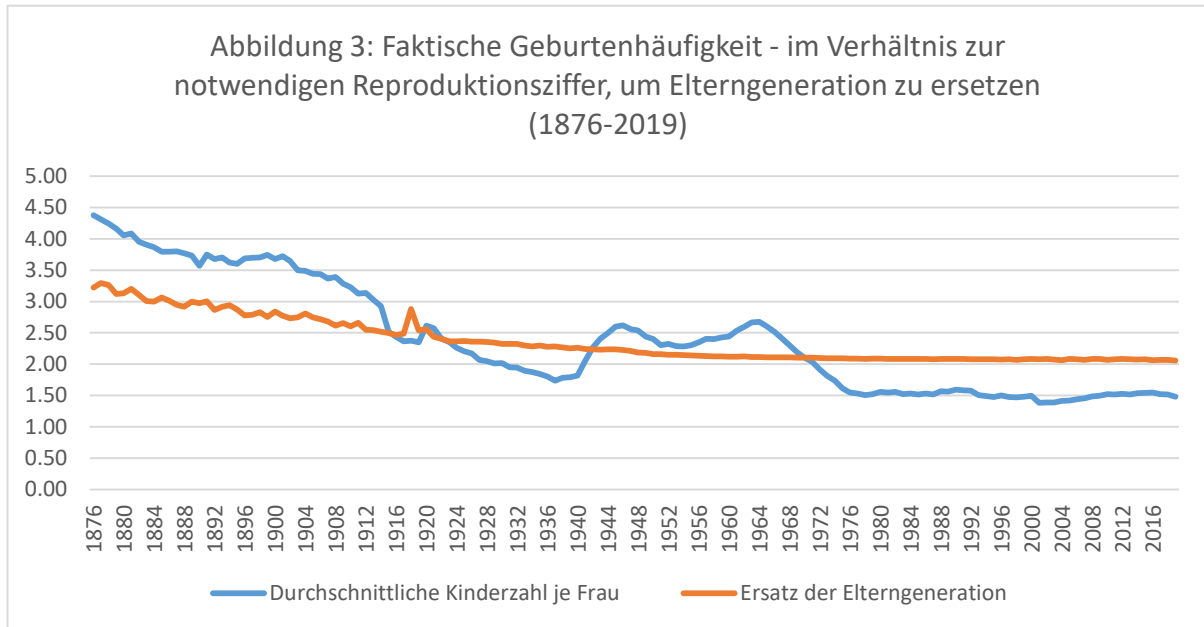
Allerdings lassen sich in protestantischen Städten bei einigen Gruppen der oberen Sozialschichten schon ab dem 18. Jahrhundert Formen der Geburtenbeschränkung aufgrund steigender Intervalle zwischen den Geburten feststellen, etwa in Genf ab 1725 (Perrenoud 1974). In der damaligen Zwinglistadt Zürich sind Formen einer Geburtenbeschränkung bei Teilen der Oberschicht schon ab der Mitte des 17. Jahrhunderts nachweisbar. „Mit dem Einsetzen von Geburtenbeschränkung um 1650 zählt Zürich zu denjenigen Orten in Europa, für die dieses Verhalten am frühesten nachweisbar ist.“ (Pfister 1983: 112). Dabei beschränkten herrschende Zürcher Familien ihre Fruchtbarkeit vor allem, wenn die Gefahr bestand, dass die gesellschaftliche Herrschaftsposition der Familie durch zu viele überlebende Söhne bedroht war. Speziell mit der Aristokratisierung der Stadt Zürich in dieser Periode sank die soziale Mobilität und die Erlangung eines Ratssitzes wurde immer kostspieliger: „Einerseits erhöhen sich dadurch die Kosten für die standesgemäße Versorgung der Söhne bei den Ratsgeschlechtern. Damit sinkt in diesen Kreisen die gewünschte Anzahl Söhne, so dass mehr Ehepaare in die Situation kommen, zur Verhinderung der Überschreitung dieser Größe die Fruchtbarkeitsphase vorzeitig abbrechen zu müssen. Andererseits steigt die Bedeutung der Konsequenzen der politischen Mobilität für den allgemeinen Status der Familie. Um eine Aufwärtsmobilität zu fördern oder eine erfolgte Abwärtsmobilität rückgängig zu machen, sind aber außerordentliche Anstrengungen erforderlich, die sich wenigstens partiell mit einer kleineren Kinderzahl ermöglichen lassen.“ (Pfister 1983: 230, vgl. auch Pfister 1985) Schon damals waren somit die wirtschaftlichen Kosten von ‚zu vielen Kindern‘ ein gewichtiges Motiv zur Geburtenbeschränkung.

Obwohl die protestantische Oberschicht als erste mit Geburtenplanung begannen, übernahmen später auch Teile der katholischen Oberschicht Formen einer Familienplanung, etwa in der katholischen Stadt Luzern: „Geburtenbeschränkung scheint mindestens in einem Teil der Luzerner Familien und mindestens ansatzweise schon Ende des 18. Jahrhunderts vorgekommen zu sein. Für die Angehörigen der Oberschicht lässt sich dies sogar mit Sicherheit behaupten.“ (Burri 1975: 132)

In den ländlichen Gebieten der Schweiz finden sich hingegen weder im 18. Jahrhundert noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Hinweise auf eine signifikante Geburtenbeschränkung. Damit verblieben die Geburtenzahlen bis weit ins 19. Jahrhundert in den allermeisten Gebieten der Schweiz weiterhin auf einem hohen Niveau. Allein ein hohes Erstheiratsalter verhinderte höhere Geburtenzahlen, was während des 19. Jahrhunderts in vielen Regionen der Schweiz zu geringeren Geburtenraten führte als etwa in Deutschland und Österreich (Festy 1979).

Obgleich um 1870 schon nahezu 60% der Erwerbstätigen außerhalb der Landwirtschaft tätig waren, war um diese Zeit noch kein allgemeiner Geburtenrückgang erkennbar und in einigen Regionen führte der Aufschwung von Heim- und Industriearbeit zeitweise sogar zu mehr Geburten. Erst nach 1875/76 erlebte die Schweiz einen vorerst langsamen, dann beschleunigten Rückgang der (ehelichen) Geburtenziffern (Calot 1998, vgl. auch Abbildung 2). Um 1885 hatte sich die eheliche Fruchtbarkeit schon um gut 10% verringert und ab 1903 sank die Geburtenziffer endgültig unter 3.5. Auch danach setzte sich der Rückgang fort, zeitweise verstärkt durch die politisch-wirtschaftlichen Störungen des I. Weltkriegs. Die zusammengefasste Geburtenziffer sank bis 1920 auf 2.4, um 1929 den Wert von 2.0 zu erreichen. Die Wirtschaftskrise reduzierte die Geburtenhäufigkeit weiter und zwischen 1932 und 1940 lag die durchschnittliche Geburtenrate unter 2 Geburten pro Frau. In der Periode von 1920 bis 1940 lagen die Geburtenraten unter dem sogenannten Reproduktionsniveau, das heißt unter dem Niveau an Geburten, welches für die langfristige Bestandserhaltung der Wohnbevölkerung notwendig ist (vgl. Abbildung 3).





Quellen für Abbildungen 2 und 3: Calot 1998 (1860-1996), Ab 1996: Bundesamt für Statistik – Bevölkerungsbewegung.

Wirtschaftliche Entwicklung (Industrialisierung) und sozio-kulturelle Modernisierung (Durchbruch liberal-weltlicher Werthaltungen und reduzierter Einfluss kirchlicher Autoritäten) waren bedeutsame Einflussfaktoren für den Wandel von hoher zu tiefer Fertilität (Lesthaeghe, Wilson 1982). In diesem Rahmen waren die Städte die Vorreiter neuer Entwicklungen. „Die ganze rationalistische Geisteshaltung ging von den Städten aus. Hier waren die wohlhabenden Schichten besonders stark vertreten, hier war die Macht der Tradition und der Kirche bei einer entwurzelt, aus allen Himmelsgegenden zusammengewürfelten und sehr mobilen Masse besonders schwach. Hier wurde, wie bereits erwähnt, auch das Kind zuerst zum reinen Verbraucher und wog doppelt schwer in der Enge der teuren Wohnung.“ (Bickel 1947: 238)

Als zentraler Auslöser und Verstärker der Entwicklung zu Familien mit wenig Kinder gilt die Einführung und Durchsetzung einer allgemeinen Schulpflicht. So lässt sich argumentieren, dass in Europa der Beginn der Geburtenbeschränkung historisch eng mit der Verankerung einer allgemeinen Schulpflicht zusammenhing: "Es lässt sich die These vertreten, dass der Beginn des Fertilitätswandels primär auf die Wirkung massenhafter Schulbildung auf die Familienökonomie zurückzuführen ist." (Caldwell 1982: 301) Internationale Vergleiche weisen darauf hin, dass nach zwei Generationen allgemeiner Schulpflicht von Frauen keine Gesellschaft eine hohe Fertilität aufweist: "Es erscheint unwahrscheinlich - und bisher gibt es dafür kein Beispiel -, dass eine Gesellschaft nach zwei Generationen massenweiser Schulung eine hohe Fertilität beibehalten kann." (Caldwell 1982: 305, vgl. auch Caldwell 2005)

Durch eine obligatorische Schulbildung fielen Kinder als Arbeitskräfte weg, wogegen der Schulbesuch neue Kosten mit sich brachte und sei es auch nur, weil man seine Kinder anständig bekleiden musste. Die Schule verstärkte zudem den Druck auf arme Eltern oder bäuerliche Bevölkerungsgruppen, sich bürgerlichen Erziehungsidealen anzupassen. Gleichzeitig gewannen die jüngeren Generationen dank besserer schulischer Ausbildung familienunabhängiges Wissen, wodurch die Autorität der älteren Generationen untergraben wurde.

Zentralstaatlich organisierte Bildung erhöhte zusätzlich die Geschwindigkeit des sozio-kulturellen Wandels, was den Durchbruch neuer Fertilitätsnormen beschleunigte.

Tabelle 10

Regionale Unterschiede der Geburtenhäufigkeit gegen Ende des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der Schweiz

A) Eheliche Fruchtbarkeit in Bezirken nach Ausbildungsstand der Rekruten und konfessionelle Zusammensetzung 1888

Ausbildung: %-Rekruten mit höchsten Scores*	Index der ehelichen Fruchtbarkeit (Ig) 1888			
	Katholische Bezirke	Protestantische Bezirke	Paritätische Bezirke	Alle Bezirke
- weniger als 10%	.81	.78	-	.80 ^c
- 10-19%	.73	.72	.70	.72
- 20-29%	.64	.61	.59	.61
- 30% und mehr	-	.56	.50	.53
Total	.74	.66	.59	.67

* Grundlage: Bildungsbezogene Leistungen von Rekruten bei der Rekrutenprüfung

Quelle: Van de Walle 1980.

B) Eheliche Fruchtbarkeit in Bezirken nach Wirtschaftsstruktur und konfessioneller Zusammensetzung 1891/1900 bis 1949/52

	Ehelich Lebendgeborene pro 1000 15-44-jährigen Ehefrauen		
	1891/1900	1921/1930	1949/1952
Alle Bezirke	270	164	146
Landwirtschaftliche Bezirke	305	293	220
- mehrheitlich katholisch	319	305	220
- mehrheitlich protestantisch	289	209	-
- paritätisch/gemischt	197	-	-
Wirtschaftlich-gemischte Bezirke	284	253	153
- mehrheitlich katholisch	300	306	253
- mehrheitlich protestantisch	275	208	173
- paritätisch/gemischt	273	243	-
Gewerblich-industrielle Bezirke	266	153	144
- mehrheitlich katholisch	294	214	181
- mehrheitlich protestantisch	254	138	130
- paritätisch/gemischt	205	122	-

Quellen: Brüscheiler 1938, Bickel 1958.

Eine für die Schweiz durchgeführte sozialhistorische Analyse unterstützt diese Beobachtung, indem der Geburtenrückgang in Bezirken mit gut ausgebildeten jungen Rekruten früher einsetzte und sich rascher vollzog als in wirtschaftlich analog entwickelten Bezirken mit geringerem allgemeinem Bildungsniveau (van de Walle 1980, vgl. Tabelle 10A). Daneben waren die in der damaligen Schweiz ausgeprägten und teilweise konfliktreichen konfessionellen Unterschiede relevant (Head-König 2017). Der Hauptgrund lag im traditionellen Widerstand der katholischen Kirche gegenüber nahezu allen Formen von Familienplanung und Geburtenkontrolle (eine Haltung, die 1968 mit dem päpstlichen Verbot des Gebrauchs der Verhütungspille bestätigt wurde). Der Geburtenrückgang erfolgte in protestantischen Gebieten früher und rascher als in katholischen Gebieten, wobei speziell katholisch geprägte Landregionen lange Zeit eine vergleichsweise hohe Geburtenhäufigkeit aufwiesen. Auch in den 1920er Jahren und der unmittelbaren Nachkriegszeit (1949-1952) war die Geburtenhäufigkeit sowohl durch wirtschaftliche Strukturen als auch konfessionelle Verhältnisse geprägt; eine schöne Illustration für interaktive Einflüsse wirtschaftlicher und kultureller Faktoren auf das generative Verhalten (vgl. Tabelle 10B). Konfessionell bedingte Unterschiede des generativen Verhaltens haben sich in der Schweiz bis in die 1970er Jahre erhalten, wenn auch in abgeschwächter Form (Höpflinger 1983).

In der Zwischenkriegszeit sank die Geburtenhäufigkeit faktisch in allen Regionen der Schweiz. Die wirtschaftliche Krise nach 1929 reduzierte die Geburtenrate weiter, weil wirtschaftliche Schwierigkeiten zum Aufschub der Familiengründung beitrugen. Zwischen 1932 und 1940 lag die durchschnittliche Geburtenrate unter 2 Geburten pro Frau und europaweit gehörte die Schweiz damals zu den geburtenärmsten Ländern. In dieser Periode verstärkten sich deshalb Diskurse und Szenarien über eine aussterbende Schweiz, deren Zukunft durch eine demografische ‚Überalterung‘ gekennzeichnet sei: „Unser Lebensquell ist am Versiegen. In etwa einem Dutzend Jahre schon werden in der Schweiz mehr Menschen begraben als geboren werden.... Ich mache mich keiner Übertreibung schuldig mit der Feststellung, dass der Fortpflanzungswille der heutigen Generation den Keim der Selbstvernichtung in sich trägt.“ (Auer-Studer 1941: 6). „Rasch wird es mit uns abwärts gehen. Selbst wenn wir annehmen, dass in den kommenden zwei Jahrzehnten die eheliche Fruchtbarkeit nur halb so rasch abnimmt, wie im letzten Dezennium, wird die Schweiz in 60 Jahren, also um die nächste Jahrhundertwende, nach den ziemlich sicheren Vorausberechnungen des Eidgenössischen Statistischen Amtes statt 4.2 nur noch 2.8 Millionen Einwohner zählen.“ (Auer-Studer 1941: 9).⁴ Als Ursachen dieser ‚bedenklichen Entwicklung‘ wurden ‚Konsumhaltung‘ vieler Ehepaare sowie der allgemeine ‚Zerfall der Familie‘ verantwortlich gemacht und Forderungen nach einer pro-natalistischen staatlichen Bevölkerungspolitik wurden laut.

Nur wenige Jahre nach den 1938 veröffentlichten Prognosen einer aussterbenden Schweiz begannen die Geburtenzahlen anzusteigen; eine Entwicklung, die für die meisten damaligen Experten unerwartet war. Schon 1941 erreichte die Geburtenziffer wieder den Wert von 2 Geburten pro Frau und in den nachfolgenden Kriegsjahren – als sich die Niederlage des III. Reichs abzeichnete – ergaben sich Geburtenraten von 2.3 bis 2.6. Die Nachkriegsperiode – mit dem Wiederaufbau Europas und einer einsetzenden Hochkonjunktur – war von einem eigentlichen ‚Baby-Boom‘ begleitet und dies nicht nur in west- und europäischen Ländern, sondern auch in den USA und Kanada. In der Schweiz lagen die Geburtenraten in der Periode 1945 bis 1968 deutlich über dem Reproduktionsniveau (je nach Jahr zwischen 2.3 bis 2.7

⁴ Faktisch waren es 2000 allerdings 7.2 Mio. Personen.

Geburten pro Frau).). Damit war das Gespenst einer aussterbenden Schweiz für längere Zeit vertrieben.

In der Schweiz gab es historisch zwei Geburtenspitzen und entsprechend zwei unterschiedliche Baby-Booms: Der erste Geburtenanstieg erfolgte in der Schweiz - im Unterschied zu kriegsversehrten Ländern – schon in den letzten Kriegsjahren. 1943 bis 1950 lagen die Geburtenraten bei 2.4 und höher. 1951-1956 waren die Geburtenraten leicht tiefer, um 1957 bis 1966 wieder 2.4 bis 2.6 zu erreichen. Damit waren die Jahrgänge 1943-1950 besonders geburtenstark (Kriegs- und Nachkriegs-Baby-Boomer), aber dies gilt auch für die Jahrgänge 1957-1966 (Wohlstands-Baby-Boomer).

In der unmittelbaren Nachkriegszeit widerspiegelte der ‚Baby-Boom‘ einen Nachholeffekt (kriegsbedingt aufgeschobene Familiengründungen wurden nachgeholt). Auch in den Aufbau- und Hochkonjunkturjahren blieben die Geburtenraten auf einem vergleichsweise hohen Niveau, begleitet von einer deutlichen Vorverschiebung von Erstheiraten und Erstgeburten. Die altersspezifischen Geburtenraten unter 30-jähriger Frauen stiegen an und verblieben bis 1970 auf einem hohen Niveau. Dagegen sanken die Geburtenraten von über 35-jährigen Frauen deutlich (vgl. Tabelle 11). Der Geburtenanstieg der späten 1940er und der 1950er Jahre war somit kaum die Folge davon, dass Frauen wieder deutlich mehr Kinder zur Welt brachten. Im Gegenteil, der Anteil von Frauen mit 4 und mehr Geburten sank weiter. Der Geburtenanstieg wurde vielmehr dadurch bestimmt, dass mehr Frauen (und Männer) als vorher eine Familie mit Kindern gründeten. Während beispielsweise von den 1911/15 geborenen Frauen – die in den Krisenjahren erwachsen wurden – rund jede vierte Frau kinderlos blieb, betrug der Anteil der Kinderlosen bei den 1936/40 geborenen Frauen – die in den Hochkonjunkturjahren der Nachkriegszeit erwachsen wurden – nur noch gut zehn Prozent (Höpflinger 1987).

Tabelle 11
Altersspezifische Geburtenziffer in der Schweiz 1930-2019

Alter:	Anzahl Lebendgeborene pro 1000 Frauen der jeweiligen Altersgruppe						
	15-19	20-24	25-29	30-34	35-39	40-44	45-49
1930	8.4	68.0	121.8	104.5	62.6	23.4	2.3
1940	7.8	70.5	116.7	95.7	55.6	18.5	1.6
1950	12.2	101.7	156.2	120.4	66.4	21.7	1.7
1960	11.0	113.3	167.1	116.8	58.6	20.2	2.0
1970	16.0	116.3	142.8	90.5	41.7	12.2	1.2
1980	7.2	71.6	125.9	77.4	23.7	4.7	0.4
1990	4.6	50.6	124.7	99.7	33.8	5.0	0.2
2000	4.1	41.5	96.0	104.8	44.7	7.8	0.4
2010	2.7	29.7	78.6	117.7	66.9	14.0	0.8
2019	1.4	19.8	68.5	112.0	75.0	19.0	1.6

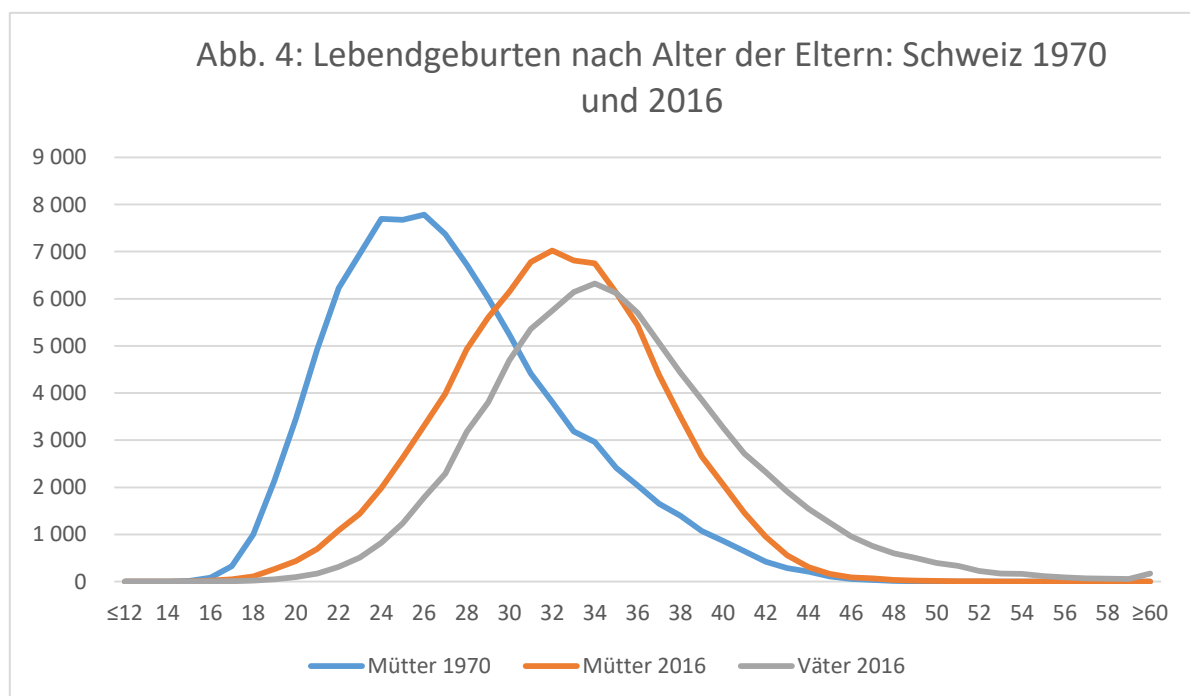
Quellen: 1930-1950: Calot 1998, 1960-2000: Milojevic-Grgic 2014, ab 2000: Bundesamt für Statistik, Bevölkerungsbewegungen.

Ausgelöst wurde die Entwicklung zu mehr und früher geborenen Kindern durch eine hohe Gewichtung traditioneller bürgerlicher Ehe- und Familienwerte. Nach den Krisen- und Kriegsjahren war der Wunsch nach einem glücklichen Familienleben ausgeprägt. Ehe und Familie waren damals – gerade in der Schweiz – durch bürgerliche Werte einer arbeitsteilig

organisierten Ehe und Kleinfamilie geprägt. Andere Lebensformen – wie nicht-eheliches Zusammenleben – waren nicht nur verpönt, sondern in vielen Kantonen explizit verboten. Die Nachkriegszeit gilt daher als ‚goldenes Zeitalter der bürgerlichen Ehe und Familie‘ (vgl. auch Kap. 3.1). Dies wurde dadurch verstärkt, dass es dank Wiederaufbau Europas zu einem massiven Wirtschaftswachstum mit entsprechenden Wohlstandseffekten kam. Davon konnte speziell die Schweiz als nicht kriegsversehrtes Land überdurchschnittlich profitieren, mit der Folge, dass in diesem Land die Frauenerwerbsquoten sanken, da mehr Arbeiter- und Angestelltenfamilien in der Lage waren ihre Existenz allein durch den Erwerbsslohn des Ehemannes zu sichern (Baumgartner 2008).

Nach 1965/66 kam es zu einer erneuten Trendwende und die Geburtenraten sanken rasch ab. Da in dieser Zeit die Verbreitung der Verhütungspille anstieg, wird der damalige Geburtenrückgang auch als ‚Pillenknick‘ bezeichnet. 1972 lag die durchschnittliche Geburtenrate wieder unter 2, um bis 1978 auf durchschnittlich 1.5 Geburten pro Frau zu sinken. In den letzten 40 Jahren (1978 bis 2018) bewegten sich die Geburtenziffern der Schweiz zwischen 1.4 und 1.6 Geburten pro Frau. Sie lagen damit deutlich unter dem demografischen Reproduktionsniveau. Dies löste Mitte der 1980er Jahren erneute Diskurse zum ‚Aussterben der Schweizer‘ aus (Kommission ‚Bevölkerungspolitik‘ 1985).

Der Geburtenrückgang ab Mitte der 1960er Jahre und das daraus resultierende tiefe Geburtenniveau waren in der Schweiz von wesentlichen Wandlungen der Lebensformen und Familiengründung begleitet, analog wie etwa in Deutschland und Österreich (Sobotka 2011). Der Trend zu frühen Erstheiraten endete und das Erstheiratsalter stieg wieder an (vgl. Tabelle 2). Damit verzögerte sich die Geburt eines ersten Kindes und nachfolgender Geburten, wie Abbildung 4 illustriert. Das Durchschnittsalter verheirateter Frauen bei der Erstgeburt erhöhte sich zwischen 1970 und 2016 von 25 auf 31 Jahren.



Quelle: Bundesamt für Statistik (Bevölkerungsbewegung) (Stat-Tab)

Gleichzeitig gewannen individualistische Lebensformen an Bedeutung, vor allem unter jüngeren Menschen. So stieg einerseits die Zahl von Einpersonenhaushalten („Singles“) an. Andererseits gewannen Formen vorehelichen und nicht-ehelichen Zusammenlebens an Popularität, was zu einer steigenden Häufigkeit von außerehelichen Geburten führte. Zudem nahm die Scheidungshäufigkeit zu, mit allen damit verbundenen familiensoziologischen Konsequenzen, wie steigende Zahl von Einelternfamilien und Fortsetzungsfamilien (Fux 2005, Höpflinger, Fux 2007) (vgl. Kap. 6.1). Begleitet waren die familiendemografischen Wandlungen von Veränderungen im Status und Verhalten junger Frauen, was unter anderem zu steigenden Erwerbsraten von Frauen bzw. Müttern beitrug.

Durch den Geburtenrückgang ab zweiter Hälfte der 1960er Jahre stiegen Zahl und Anteil von Familien mit ein bis zwei Kindern an, wogegen kinderreiche Familien mit vier und mehr Kindern noch seltener wurden (Milojevic-Grgic 2014: 164). Tabelle 12 vermittelt einige Hinweise auf die endgültige Kinderzahl ausgewählter Geburtsjahrgänge von Frauen. Auffallend ist einerseits ein relativ hoher Anteil von Frauen, die kinderlos verbleiben. Internationale Vergleiche weisen darauf hin, dass die Schweiz – zusammen mit Deutschland – zu den europäischen Ländern mit vergleichsweise hohen Kinderlosigkeitsraten gehört (Dorbritz 2005, Höpflinger 1991). Andererseits haben Frauen (und Männer), die eine Familie gründen, zumeist mehr als nur ein Kind. In der Schweiz sind Familien mit zwei Kindern relativ häufig vertreten. Der Anteil der Frauen mit drei und mehr Kindern ist hingegen bei jüngeren Frauengenerationen seltener geworden.

**Tabelle 12:
Geschätzte endgültige Kinderzahl ausgewählter Geburtsjahrgänge von Frauen in der Schweiz**

	0 Kinder	1 Kind	2 Kinder	3+ Kinder
Frauen geboren:				
1911-1915	25%	13%	22%	40%
1916-1925	19%	14%	24%	43%
1926-1935	16%	12%	28%	56%
1933-1948	18%	14%	36%	32%
1949-1958	21%	17%	40%	22%
1954-1963	22%	15%	39%	24%
1964-1973	24%	18%	39%	19%

Geschätzte Werte, da in der Schweiz nur die Geburtenfolge ehelicher Geburten erfasst wird.

Quellen: Geburtsjahrgänge 1926-1935: Höpflinger 1986. Geburtsjahrgänge 1933-1973: Umrechnung der Daten aus den Familien- und Generationenerhebungen 2013 und 2018 (zu beachten: leibliche und adoptierte Kinder sind berücksichtigt).

Vorstellungen zur Familie beziehen sich heute in starkem Masse auf Kleinfamilien. In modernen europäischen Gesellschaften ergab sich in den letzten Jahrzehnten eine steigende Bedeutung emotionaler Werte und eine abnehmende Bedeutung ökonomischer Nutzenfunktionen von Kindern (Trommsdorff 2006). Emotional-affektive Beziehung, Intimität und Stimulation gehören zu den Werten, die betont werden, wenn junge Eltern nach den Vorteilen von Kindern gefragt werden. Diese post-materialistischen Motive für Kinder sind aber auch Motive zur Einschränkung der Kinderzahl. Der Trend zu wenigen Kindern wird durch hohe direkte und indirekte ökonomische Kosten von Kindern weiter gefestigt (Nauck 2007). Dies

setzt familienpolitischen Bestrebungen zur Förderung kinderreicher Familien von vornherein enge Grenzen.

Was die ideale oder gewünschte Kinderzahl betrifft, zeigt sich in den letzten Jahrzehnten eine ausgeprägte Kontinuität (vgl. Tabelle 13). Seit längerem ergibt sich eine starke Gewichtung der Zwei-Kinder-Norm; eine Norm, die von städtischen Arbeitern schon vor Einsetzen des Geburtenrückgangs vertreten wurde (Hanhart 1963). Auffallend sind neben einer Vorliebe für Familien mit maximal drei Kindern zwei weitere Aspekte: Zum einen wird die Ein-Kind-Familie nur von vergleichsweise wenigen Befragten als ideal oder erwünscht eingestuft, etwa weil das Fehlen von Geschwistern negativ beurteilt wird oder eine zu starke Erwachsenenorientierung von Einzelkindern befürchtet wird. Zum anderen zeigt sich keine Abkehr von der Familie im Sinne einer vermehrten grundsätzlichen Befürwortung eines kinderlosen Lebens. Der Anteil an befragten Personen, die Kinderlosigkeit als ideal oder für sich persönlich als erwünscht erachten, hat sich in den letzten Jahrzehnten kaum erhöht. 2018 wünschten 10% der 20-29-jährigen noch kinderlosen Frauen kinderlos zu bleiben.

Tabelle 13:

Ideale oder gewünschte Kinderzahl im Zeitvergleich

		Ideale Kinderzahl:					Quelle:
		0	1	2	3	4+	
Arbeiter, Stadt Zürich	1960	2%	6%	62%	25%	5%	1
Ehepaare *	1970	2%	3%	50%	32%	13%	2
Ehepaare Deutschschweiz	1980	1%	1%	73%	23%	2%	3
Personen im Alter 20-49 J.*	1994	1%	3%	71%	18%	7%	4
		Gewünschte Zahl an Kindern					Quelle:
		0	1	2	3	4+	
Ehefrauen Deutschschweiz	1980	3%	7%	53%	27%	10%	3
Ehemänner Deutschschweiz	1980	3%	6%	57%	26%	8%	3
Frauen 20-49 J.*	1994	10%	10%	48%	21%	11%	4
Männer 20-49 J. *	1994	10%	9%	49%	20%	12%	4
Frauen 18-51 J.*	2002	11%	7%	47%	23%	12%	5
Kinderlose Frauen 20-29 J.*	2013	6%	3%	62%	3+: 29%		6
Frauen 18-51 J.*	2014	10%	7%	50%	23%	10%	7
Männer 18-51 J.*	2014	11%	7%	53%	20%	9%	7
Kinderlose Frauen 20-29 J.*	2018	10%	2%	61%	3+: 27%		8
Kinderlose Männer 20-29 J.*	2018	8%	5%	62%	3+: 25%		8

* Gesamtschweizerische Erhebungen

Quellen: 1: Hanhart 1963, 2: Höpflinger, Kühne 1979, 3: Hoffmann-Nowotny et al. 1984, 4: Gabadinho 1998, 5: Schweiz. Haushaltspanel (eigene Auswertungen) 6: Bundesamt für Statistik 2015, 7: Schweiz. Haushaltspanel (eigene Auswertungen), 8: Bundesamt für Statistik 2018

Insgesamt wünschen sich junge Frauen und Männer heute durchschnittlich 2.2 Kinder. Die realisierte Kinderzahl ist allerdings geringer als ursprünglich gewünscht und es verbleiben mehr Frauen und Männer kinderlos als dies ursprünglichen Lebensplänen entspricht. Dies kann persönliche Ursachen haben, wie Trennung von einem Partner bzw. einer Partnerin, gesundheitliche Probleme oder biologisch bedingte Unfruchtbarkeit. Bei kinderlosen jungen

Menschen, die Kinder möchten, ist vor allem die Qualität der Partnerbeziehung für eine Familiengründung zentral. Daneben sind auch die eigene Gesundheit und die Arbeitsbedingungen bedeutsam. Vor allem bei Frauen mit Tertiärbildung wird der Entscheid für oder gegen Kinder wesentlich von den Arbeitsbedingungen beeinflusst (Baumgartner 2008, Milojevic-Grgic 2014). Familial-berufliche Unvereinbarkeiten trugen und tragen dazu bei, dass nur ein Teil der Familienpläne realisiert werden. Von Frauen im Alter 50-59 Jahren waren 2018 23% kinderlos, wobei Kinderlosigkeit namentlich bei Frauen mit einer tertiären Ausbildung ausgeprägt war (31% kinderlos) (Bundesamt für Statistik 2018). Dies verdeutlicht, dass es vor allem Frauen mit hohem Bildungsniveau bei schlechter Vereinbarkeit von familialen Aufgaben und beruflichen Karrierezielen öfters nicht gelingt, ihre ursprünglichen Familienwünsche umzusetzen (Häberling 2013).

Familie und Kinder haben in den letzten Jahrzehnten kaum eine Abwertung erfahren. Eher die Realisierung familialer Pläne und nicht eine grundsätzliche Abkehr von der Familie ist gesellschaftlich ein Problem. Wo sich in den letzten Jahrzehnten klare Verschiebungen ergaben, ist allerdings im Zeitpunkt der Familiengründung. Der Trend zu Kleinfamilien wurde begleitet und teilweise verstärkt durch einen markanten Trend zu später Familiengründung. Das durchschnittliche Alter einer Frau bei einer Geburt hat sich – wie erwähnt - nach oben verschoben. Waren 65% der 1934-43 geborenen Frauen – die in den Nachkriegsjahrzehnten ihre Familie gründeten – bei der Geburt des ersten Kindes unter 30 Jahren alt, lag dieser Anteil bei den 1974-83 geborenen Frauen – die zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine Familie gründeten – noch bei 30%. Bei den Männern sank der entsprechende Anteil von 50% (1934-43 geboren) auf 19% (1974-83 geboren). Längere Ausbildungszeiten, späteres Eingehen einer festen Partnerbeziehung sowie eine erhöhte Erwerbsbeteiligung bei Frauen gelten als wichtige Ursachen für eine verzögerte Familiengründung. Entsprechend verschoben vor allem Frauen und Männer mit einer Tertiärbildung ihre Familiengründung. In urbanen Regionen wurde und wird eine verzögerte Familiengründung teilweise durch die Entstehung eines jugendorientierten Lebensstils junger Erwachsener verstärkt; im Sinne von jungen Erwachsenen, die zeitweise – auch als sogenannte ‚Singles‘ – vor einer Familiengründung eine jugendnahe Lebensphase genießen.

2018 entfielen nur 6% aller Geburten auf Frauen unter 25 Jahren, im Vergleich zu 33% im Jahre 1970. 87% der Kinder wurden von Müttern im Alter zwischen 25 und 39 Jahren zur Welt gebracht und 7% von Frauen ab 40 Jahren. Durch diese Entwicklung hat sich das Zeitfenster für eine Familiengründung verengt, vor allem für Frauen (Wirthlin 2015). Die Lebensphase zwischen dem 25. und 40. Altersjahr ist diejenige Lebensphase, in der heutige jüngere Erwachsene – und zwar immer häufiger Frauen und Männer gleichermaßen – den intensivsten beruflichen Stress erfahren; zum Aufbau einer beruflichen Karriere oder zur Festigung ihrer wirtschaftlichen Lebenslage. Es gehört zur Herausforderung des jüngeren Erwachsenenalters, dass unter heutigen Lebens- und Berufsbedingungen die zentralen Lebensentscheide (Stabilisierung einer Partnerbeziehung, Erwerbskarriere, Familiengründung) innerhalb eines engen und möglicherweise zu engen Zeitfensters getroffen werden müssen.

Die Folgen später Familiengründung sind einerseits erhöhte Geburtenabstände zwischen den Generationen. Andererseits steigen mit zunehmendem Alter einer Frau (und eines Mannes) bei der Geburt von Kindern die genetischen Geburtsrisiken wie auch die Gefahr einer biologisch verursachten Unfruchtbarkeit. Dies ist ein bedeutsamer Antrieb für vorgeburtliche Diagnosen und für eine Zunahme medizinisch unterstützter Fortpflanzung (In-vitro-Fertilität), die in der

Schweiz 1983 einsetzte. Das Bundesamt für Statistik (2020) geht in seinen Bevölkerungsszenarien davon aus, dass das Geburtenniveau auch zukünftig unter 2 Geburten pro Frau bleiben wird. Je nach Szenarium wird 2050 eine Geburtenrate von 1.4 bis 1.8 Geburten pro Frau erwartet, mit leichter Tendenz zu noch höherem Erstgeburtsalter.⁵

3.2.3 Zur These eines zweiten demografischen Übergangs in modernen Gesellschaften

Da in den letzten Jahrzehnten alle modernen europäischen Länder mit eher tiefen bis sehr tiefen Geburtenraten und raschen Veränderungen der Ehe-, Familien- Geschlechterverhältnisse konfrontiert waren, wurde in den 1990er Jahren die These eines ‚zweiten demografischen Übergangs‘ entwickelt (Lesthaeghe 1992, van de Kaa 2002).

Die Vorstellung zweier Übergänge weist Vorgänger auf. So prägte der englische Familienhistoriker Eduard Shorter (1975) den Begriff der zwei sexuellen Revolutionen: Im Verlauf der ersten sexuellen Revolution wird die Partnerwahl junger Menschen verstärkt durch persönliche Bedürfnisse (Liebe, gegenseitige Anziehung) und weniger durch wirtschaftliche Gesichtspunkte und Entscheidungen der Eltern bestimmt. Im Verlauf der zweiten sexuellen Revolution erhalten Erotik und Sexualität vor und nach einer Eheschließung einen erhöhten Stellenwert. Andere Forscher wiederum unterschieden zwei Revolutionen der Empfängnisverhütung (Ryder, Westoff 1977). Während der ersten Revolution setzten sich traditionelle Methoden der Geburtenplanung (wie Enthaltbarkeit, coitus interruptus) durch, was zwischen 1870 und 1930 zum Rückgang der Geburtenhäufigkeit in Europa beitrug. Die zweite kontrazeptive Revolution ab den 1960er Jahren hingegen ist mit dem Durchbruch moderner kontrazeptiver Methoden (insbesondere der Verhütungspille) verbunden. Damit wurde erstmals eine perfekt empfängnisverhütende Gesellschaft möglich (Hoffmann-Nowotny et al. 1984).

Der französische Sozialhistoriker Pierre Ariès (1980) seinerseits verband beide Ideen zu einer umfassenden Erklärung verschiedener Phasen des Geburtenrückgangs. Nach seiner Meinung lassen sich zwei grundverschiedene Motivationskonstellationen für den Geburtenrückgang der Vergangenheit und den Geburtenrückgang der letzten Jahrzehnte unterscheiden: Der erste Geburtenrückgang im Rahmen des historischen demografischen Übergangs ist nach Pierre Ariès mit dem Wunsch von Eltern nach verbesserten Lebensbedingungen für ihre Kinder sowie mit der allmählichen Entwicklung einer Kind zentrierten, intimen Paarbeziehung - wie sie dem Modell der bürgerlichen Liebesehe entspricht - verbunden. Der zweite Geburtenrückgang und die Wandlungen der Lebens- und Familienformen seit den späten 1960er Jahren widerspiegeln eine andere Motivationskonstellation: Nicht nur verlieren Eheschließung und Familiengründung an sozio-kultureller Gültigkeit und Selbstverständlichkeit, sondern es kommt auch zu einer Entkoppelung von Sexualität, Ehe, Zusammenleben und Reproduktion. Anstelle eines an Kindern zentrierten Familienmodells tritt eine erwachsenorientierte Beschäftigung mit individuellen Werten (wie Selbstverwirklichung und Autonomie). Kinder sind weiterhin wichtig, aber ihre Stellung an der Spitze der Werthierarchie ist nicht mehr selbstverständlich. Eine solche Umwertung wird durch die Tatsache gestärkt, dass aufgrund der Langlebigkeit heutiger Menschen die nachelterliche Lebensphase länger dauert als die Phase aktiver Elternschaft.

⁵ Die Auswirkungen der Covid-19-Epidemie auf das Geburtenverhalten sind noch unklar. Zu erwarten ist ein ‚Lockdown‘-bedingter kleiner Babyboom Ende 2020, mit anschließend krisenbedingtem Rückgang der Geburtenhäufigkeit. Zu den demografisch erwarteten Folgen der Pandemie in Europa: Balbo, Kashnitsky et al. 2020.

Nach Ansicht des belgischen Soziologen Ron Lesthaeghe (1992) stimmen die "durch Shorter, Ariès und den Autoren der beiden Revolutionen der Empfängnisverhütung festgestellten Phasen weitgehend mit dem Konzept und dem Zeitpunkt zweier demografischer Übergänge überein." (315) Nach seiner Meinung lässt sich die These von zwei demografischen Übergängen auch aufgrund institutioneller Faktoren vertreten:

Der erste demografische Wandel fand während einer Periode wachsender institutioneller Einflussnahmen des Staates (im Rahmen der Nationenbildung) statt, gekoppelt mit einer verstärkten Differenzierung öffentlicher und privater Lebenssphären. In der Privatsphäre setzte sich allmählich das Modell bürgerlicher Lebensweisen durch, was eine wachsende Gewichtung individueller Entscheidungsfreiheit im privaten Leben einschloss. Geburtenkontrolle und Gebrauch von Empfängnisverhütungsmitteln wurden sozial akzeptiert, auch als Folge des Kontrollverlustes der Kirchen (Lesthaeghe 1983). Die verstärkte Autonomie des Bürgers in seinem privaten Lebensbereich "manifestierte sich selbst in einer wichtigen demografischen Variablen, doch der 'Akt des Widerspruchs' vollzieht sich in vollkommener Abgeschlossenheit. Der erste demografische Übergang vollzog sich in der Stille." (Lesthaeghe 1992: 319)

Der zweite Übergang dagegen war und ist stärker öffentlich, was etwa in medial geführten Auseinandersetzungen über Rolle und Stellung der Frauen, über die Bedeutung individueller Autonomie gegenüber kollektiven Ansprüchen des Staates oder anderen institutionellen Einrichtungen zum Ausdruck kommt: "Der zweite Übergang entspricht einer weiteren, wesentlich öffentlicheren Erscheinungsform individueller Autonomie. Er ist auch umfassender, da er gegen jegliche Art äußerer institutioneller Autorität gerichtet ist." (Lesthaeghe 1992: 319). Von entscheidender Bedeutung erscheinen dabei Veränderungen in der sozialen Stellung der Frauen (erhöhte Bildung und Erwerbstätigkeit, Betonung von Partnerschaft und Gleichberechtigung).

Als wichtige, inhaltlich verknüpfte Wandlungen im Rahmen eines zweiten demografischen Übergangs werden von ihren Vertretern folgende Aspekte betont (Lesthaeghe 1992, 2010; van de Kaa 1994, 2002):

- a) ein Wandel in der gesellschaftlichen Akzeptanz von Sexualität, inkl. Akzeptanz vorehelicher Sexualität und gleichgeschlechtlicher Partnerschaften.
- b) die Verfügbarkeit wirksamer Empfängnisverhütungsmittel und eine verstärkte Kontrolle der Frauen über ihre Fortpflanzungsentscheide.
- c) eine Verminderung der sozialen Kontrolle durch gesellschaftliche Institutionen oder, alternativ dazu, eine größere individuelle Autonomie, gekoppelt mit einer stärkeren Ausrichtung auf (globalisierte) Märkte.
- d) eine verstärkte Betonung der persönlichen Bedürfnisse in Bezug auf Lebensgemeinschaften (inkl. Ehe) und eine höhere Wertschätzung partnerschaftlichen Austausches. Dies impliziert die Möglichkeit alternativer Lebensformen wie auch die Auflösung unbefriedigender Lebensgemeinschaften (Trennung, Scheidung).
- e) eine verstärkte Verknüpfung von beruflichen und familialen Orientierungen auch bei Frauen, anstelle eines Modells geschlechtsbezogen getrennter Lebenswelten.
- f) eine verstärkte Beachtung der Opportunitätskosten von Kindern und eine Entkoppelung der Altersversorgung von familialen Entscheidungen.

Die These eines zweiten demografischen Übergangs postuliert enge Zusammenhänge zwischen soziokulturellen Wertorientierungen, familialen Lebensentwürfen und soziodemografischen Variablen, wie Form und Zeitpunkt der Familiengründung und Geburtenniveau. Eine empirische Analyse unterschiedlicher Wertdimensionen (wie Religiosität, Familienwerte, Gender-Rollenorientierungen, Postmaterialismus, soziale Kohäsion, expressive Werte) bestätigt systematische Zusammenhänge zwischen Werthaltungen und soziodemografischen Strukturen (Zusammenleben, Heirat, Elternschaft, Scheidungen) (Surkyn, Lesthaeghe 2004). Auch nachfolgend durchgeführte internationale Vergleiche lassen positive Beziehungen zwischen postmaterialistischen Werthaltungen und dem durchschnittlichen Alter von Frauen bei der Geburt von Kindern erkennen (Sobotka 2008). Dies stützt die These, dass kulturelle Faktoren ein bedeutsames – wenn auch nicht hinreichendes - Element zur Erklärung eines zweiten demografischen Übergangs darstellen.

Als Kritikpunkt des Konzepts eines zweiten demografischen Übergangs kann allerdings angeführt werden, dass das Konzept eines Übergangs impliziert, dass der angeführte Wandel irreversibel ist (für eine kritische Würdigung der These vgl. Zaidi, Morgan 2017). Inwiefern dies der Fall ist, muss offen bleiben. Nicht-lineare Veränderungen - wie etwa ein neuer Baby-Boom, eine Re-Traditionalisierung von Lebens- und Familienformen oder eine verstärkte moralische Aufwertung generativen Verhaltens durch neu-religiöse Bewegungen, sind auch in europäischen Gesellschaften denkbar.

So hat Ron J. Lesthaeghe (2010) in seiner neuesten Version der Theorie des zweiten demografischen Übergangs – basierend auf der empirischen Beobachtung, dass zu Beginn 21. Jahrhunderts zwischen der Geburtenhäufigkeit und postmodernen Werthaltungen im europäischen Rahmen neu eine positive Korrelation zu verzeichnen ist – auch die Möglichkeit einer erneut höheren Geburtenhäufigkeit in seine Theorie integriert. So können beispielsweise fehlende strukturelle Anpassungen an neue Werthaltungen dazu beitragen, dass in einer ersten Phase extrem tiefe Fertilitätsraten auftreten, beispielsweise, weil Ausbildung, Erwerbstätigkeit und Kinder-haben für Frauen wegen fehlender familienexterner Kinderbetreuung und unflexiblen Arbeitsmarktverhältnissen als unvereinbar oder konfliktreich erfahren werden. In einer zweiten Phase können ein Ausbau familienexterner Kinderbetreuung, die Einführung von Elternurlaub, neue flexible Arbeitsformen und partnerschaftliche Arbeitsverteilung dazu beitragen, dass sich Rollenkonflikte zwischen Familien- und Erwerbsleben reduzieren oder auflösen, was die Bereitschaft zu mehr Kindern wieder erhöhen kann. So haben neue Formen der Erwerbstätigkeit (Teilzeitarbeit, flexible Arbeitszeiten) und der Ausbau familienergänzender Formen der Kleinkinderbetreuung in vielen europäischen Ländern früher geltende Unvereinbarkeiten von Mutterrolle und Berufsarbeit vermindert (Engelhardt 2009, Thévenon 2009).

4. Sterblichkeitsentwicklung und Lebenserwartung

Es gibt kaum eine andere demografische Entwicklung, welche das Leben der Menschen so stark verändert hat, wie die in den letzten Jahrhunderten in Europa stattgefundenen Verlängerung der Lebenserwartung bzw. der Rückgang des vorzeitigen Sterbens von Säuglingen, Kleinkindern und jungen Erwachsenen: „Für unsere Vorfahren war der grobschlächtig verfahrenende Tod eine selbstverständliche Erscheinung in ihrem Alltag. Mittels einer Handvoll immer wiederkehrender Todesursachen (Pocken, Bauchtyphus, Fleckfieber, Cholera, Pest) schlug er überall zu, in jedem Alter, in jedem Stand, er traf Männer wie Frauen Säuglinge und Kinder, Verheiratete wie Ledige.“ (Imhof 1981: 33) In modernen Gesellschaften hat sich dies grundlegend verändert und die meisten Menschen können von einer langen und gesicherten Lebenserwartung (oft lange auch in guter Gesundheit) profitieren. Wie nachfolgend am Beispiel der Schweiz illustriert wird, ist der Rückgang eines vorzeitigen Tods und die Ausdehnung der Lebenszeit eng mit sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Wandlungsprozessen verknüpft.

4.1 Einflussfaktoren auf Sterblichkeitsraten und Lebenserwartung

Die Faktoren, die Mortalität bzw. Lebenserwartung beeinflussen, lassen sich unterscheiden einerseits in 'natürliche' Faktoren (genetische und biologische Einflüsse) und andererseits in gesellschaftliche Faktoren (sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Bedingungen, spezifische individuelle Verhaltensweisen). Die mortalitätsrelevanten Einflussfaktoren gliedern sich in fünf Faktorengruppen, die untereinander verknüpft sind (Hauser 1983, Höpflinger 2012a):

1) *Genetisch-biologische Faktoren:* Dieses Faktorenbündel umfasst die – teilweise nach Geschlecht und sozialer Herkunft unterschiedlichen - Einflüsse genetischer und biologischer Faktoren auf maximale Lebensdauer oder Anfälligkeit gegenüber lebensverkürzenden Krankheiten. Auf eine genetisch-biologische Komponente der Lebenserwartung von Menschen weist die Beobachtung hin, dass die Lebenserwartung von blutsverwandten Menschen positiv korreliert. Studien bei Zwillingen deuten darauf, dass ein Viertel der Gesamtunterschiede in der Wahrscheinlichkeit, ein hohes Alter zu erreichen, auf genetische Faktoren zurückzuführen sein dürfte (Herskind; McGue et al 1996). Neueste Studien weisen allerdings auf methodische Probleme entsprechender Zwillingsstudien hin und sie schätzen den genetischen Effekt auf Langlebigkeit geringer ein (Ruby et al. 2018). Auch körperliche Alternsprozesse werden durch genetische Einflussfaktoren beeinflusst (Gjonça, Zaninotto 2008). Durch genetische Mutationen von Krankheitserregern können neue Epidemien entstehen, wie das Beispiel von AIDS illustriert. Eine globalisierte Gesellschaft ist von einer Globalisierung epidemiologischer Risiken begleitet (wie die Covid-19-Pandemie illustriert). Im Verlauf der Zeit haben umgekehrt einige Infektionskrankheiten - wie Masern und Windpocken – aufgrund genetischer Veränderungen an Gefährlichkeit eingebüßt, wodurch sie sich in Europa zu relativ harmlosen Kinderkrankheiten gewandelt haben.

Ob sich die biologische Lebensspanne der Menschen in den letzten Jahrhunderten erhöht hat, ist umstritten (Dong et al. 2016). Eindeutig ist nur, dass der Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung bis zu Beginn des 21. Jahrhunderts primär darauf zurückzuführen ist, dass weniger Menschen vorzeitig versterben als dass es zu einer merkbaren Ausdehnung der biologischen Lebensspanne gekommen ist. Es war auch in vorindustriellen Epochen möglich, dass Frauen und Männer ein hohes oder sehr hohes Alter erreichten. Alterskrankheiten wie Demenz oder Osteoporose traten in früheren Zeiten ebenfalls auf, nur waren Zahl und Anteil

von Menschen, die ein Alter erreichten, wo hirnorganische Erkrankungen (Demenz u.a.) häufiger auftreten bis ins späte 20. Jahrhundert hinein gering.

2) *Umweltfaktoren:* Die Umwelt bestimmt die Lebensverhältnisse der Menschen in vielfältiger Weise. So kann die Natur Menschen in Form ungebändigter Naturgewalten (Erdbeben, Vulkanausbrüche, Überschwemmungen) vernichten. Zur Umwelt des Menschen gehören Krankheitserreger (Bakterien, Viren), die jahrhundertlang zu wiederkehrenden tödlichen Epidemien (Pocken, Typhus, Cholera, Pest) führten. Ökologische Systeme können durch menschliche Eingriffe beschädigt werden. Umwelt- und Luftverschmutzung können die Überlebensbedingungen der Bevölkerung verschlechtern. Die Sterblichkeitsentwicklung wird sowohl durch die sozio-ökonomische und technologische Kontrolle von Naturgewalten und Epidemien als auch durch die sozioökonomische Belastung ökologischer Systeme beeinflusst. Luft- und Wasserverschmutzung oder Schadstoffe in Nahrungsmitteln können Morbidität (Krankheitshäufigkeit) und Mortalität (Sterblichkeit) erhöhen (Laurian, Pottratz 2008). Klimatische Faktoren – wie Hitzewellen – können selbst in hochentwickelten Ländern zu erhöhter Mortalität vor allem alter Menschen beitragen, wie etwa in Frankreich und der Schweiz beobachtet wurde (Lerch, Oris 2018; Rey, Fouillet et al. 2007). Während in früheren Jahrhunderten primär eine fehlende Beherrschung von Naturgewalten und Krankheitserregern zu hohen Sterbeziffern führte, entwickeln sich in modernen Gesellschaften Belastungen der Natur und ein menschlich verursachter Klimawandel zu gesundheitlichen Risiken.

3) *Sozioökonomische Faktoren:* Die Lebenserwartung wird wesentlich durch wirtschaftliche Lebensbedingungen beeinflusst. Sozioökonomische Unterschiede haben schon in früheren Perioden zu ausgeprägten Unterschieden in der Lebenserwartung beigetragen und auch heute leben wohlhabende Menschen durchschnittlich länger als einkommensschwache Personen (Unger 2016). Entscheidend für allgemein niedrige Sterblichkeitsraten ist insbesondere die Deckung des Grundbedarfs an Nahrung. Eine reichlichere und regelmäßige Ernährung der Bevölkerung war historisch ein entscheidender Faktor zur Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung, auch weil gut ernährte Menschen gegenüber vielen Infektionskrankheiten weniger anfällig sind (Harris 2004). Weitere sozioökonomische Faktoren, wie bessere Wohnverhältnisse und organisierte Wasser- und Abfallversorgung, trugen aufgrund ihrer sozialhygienischen Wirkungen ebenfalls zur Erhöhung der Lebenserwartung und insbesondere zur Verringerung der Säuglings- und Kindersterblichkeit bei.

Mit steigender wirtschaftlicher Entwicklung erhöht sich die Nachfrage nach Gütern, die den Grundbedarf übersteigen. Dabei kann ein übermäßiger Konsum von Luxusgütern (Süßigkeiten u.a.), ein Wohlstandsbedingter Bewegungsmangel und Übergewicht das individuelle Risiko einer vorzeitigen Mortalität erhöhen, wie umgekehrt eine gesunde Lebenserwartung durch eine ausgewogene Ernährung und genügend Bewegung ausgedehnt werden kann. In modernen Gesellschaften werden vermehrt Güter und Dienstleistungen nachgefragt, die sich direkt auf körperliches Wohlbefinden und Gesundheit ausrichten (Medikamente, Kuraufenthalte, Schönheitsfarmen, Abmagerungskuren, Fitnesscenter usw.). Damit wird der Gesundheitssektor – mit seinen lebens- und gesundheitserhaltenden Ansprüchen – selbst zu einem wichtigen Wirtschaftssektor. Eine zunehmende Bedeutung erhalten gegenwärtig ‚Anti-Ageing‘-Strategien, die den Anspruch erheben die gesunde Lebenserwartung von Menschen zu erhöhen (Stuckelberger 2012).

4) *Soziokulturelle Faktoren:* Darunter fallen gesellschaftliche Normen und Sanktionssysteme, die den gesellschaftlichen Rahmen für individuelles Verhalten setzen. Die soziokulturellen Faktoren sind allgemein wichtige Steuervariablen der Mortalitätsentwicklung: "Sie wirken

weniger direkt auf Morbidität/Mortalität als vielmehr auf dem Umweg über die sozio-ökonomischen Faktoren resp. über das (spezifisch) individuelle Verhalten." (Hauser 1983: 167) Für die Entwicklung von Morbidität und Überlebensordnung besonders relevant sind:

- a) allgemeine Kenntnisse über Krankheitsursachen sowie gesellschaftlich akzeptierte oder sozial geforderte Verhaltensweisen in Bezug auf Hygiene, gesundheitliche Prävention und medizinische Versorgung. So haben gezielte staatliche Kampagnen im 19. Jahrhundert beigetragen, neue Sauberkeits- und Hygienenormen zu verbreiten. Im 20. Jahrhundert trug eine vermehrte Wertschätzung von Licht, Luft und Sonne bei, die Gefahr von Tuberkulose oder anderer Infektionskrankheiten zu mindern. Heute gehören Sauberkeit und Hygiene zu den früh internalisierten Verhaltensnormen und abweichendes Verhalten (schmutziges Aussehen, unhygienische Verhältnisse am Arbeitsplatz, zu Hause oder in Gaststätten) wird negativ sanktioniert.
- b) eine hohe gesellschaftliche Stellung der kurativen und präventiven Medizin, womit selbst verordnete gesundheitliche Interventionen – wie Impfkampagnen, Rauchverbote, Covid-19 bedingte Maskenpflicht – gesellschaftlich akzeptiert werden. Organisierte Impfkampagnen waren beispielsweise gegen Ende des 18. Jahrhunderts für die Ausmerzungen der Pocken mitentscheidend (Mercer 1985). Im 20. Jahrhundert konnte die Kinderlähmung dank zentralstaatlich organisierten Schutzimpfungen zurückgedrängt werden und die nach dem II. Weltkrieg zur Anwendung gelangenden Antibiotika haben infektionsbedingte Mortalität weiter reduziert (zumindest bis resistente Viren in urbanen Slumgebieten zu einem Wiederaufleben von Infektionskrankheiten – wie etwa Tuberkulose - führten). Der hohe Status der Medizin führt sowohl zu einer großzügigen finanziellen Unterstützung medizinischer Forschung als auch dazu, dass neue Behandlungsmethoden eine rasche Akzeptanz und Verbreitung erfahren.
- c) Veränderungen familialer Verhaltensnormen, namentlich was Vorstellungen zur Säuglingspflege und Kindererziehung betrifft. Von entscheidender Bedeutung für die Verringerung der Säuglings- und Kindersterblichkeit erwiesen sich historisch neue Normen zur Kleinkinderpflege (z.B. Stillen durch eigene Mutter, vermehrte Beachtung von Sauberkeit und guter Ernährung) (Shorter 1975) Die Intensivierung der Mutter-Kind-Beziehung im Verlaufe des Durchbruchs bürgerlicher Familiennormen wird als eine entscheidende Ursache der rückläufigen Säuglings- und Kindersterblichkeit im Verlaufe des demografischen Überganges von hoher zu tiefen Sterberaten angesehen.

In jedem Fall sind Stellung und Verhalten von Frauen innerhalb von Familien zentrale Faktoren nicht allein für die Säuglingssterblichkeit, sondern auch für das Krankheits- und Sterberisiko von Familienangehörigen in späteren Lebensphasen. Von entscheidender Bedeutung für eine Reduktion namentlich der Säuglings- und Kindersterblichkeit sind neben sozialstaatlichen Politiken (medizinische Grundversorgung auch ländlicher Regionen und armer Bevölkerungsgruppen) auch Veränderungen in der sozialen Stellung von Frauen (Ausbildung, Gleichberechtigung bei der Ernährung u.a.). So zeigen Vergleichsstudien starke Variationen der Kinder- und Erwachsenenmortalität zwischen Ländern mit analogem Pro-Kopf-Einkommen in Abhängigkeit von familialer Stellung und Schulung junger Frauen (Kuhn 2010).

5) *Spezifisches Verhalten*: Unter dieser Kategorie werden primär mortalitätsrelevante Verhaltensmuster von Individuen und/oder Familien (Stichwort: Lebensstil) zusammengefasst. Anzuführen sind namentlich:

- a) Verhalten bezüglich der eigenen Gesundheit. Dazu gehören Ernährung und Essverhalten sowie gesundheitsfördernde Aktivitäten (wie Sport, Fitness, regelmäßige ärztliche Kontrollbesuche). Bedeutsam ist aber auch das Verhalten gegenüber gesundheitsschädigenden Genussmitteln, wie Süßigkeiten, fettreicher Nahrung, Rauchwaren, Alkohol und Drogen.
- b) Verhalten bezüglich beruflichen oder private Gefahrenlagen, z.B. Verhalten als Verkehrsteilnehmer (Unfallrisiko), aber auch Suizidverhalten u.a.m.
- c) Verhalten und Einstellungen bei Stress und in Krankheitssituationen (psychosomatische Dimensionen).
- d) das Verhalten von Eltern, Ehepartnern oder anderer Bezugspersonen bezüglich gesundheits- und mortalitätsrelevanten Aspekten (Gesundheitserziehung, familiäre Pflege und Betreuung usw.).

Individuelle und familiäre Verhaltensunterschiede führen innerhalb von Gesellschaften zu markanten sozialen Unterschieden in der Lebenserwartung. Da individuelle und familiäre Verhaltensweisen je nach sozialer Schichtzugehörigkeit und/ Geschlecht variieren, sind auch in modernen Gesellschaften ausgeprägte schicht- und geschlechtsspezifische Unterschiede der altersspezifischen Mortalitätsraten zu erwarten.

4.2 Lebenserwartung und Überlebensordnung in der vorindustriellen Schweiz

Ebenso wie andere europäische Regionen waren die Menschen im Gebiet der heutigen Schweiz in der vorindustriellen Zeit über Jahrhunderte durch wiederkehrende demografische Krisen betroffen. Seuchenzüge (Pest, Pocken, Typhus, Cholera u.a.) sowie Hungersnöte nach Missernten rafften immer wieder große Teile der Bevölkerung dahin.

Speziell die seit Mitte des 14. Jahrhunderts in Europa immer wieder auftauchende Pest („Schwarzer Tod“) forderte viele Opfer und ließ zeitweise ganze Landstriche veröden. Die Pestepidemie von 1348/49 führte im Gebiet der heutigen Schweiz zu schätzungsweise mehr als 150'000 Todesfällen und dies bei einer geschätzten Gesamtbevölkerung von 700'000 bis 800'000 Menschen (Häberli 1978). Im Wallis verstarb damals ein Viertel bis ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung an der Pest (Dubuis 1991). Größere Epidemien waren auch in späteren Jahrhunderten häufig. So wurde die Stadt Basel zwischen 1300 und 1700 35-mal von einer größeren Epidemie heimgesucht, wovon allein 24-mal vom Schwarzen Tod. Schlimme Pestepidemien konnten die Stadtbevölkerung innert Wochen oder Monaten um ein Drittel oder sogar um die Hälfte reduzieren (Gschwind 1977). Der damalige Basler Stadtarzt Felix Platter (1536-1614) notierte, dass die Pestepidemie von 1611 mehr als ein Drittel der Stadtbevölkerung dahinflachte (Letsch 2017: 376). In Stadt und Kanton Zürich verstarb an dieser Pestepidemie (bekannt als „Das grosse Sterbend“) schätzungsweise mehr als ein Viertel der damaligen Bevölkerung (Letsch 2012). Nach jeder größeren Epidemie kam es allerdings zu einem raschen Wiederanstieg der Bevölkerung, weil überlebende Frauen und Männer von freigewordenem Wohnraum, Handwerksstellen oder Landbesitz profitieren konnten oder ein Mangel an Arbeitskräften zu höheren Löhnen führte (was Heiratschancen und Möglichkeiten einer frühen Familiengründung verbesserte).

Die Sterblichkeitsraten waren im Mittelalter und der frühen Neuzeit nicht nur hoch, sondern sie schwankten von Jahr zu Jahr stark. Raub- und Kriegszüge sowie feudale Ausbeutung verringerten die Lebenschancen breiter Bevölkerungsschichten in früheren Jahrhunderten ebenfalls. Dabei wiesen allerdings auch in früheren Jahrhunderten Personen aus der Oberschicht bessere Chancen auf, ein höheres Alter zu erleben als Personen aus der Unterschicht. So erreichten in der Stadtrepublik Genf im 17. Jahrhundert von 1000 Personen aus der

Oberschicht (höhere Amtsträger, Groß- und mittleres Bürgertum) 305 das 60. Lebensjahr. Bei der Mittelschicht (Kleinbürgertum, Handwerker, qualifizierte Arbeiter) waren es 171 und bei der Unterschicht (unqualifizierte Arbeiter, Handlanger) erlebten nur 106 von 1000 ihren 60. Geburtstag (Perrenoud 1975).

Das Muster einer immer wieder durch Epidemien und Hungerseuchen dezimierten Bevölkerung begann sich in Europa erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts allmählich zu ändern. Das Ende der tödlichen Pestwellen war ein wichtiger Schritt. Für das Gebiet der Schweiz war die Pestepidemie von 1667-1669 die letzte verzeichnete Pest (wobei damals in Uster (ZH) gut 400 von 1'100 Gemeindebewohnern verstarben) (Letsch 2017: 406). 1722 wurde die letzte westeuropäische Pestepidemie verzeichnet, die dank Quarantänemaßnahmen nur bis Marseille und Umgebung vordrang.

Missernten mit darauffolgenden lokalen Hungersnöten oder Infektionskrankheiten, wie Pocken, Cholera oder Typhus, trafen die Menschen des 18. Jahrhunderts jedoch weiterhin hart. So fielen im 18. Jahrhundert direkt oder indirekt an die 15-20% jedes Geburtsjahrgangs Pockenepidemien zum Opfer (Mercer 1985; Sundin 1994). Um 1770 lag die durchschnittliche Lebenserwartung ab Geburt in Europa erst bei 34.3 Jahren (Riley 2005: 538). Allerdings gelang es in einigen europäischen Regionen ab dem 18. Jahrhundert die Ausbreitung von Seuchen und Hungersnöten einzudämmen. Dafür war vor allem der Aufbau zentralisierter staatlicher Strukturen verantwortlich: Strenge Quarantänevorschriften behinderten die Ausbreitung von Seuchen, und dank verbesserten Verkehrswegen und erhöhter Vorratshaltung (beides staats- und militärpolitisch begründet) wurden die Folgen lokaler Missernten eingeschränkt (Kunitz 1983). Auch eine im 18. Jahrhundert einsetzende Agrarmodernisierung (mit damit verbundener ausreichender Ernährung der Bevölkerung) verbesserte die Situation. Damit ergab sich in einigen staatlich gut organisierten Gebieten Europas schon im 18. Jahrhundert eine Erhöhung der Lebenserwartung, auch wenn das Sterberisiko für Säuglinge und Kinder weiterhin hoch blieb. Erreichten in der Stadtrepublik Genf Ende des 16. Jahrhunderts erst 143 von 1000 Geborenen das 50. Lebensjahr, waren es gegen Ende des 17. Jahrhunderts schon 223 und Ende des 18. Jahrhunderts sogar 354 (Perrenoud 1979). Und während in der Republik Genf Mitte des 18. Jahrhunderts – basierend auf Halleyschen Sterbetafeln - gut 24% der Geborenen das 70. Altersjahr erreichten, waren es zur gleichen Zeit in Leipzig nur gut 11% und im damaligen Berlin nur 7% (Süssmilch 1765).

In Tabelle 14 sind vorliegende Daten zur (durchschnittlichen) Lebenserwartung in früheren Jahrhunderten bis heute aufgeführt. Deutlich wird in einigen Regionen ein nicht unerheblicher Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung im 18. Jahrhundert, verglichen etwa mit dem 17. Jahrhundert. Ein klarer Anstieg der Lebenserwartung erfolgte allerdings in vielen Regionen erst ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In den gut 140 Jahren nach 1876/80 hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung in der Schweiz verdoppelt, von 42 auf nahezu 84 Jahren (vgl. Kap. 4.4 & Abb. 6)

Zu berücksichtigen ist bei der historischen Betrachtung, dass die Lebenserwartung bei Geburt auch aufgrund hoher Säuglingssterblichkeit (vgl. Kap. 4.3) gering blieb. Es ergeben sich höhere Lebenserwartungswerte, wenn die Lebenserwartung nach dem 1. Lebensjahr berechnet wird. Lag die durchschnittliche Lebenserwartung in Zürich Land im Jahr 1635 bei nur 25 Jahren, waren es 36 Jahre, wenn die Säuglingssterblichkeit abgerechnet wird. Analoges zeigt sich in anderen Regionen.

Tabelle 14

Durchschnittliche Lebenserwartung im Gebiet der heutigen Schweiz**A) Lokale oder regionale Daten**

		Mittlere Lebenserwartung (in Jahren)					
		Bei Geburt			im Alter von 1 Jahr		
		Alle	M	F	Alle	M	F
Stadt Genf	1561-1600	21.2					
	1601-1700	25.7					
	1701-1750	32.6	29.2	35.7			
	1751-1800	34.5	31.9	37.0			
	1801-1813	38.5	35.1	41.5			
	1814-1833	40.7	38.5	42.7			
Zürich Land	1635	25.2	25.2	24.9	-	-	35.9 33.5
Zürich Stadt	1778	30.6					
Kanton Waadt*	1751-1760	37.5	35.0	39.4			
Sulgen (TG)	1695-1715	26.3			40.2		
Haslen (AI)	1760-1780	24.8			36.4		
	1809-1829	21.2			36.2		
Gonten (AI)	1812-1832	21.3			38.0		
Andermatt (UR)	1751-1800	38.4					
	1801-1830	39.1					
Silenen (UR)	1741-1830	30.0			41.5		
Stadt Luzern (LU)	1745-1795	31.2	30.5	32.7	43.5	41.8	45.3
Entlebuch (LU)	1810-1824	39.8			47.2		

B) Schweiz insgesamt

1876/1880	42.0	40.6	43.3	50.5	49.9	51.1
1901/1910	50.7	49.3	52.2	56.9	56.1	57.7
1921/1930	59.8	58.1	61.4	62.5	61.3	63.8
1941/1950	66.2	64.1	68.3	67.8	66.0	69.7
1960/1970	72.1	69.2	75.0	72.5	69.7	75.3
1982/1983	76.2	72.8	79.5	75.7	72.4	79.0
1990	76.6	74.0	79.2	76.9	73.5	80.3
2000	79.8	76.9	82.6	79.2	76.4	82.0
2010	82.4	80.2	84.6	81.7	79.5	83.9
2019	83.8	81.9	85.6	83.1	81.2	84.9

* 40 Pfarreien im Kanton Waadt

M: Männer, F: Frauen

Quelle: Bickel 1949 (Genf, Waadt), Burri 1975 (Luzern), Letsch 2017 (Zürich Land, Stadt Zürich): 452 & 464, Menolfi 1980 (Sulgen), Schürmann 1974 (Haslen, Entlebuch, Silenen), Zurfluh 1982 (Andermatt), Schweiz insgesamt: Statistische Jahrbücher der Schweiz (Sterbetafeln Bundesamt für Statistik (Sterbetafeln)).

Die historischen Daten zur durchschnittlichen Lebenserwartung lassen drei Aspekte erkennen: Erstens zeigt sich im 18. Jahrhundert zumindest in einigen Regionen eine Tendenz, dass Frauen durchschnittlich länger lebten als Männer (etwa in Genf oder Luzern), wogegen bis zum 17. Jahrhundert noch keine klaren geschlechtsspezifischen Unterschiede der Lebenserwartung zu beobachten waren.

Zweitens lag die Lebenserwartung in den damaligen Städten zeitweise tiefer als auf dem Land (auch weil beengte Wohnverhältnisse eine Ausbreitung von Seuchen erleichterte). Zudem war die Lebensmittelversorgung in den Städten für die Unterschichten prekärer als in ländlichen Regionen.

Drittens existierten in der Alten Eidgenossenschaft einige ausgesprochene Elendsgebiete, die auch für damalige Verhältnisse durch eine außergewöhnlich geringe Lebenserwartung gekennzeichnet waren. So lagen die durchschnittlichen Werte in einigen appenzellischen Gemeinden noch anfangs des 19. Jahrhunderts erst bei 21 Jahren, verglichen mit fast 40 Jahren in wohlhabenderen Regionen.

Eine andere Form der Darstellung der Sterblichkeitsentwicklung sind Sterbetafeln, welche den Anteil an jeweils überlebenden Personen aufzeigen. Die Angaben in Tabelle 15 zeigen vorliegende Überlebensordnungen aus dem Gebiet der Schweiz bzw. der Schweiz in ihrer heutigen Form. Zu beachten ist, dass die allermeisten historischen Sterbetafeln nach der sogenannten Halleyschen Methode berechnet wurden, das heißt sie beruhen auf einem stationären Bevölkerungsmodell, welches ausschließlich die Altersgliederung der Gestorbenen einbezieht. Entsprechend können eine Zunahme bzw. eine Abnahme der Bevölkerung sowie Zu- und Abwanderungen zu Verzerrungen der Ergebnisse führen (Zu den methodischen Fragen und Problemen vgl. speziell Letsch 2017). Dazu kommt, dass es sich bei den in Tabelle 15 präsentierten Überlebensordnungen um periodenspezifische Daten handelt (die durch Kohorteneffekte verzerrt sein können). Trotz der methodischen Ungenauigkeiten illustrieren die Angaben allerdings eine klare Tatsache: In früheren Jahrhunderten erreichten nur vergleichsweise wenige Menschen ein hohes Lebensalter. Alt zu werden war die Ausnahme und nicht – wie heute – eine erwartbare Normalität. Besonders viele Todesfälle gab es im Säuglings- und Kinderalter und zeitweise erreichte nur die Hälfte oder weniger der geborenen Kinder überhaupt das Erwachsenenalter.

Tabelle 15:

Überlebensordnung gemäß Sterbetafeln**A) Lokale und regionale Daten**

	Überlebende bis zum Alter.... von 1000 Geborenen										
	1	5	10	15	20	30	40	50	60	70	80
Stadt Genf											
1580-1599	754	562	486	439	394	275	189	132	77	36	9
1600-1649*	757	574	507	467	425	321	247	185	117	63	18
1650-1699	767	604	539	505	469	366	287	211	129	59	10
1700-1749	801	654	591	566	539	445	369	289	185	91	16
1750-1799	790	679	626	598	570	477	411	331	223	105	22
1800-1811	829	737	695	672	643	533	458	360	238	105	19
Zürich Land											
1635											
Männer	691	546	487	471	445	387	335	261	179	87	16
Frauen	734	589	543	518	490	386	291	228	142	64	14
Igis-Landquart (GR)											
1703-1768 -	-	632	592	559	545	487	428	345	268	158	-
Maienfeld/Jenins (GR)											
1762-1802	827	-	578	-	541	498	440	370	285	155	-
Speicher (AR)											
1740-1769	615	480	441	423	399	355	298	234	154	74	-
Männer	567	436	400	381	358	324	280	232	153	85	-
Frauen	660	522	479	463	438	386	316	238	155	62	-
1840-1869	621	548	525	515	496	449	397	344	267	131	-
Männer	548	516	491	481	468	430	397	348	275	140	-
Frauen	655	577	557	547	522	467	396	341	261	124	-
Silenen (UR)											
1741-1830	710	650	590	537	512	448	394	318	231	120	-
Stadt Luzern											
Ende 18.Jh.	701	615	565	549	527	464	418	371	260	136	34
Männer	710	616	572	543	531	432	410	360	246	108	22
Frauen	703	623	565	553	532	484	435	389	278	168	46
Haslen (AI)											
1809-1829	542	-	-	354	328	308	274	230	176	90	25
Gonten (AI)											
1812-1832	659	-	-	467	437	388	315	251	150	83	25

Tabelle 15: Fortsetzung

B) Gesamte Schweiz

	Überlebende bis zum Alter..., von 1000 Geborenen											
	1	5	10	15	20	30	40	50	60	70	80	
Schweiz 1876												
Männer	773	715	694	682	667	605	536	449	330	182	47	
Frauen	809	748	728	714	693	638	571	503	399	226	64	
Schweiz 1950												
Männer	965	957	954	951	945	928	906	862	735	552	248	
Frauen	973	697	964	962	959	949	933	901	828	670	356	
Schweiz 2019												
Männer	997	996	996	995	994	990	985	973	941	857	665	
Frauen	997	996	996	996	995	994	991	983	964	912	778	

*ohne Pestzeiten 1615-16

Anmerkung: Die oben angeführten historischen Sterbetafeln – mit Ausnahme der Daten Zürich Land 1635 (Letsch 2017) - wurden gemäß der sogenannten Halleyschen Methode berechnet, d.h. sie beruhen auf einem stationären Bevölkerungsmodell, welches ausschließlich die Altersgliederung der Gestorbenen einbezieht. Entsprechend können eine Zunahme bzw. eine Abnahme der Bevölkerung sowie Zu- und Abwanderungen zu Verzerrungen der Ergebnisse führen. Zu den methodischen Fragen und Problemen vgl. speziell Letsch 2017.

Quellen: Bielmann 1972 (Silenen), Bündnerische Monatsblätter Nr. 7 1863 & Nr. 7 1865 (Maienfeld/Jenins), Burri 1975 (Luzern), Der neue Sammler, ein gemeinnütziges Archiv für Bünden 1809 (Igis-Landquart), Letsch 2017: 349 (Zürich Land), Perrenoud 1979 (Genf), Ruesch 1979 (Speicher), Schürmann 1974 (Haslen, Gonten).
Gesamte Schweiz: Sterbetafeln der Schweiz.

4.3 Säuglingssterblichkeit

Ein bedeutsamer Faktor für die insgesamt geringe durchschnittliche Lebenserwartung in früheren Epochen war eine hohe Säuglings- und Kindersterblichkeit. Von 100 Neugeborenen verstarben im 18. und 19. Jahrhundert viele schon im ersten Lebensjahr (Flinn 1981). Vor allem Magen-Darm-Erkrankungen rafften damals viele Säuglinge und Kleinkinder hinweg. Einige Infektionskrankheiten (wie Pocken, Masern, Scharlach, Keuchhusten) "verloren mit wachsender Verkehrs- und Kommunikationsdichte während des 18. und frühen 19. Jahrhunderts ihren altersunspezifischen Charakter und wurden in wachsendem Masse zu typischen Kinderkrankheiten, die primär Säuglinge und Kleinkinder bedrohten." (Spree 1992: 15-16). Wer im 18. und 19. Jahrhundert das erste Lebensjahr überlebte, dessen Lebenserwartung erhöhte sich allerdings deutlich, weil die Überlebenden gegenüber manchen Infektionskrankheiten immun wurden.

Tabelle 16 vermittelt Daten zur Säuglingssterblichkeit in der vorindustriellen Schweiz. Je nach Region und Zeitpunkt verstarben zwischen 20% bis 30% der Säuglinge. Krisen- und Hungerjahre führten zu höheren Werten, wogegen gute Erntejahre zu mehr überlebenden Säuglingen beitrugen. Bedeutsam war auch der allgemeine Wohlstand einer Region. So waren die Sterberaten in wohlhabenderen Regionen (Zürich Land, Entlebuch) tiefer als in ärmeren Regionen der Schweiz, wie in Appenzell, wo wirtschaftliche Krisen zeitweise zur Verelendung namentlich der landlosen Bevölkerung beitrugen. Mitentscheidend für die Überlebenschancen von Säuglingen und Kleinkinder war auch die wirtschaftliche und soziale Lage der Eltern. Dies wird durch einen Vergleich von Appenzeller Familien aus verschiedenen sozialen Schichten zu Ende des 18. Jahrhunderts verdeutlicht: „In den sozial und wirtschaftlich besser gestellten Familien war die Säuglingssterblichkeit mit 17.2% nur halb so groß wie in den übrigen Familien." (Schürmann 1974: 108) Analoge soziale Unterschiede wurden in dieser Zeitperiode auch in der Stadt Luzern festgestellt (Burri 1975).

Obwohl die Säuglings- und Kindersterblichkeit in wenigen Regionen schon seit dem 18. Jahrhundert leicht zu sinken begann, änderte sich an der hohen Säuglingssterblichkeit - vor allem verursacht durch Verdauungskrankheiten - bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts in den meisten Gebieten Europas wenig. Die Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit stieg Mitte des 19. Jahrhunderts in einigen Regionen vorübergehend sogar an, etwa aufgrund einer verstärkten Virulenz von Diphtherie und Scharlach. Auch Proletarisierung und Urbanisierung erleichterten die Ausbreitung von Seuchen. Während 1849-63 in Berlin 25% aller ehelich geborenen Säuglinge im 1. Lebensjahr verstarben, waren es 1876-80 30% (Cromm 1989). Zu einem markanten und fortschreitenden Rückgang der Säuglingssterblichkeit kam es vielerorts erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts oder zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Noch 1867/71 starben in der Schweiz nahezu 25% der Geborenen im 1. Lebensjahr (wobei Knaben eine höhere Mortalität aufwiesen als Mädchen). Ausgeprägt waren in dieser Zeit die regionalen Unterschiede (15% Säuglingssterblichkeit im Kanton Tessin verglichen mit 40% im Kanton Appenzell-Innerrhoden, damals von einer Krise der Textilindustrie besonders betroffen).

Nach 1867/71 sank die Säuglingssterblichkeit in der Schweiz rasch und fortlaufend ab, bis 1912 auf weniger als 10%. Auch danach sank sie kontinuierlich weiter, bis 2018 auf einen Wert von 0.3% (vgl. auch Abbildung 5). Ein Teil des Rückgangs nach 1867/71 ist auf mikrobiologische Veränderungen zurückzuführen und früher lebensbedrohende Kinderkrankheiten

wurden ‚harmloser‘. Zentral waren aber vor allem eine bessere Pflege, Hygiene und Ernährung von Säuglingen. In den Nachkriegsjahrzehnten hat auch die Verbreitung von Antibiotika zu reduzierten Sterberaten beigetragen.

Tabelle 16:

Zur Entwicklung der Säuglingssterblichkeit

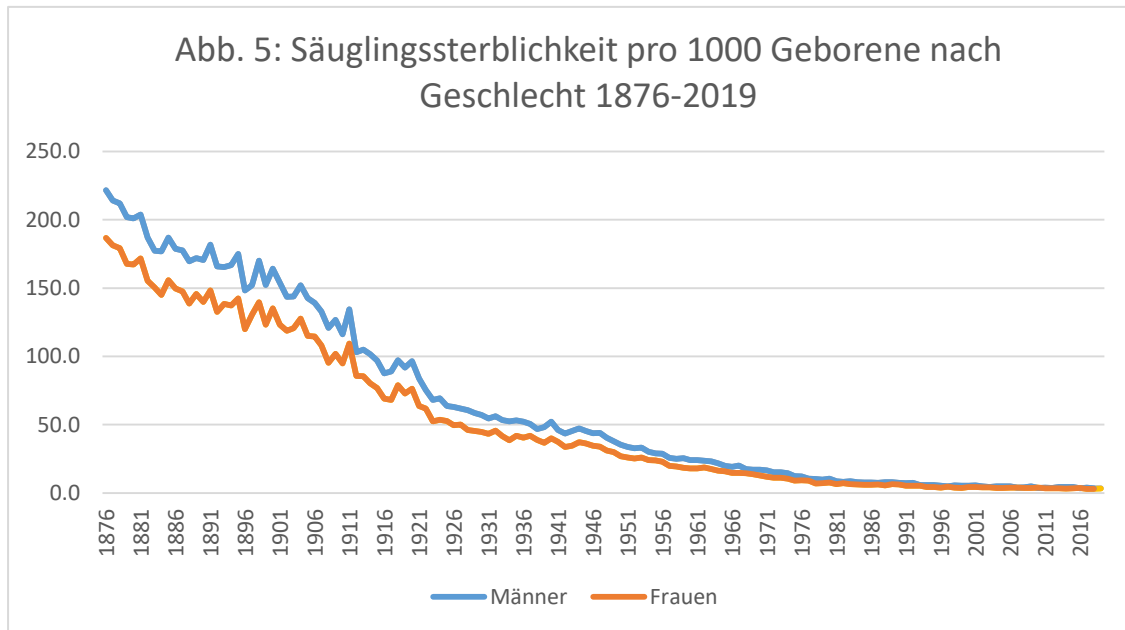
A) Lokale und regionale Daten

	Im ersten Lebensjahr Gestorbene pro 100 Geborene						Quelle:
	um 1600- 1650	um 1650- 1700	um 1700- 1750	um 1750- 1800	um 1800- 1850	um 1850- 1870	
Stadt Genf	30	29	22-24	24			1
Stadt Luzern			24-26	22-26	22		2
Zollikon (ZH)		29	17-25	22-25	21-25		
Marbach LU			23	14-19	15-16		2
Amt Entlebuch (LU)			22	18	17-18		3
Urserental (UR)		32	31	29	26		4
Igis-Landquart (GR)			25				5
Sulgen (TG)			29	40-44			6
Speicher (AR)			24	35	39	30	7
Freienbach SZ		27	24	32			8
Gais (AR)				27		23	7
Wolfhalden (AR)				31		32	7
Kt. Appenzell-AR						34 (1867/71)	9
Haslen (AI)				31	37		10
Gonten (AI)				36	38		10
Kt. Appenzell-IR						40 (1867/71)	9
Kt. Tessin						15 (1867/71)	9

B) Schweiz insgesamt

		Total
Schweiz insgesamt	1867/71	24.6
	1876	19.7
	1890	15.7
	1910	10.5
	1930	5.1
	1950	3.1
	1970	1.5
	1990	0.7
	2010	0.4
	2019	0.3

Quelle: 1: Perrenoud 1979, 2: Burri 1975, 3: Bucher 1974, 4: Zurfluh 1982, 5: Der neue Samler 1809, 6: Menolfi 1980, 7: Ruesch 1979, 8: Schelbert 1989, 9: Geburten, Sterbefälle und Trauungen in der Schweiz 1867-1871, 10: Schürmann 1974. Schweiz insgesamt: Bundesamt für Statistik.11: Letsch 2017: 303



Familiensozologisch betrachtet waren auch Wandlungen der Eltern-Kind-Beziehungen bedeutsam: Mit abnehmender Sterblichkeit von Säuglingen und Kleinkindern verstärkte sich die emotionale Beziehung der Eltern zu ihren Kindern. Umgekehrt war eine verstärkte Emotionalisierung der Eltern-Kind-Beziehung (und dabei speziell der Mutter-Kind-Beziehung) eine zentrale Ursache für eine rückläufige Säuglingssterblichkeit. Veränderte Stillgewohnheiten (Stillen durch Mütter) sowie eine intensivere und hygienischere Säuglingspflege erhöhten die Lebenserwartung der Neugeborenen: „Es besteht kein Zweifel, dass die Qualität der mütterlichen Kinderpflege und -fürsorge ganz losgelöst von den anderen Faktoren Krankheit und Ernährung eine selbständige Variable bei der Kindersterblichkeit ist. Mütterliche Pflege wirkt sich natürlich auf die Qualität der Kinderernährung aus, da sich liebende Mütter in den 'bösen alten Tagen' mit größerer Wahrscheinlichkeit um Kuhmilch bemühten, anstatt ihre Kinder mit Brei zu füttern. Sie wirkt sich ebenso auf den Grad der häuslichen Sauberkeit aus, da besorgte Mütter wiederum mit größerer Wahrscheinlichkeit ihre Kinder trockenlegen, ihre Bettwäsche sauber halten, die Schweine von der Wiege fernhalten und vieles mehr.“ (Shorter, 1977: 277)

Die intensivere Betreuung der Säuglings- und Kleinkinder setzte allerdings eine verstärkte Konzentration der Frauen auf ihre Mutterpflichten voraus, womit sich die geschlechtsspezifische familiäre Arbeitsteilung zeitweise verstärkte. Die Reduktion der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit wurde sozialhistorisch sozusagen durch eine erhöhte Häuslichkeit von Frauen erkauft. Ganz allgemein lässt sich feststellen, dass eine erhöhte Lebenserwartung nur dank einer enormen sozialen Disziplinierung der Menschen möglich wurde. Davon betroffen waren insbesondere (Haus)-Frauen, die für häusliche Sauberkeit und Hygiene verantwortlich gemacht wurden (Mahlmann 1991).

4.4 Anstieg der Lebenserwartung in modernen Gesellschaften – Trends und Ursachen

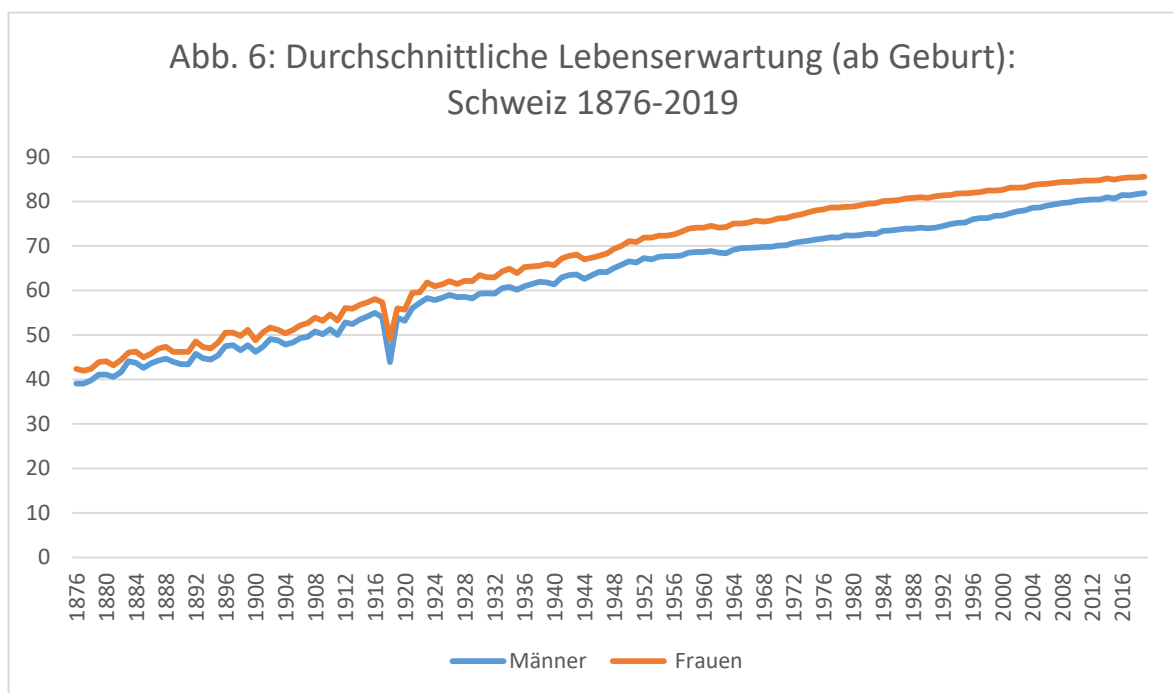
Während die Säuglings- und Kindersterblichkeit bis weit ins 19. Jahrhundert vielfach hoch blieb, sank – wie in Kapitel 4.2 angeführt - in einigen Regionen der damaligen Schweiz das Sterberisiko junger Erwachsener schon im 18. Jahrhundert, primär aufgrund einer einsetzenden Agrarmodernisierung, welche die Produktivität der Landwirtschaft erhöhte und damit die Ernährungsgrundlage der Bevölkerung verbesserte. Auch in anderen Regionen Europas lag ein bedeutsamer Faktor für das allmähliche Zurückdrängen des vorzeitigen Todes in einer verbesserten Ernährung breiter Bevölkerungsschichten (Fogel 2004). Dank besserer Bewirtschaftung des Landes, der Einführung neuer Futterpflanzen, einer gezielten Zucht von Milchkühen sowie der allmählichen Verbreitung der Kartoffel begann sich die Nahrungslücke zu schließen und die Bevölkerung war gegen Subsistenzkrisen (Hungersnöte) besser geschützt: „Die Proteinlücke begann sich zu schließen, die Menschen vermochten sich trotz ihrer wachsenden Zahl besser und reichlicher zu ernähren. Die Trias von Milchprodukten, Getreide und Kartoffeln liefert die plausibelste Erklärung für das Absinken der Sterblichkeit im 18. Jahrhundert.“ (Pfister 1984: 124-125) Gleichzeitig verbesserte in der Schweiz das Aufkommen von Heimarbeit (z.B. Textilindustrie, Uhrenindustrie) den Lebensstandard von Menschen mit wenig oder keinem Landbesitz. Die Heimarbeit ermöglichte das Überleben etwa kleinbäuerlicher Bergbetriebe mit Ziegen und Kartoffeläckern. Das Bargeld erlaubte den Kauf von Brotgetreide. Entsprechend setzte der Sterblichkeitsrückgang in Gebieten der Schweiz mit ausgebauter proto-industrieller Heimarbeit (z.B. Basel-Land, Neuenburg, Glarus, Entlebuch) früher ein als in anderen Regionen (Mattmüller 1976, vgl. auch Braun 1978).

Ab Ende des 18. Jahrhunderts wandelten sich allmählich auch die Einstellungen zu Krankheit und Tod. An Stelle einer fatalistischen und passiven Hinnahme von Krankheit und Tod traten im Rahmen eines aufklärerischen Fortschrittsglaubens aktivere Einstellungen zur Krankheitsbekämpfung. Gezielte medizinische Maßnahmen – wie etwa die Pockenimpfung – erwiesen sich als effektiv (Mercer 1985). In den entstehenden Nationalstaaten Europas wurden verstärkt gesundheitspolitische Bestrebungen (zur Verbesserung der militärisch wichtigen „Volks-gesundheit“) eingeführt, die zeitweise in massiven zentralstaatlichen Gesundheits-, Hygiene- und Impfkampagnen mündeten (Sundin 1994: 127). Staatlich durchgesetzte sozialhygienische Maßnahmen, wie eine verbesserte Trinkwasserversorgung und eine geregelte Abwässer- und Abfallbeseitigung, waren speziell in Städten für ein Zurückdrängen eines vorzeitigen Todes zentral. Mit zunehmender Industrialisierung verbesserten sich auch die Lebens- und Wohnverhältnisse unterer sozialer Schichten allmählich. Die Tatsache, dass es in der Schweiz nicht in demselben Ausmaß zur Proletarisierung der Arbeiterschaft und zu städtischer Slumbildung kam wie in anderen europäischen Ländern war mit ein Grund, weshalb die Schweiz zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine leicht höhere Lebenserwartung aufwies als die Nachbarländer (Schweiz 50.7 J., Frankreich: 48.0 J., Deutschland 45.5 J., Italien 43.8 J.) (vgl. Floris et al. 2019).

Aufgrund der damals beschränkten medizinischen Mitteln zur ihrer Bekämpfung und Heilung verblieben allerdings Infektionskrankheiten bis zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine häufige Todesursache. Junge Männer und Frauen wurden beispielsweise oft Opfer von Lungentuberkulose; eine Krankheit, die im späten 19. Jahrhundert in Europa rund 10% aller Todesfälle verursachte und damit eine Haupttodesursache junger Erwachsener war (Spree 1992). Trotzdem erhöhte sich in Europa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die durchschnittliche Lebenserwartung allmählich, von 36 Jahren um 1850 bis 1913 auf fast 48 Jahren (Riley 2005:538).

Die steigende Lebenserwartung in Europa bis zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts lässt sich vereinfacht formuliert auf das Zusammenspiel von verbesserter Lebenslage (insbesondere Ernährung), verstärkter sozialer Disziplinierung (Internalisierung von Sauberkeits- und Hygiene-Normen) und staatlichen Interventionen (bessere Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserbeseitigung, Gesundheitskampagnen) zurückführen. Der eigentliche Sprung zu einer hohen Lebenserwartung erfolgte allerdings erst im 20. Jahrhundert, vor allem nach 1945/50, als eine bessere sozialpolitische Absicherung und steigender Wohlstand in Kombination mit medizinischen Fortschritten (Antibiotika u.a.) die Risiken eines frühen Todes rasch reduzierten.

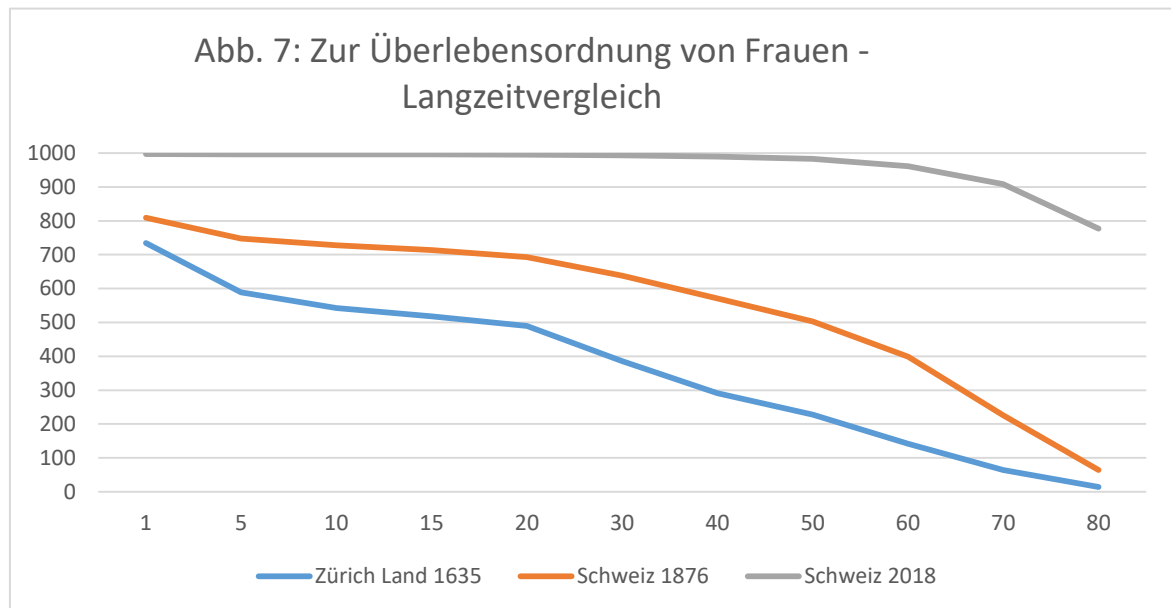
In den gut 140 Jahren nach 1876/80 hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung in der Schweiz verdoppelt, von 42 auf nahezu 84 Jahren (vgl. Abb. 6) Die Lebenserwartung von Frauen und Männern stieg stetig an, mit nur einem kurzfristigen Einbruch durch die spanische Grippe, die in der Schweiz schätzungsweise zu gut 23'000 Todesfälle führte (Michels 2010).⁶ Seit 1918/19 gab es auch in der Schweiz immer wieder Grippeepidemien und neue Infektionskrankheiten (wie AIDS), aber deren Effekte auf die gesamte Lebenserwartung waren statistisch gering. Auch die neueste Pandemie (Covid-19) dürfte kaum zu einem markanten Einbruch der durchschnittlichen Lebenserwartung beitragen.



Die Entwicklung zu einer Gesellschaft langlebiger Menschen wird auch sichtbar, wenn wir die Überlebensordnung betrachten (vgl. Tabelle 15). Der Anteil von Frauen und Männer, die ein hohes Alter erreichen, hat sich massiv erhöht. Während gemäß periodenspezifischer Sterbetafeln 1876 nur 5% der Männer den 80. Geburtstag erlebten, waren es 2018 66%. Bei den Frauen hat sich der entsprechende Anteil von 6% auf 78% erhöht. Abbildung 7 illustriert

⁶ In einigen Kantonen erließen die Behörden als Reaktion auf die Spanische Grippe ein allgemeines Verbot von Versammlungen, Kulturveranstaltungen und Gottesdiensten. Analoge Strategien wurden 2020 im Rahmen der Covid-19-Pandemie eingesetzt.

die grundlegenden Wandlungen der Lebenschancen für Frauen im Langzeitvergleich 1635 bis 2018.



Die in Tabellen 14 und 15 sowie in Abbildungen 6 und 7 angeführten Daten weisen methodisch gesehen den Fehler auf, dass es sich um aufsummierte Querschnittsdaten handelt. Periodenspezifische Sterbetafeln und Überlebensordnungen basieren auf der altersspezifischen Sterblichkeit unterschiedlicher Geburtsjahrgänge. In Zeiten, in denen sich die Lebenserwartung rasch wandelt, vermitteln solche Zahlen ein verzerrtes Bild. In den letzten Jahrzehnten beispielsweise haben periodenspezifische Sterbedaten zu einer systematischen Unterschätzung der Lebenserwartung neuer Generationen von Frauen und Männer geführt, mit der Folge, dass Rentensysteme, die sich auf solche Daten abstützten, die Auszahlungszeit von Renten falsch berechneten.

Ein demografisch korrekteres Bild gewinnt man durch eine Umrechnung periodenspezifischer Sterbetafeln in generationenspezifische Überlebensordnungen (Menthonnex 2015). Die sogenannten „Kohortensterbetafeln“ vermitteln Angaben über den Anteil an Männern und Frauen aus verschiedenen Geburtsjahrgängen, die ein bestimmtes Lebensalter erreichen. Tabelle 17 zeigt die entsprechenden Angaben für ausgewählte Geburtsjahrgänge zwischen 1876 und 1980. Die kursiv gesetzten Zahlen beziehen sich auf Schätzwerte für jüngere Generationen, die ein hohes Alter erst in Zukunft erreichen werden (wobei sachgemäß alle Angaben von einer Weiterführung der bisherigen Entwicklung zu höherer Lebenserwartung ausgehen).

Auch diese Angaben bestätigen das Bild einer angestiegenen und wahrscheinlich weiter ansteigenden Langlebigkeit. Der Anteil der Männer, die ihren 90. Geburtstag zu feiern vermochten, hat sich vom Geburtsjahrgang 1876 bis zum Geburtsjahrgang 1930 von 2% auf 18% erhöht (und er dürfte weiter ansteigen). Bei den Frauen ist ein Anstieg von 4% auf 35% feststellbar.

Tabelle 17

Kohortenüberlebensordnung ausgewählter Geburtsjahrgänge (Schweiz)

Von 100 Geborenen erreichen ... % das angeführte Alter

Geb.:	Männer					Frauen				
	60	70	80	90	100	60	70	80	90	100
1876	44%	31%	14%	2%	0.04	50%	39%	20%	4%	0.1%
1900	58%	43%	22%	5%	0.2%	65%	56%	38%	13%	0.8%
1910	66%	51%	29%	8%	0.3%	73%	66%	49%	20%	1.2%
1920	72%	58%	36%	12%	0.5%	80%	73%	58%	27%	2.0%
1930	78%	66%	47%	18%	0.9%	86%	80%	66%	35%	3.5%
1940	82%	73%	56%	24%	1.5%	89%	83%	71%	41%	5.1%
1950	85%	77%	63%	30%	2.3%	91%	86%	76%	47%	7.1%
1960	88%	81%	69%	37%	3.5%	93%	89%	80%	53%	9.5%
1970	91%	86%	75%	44%	5.0%	95%	92%	84%	59%	12.1%
1980	94%	90%	80%	50%	6.8%	96%	94%	87%	64%	15.0%

Kursiv: Basierend auf Projektionen

Quelle: Bundesamt für Statistik, Kohortensterbetafeln 1876-2030. Neue Tabellen Mai 2019

(Tabelle px-x-0102020300_101)

Tabelle 18:

Zahlenmäßige Entwicklung der 100-jährigen und älteren Menschen in der Schweiz

	Total	Frauen	Männer
1880	2	2	0
1888	0	0	0
1900	2	2	0
1910	2	2	0
1920	3	2	1
1930	7	4	3
1941	17	11	6
1950	12	9	3
1960	23	19	4
1970	61	45	16
1980	179	136	43
1990	277	214	63
2000	787	676	111
2010	1332	1114	218
2018	1572	1315	257

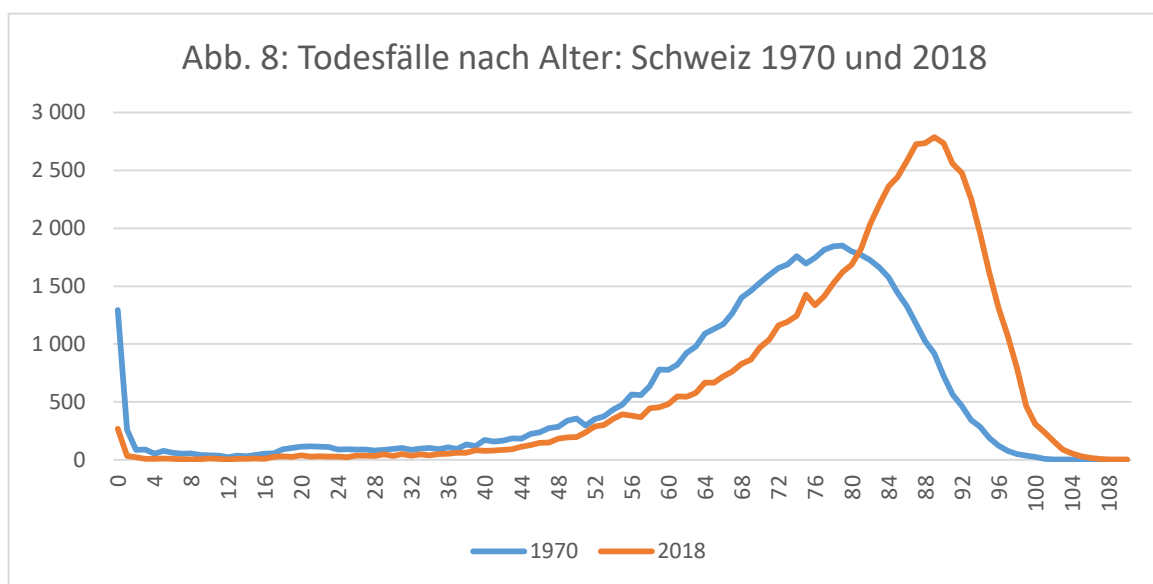
Quelle: Volkszählungen bis 2000, danach Bevölkerungsstatistiken Bundesamt für Statistik

Zahl und Anteil von Menschen, die ein sehr hohes Alter erreichen, haben sich wesentlich erhöht. Dies wird deutlich, wenn wir die zahlenmäßige Entwicklung der hundertjährigen und älteren Menschen in der Schweiz auflisten. Bis Mitte des 20. Jahrhunderts war ein hundertjähriger Geburtstag ein außerordentliches Ereignis. In den letzten Jahrzehnten ist die

Zahl der hundertjährigen und älteren Menschen rasch angestiegen, wobei es sich dabei großmehrheitlich um Frauen handelt (vgl. Tabelle 18).⁷

Auch das höchste Sterbealter hat sich seit den 1950er Jahren nach oben bewegt. Das in der Schweiz erreichte Höchstalter - welches zwischen 1880 und 1920 bei 102 Jahren lag - erhöhte sich bis 1960 auf 104 Jahre (Robine, Paccaud 2005). 2020 lag es allerdings schon bei mehr als 112 Jahren. Frau Rosa Rein (24. März 1897-14. Februar 2010) wurde 112 Jahre und 327 Tage alt. Am 11. Januar 2020 konnte Frau Alice Schaufelberger-Hunziker (geb. 11. Januar 1908) ihren 112. Geburtstag feiern.

Abbildung 8 illustriert die in den letzten Jahrzehnten erfolgte Verschiebung der Todesfälle nach oben. Auch wenn nicht wenige Menschen weiterhin vorzeitig versterben, liegt die Spitze der Todesfälle gegenwärtig bei Menschen im Alter von 88 bis 90 Jahren.



Die Bestimmung einer Obergrenze der menschlichen Lebensdauer („maximal life span“) ist bis heute ein umstrittenes Unterfangen geblieben, wobei sich die entsprechenden Schätzwerte in den letzten Jahrzehnten ständig erhöht haben. Ende der 1970er Jahre wurde eine Höchstlebenserwartung von 80.3 Jahren für Frauen und 73.8 Jahren für Männer geschätzt (Bourgeois-Pichat 1978). Zu Beginn der 1990er Jahre postulierte Stuart Olshansky aufgrund der bisherigen Entwicklung der Sterberaten eine Obergrenze von 82 Jahren bei Männern und von 88 Jahren bei Frauen (Olshansky et al. 1990). Andere Studien, basierend auf Zwillingstudien, gehen hingegen von einer oberen maximalen Lebensspanne der Gattung Mensch von 93-94 Jahren aus (Yashin, Iachine 1997). Diese Schätzung basiert auf einer unveränderten genetischen Konstitution der Menschen. Ob zukünftige genbiologische Entwicklungen die menschliche Lebensspanne zu erhöhen vermögen, ist aktuell noch offen (vgl. Stuckelberger 2012).

Auffallend ist, dass auch in der Schweiz die Zunahme der Lebenserwartung zeitweise unterschätzt wurde. So wurde in einer 1935 durchgeführten Analyse des zukünftigen Wohn- und Pflegebedarfs für das Alter in der Schweiz davon ausgegangen, dass die Zahl an 90-jährigen und älteren Menschen bis 2000 auf 1'900 Personen ansteigen wird (Hartmann 1935). Tatsächlich zählte die Schweiz im Jahr 2000 jedoch 46'700 Personen im Alter von 90 Jahren

⁷ Die geschlechtsspezifischen Unterschiede der Lebenserwartung werden in Kap. 4.5.1 genauer analysiert.

und mehr. Der starke Anstieg in der Zahl sehr alter Menschen war eng mit nach 1945 erfolgten medizinischen Fortschritten (Antibiotika, verbesserte Behandlung von Herz- und Kreislauferkrankungen usw.) verbunden. In einer 1969 publizierten Analyse der demografischen Entwicklung der Schweiz wurde eine Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung auf mehr als 74 Jahre für die nächsten Jahrzehnte als unwahrscheinlich angesehen (Gilliand 1969). In den 1977 vom damaligen Eidgenössischen Statistischen Amt errechneten Bevölkerungsprojektionen 1976-2006 wurde davon ausgegangen, dass sich die Lebenserwartung der Männer bis 2001/05 auf 72.1 Jahre erhöhen würde. Für Frauen wurde ein Wert von 78.8 Jahre vorausgesehen (Eidgenössisches Statistisches Amt 1977). Beide Schätzwerte wurden faktisch schon zu Beginn der 1980er Jahre überschritten.

Die steigende Gesamtlebenserwartung in den letzten 50 Jahren ist einerseits auf eine weiter sinkende Säuglings- und Kindersterblichkeit zurückzuführen. Auch das Sterberisiko von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sank, auch wenn in einigen Ländern das Sterberisiko 20-35-jähriger Männer aufgrund von AIDS zeitweise wieder anstieg. Andererseits hat sich die Lebenserwartung älterer Frauen und Männer deutlich erhöht (vgl. auch Bundesamt für Statistik 2009). Bei dieser Gruppe hat in den letzten Jahrzehnten vor allem die Reduktion des Risikos, frühzeitig an Herz-Kreislauferkrankungen und insbesondere an ischämischen Herzkrankheiten zu sterben, zur weiteren Erhöhung der Lebenserwartung im Alter beigetragen. Dadurch erfuhr das Rentenalter – die Lebensphase nach der Pensionierung – eine Ausdehnung. Gleichzeitig wurde die demografische Alterung von unten (ausgelöst durch geringes Geburtenniveau) durch eine demografische Alterung von oben (mehr Menschen im Alter von 65, die länger überleben) verstärkt (vgl. Kap. 9).

Zusätzliche Informationen zu den Faktoren, welche in den letzten Jahrzehnten zum Rückgang eines vorzeitigen Todes beitrugen, vermitteln die zwei nachfolgenden Tabellen. Tabelle 19 zeigt die Entwicklung der potenziell verlorenen Lebensjahre zwischen dem 1. und 70. Altersjahr von 1970 bis 2017. Jeweils gemessen wird die Zahl an Lebensjahren, die verloren gingen, dass ein Teil der Männer und Frauen vor ihrem 70. Geburtstag verstarben. Der Vergleich zeigt einen Rückgang vorzeitiger Sterbefälle (bis 70) bei Frauen und Männern und zwar für alle aufgeführten Todesursachen: Todesfälle durch Unfälle (in Beruf und Freizeit) konnten durch präventive Maßnahmen reduziert werden (etwa durch Gurtentragpflicht oder bessere Bremssysteme bei Automobilen, gezielte Verhütung von Berufsunfälle u.a.m.). Suizidraten sanken in den letzten Jahrzehnten in allen Altersgruppen. Erfolge bei der medizinischen Behandlung von Tumorerkrankungen sind ebenso zu verzeichnen wie bei der Behandlung von Herz- und Kreislauferkrankungen.

Interessanterweise haben sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede der Mortalitätsrisiken in den 47 Jahren zwischen 1970 und 2017 kaum in entscheidendem Maß verringert: Männer haben weiterhin deutlich höhere Risiken vorzeitig durch Unfall oder Suizid zu versterben. Bezüglich Herz- und Kreislauferkrankungen haben sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede sogar ausgeweitet (auf die Gründe wird in Kap. 4.5.1 näher eingegangen).

Tabelle 19

Potenziell verlorene Lebensjahre nach Geschlecht, Schweiz 1970 und 2017

	Potenziell verlorene Lebensjahre zwischen 1. und 70. Lebensjahr pro 100'000 Einwohner*					
	Männer		Frauen		Quotient M/F	
	1970	2017	1970	2017	1970	2017
Alle Todesursachen	8157	2562	4091	1412	2.0	1.8
Unfälle	2122	354	582	100	3.6	3.5
Suizide	681	344	224	134	3.0	2.6
Infektiöse Krankheiten/Aids	169	26	104	20	1.6	1.3
Tumorerkrankungen (Krebs)	1692	695	1416	637	1.2	1.1
Kreislaufsystem/Herzkrank.	1737	376	699	124	2.5	3.0
Atmungsorgane	402	74	217	47	1.9	1.6
Alkohol. Leberzirrhose	202	51	36	19	5.6	2.7

* Altersstandardisierte Raten pro 100'000 Einwohner; Quelle: Bundesamt für Statistik, Statistik der Todesursachen

Der Nachteil der in Tabelle 19 angeführten Angaben besteht darin, dass sie sich auf Menschen bis zum 70. Lebensjahr beschränken; teilweise dadurch begründbar, dass im hohen Lebensalter aufgrund des Auftretens verschiedener Erkrankungen gleichzeitig (Multimorbidität) die Haupttodesursache nicht immer klar ist. Bedeutsam für die heute hohe allgemeine Lebenserwartung ist jedoch die Tatsache, dass sich auch die Restlebenserwartung alter Menschen erhöht hat. So lag die durchschnittliche Restlebenserwartung einer 80-jährigen Frau 2017 bei 10.4 Jahren, verglichen mit nur 6.1 Jahren 1958/63. 80-jährige Männer ihrerseits konnten 2017 mit durchschnittlich 8.8 weiteren Lebensjahren rechnen (verglichen mit 5.5 Jahren 1958/63).

In Tabelle 20 sind (altersstandardisierte) Sterbeziffer der 65-84-jährigen und der 85-jährigen und älteren Männer und Frauen zwischen 1990 und 2017 aufgeführt. Der exakte Vergleich 1990 und 2017 wird allerdings dadurch erschwert, dass in der Todesursachenstatistik Demenz seit 1995 als Todesursache eingetragen werden kann (obwohl unklar ist, in welchem Ausmaß alte Menschen an Demenz oder mit Demenz versterben). Insgesamt bestätigen auch diese Daten die vorherigen Aussagen: Selbst im Rentenalter haben sich die Sterbeziffer in den letzten 27 Jahren reduziert, wobei bei nahezu allen Todesursachen rückläufige Werte zu verzeichnen sind. Ebenso zeigen sich auch im hohen Lebensalter deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Bei allen Todesursachen – mit Ausnahme von Demenz – sind die altersspezifischen Sterbeziffer bei Frauen geringer als bei Männern. Oder in anderen Worten: Auch im hohen Lebensalter weisen Frauen eine durchschnittlich höhere Restlebenserwartung als Männer.

Tabelle 20

Entwicklung der Sterbeziffer nach Todesursachen im höheren Lebensalter 1990 und 2017

Alter:	Altersstandardisierte Sterbeziffer pro 100'000 Personen							
	Männer				Frauen			
	1990		2017		1990		2017	
	65-84	85+	65-84	85+	65-84	85+	65-84	85+
Alle Todesursachen	4941	21262	2575	15592	2930	16247	1720	13323
Unfälle	159	856	69	626	110	850	46	524
Suizide**	61	136	34	72	24	18	9	4
Infektiöse Krankheiten/Aids	36	139	25	194	18	94	22	174
Tumorerkrankungen (Krebs)	1532	3903	923	2745	786	1882	601	1325
Kreislaufsystem/Herzkrank.	2189	11246	698	6036	1369	9944	444	5587
Atmungsorgane	470	2672	188	1393	207	1658	126	909
Alkohol. Leberzirrhose	44	54	23	17	7	7	9	1
Demenz*	-	-	125	1829	-	-	145	2419

*ab 1995 als Todesursache klassifiziert, ** ohne assistierte Suizide

Quelle: Bundesamt für Statistik, Statistik der Todesursachen

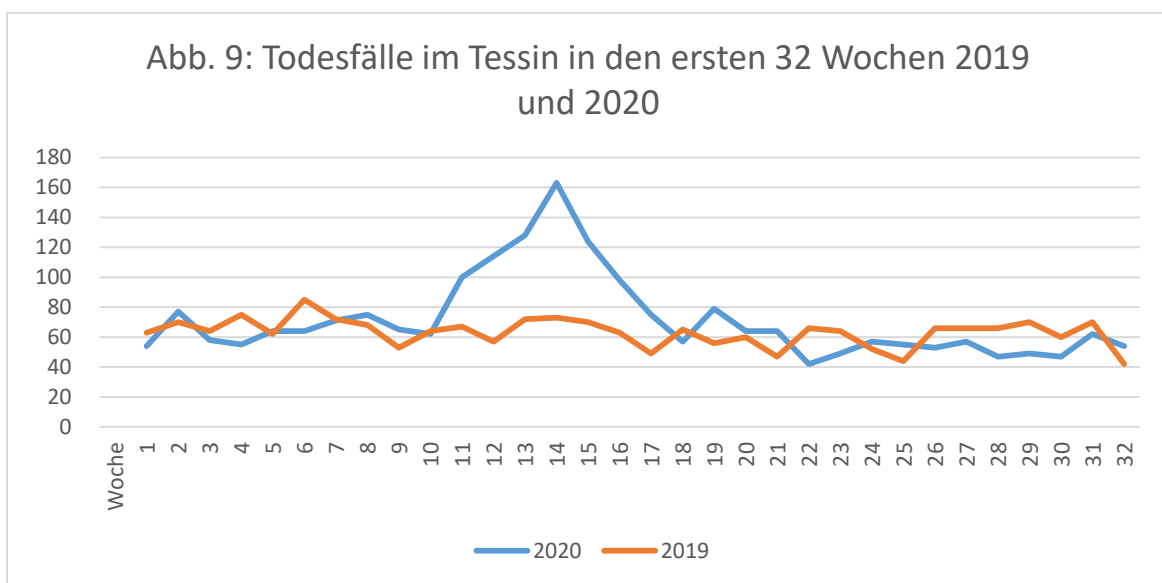
Die weitere Entwicklung der Lebenserwartung ist umstritten. Einerseits können medizinische Fortschritte (speziell bei kardiovaskulären Erkrankungen und Tumorbehandlungen) sowie soziale Entwicklungen - wie besseres Bildungsniveau neuer Generationen alter Menschen - zu einer weiteren Erhöhung der Lebenserwartung beitragen. Da die Haupttodesursachen im Alter bei Frauen wie Männer primär langsam verlaufende degenerative Erkrankungen sind, ist ein weiterer Anstieg der Lebenserwartung im Alter von der Entwicklung in der Behandlung degenerativer Krankheitsrisiken abhängig. Andererseits zeigen sich bei einigen Bevölkerungsgruppen negative gesundheitliche Trends, wie vermehrtes Übergewicht. Der Anteil von Personen mit starkem Übergewicht (Body-Maß-Index von 30 und mehr) ist auch in der Schweiz angestiegen. Eine verbreitete Antibiotika-Resistenz oder das Auftreten schwerer Grippeepidemien können die Lebenserwartung speziell älterer Menschen ebenfalls negativ beeinflussen. Die Covid-19-Pandemie – welche primär ältere Menschen bedroht – zeigt, dass die Risiken von Infektionskrankheiten – lange Zeit als überwunden erachtet – weiterhin virulent sind.

Allgemein wird für hochentwickelte Regionen – mit ausgebauter sozio-medizinischer Versorgung – eine weiter ansteigende Lebenserwartung erwartet. So kommt eine internationale Studie, welche die zukünftige Lebenserwartung gemäß 21 unterschiedlichen Szenarien analysierte, zum Schluss, dass in wohlhabenden Ländern eine hohe Wahrscheinlichkeit eines weiteren Anstiegs der Lebenserwartung besteht. Weniger klar sind die Szenarien für wirtschaftlich schwächere oder krisengeplagte Länder (Kontis et al. 2017). Auch das Bundesamt für Statistik (2020) rechnet in seinen Bevölkerungsszenarien für die Schweiz mit einer weiteren Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung. Je nach Szenarium wird davon ausgegangen, dass sich die durchschnittliche Lebenserwartung von Männern bis 2050 auf 85.5 bis 88.8 Jahre erhöhen könnte. Bei Frauen wird bis 2050 eine Erhöhung zwischen 88.4

bis 91.0 Jahre erwartet. Allerdings wurden diese Szenarien noch vor der Covid-19-Epidemie errechnet (und je nach Verlauf der Epidemie ist zumindest ein zeitweiser Rückgang der Restlebenserwartung älterer Menschen nicht auszuschließen).

4.4.1 Exkurs: Covid-19-Pandemie in der Schweiz – bisherige Auswirkungen auf Todesfälle

Im ersten Quartal 2020 sind die Todesfälle aufgrund der Covid-19-Pandemie im Vergleich zum Vorjahr zeitweise merkbar angestiegen. Davon betroffen waren namentlich das Tessin und die Genferseeregion. Abbildung 9 illustriert die Todesfälle im Tessin in den ersten 32 Wochen des Jahres 2020, verglichen mit dem Vorjahr. Deutlich wird eine zeitweise Zunahme der Todesfälle, aber dank entsprechenden ‚Lockdown-Maßnahmen‘ hat sich die Übersterblichkeit nach der 14. Woche wieder reduziert.



Aufgegliedert nach Alter zeigt sich in der Schweiz im ersten Halbjahr 2020 allerdings nur eine klare Erhöhung der Todesfälle bei 80-jährigen und älteren Personen. Die nachfolgenden Angaben (Tabelle 21) verdeutlichen, dass ältere Menschen bei einer Covid-19-Erkrankung häufiger hospitalisiert werden müssen und häufiger an oder mit der Vireninfektion versterben. So sind von den erfassten Fällen (bis 21. Sept. 2020) 9% 80-Jährig und älter, aber diese Gruppe macht 69% der erfassten Todesfälle aus.

Tabelle 21:

Zur Altersverteilung von Covid-19-Fällen, Hospitalisierungen und Todesfälle: Schweiz und Fürstentum Lichtenstein bis 21. Sept 2020

Alter:	Erfasste Fälle	Hospitalisierte Personen	Erfasste Todesfälle
0-9 J.	471	35	1
10-19 J.	2947	51	0
20-29 J.	9517	175	0
30-39 J.	7996	187	5
40-49 J.	7673	347	6
50-59 J.	8725	681	45
60-69 J.	5051	864	139
70-79 J.	3447	1095	355
80+ J.	4508	1333	1219
%-Werte			
70-79 jährig	6.8%	23.0%	20.1%
80+ jährig	8.9%	28.0%	68.9%

Quelle: Bundesamt für Gesundheit (2020) Coronavirus Krankheit 2019 (Covid-19). Situationsbericht zur epidemiologischen Lage in der Schweiz und im Fürstentum Lichtenstein, Bern (Stand 21. Sept. 2020)

Von den erfassten Todesfällen mit vollständigen Daten litten 97% an mindestens einer Vorerkrankung. Die drei häufigsten Vorerkrankungen bei verstorbenen Personen waren Bluthochdruck (63%), Herz-Kreislaufkrankungen (57%) und Diabetes (26%).

Obwohl Todesfälle durch Covid-19 somit primär ältere und alte Menschen betreffen, sind die dadurch verursachten verlorenen Lebensjahre nicht unbedeutend. Eine erste Schätzung ging von durchschnittlich 11 verlorenen Lebensjahren für Frauen und 13 Jahren für Männer aus (Hanlon et al. 2020). Oder in anderen Worten: Covid-19-Todesfälle verkürzen nach dieser Schätzung das Leben um mehr als ein Jahrzehnt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass bei diesen Schätzungen auch Länder – wie Italien – einbezogen wurden, in denen zeitweise viele jüngere Pflege- und Gesundheitsfachpersonen an Covid-19 verstarben. Basierend auf Daten zur altersbezogenen Restlebenserwartung in der Schweiz vor der Covid-Pandemie ergeben sich für die Schweiz durchschnittlich 8.5 bis 9 verlorene Lebensjahre. Allerdings berücksichtigt eine solche Berechnung zu wenig, dass an oder mit Covid-19-Verstorbene häufiger an anderen Erkrankungen litten. Je nach Annahmen zur Häufigkeit und Verteilung multimorbider Vorerkrankungen reduzieren sich die durchschnittlichen verlorenen Lebensjahre auf 4 bis 6 Jahre, speziell in Ländern, wo Gesundheitssysteme gut funktionieren.

4.5 Soziale Unterschiede der Lebenserwartung

Da sowohl sozio-ökonomische Lebensverhältnisse als auch individuelle Verhaltensweisen Mortalitätsrisiken und Lebenserwartung mitbestimmen, ergeben sich in Gesellschaften mit ausgeprägten sozialen Ungleichheiten und individuellen Verhaltensunterschieden auch bedeutsame Unterschiede der Lebenserwartung. Im Folgenden werden zentrale Dimensionen solcher Ungleichheiten diskutiert und am Beispiel der Schweiz illustriert. Dabei geht es als erstes um geschlechtsspezifische Differenzen der Überlebensordnung (und ihre Ursachen). Danach wird analysiert, inwiefern sich Lebensform und Zivilstand auf die Lebenserwartung auswirken, um anschließend bildungs- und schichtbezogene Unterschiede von Mortalitätsrisiken und Lebenserwartung zu diskutieren und aufzuzeigen (soweit Daten für die Schweiz vorliegen).

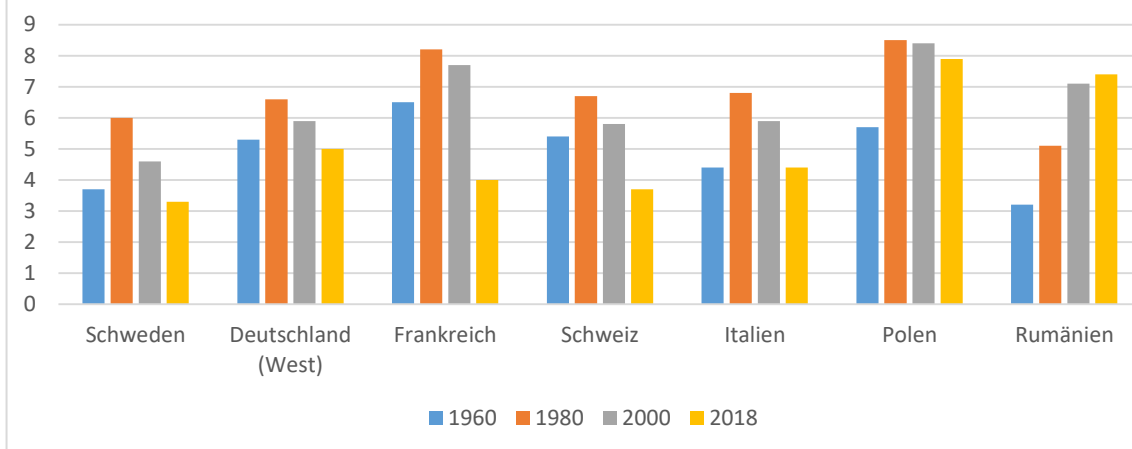
4.5.1 Geschlechtsspezifische Unterschiede der Lebenserwartung

Ein auffallendes Phänomen moderner Gesellschaften ist die höhere durchschnittliche Lebenserwartung von Frauen im Vergleich zu Männern, wobei die geschlechtsbezogenen Unterschiede je nach Zeitperiode und Land variieren (vgl. auch Abbildung 10).

Eine deutlich längere Lebenserwartung der Frauen ist sozialhistorisch ein Phänomen, das sich vielfach erst im Verlauf des 20. Jahrhunderts entwickelte. Jahrhundertlang war speziell die Geburt von Kindern für Mütter ein hohes Sterberisiko. So erreichten in den Landregionen Zürichs 1635 mehr Frauen als Männer das 20. Lebensjahr, aber danach erhöhte sich die Sterblichkeit der Frauen aufgrund hoher Müttersterblichkeit stärker als diejenige der Männer (vgl. Tabelle 15).

In einigen Regionen Europas (Schweiz, Schweden) begann der Trend zu weiblicher Langlebigkeit schon gegen Ende des 18. Jahrhunderts, speziell in Regionen, in denen Frauen während der Schwangerschaft und nach der Geburt von harter körperlicher Arbeit entlastet wurden und sich die familialen Hygieneverhältnisse verbesserten (Bickel 1949; Sundin 1994) (vgl. auch Tabellen 14 & 15). Zu einer deutlichen Ausweitung der geschlechtsspezifischen Unterschiede der Lebenserwartung kam es in der Schweiz – analog wie in anderen europäischen Ländern – jedoch vor allem im 20. Jahrhundert: Lag 1876/80 die durchschnittliche Lebenserwartung (ab Geburt) bei Frauen noch 2.7 Jahre höher als bei Männern, hatte sich die Differenz bis 1941/50 auf 4.2 Jahre ausgedehnt. In den nachfolgenden Jahrzehnten erhöhte sich die Differenz (1960: 5.4 Jahre, 1980: 6.7 Jahre). Im Allgemeinen vergrößern sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede der Lebenserwartung mit steigender industrieller Entwicklung und verstärkter Urbanisierung und die relative Langlebigkeit der Frauen ist ein wichtiges gesellschaftliches Phänomen jeder modernen Gesellschaft; mit der Folge, dass sich der Frauenanteil im höheren Lebensalter erhöht und im hohen Alter Frauen die demografische Mehrheit bilden.

Abb. 10: Zahl an Jahren, die Frauen durchschnittlich länger leben als Männer 1960-2018



In einigen europäischen Ländern – etwa Schweden, Deutschland, Frankreich, Schweiz – haben sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede der Lebenserwartung in den letzten Jahrzehnten wieder verringert (in der Schweiz zwischen 1980 und 2018 von 6.7 auf 3.7 Jahre). In anderen europäischen Ländern – wie Polen und Rumänien – verbleiben die Unterschiede auf einem hohen Niveau oder haben sich sogar ausgeweitet (vgl. Abbildung 10).

Die Feststellung, dass Unterschiede in der Lebenserwartung (bei Geburt und im höheren Alter) zwischen Frauen und Männern sowohl im Ländervergleich als auch im Zeitvergleich variieren, lässt den Schluss zu, dass vor allem soziale, wirtschaftliche, kulturelle und sozialpolitische Einflussfaktoren feststellbare Unterschiede in der Überlebensordnung von Frauen und Männer bestimmen. Genetisch-biologische Unterschiede sind zwar vorhanden, etwa wenn Frauen aufgrund immunbiologischer Vorteile gegenüber kardiovaskulären Erkrankungen leicht besser geschützt sind als Männer (Hazzard 1986; Rogers, Everett et al. 2010; Waldron 1986). Der Effekt solcher biologischer Faktoren ist allerdings begrenzt und eine Analyse der geschlechtsspezifischen Sterblichkeitsunterschiede in bayrischen Frauen- und Männerklöstern weist darauf hin, dass die nach 1945 stattgefundenen Ausweitung der männlichen Übersterblichkeit primär auf verhaltens- und umweltbedingte Ursachen zurückgeführt werden kann. Bezieht man die gefundene Differenz bei erwachsenen Ordenspersonen auf die gesamte menschliche Lebensspanne, „würde dies bei den gegenwärtigen Sterblichkeitsverhältnissen im Kindes- und Jugendalter einen Unterschied von etwa eineinhalb Jahren in der Lebenserwartung bei Geburt zugunsten der Frauen bedeuten, der letztlich auf biologische Faktoren zurückzuführen sein könnte.“ (Luy 2011: 6, vgl. auch Luy 2003) Dies entspricht dem, was in früheren Analysen geschätzt wurde (Stuckelberger, Höpflinger 1996).

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede von Lebenserwartung und Überlebensordnung sind mit Lebens- und Verhaltensunterschieden von Frauen und Männern verknüpft. Geschlechtsspezifische Unterschiede des Risikoverhaltens – wie auch Unterschiede in Berufs- und Freizeitarten - führen dazu, dass Frauen seltener in tödliche berufliche oder freizeitbezogene Unfälle verwickelt sind als Männer. So weisen Männer in der Schweiz ein mehr als dreifach so hohes Risiko als Frauen auf, bis zum 70. Altersjahr an einem Unfall zu versterben (vgl. Tabelle 19). Dies hat einerseits damit zu tun, dass mehr Männer als Frauen in relativ

gefährlichen Berufen arbeiten. Andererseits sind auch tödlich verlaufende Freizeitunfälle bei Männern häufiger als bei Frauen. Während Frauen bei psychischen Problemen eher mit depressiven Symptomen reagieren, führt dies bei Männern häufiger zu selbstaggressivem Verhalten (Suizid oder Suchtverhalten). So sind die Suizidraten bei Männern allen Alters höher als bei Frauen. In späteren Lebensjahren tragen vor allem geschlechtsspezifische Differenzen bei Herz-Kreislaufkrankungen zu Unterschieden in der Lebenserwartung bei (zum Teil bedingt durch eine höhere Verbreitung von Übergewicht bei Männern als bei Frauen).

Die sozialen und soziokulturellen Lebens- und Verhaltensunterschiede, welche dazu beitragen, dass Männer häufiger frühzeitig versterben, sind im Einzelnen vielfältig, aber in jedem Fall sind sie mit den zu einer spezifischen Zeitperiode vorhandenen Geschlechterrollenbildern und geschlechtsspezifischen Rollenverteilungen verknüpft. Selbst eine Angleichung des Geschlechtsrollenverhaltens führt erst mit Zeitverzögerung zur Verringerung geschlechtsspezifischer Unterschiede der Lebenserwartung. Aufgrund kumulativer Effekte können vergleichsweise geringe geschlechtsspezifische Verhaltensunterschiede über den Lebenslauf betrachtet zu bedeutsamen Unterschieden der Überlebensordnung beitragen.

Namentlich die weiterhin gültige traditionelle Ausrichtung von Frauen auf emotionale und pflegerische Pflichten – als Mutter oder Ehefrau – trägt bis heute dazu bei, dass Frauen eher sozialisiert sind, ihre Emotionen und körperlichen Symptome zu artikulieren und Beschwerden und Krankheiten frühzeitig anzugehen bzw. eine gute Gesundheitsvorsorge und -pflege zu betreiben. Dies kann bei gebärfähigen Frauen dadurch gestärkt werden, dass Frauen aufgrund ihres Monatszyklus für körperliche Unregelmäßigkeiten sensibilisiert sind. Durch die Übernahme familialer Pflichten und Pflege (Pflege kranker Kinder und alter Eltern) gewinnen viele Frauen eine ausgeprägte gesundheitliche Expertise, womit sie besser in der Lage auf eigene Krankheiten zu reagieren bzw. Krankheiten vorzubeugen.

Das höhere Risiko von Männern, vorzeitig zu sterben, setzt sich im Rentenalter fort, mit der Folge, dass Frauen im Alter die demografische Mehrheit stellen. Die höhere Lebenserwartung der Frauen hat europaweit zu einer ausgeprägten Feminisierung des Alters geführt und mit steigendem Alter steigt der Frauenanteil. Frauen sind von den Herausforderungen eines hohen Lebensalters daher stärker betroffen als Männer (Backes 2007, Ryter, Barben 2012). Die Folgen der weiblichen Langlebigkeit werden teilweise durch soziale Normen verschärft. So ist die Kombination von weiblicher Langlebigkeit und traditionellen Normen der Partnerwahl (Männer heiraten zumeist eine Frau, die jünger ist) verantwortlich, dass Verwitmung im Alter vorwiegend ein Frauenschicksal darstellt. Daher leben im Alter mehr Frauen allein als Männer; ein Unterschied, der zusätzlich verstärkt wird, dass Männer nach einer Verwitmung häufiger eine neue Partnerbeziehung eingehen. Weibliche Langlebigkeit, in Kombination mit früher erlebten sozialen oder beruflichen Benachteiligungen, führt in der Schweiz zudem zu geringeren Altersrenten und einem überdurchschnittlichen Armutsrisiko älterer Frauen (vgl. Bundesamt für Sozialversicherungen 2016).

Allerdings ist bei der Analyse geschlechtsspezifischer Unterschiede im Alter immer eine sorgfältige Prüfung von Alterseffekten (mehr Frauen erreichen ein hohes Lebensalter) und sozialer Effekte (unterschiedliche Lebensbiographien und geschlechtsspezifisch geprägte Lebensstile) notwendig. So ist die Mehrheit der älteren demenzerkrankten Menschen deshalb weiblich, weil mehr Frauen als Männer ein Alter erreichen, wo demenzielle Störungen häufiger werden und sie zudem mit Demenz oft länger überleben und nicht, weil das altersspezifische Risiko einer demenziellen Erkrankung bei Frauen höher liegt als bei Männern. Dazu kommt,

dass auch bei Frauen markante soziale Ungleichheiten der Lebensform und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu beobachten sind.

4.5.2 Lebenserwartung nach Lebensform und Familienstand

Immer wieder lassen sich Unterschiede der Morbiditäts- und Mortalitätsraten nach Lebensform und Familienstand beobachten. Trotz bedeutsamen Veränderungen der Ehe- und Familienverhältnisse weisen verheiratete Personen geringere altersspezifische Sterblichkeitsraten auf als ledige, geschiedene und verwitwete Personen (Tabelle 22).

Tabelle 22
Sterbewahrscheinlichkeit nach Zivilstand und Geschlecht in der Schweiz 2008/2013

		Sterbefälle pro 1000 zwischen bestimmten Lebensjahren nach Zivilstand			
Zivilstand:		ledig	verheiratet	geschieden	verwitwet
Männer					
	30. bis 45. Lebensjahr	20.4	8.3	18.4	-
	45. bis 65. Lebensjahr	164.1	70.7	134.4	134.0
	65. bis 80. Lebensjahr	460.3	271.2	398.3	388.4
Frauen					
	30. bis 45. Lebensjahr	11.6	5.0	11.0	-
	45. bis 65. Lebensjahr	88.8	44.0	72.0	70.0
	65. bis 80. Lebensjahr	245.3	153.2	241.3	213.1

Quelle: Bundesamt für Statistik (2017) Sterbetafeln für die Schweiz 2008/2013, Neuchâtel

Ein protektiver Effekt einer Partnerbeziehung scheint bei Männern leicht ausgeprägter zu sein als bei Frauen (Kolip 2005). Die Interpretation festgestellter Unterschiede der Lebenserwartung und des gesundheitlichen Befindens nach Familienstand oder Lebensform ist jedoch alles andere als eindeutig, da es sich um wechselseitige Beziehungen handeln kann. Denkbar sind sowohl Einflüsse gesundheitlicher Variablen auf die Wahl einer Lebensform als auch Effekte der Lebensform auf gesundheitliches Verhalten (Höpflinger 2016a). Wenn Männer und Frauen in einer festen Partnerschaft eine bessere Gesundheit und ein geringeres Sterberisiko aufweisen als gleichaltrige Männer und Frauen ohne Partnerbeziehung können unterschiedliche Wirkungsketten wirksam sein (Rapp 2011):

Erstens können gesundheitliche Einflussfaktoren direkt oder indirekt Familienstand und Lebensform von Frauen und Männer bestimmen oder beeinflussen. Körperliche, psychische oder geistige Einschränkungen können Heiratschancen oder Kinderzahl reduzieren und nach einer Scheidung haben Frauen und Männer mit höheren psychischen und gesundheitlichen Ressourcen bessere Chancen eine neue Partnerbeziehung einzugehen. Gleichzeitig können ungesunde Verhaltensweisen das Risiko einer Partnerauflösung erhöhen. So kann eine Alkoholabhängigkeit zur Verkürzung sowohl des Lebens als auch der Ehedauer (Scheidung) beitragen. So illustriert eine deutsche Panelstudie, dass bei gegebener Ehedauer und unter Kontrolle weiterer Faktoren ein schlechter Gesundheitszustand eines Partners als auch beider Partner das Trennungsrisiko signifikant erhöht (Rapp 2012).

Zweitens kann sich eine kausale Beziehung der Lebensgestaltung auf die gesundheitlichen Variablen ergeben. Das Vorhandensein einer festen Partnerbeziehung kann eine gesundheitlich

protektive Wirkung aufweisen, etwa als Folge eines erhöhten psychischen Befindens, einer verbesserten wirtschaftlichen Absicherung oder einer besseren sozialen Unterstützung und gesundheitlichen Versorgung im Krankheitsfall (Protektionsthese). Das geringere Mortalitäts- und Morbiditätsrisiko von Verheirateten wird in entsprechenden Diskussionen häufig mit einem geregelteren Leben von Verheirateten, aber auch mit sozialer, emotionaler und pflegerischer Unterstützung durch den Partner oder die Partnerin in Verbindung gebracht (Waite, Gallagher 2000). Eine enge Partnerbeziehung kann auch dadurch protektiv wirken, als sich aufgrund partnerschaftlicher Pflege die Wiedergesundungschancen nach einer Erkrankung verbessern.

Mortalitäts- und Morbiditätsraten von Personen in unterschiedlichen Lebensformen werden sachgemäß durch intervenierende Einflussfaktoren – wie soziale Schichtzugehörigkeit, Bildungsniveau, Einkommen, ethnische Gruppenzugehörigkeit, religiöse Werthaltungen oder Status- und Altersdifferenzen zwischen den Partnern – beeinflusst. So zeigt sich in der Schweiz, dass bei Männern sowohl der eigene Bildungsstatus als auch der Bildungsstatus der (Ehe)Partnerin die Mortalitätsraten beeinflussen (Spoerri et al. 2014). Im Allgemeinen reduzieren sich Mortalitäts- und Gesundheitsdifferenzen nach Familienstand, wenn soziale Hintergrundvariablen kontrolliert werden. So wurde in einer Analyse schweizerischer Daten deutlich, dass ursprünglich ausgeprägte Unterschiede der altersstandardisierten Sterberaten nach Familienstand gering ausfallen, wenn sozioökonomische Variablen statistisch kontrolliert werden (Schumacher, Vilpert 2011).

Neben dem Partnerschaftsstatus können andere familiäre Dimensionen, wie Zahl und Alter von Kindern und ihre Betreuungs- und Erziehungssituation (allein, zu zweit) mit dem gesundheitlichen Befinden assoziiert sein. So erhöhen gesundheitliche Erkrankungen das Risiko von Kinderlosigkeit wie auch eine erlebte Belastung bezüglich Kinderbetreuung. Umgekehrt kann die Betreuung einer großen Kinderzahl als körperlich und psychisch erschöpfend erfahren werden. Die Lebensphase von Familiengründung und Kindererziehung ist für spezifische Frauengruppen mit erhöhten Gesundheitsrisiken verbunden. Als besonders belastend wird häufig eine alleinige Verantwortung für (Klein-)Kinder erlebt, vor allem bei gleichzeitig schwieriger wirtschaftlicher Lage.

Ganz allgemein gilt, dass soziale Unterstützung durch einen Partner, eine Partnerin, aber auch durch andere Familienmitglieder, Freunde und Nachbarn sowohl zu reduzierten Erkrankungsrisiken als auch zu erhöhten Wiedergesundungschancen nach einer Erkrankung beiträgt (Sirven, Debrand 2012). Entsprechend ergeben sich in europäischen Ländern durchgehend positive Beziehungen zwischen der selbst eingestuften Gesundheit und der wahrgenommenen Qualität der sozialen Netzwerke (Deindl et al. 2013). Da soziale Netzwerke von Frauen und Männer variieren, können sich diesbezüglich geschlechtsbezogene Differenzen ergeben, wie in einer Analyse schweizerischer Daten deutlich wurde: „Männer erhalten unabhängig von Alter, Schulbildung etc. weniger Unterstützung als Frauen. Wer als Mann alleine wohnt, dessen Risiko, wenig Unterstützung zu erhalten, ist besonders hoch, was bei alleine wohnenden Frauen nicht der Fall ist.“ (Bachmann 2014: 3).

4.5.3 Bildungs- und Einkommensunterschiede der Lebenserwartung

Eines der bestbelegten Ergebnisse soziologischer Forschung ist die Feststellung, dass soziale Ungleichheiten von Bildung, Einkommen und sozialem Status zu Ungleichheiten der Lebenserwartung beitragen. Soziale Ungleichheiten der Lebenserwartung sind in allen modernen europäischen Ländern nachweisbar (Mosquera et al. 2018). Je höher die soziale Schichtzugehörigkeit einer Person, desto länger ist im Allgemeinen die zu erwartende Lebenszeit. Armut, geringe Bildung und tiefer Status sind mit einem erheblich erhöhten Risiko eines vorzeitigen Todes verbunden. Damit verbunden sind soziale Ungleichheiten der gesunden Lebensjahre, des erfolgreichen Alterns und allgemein der Lebensqualität. Deshalb sind soziale Unterschiede der Mortalitätsraten bzw. der Lebenserwartung harte Indikatoren für die negativen Auswirkungen sozialer Chancenungleichheiten. „Die gesundheitliche Ungleichheit betrifft nicht nur eine benachteiligte soziale Unterschicht, die sich durch ihr besonders sichtbares „Maß der Verelendung“ von der übrigen Bevölkerung unterscheidet. Die soziale Ungleichheit von Gesundheit und Krankheit durchzieht vielmehr die gesamte Sozialstruktur einer Gesellschaft. Der Zusammenhang ist in der Regel linear, weshalb man auch von einem sozialen Gradienten spricht: Mit jeder Stufe, die in der sozialen Hierarchie hinabgegangen wird, steigt das Risiko frühzeitiger Sterblichkeit und der Häufigkeit von Krankheit und Behinderung stufenweise an.“ (Richter, Hurrelmann 2007: 5).

Die Einflussfaktoren, die zu sozialen Ungleichheiten von Morbidität und Mortalität führen, sind vielfältig. Dabei sind soziale Selektionseffekte in der Richtung nicht auszuschließen, dass lebensverkürzende Behinderungen zu Armut und sozialem Abstieg beitragen bzw. dass eine gute Gesundheit beruflichen Erfolg und Einkommen positiv beeinflusst. Der Haupteffekt geht allerdings in die Richtung, dass soziale Ungleichheiten kausal zu Ungleichheiten der Lebenserwartung beitragen (Richter, Hurrelmann 2006).

Schematisch betrachtet können soziale Unterschiede der Lebenserwartung auf folgende vier Ursachengruppen zurückgehen (Klein, Schneider et al. 2001):

1. Ungleiche gesundheitliche Versorgung bei gegebenen gesundheitlichen Problemen (institutionelle Chancenungleichheiten), was bei einer Erkrankung zu sozial ungleichen Chancen einer Wiedergesundung beitragen kann. Direkte und indirekte institutionelle Chancenungleichheiten des Zugangs zum Gesundheitssystem können dazu führen, dass ärmere Personen bei gegebener Erkrankung ein höheres Risiko eines vorzeitigen Todes aufweisen als reichere Personen.
2. Ungleiche Benützung gesundheitlicher Versorgung bei gegebenen gesundheitlichen Problemen (Ungleichheit der Nachfrage). Selbst eine institutionelle Chancengleichheit garantiert keine Gleichheit der gesundheitlichen Versorgung. Aufgrund sozial geprägter Gesundheitskonzepte weisen einige soziale Gruppen eine gute Gesundheitsvorsorge auf, wogegen andere soziale Gruppen – etwa aufgrund hoher sozialer Distanz zu Gesundheitsfachleuten oder aufgrund einer fehlenden Einbettung in gesundheitlich orientierte soziale Netzwerke – erst spät einen Arzt aufsuchen.
3. Ungleiche Belastung durch gesundheitsgefährdende Risiken. Soziale Unterschichten sind sowohl an ihrem Arbeitsplatz als auch an ihrem Wohnort häufiger gesundheitsbelastenden Faktoren und psychischen Stressoren (wie Lärm, Staub oder engen Wohnverhältnissen)

ausgesetzt als Oberschichten. Auch soziale Unterschiede im Ernährungs-, Bewegungs- und Suchtverhalten können zu Unterschieden von Morbidität und Mortalität beitragen.

4. Ungleiche Resistenz gegenüber analogen gesundheitlichen Belastungen. Psychosoziale Differenzen – etwa bezüglich sozialer Unterstützung – können bei gleicher gesundheitlicher Belastung Erkrankungsrisiko und Gesundungschancen beeinflussen. Nicht nur die sozialen und psychischen Lebensbelastungen, sondern auch die wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen zu deren Bewältigung sind sozial ungleich verteilt.

Soziale Ungleichheiten der Lebenserwartung zwischen und innerhalb von Ländern sind mit sozioökonomischen Ungleichheiten verhängt. Die allgemeine Lebenserwartung ist in Ländern mit geringen Einkommensungleichheiten und geringen Raten von Einkommensarmut höher als in wirtschaftlich gleich entwickelten Ländern mit ausgeprägten sozioökonomischen Ungleichheiten. Ebenso weisen Länder mit starker Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen ausgeprägte soziale Ungleichheiten in der Überlebensordnung verschiedener Bevölkerungsgruppen auf (Wilkinson, Prickett 2006). Soziologisch betrachtet können sowohl Prozesse wirtschafts- und sozialpolitischer Deregulierung, welche zu mehr wettbewerbsbedingten sozialen Ungleichheiten und zur Verarmung unterer Sozialgruppen beitragen als auch Prozesse einer verstärkten Individualisierung von Lebensstilen zu einer ausgeprägten Heterogenität gesundheitsrelevanten Verhaltens (Ernährung, Bewegung) beitragen. Gerade in individualisierten Konsum- und Wohlstandsgesellschaften können sich ausgeprägte lebensstilbezogene Differenzen ergeben, die mit zu sozialen Ungleichheiten der Lebenserwartung beitragen. Während einige soziale Gruppen aktiv einen gesunden Lebensstil (angepasste Ernährung, viel Bewegung, Wellness-orientierte Körperpflege und gezielte Gesundheitsversorgung) ausüben, pflegen andere soziale Gruppen einen konsumgeleiteten Lebensstil, der etwa via Übergewicht das Risiko frühzeitiger Mortalität erhöht.

Obwohl verschiedene soziale Faktoren soziale Ungleichheiten schaffen können – von Arbeitsbedingungen bis zu Wohnbedingungen – sind in Zusammenhang mit Fragen einer ungleichen Lebenserwartung berufliche Stellung, Einkommen und Bildung die am häufigsten einbezogenen Merkmale der Schichtzugehörigkeit. Die berufliche Stellung ist insofern relevant, als je nach Beruf und beruflicher Arbeit unterschiedliche gesundheitliche Belastungen, Gefährdungen und Risiken auftreten. Eine Verknüpfung von Angaben zur beruflichen Stellung und zur abgeschlossenen Ausbildung aus der Volkszählung 2000 und Daten zum Zivilstand 2000-2005 erlaubte es, das Sterberisiko im Erwerbsalter (25. bis 64. Lebensalter für wichtige Berufskategorien zu ermitteln (Wanner, Lerch 2012). Erwartungsgemäß variieren die Mortalitätsraten bis zum Rentenalter je nach sozio-professioneller Berufskategorie: Hilfsarbeiter und Arbeiter weisen höhere Risiken auf als Manager, Ingenieure oder Vertreter freier Berufe (vgl. Tabelle 23). Dahinter verbergen sich sowohl Unterschiede der beruflichen Berufsrisiken als auch Unterschiede von Einkommen und Lebenslage. Auffallend ist, dass die sozialen Ungleichheiten vor dem Tod Männer stärker betreffen als Frauen (was auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten ist). Positiv ist, dass zwischen 1990 und 2005 alle Berufskategorien von einer geringeren Mortalität zu profitieren vermochten.

Tabelle 23:

Anzahl Todesfälle zwischen 25. und 64. Lebensjahr pro 1000 Personen nach sozio-professioneller Kategorie (Schweiz 1990-2005)

	Männer		Frauen	
	1990-95	2000-05	1990-95	2000-05
Hilfsarbeitskräfte	236	138	93	63
Arbeiter/Arbeiterinnen	210	137	83	61
Angestellte	200	126	86	57
Handwerker	175	115	83	54
Selbständige	195	115	86	61
Landwirte	156	109	76	54
Intermediäre Berufe	156	93	78	52
Oberstes Management	129	84	67	70
Freie Berufe	129	74	75	55
Ingenieure/technisches Kader	133	71	75	48

Quelle: Wanner, Lerch 2012: Tab. 4.22 & Tab. 4.23

Da soziale Lebensumstände zumeist erst über einen längeren Zeitraum auf Gesundheit und Sterblichkeit einwirken, wird häufig der vergleichsweise stabile Indikator ‚Bildung‘ als Statusindikator bevorzugt. Zudem sind Bildungsindikatoren –im Gegensatz zur beruflichen Stellung - auch für Gruppen erfassbar, die nicht erwerbstätig sind. „Während Einkommen und berufliche Stellung durch eine Verschlechterung des Gesundheitszustands beeinträchtigt werden – so dass kaum auszumachen ist, ob schlechte Gesundheit auf einen niedrigen Sozialstatus zurückzuführen ist oder umgekehrt ein niedriger Sozialstatus auf schlechte Gesundheit –, ist die Bedeutung von Selektionseffekten beim Bildungsniveau eher gering einzustufen.“ (Klein, Schneider et al. 2001: 385) Tabelle 24 illustriert die Unterschiede der durchschnittlichen Lebenserwartung ab dem 25. bzw. ab dem 65. Geburtstag nach Bildungsniveau. Auch hier zeigen sich klare Ungleichheiten der Lebenschancen, speziell bei Männern

Tabelle 24

Durchschnittliche Lebenserwartung mit 25 und 65 Jahren nach Bildungsniveau 2000

	Männer		Frauen	
	25 J.	65 J.	25 J.	65 J.
Höchste abgeschlossene Ausbildung				
Ohne	50.8 J.	16.0 J.	57.2 J.	20.4 J.
Sekundarstufe I	51.2 J.	16.1 J.	57.6 J.	20.3 J.
Sekundarstufe II	53.2 J.	17.3 J.	58.9 J.	21.2 J.
Tertiärstufe	55.7 J.	18.7 J.	60.2 J.	22.4 J.

Quelle: Wanner, Lerch 2012.

Eine andere Analyse – basierend auf einer Längsschnittstudie 1990-1997 zur Lebenserwartung in der deutschsprachigen Schweiz nach Bildungsniveau – lässt ebenfalls Bildungsunterschiede der Lebenserwartung erkennen. Insgesamt lag die errechnete Restlebenserwartung von 30-

jährigen Männern mit universitärer Ausbildung um 7.1 Jahre höher als von gleichaltrigen Männern mit nur obligatorischer Schulbildung. Bei 30-jährigen Frauen betrug der Bildungsunterschied der durchschnittlichen Restlebenserwartung 3.6 Jahren. Im Rentenalter (65) lebten Männer der höchsten Bildungskategorie 3.5 Jahre länger als Männer der tiefsten Bildungskategorien. Bei Frauen lag der Unterschied bei 2.7 Jahre. Als Gründe für die ausgeprägte Übersterblichkeit bei bildungsfernen Männern werden häufiger Tabak- und Alkoholkonsum sowie Übergewicht (welches in der Folge zu Herz- Kreislaufkrankungen beiträgt) angeführt (Spoerri et al. 2006).

Bildungsunterschiede von Mortalität und Gesundheit lassen sich in allen europäischen Ländern beobachten (Stirbu et al. 2010). Die höhere Mortalität bildungsferner Gruppen wird gegenwärtig in europäischen Ländern am stärksten durch wenig ökonomische Ressourcen (Armut), regelmässigen Tabakkonsum und häufiges Übergewicht bestimmt (Mackenbach et al. 2019). Auch in der Schweiz ist massives Übergewicht - mit all den damit verbundenen kardiovaskulären Risiken - bei bildungstiefen Personen relativ am häufigsten verbreitet (Mestral et al. 2019).

Neben individuellen Merkmalen (Einkommen, Bildung) können Wohn- und Kontextmerkmale zu Ungleichheiten der Lebenserwartung beitragen. Wer in einer grünen und verkehrarmen Wohngegend lebt, ist mit weniger Umweltbelastungen konfrontiert als Personen an einer verkehrsreichen Gegend. Eine Verknüpfung individueller Angaben aus einer nationalen Kohortenstudie 2000-2008 mit schweizerischen Zensusdaten ließ erkennen, dass die soziale Zusammensetzung der Nachbarschaft die Lebenserwartung beeinflusst: Ein sozio-ökonomischer Nachbarschaftsindex (basierend auf mittleren Wohnkosten, Ausbildung und Berufsstellung von Haushaltsvorständen) zeigte, dass – auch nach Kontrolle individueller Merkmale (Ausbildung, Zivilstand, Nationalität, Beruf) - die weitere Lebenserwartung von 30-jährigen Frauen und Männern mit dem sozio-ökonomischen Status der Nachbarschaft zusammenhing. Männer, die in den 10% statushöchsten Nachbarschaften wohnten, hatten eine um 4.5 Jahre höhere Lebenserwartung als gleichaltrige Männer in den 10% statustiefsten Nachbarschaften. Bei den Frauen war der Unterschied mit 2.5 Jahren etwas geringer (Moser et al. 2014).

Ein höheres Risiko vorzeitig zu sterben, ist somit mit vielfältigen individuellen und gesellschaftlichen Einflussfaktoren verbunden. Besonders gefährlich sind länger andauernde ungünstige Lebens- und Wohnverhältnisse. Ungünstige Lebensverläufe zeigen sich etwa bei Männern mit geringer Bildung, die von manueller Arbeit zu vorzeitiger Pensionierung wechseln und die zu Beginn schlechte Wohnverhältnisse erfahren und später in ärmlichen Wohnsituationen enden (Wunsch et al. 1996: 180). Entsprechend weisen Menschen, deren sozioökonomischer Situation während ihres gesamten bisherigen Lebens prekär war, in der Folge deutlich höhere gesundheitliche Risiken auf als Personen, die nur in einer spezifischen Lebensphase eine prekäre Situation erfuhren (Power, Kuh 2006).

4.6 Zum Konzept der gesunden bzw. behinderungsfreien Lebenserwartung

Die Lebenserwartung als Gesundheitsindikator ist nur in Gesellschaften aussagekräftig, in denen Erkrankungen, wie etwa Infektionskrankheiten, rasch zum Tode führen. In Gesellschaften, in denen primär chronische und degenerative Erkrankungen - das heißt Krankheiten, die nicht oder erst langfristig tödlich sind - auftreten, ist ein Anstieg der Lebenserwartung auch bei schlechterem Gesundheitszustand der Bevölkerung denkbar, etwa wenn mehr kranke Menschen dank Medizin und Pflege länger überleben.

Deshalb wurde in den letzten Jahrzehnten verstärkt versucht, die Qualität der gewonnenen Lebensjahre zu erfassen. Dabei werden unterschiedliche Konzepte verwendet, wie etwa:

- a) Gesunde Lebenserwartung („healthy life expectancy“): Erfasst werden die Anzahl Lebensjahre, die in guter Gesundheit verbracht werden. Da Gesundheit ein breites Konzept mit verschiedenen Dimensionen darstellt, existieren unterschiedliche Definitionen einer Lebenserwartung in guter Gesundheit. In der Praxis wird die Lebenserwartung in guter Gesundheit oft als allgemeiner Begriff für Indikatoren verwendet, die Daten zur Sterblichkeit und zur Krankheitshäufigkeit (Morbidität) in eine einzige Kennzahl verbinden.
- b) Behinderungsfreie Lebenserwartung („disability-free life expectancy“): Dieser Indikator ist ein Maß für die Zahl der Lebensjahre, die ohne funktionale Alltagseinschränkungen verbracht werden. Diese Maßzahl kombiniert Daten zur altersspezifischen Sterblichkeit mit Angaben zur altersspezifischen Häufigkeit funktionaler Einschränkungen. Umgekehrt erfasst die Lebenserwartung mit Behinderung („disabled life expectancy“) die durchschnittliche Anzahl von Jahren, die mit gesundheitlich bedingten funktionalen Alltagseinschränkungen verbracht werden. Um eine defizitäre Perspektive zu vermeiden, wird teilweise auch das Konzept der aktiven Lebenserwartung (Lebenserwartung ohne funktionale Einschränkungen) verwendet.

Solche Indikatoren ermöglichen Aussagen darüber, inwiefern eine verlängerte Lebenserwartung tatsächlich mehr gesunde bzw. behinderungsfreie Lebensjahre einschließt oder ob nicht einfach der Tod unnötigerweise hinausgeschoben wird und die Jahre in Krankheit und Pflegebedürftigkeit ausgedehnt werden. Die Berechnungen der gesunden bzw. behinderungsfreien Lebenserwartung sind allerdings methodisch anspruchsvoll und hängen von zuverlässigen Angaben zum Gesundheitszustand der Bevölkerung ab. Zudem sind die Werte zur gesunden Lebenserwartung davon abhängig, wo der genaue Schnitt zwischen gesunder und ungesunder Lebenssituation gelegt wird. Entsprechend sind internationale und intertemporale Vergleiche nicht immer konsistent.

Durchgeführte Analysen deuten allerdings insgesamt darauf hin, dass Männer und Frauen in vielen europäischen Ländern im Allgemeinen nicht nur lange leben, sondern auch vergleichsweise lange gesund und ohne massive Beschwerden leben (Jagger et al. 2011). Zeitreihenanalysen deuten für viele – wenn auch nicht für alle – hochentwickelten Länder auf einen Anstieg der gesunden Lebenserwartung seit Ende der 1980er Jahre hin: „Sowohl in den USA, als auch in vielen europäischen Staaten kam es im Zuge der ansteigenden Lebenserwartung zu einer relativen Kompression chronischer Morbidität“ (Kroll, Lampert 2008: 50-51, vgl. auch Unger 2016).

In Tabelle 25 ist die durchschnittliche Lebenserwartung insgesamt und in guter Gesundheit für 65-jährige Männer und Frauen in der Schweiz aufgeführt. Deutlich wird, dass Männer und Frauen in den letzten Jahrzehnten nicht allein von einem längeren Rentenalter zu profitieren vermochten, sondern dass sie sich auch länger als früher in guter Gesundheit befinden. Im Verhältnis zur gesamten Restlebenserwartung nach 65 verlief die Zunahme der gesunden Lebensjahre in etwa parallel. Im Durchschnitt verleben Männer im Alter von 65 Jahren noch gut 70% ihrer Restlebenserwartung in guter Gesundheit. Bei Frauen liegen Gesamtlebenserwartung und gesunde Lebenserwartung etwas höher, aber das Verhältnis von gesamter und gesunder Lebensdauer im Alter ist etwas schlechter (um die 60-64% gesunde Lebenszeit).

Tabelle 25
Durchschnittliche Lebenserwartung insgesamt und in guter Gesundheit im Alter 65 in der Schweiz

	Männer im Alter 65			Frauen im Alter 65		
	LT	GT	GT in %	LT	GT	GT in %
1981/82*	14.5	10.2	70%	18.5	10.5	57%
1992/93	15.9	11.1	70%	20.3	11.9	59%
2002	17.5	12.6	72%	21.1	13.5	64%
2017	19.7	13.7	70%	22.5	14.5	64%

* Schätzwerte auf der Basis damals vorliegender Gesundheitsdaten.

LT: Durchschnittliche Lebenserwartung insgesamt (in Jahren)

GT: Durchschnittliche Lebenserwartung in guter Gesundheit („healthy life expectancy“) in Jahren

GT in %: Lebenserwartung in guter Gesundheit in % der gesamten Restlebenserwartung

Quelle: 1992-2017: Schweiz. Gesundheitsobservatorium (www.obsan.ch, Indikatoren, Stand 11. Juli 2020).
 1981/82: Höpflinger, Stuckelberger 1999: 39.

4.7 Familiäre und gesellschaftliche Folgen der Langlebigkeit

Die Erhöhung der Lebenserwartung hat bedeutsame Folgen für familial-verwandtschaftliche Verhältnisse ebenso wie für das gesellschaftliche Zusammenleben. In einem ersten Schritt werden zentrale familiäre Folgen von Langlebigkeit angesprochen. In einem zweiten Schritt werden gesamtgesellschaftliche Folgen erhöhter Lebenserwartung diskutiert.

4.7.1 Ausweitung der gemeinsamen Lebensspanne von Generationen

Die erhöhte Lebenserwartung der letzten Jahrzehnte hat zu einer Ausweitung der gemeinsamen Lebensspanne familialer Generationen beigetragen, namentlich bezüglich weiblicher Familienmitglieder. So erhöhte sich das durchschnittliche Alter einer Person beim Tod seiner (biologischen) Mutter in Schweden zwischen 1950 und 2000 von 45 Jahren auf 52 Jahren. Analoge Entwicklungen zu erhöhten intergenerationellen Lebensspannen wurden auch in anderen Ländern festgestellt, selbst wenn in manchen europäischen Ländern eine verzögerte Familiengründung den Anstieg der gemeinsamen Lebensspanne in den letzten drei Jahrzehnten gebremst hat (Haberkern et al. 2012: 199). Ökonomisch betrachtet führt die Ausweitung der intergenerationellen Lebensspanne zu einer Verlangsamung der intergenerationellen Vermögenstransfers und entsprechend der angestiegenen Lebenserwartung erfolgen Erbschaften später (Stutz et al. 2007). So entfielen 2017 beinahe 60% der Erbschaften auf Personen im Alter von über 60 Jahren und nur noch 5% der Erbschaften kamen unter 40-jährigen Personen zugute (Brühlhart 2019). Erbschaften dienen auf diese Weise immer weniger dem Aufbau einer eigenen Existenz oder zur Familiengründung, sondern immer mehr zur weiteren Absicherung der Altersversorgung.

Eindeutig positiv einzuschätzen ist, dass sich das Risiko von Kindern den Tod eines Elternteils zu erleben, reduziert hat. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts erlitt fast ein Fünftel der Kinder vor dem 15. Lebensjahr den Tod zumindest eines Elternteils. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts betraf dies weniger als 4% der Kinder. Das Risiko eines frühen Todes der Mutter ist in den letzten hundert Jahren um das Dreizehnfache gesunken (Wanner 2006: 25). Auch im Jugendalter und jungen Erwachsenenalter haben heutige Menschen mehrheitlich noch beide Elternteile. Das Absterben der Elterngeneration – oft zuerst des Vaters – erfolgt gegenwärtig zumeist erst im mittleren Lebensalter (vgl. Tabelle 26).

Tabelle 26

Vorhandensein von Eltern nach Alter: Schweiz 1900 und 2016

	Alter der (erwachsenen) Kinder				
	25-34 J.	35-44 J.	45-54 J.	55-64 J.	65-74 J.
Beide Elternteile schon verstorben:					
1900	17%	43%	78%	97%	100%
2016	1%	2%	12%	41%	85%
Situation 2016:					
Mutter lebt	98%	92%	83%	61%	22%
Vater lebt	94%	86%	63%	33%	3%

Quelle: 1900: Wanner 2006, 2016: Schweiz. Haushaltspanel (eigene Auswertungen)

So hatten 2016 erst 12% der 45-54-Jährigen beide Eltern verloren, im Vergleich zu 78% zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Der Tod von Eltern ist damit zu einem häufigen Lebensereignis des mittleren Lebensalters geworden: Zu den am negativsten erlebten Transitionen im mittleren Lebensalter gehören heute der Tod des Vaters respektive der Mutter und die erlebte Pflegebedürftigkeit der Eltern. „Interessanterweise sind die Antizipationen dieser Transitionen weniger negativ als das tatsächliche Erleben derselben. Der Tod der eigenen Eltern ist dementsprechend ein ‚kritisches Lebensereignis‘, welches gesellschaftlich zwar wenig thematisiert wird, jedoch viele der befragten Frauen und Männer mittleren Alters stark und für längere Zeit betrifft und bewegt.“ (Perrig-Chiello, Höpflinger 2001: 92-93). Das Alter von (erwachsenen) Kindern beim Tod der Eltern variiert im Einzelnen je nach intergenerationellen Altersabständen. Späte Elternschaft führt früher zu Elternlosigkeit als frühe Elternschaft. Ebenso ist die gemeinsame Lebensspanne für Erstgeborene länger als für später geborene Kinder.

Als Folge der Ausweitung der gemeinsamen Lebensspanne erleben mehr erwachsene Kinder das allmähliche Altern der eigenen Eltern, wobei das Alt-werden der eigenen Eltern ein ambivalent erlebtes Lebensereignis darstellen kann: Das Altern der Eltern ist einerseits ein Ereignis, das sich der Kontrolle und Verantwortlichkeit der inzwischen erwachsen gewordenen Töchter und Söhne entzieht. Andererseits erzeugt es aber eine hohe direkte wie indirekte persönliche Betroffenheit, weil damit das eigene Altern vorgezeichnet wird. Das Altern der Eltern ist für die nachkommende Generation sozusagen der „Schatten der eigenen Zukunft“ und zwar in positivem wie in negativem Sinne. Ein geglücktes Altern der eigenen Eltern stärkt die Hoffnungen auf ein gleichermaßen erfolgreiches Altern. Ein unglückliches oder durch körperlich-geistige Pflegebedürftigkeit beschwertes Altern von Mutter oder Vater kann entsprechende Ängste vor dem eigenen Alter hervorrufen, aber auch den Wunsch und das Bestreben, sein eigenes Alter anders vorzubereiten und zu gestalten, als dies bei den eigenen Eltern beobachtet wurde. Eine praxisrelevante Folge ist, dass hohe Ansprüche an Pflege im Alter und Erwartungen an Pflegeheime oft von den Angehörigen formuliert werden.

Die erhöhte Lebenserwartung (und vor allem die Ausdehnung der späteren Lebensjahre) hat auch die gemeinsame Lebensspanne von Großeltern und Enkelkinder ausgeweitet. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war von vier biologischen Großeltern kurz nach der Geburt eines Kindes durchschnittlich nur noch die Hälfte am Leben und zwischen dem 10. und 15. Lebensjahr der Enkelkinder sank ihre Zahl auf unter eine Person. Mehr als ein Fünftel der 10-jährigen Kinder hatte 1900 schon alle Großeltern verloren und im Teenager-Alter (15-jährig) hatte nahezu die Hälfte keine Großeltern mehr. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich die Situation grundlegend geändert. Nur wenige zehnjährige Kinder haben schon alle Großeltern verloren und auch 20-Jährige haben zu mehr als 90% noch mindestens einen Großelternanteil (vgl. Tabelle 27). Kinder und Teenager vermögen heute - im Gegensatz zu früher - mehrheitlich von oft aktiven und gesunden Großeltern zu profitieren (Höpflinger 2016d). Da Frauen durchschnittlich länger leben und gleichzeitig bei der Familiengründung jünger sind als Männer ist die gemeinsame Lebensspanne von Enkelkindern mit ihren Großmüttern ausgedehnter als mit ihren Großvätern. Zumindest das soziodemografische Potenzial für intergenerative Beziehungen ist während der gesamten Kindheit und Adoleszenz heutiger Enkelkinder intakt. Einzig die heute hohen Geburtenabstände - als Folge einer spät einsetzenden Familiengründung - führen als Gegentrend dazu, dass sich nicht noch höhere Werte gemeinsamer Lebensspanne ergeben.

Tabelle 27:

Zur Entwicklung der gemeinsamen Lebensspanne mit GroßelternA) Historischer Vergleich: %-Anteil ohne überlebende (biologische) Großeltern

	Enkelkinder im Alter von:					
	5 J.	10 J.	15 J.	20 J.	25 J.	30 J.
1900	9%	23%	46%	73%	91%	99%
2000	0	1%	2%	8%	27%	61%

B) Situation im Jahre 2013

	Enkelkinder im Alter von:		
	15-24 J.	25-34 J.	35-44 J.
Keine Grossmutter mehr	14.2%	41.2%	75.4%
1 Grossmutter	41.5%	40.7%	22.0%
2 Grossmütter	44.3%	18.1%	2.6%
Kein Grossvater mehr	36.1%	70.0%	91.4%
1 Grossvater	44.7%	25.8%	8.0%
2 Grossväter	19.2%	4.2%	0.5%

Quelle A: Berechnungen von Philippe Wanner (Universität Genf) auf der Grundlage demografischer Querschnittsdaten von Überlebensordnung und Geburtenabständen, vgl. Perrig-Chiello et al. 2008: Tab. 5. Quelle

B: Bundesamt für Statistik, Erhebung zu Familien und Generationen 2013.

4.7.2 Gesellschaftliche Folgen von Langlebigkeit

Während die Erhöhung der Lebenserwartung und deren Ursachen umfassend analysiert wurden, fanden die gesellschaftlichen Folgen dieser Entwicklung lange Zeit weniger Beachtung. Erst in den 1980er Jahren thematisierten Sozialforscher und Sozialforscherinnen die sozialen Folgen des Wandels von unsicherer zu sicherer Lebenszeit (Imhof 1981, Kohli 1985, Riley 1985). So hat die Verlagerung der Mortalität in späte Lebensjahre die Bedeutung des Lebenslaufs als soziale Institution gestärkt, da erst eine hohe und sichere Lebenserwartung die Institutionalisierung von Lebensverläufen erlaubt, wie sie in Konzepten von Karriereplanung, geregelter Altersvorsorge oder lebenslangem Lernen ihren Ausdruck finden (Pelizäus-Hoffmeister 2011). Gleichzeitig hat der Rückgang vorzeitiger Mortalität die soziale Bedeutung einer strukturierten, am chronologischen Lebensalter orientierten Alters- und Generationenschichtung verstärkt, wie dies Mathilde Riley (1985) feststellte. Martin Kohli (1985) seinerseits thematisierte gesellschaftliche Entwicklungen in Richtung einer Verzeitlichung und Chronologisierung von Lebensverläufen. Heutige Formen der Altersvorsorge bauen implizit darauf, dass versicherte oder kapitalanhäufende Personen ein hohes Alter erreichen und moderne Formen der Lebensversicherung basieren darauf, dass altersspezifische Sterberisiken im Durchschnitt berechenbar sind.

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts wird umgekehrt auch das Risiko eines ‚zu langen Lebens‘ gesellschaftlich zum Thema, etwa in Diskussionen zu verlängerten Rentenzahlungen oder in Diskursen zur aktiven Sterbehilfe. Versicherungen entwickeln neue Versicherungsprodukte (wie ‚longevity swaps‘) zur Absicherung eines Langlebigkeitsrisikos. Das heißt, es geht nicht

– wie in traditionellen Lebensversicherungen – darum, das wirtschaftliche Risiko eines vorzeitigen Absterbens für die Angehörigen zu mildern, sondern darum, das Risiko abzudecken, dass jemand länger lebt als finanzwirtschaftlich geplant. Auf individueller Ebene thematisieren etwa erwachsene Töchter und Söhne sehr alt gewordener Eltern die Hoffnung oder sogar den Wunsch, nicht so alt zu werden.

Weniger oft diskutiert, wenn auch bei Martin Kohli (1985) implizit angesprochen, ist die These, dass die Veränderungen der Lebensverhältnisse in Richtung einer langen und berechenbaren Lebenszeit Prozesse der Individualisierung gestärkt haben. Dort wo Menschen mit Sicherheit lange leben, kann die Gesellschaft mehr in das einzelne Individuum investieren und ausgedehnte schulische und berufliche Ausbildungsphasen verankern. „Langlebigkeit erlaubt es sozusagen psychologisch und sozial komplexere Menschen zu ‚produzieren‘ und an Stelle von Quantität des Humankapitals tritt Qualität, zumindest ansatzweise.“ (Höpflinger 2012a: 203, vgl. Höpflinger 2016b, Pelizäus-Hoffmeister 2011) Intensive und langfristige Sozialisation (lange Ausbildung, lebenslanges Lernen), chronologisch strukturierte Lebensverläufe, gezielte Lebensplanung und verstärkte Individualisierung basieren auf einer gesichert hohen Lebenserwartung.

Parallel dazu trug die Ausweitung der Lebenszeit – in Kombination mit Individualisierungs- und Modernisierungsprozessen – zur Entwicklung neuer Lebensphasen bei. So hat sich in den letzten Jahrzehnten neben der Jugendphase vor allem in urbanen Regionen ein jugendnahe Erwachsenenalter durchgesetzt, wodurch junge Erwachsene auch nach Ende der Jugendzeit ein jugendnahe Konsum- und Freizeitverhalten pflegen und eine Familiengründung nach hinten verschieben (was die intergenerationellen Geburtenabstände erhöht). In einer Gesellschaft hoher Lebenserwartungen werden früher auf junge und jüngere Erwachsene bezogene Verhaltensformen (Lernen, Sport, Sexualität, modisch ankleiden) auch für ältere Erwachsene zu zentralen Leitvorstellungen.

Dank verlängerter Lebenserwartung erfuhr namentlich die nachberufliche Lebensphase eine bedeutsame zeitliche Ausdehnung. Dies trägt einerseits zu einer demografischen Alterung von oben her bei. Da mehr ältere Frauen und Männer von einer ausgedehnten gesunden Lebenserwartung profitieren, kommt es andererseits zu einer vermehrt aktiven Gestaltung der nachberuflichen Lebensphase, speziell bei sozialen Gruppen, die im Rentenalter von einer guten wirtschaftlichen Absicherung profitieren. Entsprechend wird die demografische Alterung soziologisch gesehen durch eine sozio-kulturelle Verjüngung älterer Erwachsener in wesentlichen gesellschaftlichen Dimensionen kompensiert. Dies gilt vor allem für die ‚jungen Alten‘, wogegen die hochaltrigen Menschen anderen individuellen und sozialen Herausforderungen gegenüber stehen (wie erhöhtes Risiko an Demenz zu erkranken, verstärkte Abhängigkeit von wesentlich jüngeren Menschen) (Lalive d’Epinay et al. 2008). Die Ausdifferenzierung verschiedener Phasen des Alters (drittes Lebensalter, viertes Lebensalter) ist ebenfalls ein zentraler gesellschaftlicher Prozess im Rahmen einer Gesellschaft langlebiger Menschen (Höpflinger 2017a).

5 Haushaltsformen und Familienverhältnisse im Wandel

Eine verringerte Kinderzahl – gekoppelt mit einer Erhöhung der Lebenserwartung – hat in modernen Gesellschaften zu einer Vertikalisierung familial-verwandtschaftlicher Strukturen beigetragen. Moderne Familien werden deshalb als „Bohnenstangen-Familien“ („bean-pole-families“) bezeichnet; charakterisiert durch drei bis vier vertikale Familiengenerationen, aber wenig horizontalem Familienbeziehungen (wenig Geschwister, Onkel, Tanten usw.).

Im folgenden Teil werden vorerst einige Angaben zur langfristigen Entwicklung der Haushaltsgröße vorgestellt. Anschließend werden Wandlungen der familialen Generationenbeziehungen diskutiert, wobei speziell die Entwicklung des intergenerationellen Zusammenlebens von Jung und Alt interessiert. Danach werden bedeutsame soziale Wandlungen bei jungen Familien in den letzten Jahrzehnten untersucht.

5.1 Haushaltsgröße – früher und heute

In der vorindustriellen Schweiz wurde die Haushaltsgröße durch verschiedene Einflussfaktoren beeinflusst, von der Kinderzahl bzw. der Zahl an überlebenden Kindern bis hin zum Alter der Nachkommen beim Auszug aus dem Elternhaus. Gleichzeitig variierte die soziale Zugehörigkeit zu einem Haushalt je nach Region bzw. Epoche. So galten zeitweise Mägde und Knechte sowie unverheiratete Verwandte als Familien- bzw. Haushaltsmitglieder. Wirtschaftliche Verhältnisse spielten ebenfalls eine Rolle, da arme Personen häufiger mit anderen Menschen im gleichen Haushalt leben mussten (teilweise als Untermieter), wogegen reichere Personen sich häufiger eine eigene Wohnung (mit eigener Küche)⁸ leisten konnten. Epidemien haben die Haushaltsgröße zeitweise reduziert, wogegen in guten Zeiten mehr Haushaltsmitglieder länger überlebten.

Die mittlere Zahl von Personen in privaten Haushalten⁹ betrug in der Alten Eidgenossenschaft im Allgemeinen 4 bis 5.5 Personen. Die mittlere Haushaltsgröße war in landwirtschaftlich geprägten Regionen der damaligen Schweiz höher als in den Städten, wie die Angaben in Tabelle 28 verdeutlichen. Aber auch in ländlichen Gebieten waren große Haushalte (etwa in der Form einer Dreigenerationenfamilie) eher selten. Da weite Teile der damaligen Schweiz zum Realteilungsgebiet Europas gehörten (Ländereien wurden auf verschiedene Nachkommen aufgeteilt und nicht ausschließlich dem Erstgeborenen zugeteilt), waren viele Bauernhöfe zu klein um einer erweiterten Familie Nahrung zu bieten. Vielmehr dominierte in der vorindustriellen Schweiz die Kernfamilie mit Ehepaar und Kindern, allenfalls mit einer Magd oder einem Knecht.

Bis Mitte des 19. Jahrhunderts veränderte sich die mittlere Zahl an Haushaltsmitglieder insgesamt wenig. Noch 1850 lag die mittlere Haushaltsgröße bei 4.9 Personen. Danach sank sie langsam ab, speziell ab Ende des 19. Jahrhunderts aufgrund sinkender Kinderzahl in Familien. Die industrielle Entwicklung und später steigender Wohlstand erlaubten es jungen Menschen früher von zuhause wegzuziehen. Unverheiratete Geschwister, Tanten und Onkel sowie verwitwete Elternteile konnten sich häufiger als früher einen eigenen Haushalt leisten.

⁸ Steuerrechtlich wurde in vorindustriellen Gesellschaften oft die gemeinsame Nutzung einer Feuerstelle oder eines Herds als administratives Kriterium eines Haushalts genutzt.

⁹ D.h. Haushalte ohne Berücksichtigung kollektiver Haushaltsformen wie Klöster, Armenhäuser, Gefängnisse usw.

Speziell der Rückgang kinderreicher Familien und die Zunahme von Einpersonenhaushalten haben die mittlere Haushaltsgröße reduziert, zwischen 1941 und 2018 von 3.7 auf 2.2 Personen.

Tabelle 28:

Haushaltsgröße – Mittlere Zahl von Personen pro Haushalt im Gebiet der heutigen Schweiz

A) Lokale/regionale Daten:	Mittlere Zahl von Personen pro Haushalt		Quelle:
Stadt Freiburg	1447-1448	3.8	3
Freiburg Land	1447-1448	4.5	3
Stadt Zürich	1637	5.0	1
	1671	5.2	1
Stadt Winterthur	1672	4.8	1
	1725	4.4	1
Zürich Unterland	1634-1708	5.3	1
Zürich Weinland	1634-1708	5.0	1
Zürich Glattal	1634-1708	5.9	1
St. Galler Rheintal	1634-1708	5.0	1
Kanton Bern	1764	4.5	3
Waadt*	1764	4.3	3
Aargau *	1764	4.6	3
Stadt Genf	1778	3.9	3
Genf Landgebiete	1778	5.6	3
Stadt Basel	1779	4.2	2
Basel-Landschaft	1815	4.6	2

B) Gesamtschweizerische Daten:

Mittlere Zahl von Personen pro Haushalt									
1850	1870	1888	1900	1920	1941	1960	1980	2000	2018
4.9	4.8	4.6	4.5	4.4	3.7	3.4	2.6	2.4	2.2

* damals Untertanengebiete des Kantons Bern.

Quelle: 1: Letsch 2017: 151-159, 2: Mattmüller 1987, 3: Historisches Lexikon: Stichwort Haushalt (Version 23.2.2010). Schweiz: 1850-2000: Eidg. Volkszählungen, ab 2000: Statistik der Bevölkerung der Haushalte.

Die Angaben in Tabelle 29 verdeutlichen die Entwicklung zu Kleinhaushalten in den letzten Jahrzehnten ebenfalls. Der Anteil von Personen, die in einem (privaten) Haushalt mit 5 und mehr Personen wohnen, hat sich verringert. Auf der Gegenseite hat sich der Anteil der Personen in Einpersonnen- und Paarhaushalten erhöht. Unter den zuhause lebenden Personen ist der Anteil jener, die in einem Einpersonnenhaushalt leben, zwischen 1960 und 2018 kontinuierlich von 4% auf 16% angestiegen. Alleinleben ist am häufigsten bei jüngeren Erwachsenen vor einem Zusammenleben mit einem Partner bzw. einer Partnerin sowie nach einer Scheidung. Im höheren Lebensalter führt primär Partnerverlust zu Alleinleben.

Tabelle 29:

Verteilung von Personen in Privathaushaltungen nach Haushaltsgröße seit 1930

	Personen im Haushalt				
	1 P.	2 P.	3 P.	4 P.	5+ P.
1930	2%	10%	16%	19%	53%
1960	4%	16%	19%	21%	39%
1980	12%	24%	19%	26%	20%
2000	16%	28%	17%	24%	15%
2018	16%	29%	18%	23%	14%
2035 (Haushaltsszenarien)	17%	31%	17%	21%	14%

Quelle: 1930-2000: Eidg. Volkszählungen, 2018: Statistik der Bevölkerung der Haushalte.
2035: Haushaltsszenarien des Bundesamts für Statistik (2017) (Referenzszenario).

Mehr junge und alte Menschen als früher können sich heute einen eigenständigen Haushalt leisten und weniger Menschen sind auf ein enges Zusammenleben mit verwandten oder nicht-verwandten Personen angewiesen. So sind etwa Untermietsverhältnisse in der Schweiz selten geworden und auch ein Zusammenleben von drei Generationen im gleichen Haushalt ist vergleichsweise rar. Schätzungsweise weniger als ein Prozent aller Haushalte umfassen mehr als zwei Familiengenerationen.

Die demografische Alterung hat ebenfalls zur Reduktion der Haushaltsgröße beigetragen, weil mehr Frauen und Männer im Alter selbständig einen eigenen Haushalt führen. Im höheren Lebensalter – nach Auszug der Kinder – leben die allermeisten älteren Frauen und Männer in Ein- oder Zweipersonenhaushaltungen. Gemäß haushaltsstatistischen Angaben wohnte 2016 nur 1% aller zuhause lebenden 65-jährigen und älteren Personen in einem Mehrfamilienhaushalt (Haushalte mit mindestens zwei unabhängigen Familienkernen). Weitere 1.3% lebten mit nicht verwandten Personen zusammen in sogenannten Nichtfamilienhaushalten (worunter auch Alterswohngemeinschaften fallen). Die Age-Wohnerhebung 2018 bestätigt die Konzentration der älteren Bevölkerung auf Kleinhaushalte. Von den befragten Personen im Alter 65+ lebte nur eine geringe Minderheit in Haushaltungen mit drei oder mehr Personen (deutschsprachige Schweiz: 5%, französischsprachige Schweiz: 8% und italienischsprachige Schweiz 13%) (Höpflinger et al. 2019). Nach den Szenarien des Bundesamts für Statistik (2017) wird sich der Trend zu Kleinhaushaltungen in den nächsten Jahrzehnten fortsetzen. So dürfte 2035 fast die Hälfte (47%) der zuhause lebenden Menschen in Haushaltungen mit nur ein bis zwei Personen wohnen.

Bei der Interpretation der aufgeführten Haushaltsstatistiken sind allerdings zwei Einschränkungen zu beachten:

Erstens werden nur Privathaushalte einbezogen und nicht wenige Menschen lebten und leben in sogenannten Kollektivhaushalten. Darunter fallen Klöster, Gefängnisse, Kliniken sowie Alters- und Pflegeheime. Während in früheren Epochen Klöster bedeutsame Lebens- und Kulturzentren waren, ist heute im hohen Lebensalter vor allem ein Pflegeheimaufenthalt häufig, wie die Angaben in Tabelle 30 aufzeigen. Der Trend zu ambulanter Pflege trägt allerdings dazu bei, dass auch in einem hohen Lebensalter zunehmend mehr Frauen und Männer zuhause, in ihrer privaten Wohnung verbleiben. Damit hat sich das Eintrittsalter in

Pflegeheime erhöht und gleichzeitig hat sich die Aufenthaltsdauer in Pflegeheimen verkürzt (vgl. Höpflinger et al. 2019).

Tabelle 30

Anteil von Personen, die in einem Alters- und Pflegeheim leben nach Alter und Geschlecht: Schweiz 2008 und 2018

Altersgruppe	Heimquote 2008 (in %)		Heimquote 2018	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
- 65-69 J.	0.7	0.8	0.7%	0.7%
- 70-74 J.	1.4	1.7	1.3%	1.4%
- 75-79 J.	2.9	4.4	2.4%	3.3%
- 80-84 J.	6.5	11.4	5.1%	8.4%
- 85-89 J.	14.6	25.2	11.3%	19.5%
- 90-94 J.	26.7	42.5	21.9%	36.7%
- 95 J. u.ä.	32.3	48.6	37.4%	55.0%

Quelle: Statistik der sozialmedizinischen Institutionen.

Zweitens bezieht sich die Erfassung von Haushaltungen auf statistisch definierte Haushaltseinheiten. Als Haushalt gilt jede Wohneinheit mit eigenem Kochherd und Bad. So werden beispielsweise sieben ältere Frauen und Männer, die in einer Altershausgemeinschaft wohnen, aber je über eine eigene private Wohneinheit mit Bad (und eigener Postanschrift) verfügen, statistisch als sieben Einpersonenhaushalte erfasst. Ein alter Vater, der im Haus seiner Tochter lebt und von ihr gepflegt wird, aber über eine eigene Einliegerwohnung verfügt, ist statistisch gesehen alleinlebend. Ein pensionierter Mann, der nach einer Scheidung eine neue Partnerbeziehung aufbaut, mit der neuen Partnerin aber nicht im gleichen Haushalt lebt, verfügt zwar über eine enge Partnerbeziehung, aber beide – der Mann und seine Partnerin – werden haushaltsstatistisch als zwei ‚Singles‘ gezählt. Eine zusätzliche Komplexität kann sich ergeben, wenn Personen über zwei Haushalte verfügen (z.B. Wochenaufenthalt in der Stadt, Wochenaufenthalt in den Bergen). In der Schweiz haben Menschen nicht selten eine Ferienwohnung, in der sie faktisch einen wesentlichen Teil ihres Lebens verbringen.

In einer mobilen und individualisierten Gesellschaft sagen Haushaltsstatistiken deshalb über die soziale Lebensform wenig aus. Die früher häufig gezogene Schlussfolgerung, dass die Zunahme an Einpersonenhaushalten eine ‚Singularisierung‘ bzw. ‚Vereinzelung‘ der Gesellschaft bedeutet, hat sich als Fehlinterpretation erwiesen. In modernen Gesellschaften sind haushaltsübergreifende soziale Beziehungen bedeutsam, etwa Muster von ‚living-apart-together‘ (enge Partnerbeziehung, aber getrennte Haushalte). Ebenso wenig verschwinden nach dem Auszug der Kinder aus dem elterlichen Haushalt die intergenerationelle Kontakte, vielmehr nehmen sie oft Formen von ‚Intimität auf Abstand‘ an. So haben erwachsene Kinder und ihre Eltern oft enge Beziehungen, aber jede Generation verfügt in der Regel über ihren eigenen privaten Haushalt (Isengard 2018; Szydlik 2016).

5.2 Familiäre Generationenbeziehungen – und intergenerationelles Zusammenleben

Generationenbeziehungen sind eine grundlegende menschliche Lebensbedingung und es gibt kein menschliches Leben außerhalb von Generationenbeziehungen. Jede Gesellschaft hat Menschen unterschiedlichen Lebensalters zu integrieren und jede Gesellschaft sieht sich mit der Herausforderung konfrontiert, ihre materielle und kulturelle Existenz über die beschränkte Lebenszeit einzelner Menschen hinaus zu sichern (Lüscher, Liegle 2003). Gleichzeitig ist jeder Mensch – unabhängig von seiner Abstammung und Herkunft – mit seiner Geburt von der Fürsorge älterer Generationen (Eltern, Großeltern) abhängig und ohne die Erfahrung verlässlicher familiärer Generationenbeziehungen sind Selbstidentität einer Person sowie deren Handlungsfähigkeit gefährdet. Aus diesem Grunde werden in jedem Gemeinwesen Vorkehrungen dafür getroffen, dass eine verantwortungsvolle Sorge der älteren Generation für die nachkommenden Generationen gewährleistet wird. Aber auch in späteren Lebensphasen sind Generationenbeziehungen immer mit grundlegenden menschlichen Erfahrungen verbunden: Neue Generationen entstehen durch die Geburt von Menschen und alte Generationen sterben weg. Geburt und Tod gehören ebenso zum Generationenthema wie das soziale Verhältnis von Jung und Alt.

Die konkrete Ausgestaltung familiärer Generationenbeziehungen wird zum einen durch sozio-kulturelle Werthaltungen mitbestimmt. Für das Verständnis familiärer Generationenbeziehungen in der Schweiz ist es wesentlich, dass sich familiäre Generationenbeziehungen in nord- und westeuropäischen Ländern im Verlaufe der Geschichte anders entwickelt haben als in Ost- und Südeuropa sowie manchen außereuropäischen Ländern. Zum anderen bestimmen sozio-demografische Faktoren (Alter der Eltern bei der Familiengründung und Kinderzahl sowie die Lebenserwartung von Eltern und Großeltern) die familialen Generationenverhältnisse. Aufgrund von wenig Geburten und langer Lebenserwartung sind heutige Verwandtschaftssysteme durch eine ausgeprägte Vertikalisierung‘ geprägt mit wenig Geschwistern, Onkeln oder Tanten, aber dafür mit einer ausgedehnten gemeinsamen Lebensspanne von Kinder-, Eltern- und Großelterngeneration (Puur, Sakkeus et al. 2011, vgl. dazu im Detail Kap. 4.7.1).

Ein zentrales Kennzeichen des west- und nordeuropäischen Familien- und Generationenmodells ist eine starke Betonung der Kernfamilie (Ehepaarbeziehung, Eltern-Kind-Beziehungen). Die horizontalen Verwandtschaftsbeziehungen sind gegenüber den vertikalen Generationenbeziehungen weniger bedeutsam und die Einbindung der Kernfamilie in umfassendere Clan- und Sippenstrukturen wurde früh aufgebrochen. Dementsprechend wurde es früh zur Norm, dass die einzelnen Familiengenerationen soweit als möglich selbständig haushalten. Mehrgenerationen-Haushaltungen waren deshalb außerhalb bäuerlicher Kreise selbst in der vorindustriellen Schweiz vergleichsweise selten.

Zwei sozio-kulturelle Elemente sind für die historische Entwicklung des west- und nordeuropäischen Modells von Familie und Generationenbeziehungen zentral:

Zum einen brach das Christentum - als Gemeindereligion – radikal mit früheren Haus-, Familien- und Ahnenkulten. Damit wurde Ansehen und intergenerationelle Stellung alter Familienangehöriger von vornherein geschwächt, etwa im Vergleich zur römischen ‚familia‘ (Bettini 1992). Zum anderen wurde die Zweierbeziehung (Ehe) ins Zentrum des Familienlebens gerückt. Im Gegensatz zu vielen außereuropäischen Kulturen wurde die Beziehung zwischen den Ehegatten - und nicht die Beziehung zur Sippe oder zum Clan – betont (Höpflinger 2012b). Die Clan- und Sippenstrukturen wurden in Europa teilweise schon im

Mittelalter durch kirchliche Machtstrukturen gezielt abgewertet. Das Klosterleben war zusätzlich eine gemeinschaftliche Lebensform außerhalb und quer zu Clan- und Sippenstrukturen und mit dem Priesterzölibat wurden familial-verwandtschaftliche Loyalitäten innerkirchlich an den Rand gedrängt. Sippenstärkende Gebräuche – wie Polygamie, Brautkauf und Kinderehen - wurden im Christentum explizit verboten.

Die Betonung der Ehe als Zweierbeziehung stärkte schon in der vorindustriellen Eidgenossenschaft die Stellung junger Eheleute gegenüber der älteren Generation (vgl. Kap. 3.1). Geburt und Erziehung von Kindern lagen prinzipiell in der Verantwortung der Eheleute bzw. der Eltern, wogegen umfassendere verwandtschaftliche Interventionen nur beschränkt legitim waren. So setzte sich in West- und Nordeuropa das Konsensprinzip der Ehe schon ab dem 12. Jahrhundert weitgehend durch und eine Ehe ohne Einwilligung beider Ehepartner wurde zur Ausnahme. Damit gewannen namentlich junge Frauen gegenüber ihren Eltern mehr Selbständigkeit, etwa einen unliebsamen Heiratspartner zurückzuweisen. Das vom aufstrebenden Bürgertum ab dem 18. Jahrhundert vertretene Modell der bürgerlichen Liebesehe und engen Mutter-Kind-Beziehung verstärkte die Stellung der engeren Kernfamilie zusätzlich, etwa indem nur Mitglieder der Kernfamilie zur häuslichen Familiengemeinschaft gezählt wurden. Mit der Betonung der Ehe bzw. Kernfamilie verknüpft, ergab sich in West- und Nordeuropa schon früh eine ausgeprägte soziale und familiäre Selbständigkeit der einzelnen Familiengenerationen: Jede Generation führt ihr Familienleben in seiner eigenen Verantwortung. Umgekehrt verloren die älteren Generationen durch die relativ ausgeprägte familiäre Selbständigkeit der jungen Generation in Europa an Macht und Einfluss. Entsprechend wurde das Prinzip der Nicht-Einmischung der ältesten Generation (Großeltern) in die Erziehung der jüngsten Generation schon früh formuliert und durchgesetzt (Chvojka 2003).

Kulturell dominierte insgesamt ab dem 16. Jahrhundert in West- und Nordeuropa das Ideal, dass die verschiedenen Generationen soweit als möglich getrennt haushalten sollten. Im Gegensatz zu außereuropäischen, aber auch zu süd- und osteuropäischen Ländern war das Modell der Großfamilie in West- und Nordeuropa schon seit dem 17. Jahrhundert die Ausnahme, namentlich außerhalb bäuerlicher Produktionsstrukturen. Auch die hohen Sterblichkeitsraten trugen dazu bei, dass beispielsweise Dreigenerationenhaushalte eine Ausnahme blieben. Ein Zusammenleben von Enkelkindern und Großeltern kam vor allem in Frage, wenn unselbständige Enkelkinder verwaist waren (Dubuis 1994: 41). Da allerdings häufig auch die Großeltern früh verstarben, war dies eine eher seltene Konstellation. So lebten in England 1650-1749 nur in 3% der Haushalte Enkelkinder bei ihren Großeltern (Wall 1983).

In der Alten Eidgenossenschaft umfassten die meisten Haushalte höchstens zwei Generationen, wobei je nach Arbeitsanfall und Vermögenslage Diensthilfen oder Inwohner in den Haushalt aufgenommen wurden. Das selbständige Haushalten verschiedener Generationen war namentlich in den Städten häufig und ältere Menschen führten im 17. und 18. Jahrhundert oft weiterhin ihren eigenen Haushalt. So lebten im Jahre 1637 in der Stadt Zürich 92% der über 60-Jährigen in einem eigenständigen Haushalt, den sie selbst führten (Ehmer 1983: 192). Auch in der Republik Genf umfassten 1720 nur 4,6% aller Familienhaushalte mehr als zwei Generationen (Mottu-Weber 1994: 52). Die Beibehaltung eines eigenen Haushalts wurde in Städten dadurch erleichtert, dass alte Handwerker besonderen Schutz genossen (Konkurrenzverbote) sowie für alte Frauen Möglichkeiten für physisch nicht anspruchsvolle Tätigkeiten angeboten wurden (Nähen, Spinnen, Waschen). Damit war eine eigenständige Existenzsicherung bei abnehmender Arbeitskraft gesichert und die Kinder dienten vornehmlich zur Hinterbliebenenversorgung, beispielsweise zur Unterstützung älterer Witwen (Borscheid

1987: 219). Im Haushalt ihrer erwachsenen Kinder wohnten in der vorindustriellen Schweiz am ehesten verwitwete alte Mütter.

Auch in ländlichen Regionen galt mehrheitlich „für den gesamten agrarischen Bereich Mittel- und Westeuropas, dass verheiratete Angehörige der jungen und der alten Generation einer Abstammungsfamilie jeweils in ihren eigenen Haushalten wohnten.“ (Chvojka 2003: 43) Für die Generationenbeziehungen und die Stellung alter Familienmitglieder war die jeweilige Art der Besitzübertragung (Realteilung versus Anerbe) entscheidend. Aufgrund der oft prekären wirtschaftlichen Lage gehörten in bäuerlichen Kreisen Streitigkeiten über die Versorgung der Alten - definiert als nicht mehr arbeitsfähige Eltern oder Großeltern - und über die Pflichten der Jungen zum Alltag. Speziell der Zeitpunkt der Hofübergabe war in bäuerlichen Kreisen ein ständiger Streitpunkt, da die soziale Stellung des alten Bauern weitgehend von seiner Besitzmacht abhing.

Um den Generationenwechsel in Bauernbetrieben zu beschleunigen, wurde - vor allem nach Abklingen der ständigen Epidemien - in verschiedenen Regionen Westeuropas die Institution des Ausgedinges verankert. Eine stärkere Verbreitung fand das Ausgedinge - als geregelter Rückzug der älteren Generation auf den Altenteil (beispielsweise ins 'Stöckli') - allerdings erst ab Mitte des 17. Jahrhunderts. Beim Ausgedinge bzw. dem Stöckli handelte es sich um eine rechtlich geregelte Versorgung des alten Bauern bzw. der alten Bäuerin im Rahmen der bäuerlichen Produktionsgemeinschaft (die der jungen Generation übergeben wurde). Oft wurden Wohnrecht, Lebens- und Holzlieferungen usw. der Jungen an die Alten in eigentlichen Generationenverträgen detailliert vereinbart und notariell beglaubigt. Da das Ausgedinge eine Mindestgröße des Hofes voraussetzte, war diese Form der Altersversorgung in vielen Regionen der Alpen und Voralpen allerdings wenig verbreitet. Ein gemeinsames Zusammenleben erwachsener Kinder und alter Eltern widerspiegelte in vorindustriellen Gesellschaften Westeuropas mehr eine wirtschaftliche Zwangsgemeinschaft, als dass sie idealisierten Bildern über das Leben alter Menschen im Schoss der Familie entsprochen hätte (Mitterauer, Sieder 1991, Sieder 1987).

Im 19. Jahrhundert gewann das getrennte Wohnen der Familiengenerationen weiter an Bedeutung, da sich das Prinzip des getrennten Haushaltes bei der Gründung neuer Familien gesellschaftlich weiter verstärkte. In frühindustriellen Gebieten der Schweiz wurde dieser Trend durch den Durchbruch der Heimarbeit gestärkt, da damit junge Familien auch ohne Landbesitz ein genügendes Auskommen fanden, um einen eigenständigen Haushalt zu gründen. Teilweise führte die Heimarbeit in der damaligen Schweiz zu speziellen Generationenbeziehungen, indem zwar jede Kernfamilie unter einem gesonderten Dach lebte, die wirtschaftlichen Verhältnisse jedoch enge Notgemeinschaften zwischen Jung und Alt erzwingen (z.B. häufiges gemeinsames Kochen, Waschen oder Einkaufen).

Mit der industriellen Entwicklung und der Ausdehnung städtischer Lebensweisen erhielt das getrennte Wohnen verschiedener Generationen weitere Unterstützung. Dabei war auch bei der aufkommenden industriellen Fabrikarbeiterschaft eine Kombination von getrenntem Haushalten der Generationen und ausgeprägter intergenerationeller Hilfeleistungen häufig. Später, mit beschleunigter Urbanisierung, wurde das getrennte Wohnen familialer Generationen auch aufgrund der Abwanderung junger Frauen und Männer von ländlichen in industriell-städtische Regionen zusätzlich gefördert.

Mehrgenerationen-Haushalte waren somit in früheren Jahrhunderten in vielen Regionen Westeuropas – und der Schweiz - relativ selten (wozu auch die geringe Lebenserwartung der älteren Menschen beitrug). Eine vorübergehende Zunahme in Zahl und Anteil von Haushaltungen, die mehr als zwei Generationen umfassten, zeigte sich in einigen ländlich-bäuerlichen Regionen sowie in städtisch-proletarischen Milieus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dies war in den Städten primär die Folge hoher Arbeitslosigkeit und einer ausgeprägten Wohnungsnot bei Arbeitern. In ländlichen Regionen widerspiegelte die zeitweise Zunahme von Mehrgenerationenhaushalten vor allem den Ersatz nicht-verwandter Arbeitskräfte (Knechte, Mägde) durch verwandte Arbeitskräfte, wozu auch die Großeltern gehörten. Der Anstieg im Anteil von Dreigenerationenhaushaltungen war jedoch nur ein vorübergehendes Phänomen und in den Nachkriegsjahrzehnten sank der Anteil von Mehrgenerationenhaushalten trotz gestiegener gemeinsamer Lebensspanne der Generationen erneut. Der Anteil älterer Menschen, die in einem Mehrgenerationenhaushalt leben, hat sich wohlstandsbedingt auch in den letzten Jahrzehnten weiter reduziert.

In Tabelle 31 sind einige Angaben zum intergenerationellen Zusammenwohnen (im gleichen Haushalt) aufgeführt. Allerdings geht aus den Angaben nicht hervor, ob ältere Personen bei ihren Kindern wohnen oder ob erwachsene Kinder weiterhin bei ihren Eltern leben.

Tabelle 31

Intergenerationelles Zusammenleben in der Schweiz - Angaben aus diversen Erhebungen

A) Anteil von Kindern in Dreigenerationenhaushaltungen nach Kinderzahl 1970-2000

	1970	1980	1990	2000
%-Kinder in Dreigenerationenhaushaltungen:				
Familie mit 1 Kind	2.2%	1.4%	1.1%	1.4%
Familie mit 2 Kindern	3.0%	1.8%	1.3%	1.3%
Familie mit 3 Kindern	4.2%	3.1%	1.9%	1.4%
Familie mit 4 oder mehr Kindern	7.1%	6.1%	3.7%	2.1%

Dreigenerationenhaushalt = mindestens ein Großelternanteil im Haushalt Quelle: Fux 2005: 63 (Basis: Eidgenössische Volkszählungen).

B) Verbreitung des Zusammenlebens von Enkelkindern und Großeltern in der Schweiz 2002

Jugendliche und junge Erwachsene: Zusammenleben mit Großeltern im gleichen Haushalt

	Alter der Jugendlichen/jungen Erwachsenen		
	15-19 J.	20-24 J.	25-29 J.
Mit Großvater/Großmutter lebend:	1.2%	0.6%	0.4%

Großeltern: Zusammenleben mit Enkelkindern im gleichen Haushalt

	Alter:	65-79 J.	80+ J.
Mit Enkelkindern im gleichen Haushalt lebend *		1.8%	2.8%

* bei über 80-jährigen Personen handelt es sich teilweise auch um Ur-Enkelkinder. Quelle: Schweiz. Arbeitskräfte-Erhebung 2002 (gewichtete Stichprobe)

Tabelle 31 Fortsetzung

C) Zusammenleben mit Kindern im höheren Lebensalter nach Kinderzahl: Schweiz 2000

	% - Anteil, die mit Kindern im gleichen Haushalt zusammen leben:			
	Frauen		Männer	
	65–79	80 +	65–79	80 +
Anzahl eigene Kinder (genannt):				
0	0.8	0.6	2.0	1.7
1	5.9	3.2	8.7	4.5
2	6.7	3.3	10.0	4.9
3 und mehr	9.9	5.4	14.9	8.1

Quelle: Volkszählung 2000, vgl. Sauvain-Dugerdil 2006: 43.

D) Zusammenleben mit Kindern bei Personen im Alter 65 und älter in ausgewählten europäischen Ländern 2018

	A	D	CH	F	IT	TS	PL
N:	576	581	334	529	808	441	336
Lebt mit Kindern im Haushalt	13%	9%	10%	7%	21%	6%	22%

Länder: A: Österreich, D: Deutschland, CH: Schweiz, F: Frankreich, IT: Italien, TS: Tschechische Republik, PL: Polen., Datenquelle: European Social Survey Daten 2018, Data file edition 1.0. Norwegian Social Science Data Services, Norway - Data Archive and distributor of ESS data. (eigene Auswertungen, gewichtete Daten).

E) Zusammenleben mit Kindern, Verwandten und Bekannten im Alter: Schweiz 2018

Im selben Haushalt lebend mit:	Zuhause lebende Personen im Alter			
	65-69	70-74	75-79	80+
- Sohn/Tochter/Schwiegertochter/-sohn	6%	5%	3%	7%
- anderen Verwandten	4%	1%	1%	3%
- nicht verwandten Haushaltszugehörigen	1%	1%	1%	2%
- mit Freund/innen als Wohngemeinschaft	2%	0	1%	1%

N: 2232 zuhause lebende Personen 65+ (Gesamte Schweiz, gewichtet) (Quelle: Age-Wohnreport 2018: Höpflinger et al. 2019).

Deutlich wird, dass intergenerationelles Zusammenwohnen von erwachsenen Kinder und Eltern eher selten ist. Ebenso ist die Häufigkeit von Dreigenerationenhaushaltungen in der Schweiz gering. So hat sich der Anteil von Kindern, die mit Großeltern zusammenleben in den letzten Jahrzehnten weiter verringert (auf unter 2%). Umgekehrt leben auch nur relativ wenige Großeltern mit Enkelkindern zusammen (je nach Alter zwischen 2% bis 3%). In der Schweiz sind auch Pflegegroßeltern selten, d.h. Großeltern, welche Erziehungsverantwortung über Enkelkinder ausüben (z.B. aufgrund von Tod, Scheidung oder Erkrankung der Eltern). Häufiger als Dreigenerationenhaushalte sind auch in der Schweiz Formen des intergenerationellen Wohnens im gleichen Haus (aber mit getrennten Wohnungen bzw. Wohnteilen).

Im Alter mit oder bei erwachsenen Kindern zu leben, ist ebenfalls eher selten. Es findet sich am ehesten bei alten Vätern mit hoher Kinderzahl, etwa nach einer Verwitmung. Im intereuropäischen Vergleich ist ein Zusammenleben mit (erwachsenen) Kindern im Rentenalter in der Schweiz vergleichsweise ebenso wenig häufig wie in Deutschland oder Frankreich, wogegen in Italien oder Polen ein intergenerationelles Zusammenleben häufiger ist. Die Wohnerhebung 2018 bestätigt, dass auch im höheren Lebensalter weniger als zehn Prozent mit erwachsenen Kindern, Schwiegerkindern oder mit anderen Verwandten im gleichen Haushalt leben.

Leicht häufiger als ein gemeinsames intergenerationelles Haushalten ist intergenerationelles Wohnen im gleichen Haus, aber getrennten Haushalten und gemäß der SHARE-Studie 2004 war dies in der Schweiz bei gut einem Achtel aller 70-jährigen und älteren Menschen mit Nachkommen der Fall (Kohli; Künemund; Lüdicke 2005, vgl. auch Isengard 2018). Ein gewisser Gegentrend in Richtung vermehrten intergenerationellen Haushaltens zeigt sich höchstens darin, dass erwachsene Kinder gegenwärtig länger bei ihren Eltern wohnhaft verbleiben als in früheren Jahrzehnten (etwa weil damit während Ausbildungsjahren zusätzliche Wohnkosten entfallen).

Familiäre Generationenbeziehungen und intergenerationelle Unterstützungsleistungen zwischen Jung und Alt vollziehen sich gegenwärtig weitgehend multilokal und diese Situation entspricht weitgehend den Wünschen und Bedürfnissen jüngerer wie älterer Familienmitglieder. In einer 1992 durchgeführten Repräsentativerhebung ‚Bevölkerung und Wohlfahrt‘ beurteilten gut 60% der 40-64-Jährigen es als Belastung, wenn betagte Eltern bei ihren Kindern leben (Baumgartner 1997: 275f.). Der Familien- und Generationensurvey 2018 bestätigt, dass zwar intergenerationelle Solidarität mehrheitlich unterstützt wird, dass aber nur eine Minderheit der Ansicht ist, dass erwachsene Kinder ihre Eltern bei sich aufnehmen sollten, wenn diese nicht mehr in der Lage sind, alleine zu leben (vgl. Tabelle 32).

Normen der intergenerationellen Solidarität finden im Übrigen in der italienischsprachigen Schweiz die stärkste Unterstützung, gefolgt von der französischsprachigen Schweiz. In der deutschsprachigen Schweiz zeigt sich die geringste Zustimmung zu den erfragten intergenerationellen Werthaltungen. Namentlich die Idee, alte Eltern bei sich aufzunehmen, findet hier wenig Unterstützung.

Im Altersgruppenvergleich ist auffallend, dass jüngere Personen sich solidarischer äußern als ältere Personen. Speziell die Zustimmung alte Eltern bei sich aufzunehmen, sinkt mit steigendem Alter deutlich. Die Antwortunterschiede zwischen Jung und Alt widerspiegeln primär die Tatsache, dass die jüngsten Befragten zumeist noch gesunde und aktive Eltern aufweisen, die kaum Unterstützung benötigen. Mit steigendem Alter werden Personen konkreter mit intergenerationellen Verpflichtungen konfrontiert und die Antworten auf jeweilige Fragen werden realitätsnaher wahrgenommen. Sich solidarisch zu zeigen, ist einfacher, wenn es eine abstrakte Zukunft betrifft als wenn man mit konkret mit hilfebedürftigen alten Eltern konfrontiert wird.

Tabelle 32

Ansichten zur intergenerationellen Solidarität nach Alter, Bildungshintergrund und Sprachregion: Schweiz 2018

Erfragte Items:

A: Erwachsene Kinder sollten ihre Eltern bei finanziellen Schwierigkeiten unterstützen

B: Erwachsene Kinder sollten sich um ihre Eltern kümmern, wenn diese Pflege oder Betreuung brauchen

C: Erwachsene Kinder sollten ihre Eltern bei sich aufnehmen, wenn diese nicht mehr in der Lage sind, alleine zu leben

Antwortkategorien: stimmen zu, stimmen weder zu noch nicht zu, stimmen nicht zu

	%stimmen zu:		
	A	B	C
Total	59%	69%	28%
<u>Sprachregion</u>			
Deutschsprachige Schweiz	56%	65%	25%
Französischsprachige Schweiz	65%	73%	34%
Italienischsprachige Schweiz	78%	84%	43%
<u>Altersgruppe:</u>			
15-24 J.	78%	88%	42%
25-34 J.	70%	79%	40%
35-44 J.	62%	71%	31%
45-54 J.	54%	63%	25%
55-64 J.	46%	59%	18%
65-80 J.	50%	63%	16%

Quelle: Bundesamt für Statistik, Erhebung zu Familien und Generationenbeziehungen 2018

5.3 Junge Familien im Wandel – Entwicklungen der letzten Jahrzehnte

In den 1970er und 1980er Jahren waren familienpolitische Diskurse durch Zerfallsszenarien geprägt, ausgelöst durch eine rasche Zunahme von Scheidungen, rückläufige Geburten- und Heiratsraten sowie die Ausbreitung alternativer Lebensformen (Single, Wohngemeinschaften): „Es gibt wenig Grund anzunehmen, Ehe und Familie in ihrer traditionellen Gestalt könnten und würden als mainstream Modelle für zukünftige Lebensmuster überleben. Diese traditionellen Lebensformen, die sich in unseren Gesellschaften zu einem universellen und quasi-natürlichen Phänomen entwickelt haben, befinden sich nicht einfach in einer Phase weiteren Wandels, sondern sind in einem Ablösungs- und Auflösungsprozess begriffen.“ (Hoffmann-Nowotny 1989: 24).

Die letzten Jahrzehnte haben zwar zu bedeutsamen familialen Wandlungen geführt, aber keineswegs zur Auflösung der Familie als Lebensform. Neben Wandlungen sind interessante Kontinuitäten feststellbar. Paarbeziehungen und Familien erleben in neuerer Zeit sogar eine gewisse Wiederaufwertung. Familiäre Beziehungen sind in einer urbanen Gesellschaft bedeutsam geblieben und in einer als unsicher erlebten Welt werden familiäre Beziehungen und familiäre Unterstützung zusätzlich geschätzt. Die in den 1970er und 1980er Jahren angeführten Szenarien einer Vereinzelung der Gesellschaft oder einer Auflösung der Kleinfamilie durch gemeinschaftliche Lebensformen haben sich nicht erfüllt (vgl. Höpflinger 2017b).

In Kapitel 3 wurden Entwicklung und Wandel der Familiengründung (Heiratsverhalten, Geburtenhäufigkeit) im langfristigen Zeitvergleich angeführt und diskutiert. Die Veränderungen der Familiengründung seit 1970 lassen sich wie folgt zusammenfassen: Durch den Geburtenrückgang stiegen Zahl und Anteil von Familien mit ein bis zwei Kindern an, wogegen kinderreiche Familien mit vier und mehr Kindern seltener wurden. Insgesamt wünschen sich junge Frauen und Männer gegenwärtig durchschnittlich 2.2 Kinder (vgl. Tabelle 13). Die faktische Geburtenrate liegt allerdings seit Jahrzehnten tiefer. Die realisierte Kinderzahl ist geringer als ursprünglich gewünscht. Es verbleiben auch mehr Frauen und Männer kinderlos als dies ihren ursprünglichen Lebensplänen entspricht.

Der Trend zu Kleinfamilien wurde begleitet und teilweise verstärkt durch einen markanten Trend zu späterer Familiengründung. Das durchschnittliche Alter einer Frau bei einer Geburt hat sich nach oben verschoben (vgl. Tabelle 11 und Abbildung 4). Längere Ausbildungszeiten, späteres Eingehen einer festen Partnerbeziehung sowie eine erhöhte Erwerbsbeteiligung bei Frauen gelten als wichtige Ursachen für eine verzögerte Familiengründung. Konsensualpaare (nicht verheiratete Paare, die zusammenleben) haben seit den 1970er Jahren an Bedeutung gewonnen. Allerdings ist in der Schweiz die Ehe nach wie vor verbreitet und vor allem die Geburt eines gemeinsamen Kindes ist häufig Anlass, um zu heiraten. Dennoch zeigt sich ein Trend, dass jüngere Eltern mit gemeinsamem Kind bzw. Kindern häufiger auf eine Eheschließung verzichten als dies bei älteren Elterngenerationen der Fall war.

Die verstärkte Zuwanderung in die Schweiz, eine zunehmende geographische Mobilität junger Menschen sowie eine erhöhte Globalisierung des Partnerschaftsmarktes tragen dazu bei, dass die Heterogenität von Paaren bezüglich ihrer nationalen Herkunft angestiegen ist. Der Anteil von Eheschließungen, in denen beide Personen die schweizerische Nationalität aufweisen, ist zwischen 1970 und 2018 von gut 75% auf 49% gesunken (vgl. Tabelle 6). Häufiger wurden sowohl bi-nationale Eheschließungen (Frau oder Mann ausländischer Nationalität) als auch

Eheschließungen unter Ausländerinnen und Ausländern. Entsprechend wachsen mehr in der Schweiz geborene Kinder mit bi-nationalen oder ausländischen Eltern auf. Dazu kommen Kinder, die im Ausland geboren wurden und später in die Schweiz einwanderten.

Insgesamt wurden Familien multikultureller. Mehr Kinder wachsen in zwei Kulturen und zwei Sprachen auf. Dies kann sich in einer wirtschaftlich globalen Welt für die spätere berufliche Mobilität als Vorteil erweisen. Familiäre Multikulturalität ist primär unter zwei Bedingungen eher spannungsvoll bis konfliktreich: Erstens wenn es sich um bildungsferne und sozial schlecht integrierte Eltern ohne Bildungsansprüche für ihre Kinder handelt. Solche Migrationskinder profitieren von einer frühen familienergänzenden Betreuung. Familiäre Spannungen können sich zweitens ergeben, wenn die Eltern aus paternalistisch-patriarchal geprägten Regionen stammen, deren Werthaltungen zu Familie und zur gesellschaftlichen Stellung der Frauen quer zu unseren individualisierten Werthaltungen stehen.

Der zeitweise markante Anstieg der Scheidungshäufigkeit war der Wandel, der am heftigsten zu Diskussionen zum Zerfall der Familie beitrug. Während 1970 erst 15% aller Ehen geschieden wurden, stiegen die Scheidungsraten bis Ende der 1990er Jahre auf über 40% und zeitweise auf gegen 50% an (vgl. im Detail Kap. 6.1). Die Folge einer Eheauflösung mit (minderjährigen) Kindern ist häufig die Entstehung einer Einelternefamilie, wobei – auch wenn in der Schweiz seit Juli 2014 grundsätzlich ein gemeinsames Sorgerecht gilt – die Kinder zumeist bei der Mutter leben. Auch die Trennung einer Konsensualpartnerschaft, der Tod eines Partners oder einer Partnerin sowie eine außereheliche Geburt können zur Entstehung einer Einelternefamilie und unter Umständen später zur Gründung einer Zweit- oder Fortsetzungsfamilie führen.

Es ist die vermutete Ausbreitung von Einelternefamilien und Fortsetzungsfamilien (oft als ‚Patch-Work‘-Familien bezeichnet), welche mediale Bilder zur erhöhten Vielfalt von Familienformen geprägt haben. Aufgrund unterschiedlicher Daten- und Berechnungsgrundlagen ist es allerdings nicht einfach zu untersuchen, ob und in welchem Masse Einelternefamilien oder Fortsetzungsfamilien an Bedeutung gewonnen haben. Deutlich wird jedoch bei detaillierter Analyse der Entwicklung der letzten Jahrzehnte dennoch ein zentraler Punkt (vgl. Tabelle 33): Die sogenannte ‚normale Kernfamilie‘ (Kinder, die bei ihren biologischen Eltern aufwachsen) verbleibt bis heute die vorherrschende Familienform, namentlich für Kinder im Vorschulalter (Mosimann 2014). Schulkinder und Teenager leben etwas häufiger als früher in Einelternefamilien oder Fortsetzungsfamilien, aber auch hier ist die Zweielternefamilie weiterhin die zahlenmäßig vorherrschende Familienform. Der Anteil an Einelternefamilien – bezogen auf alle Familien mit Kindern unter 18 Jahren – hat sich in den letzten fünfzig Jahren erhöht, aber dieser Anstieg ist deutlich geringer als angesichts steigender Scheidungsraten erwartet wurde.

Der Anteil von Einelternefamilien an allen Familien mit minderjährigen Kindern hat sich zwischen 1960 und 2018 von 8% auf 13% erhöht. Deutlich über neunzig Prozent der Kleinkinder (0-3 Jahre) leben mit ihren biologischen Eltern zusammen. Mit steigendem Alter der Kinder steigt der Anteil derjenigen, die etwa aufgrund einer Scheidung in einer Einelternefamilie leben. Mehr als ein Siebtel der Teenager (13-17 J.) ist mit einer solchen Familiensituation konfrontiert.

Tabelle 33:

Familienhaushalte und Kinder in Familienhaushalten: Paarhaushalte und Einelternfamilien im Zeitvergleich

A) <u>Verteilung nach Haushalten</u>		Paar- haushalte*	Eineltern- familien	Quelle	
Familienhaushalte mit Kindern unter 18 Jahren:					
	1960	92%	8%	1	
	1970	91%	9%	1	
	1980	89%	11%	1	
	1990	91%	9%	2	
	2000	89%	11%	3	
	2018	87%	13%	8	
B) <u>Verteilung nach Kinder</u>		Paar- haushalte*	Eineltern- familien	Quelle	
Kinder 0-4 Jahre	1980	97%	3%	5	
Kinder 5-9 Jahre	1980	95%	5%	5	
Kinder 10-14 Jahre	1980	91%	9%	5	
Kinder 15-19 Jahre	1980	89%	11%	5	
Kinder 0-4 Jahre	2000	93%	7%	6	
Kinder 5-9 Jahre	2000	90%	10%	6	
Kinder 10-14 Jahre	2000	87%	13%	6	
Kinder 15-19 Jahre	2000	84%	16%	6	
		Zwei Eltern**	Eineltern- familien	andere Familienformen***	
Kinder 0-3 J.	2012-2014	95%	4%	1%	7
Kinder 4-12 J.	2012-2014	87%	10%	3%	7
Kinder 13-17 J.	2012-2014	79%	15%	6%	7

* Paarhaushalt (zwei biologische Eltern oder Elternteil mit Stiefelerteil)

** Zwei biologische Eltern (biologische Mutter & biologischer Vater)

*** Kinder, die mit einem Elternteil und Partner/in dieses Elternteils oder ganz ohne Eltern leben (z.B. bei Großeltern, Wohnheimen usw.)

Quellen: 1: Sommer, Höpflinger 1989, 2: Haug 1998, 3: Fux 2005, 4: Mosimann 2014: 5 & 6: Eidg. Volkszählungen 1980 und 2000, vgl. auch Eidg. Departement des Innern 2004, 7: Bundesamt 2017: Grafiken 2.2 & 2.4, 5 & 6, 8: 2018: Bundesamt für Statistik, Strukturerhebung

Insgesamt betrachtet kann in der Schweiz höchstens von einem moderaten Trend zur Pluralisierung von Familienformen ausgegangen werden. Patch-Work-Familien oder Regenbogenfamilien gibt es, aber ihre Verbreitung ist geringer als mediale und politische Diskurse zur Vielfalt modernen Familienlebens andeuten. Was die Vielfalt an Lebensformen betrifft, haben sich alternative Lebensformen jenseits von Paarbeziehungen und Kernfamilien in den letzten Jahrzehnten kaum ausgebreitet. Dies hängt wesentlich damit zusammen, dass sowohl lebenslanges Single-Dasein als auch wohngemeinschaftliche Lebensformen bei jungen

Frauen und Männer großmehheitlich kaum als attraktive Optionen wahrgenommen werden (außer für eine kürzere Lebensphase vor oder nach einer Paarbeziehung). Was sich verändert hat, ist eine erhöhte Toleranz und Akzeptanz in der Bevölkerung gegenüber unterschiedlichen Lebens- und Familienformen. Möglicherweise haben übertriebene mediale Darstellungen alternativer Lebens- und Familienformen dazu beigetragen, dass – obwohl die Familie mit zwei (biologischen) Eltern statistisch vorherrschend bleibt – die Kernfamilie ihre prägende Kraft als Normmodell eingebüßt hat. Die gesellschaftliche Akzeptanz verschiedener Familienmodelle erweitert den Optionsraum selbst für junge Männer und Frauen, die für sich traditionelle Lebens- und Familienbeziehungen entscheiden.

Eine zentrale gesellschaftliche Wandlung der letzten Jahrzehnte ist sicherlich die erhöhte Frauenerwerbstätigkeit. Während in der Schweiz 1960 erst zwei Fünftel aller 15-64-jährigen Frauen in irgendeiner Form erwerbstätig waren, stieg dieser Anteil ab Beginn der 1990er Jahre auf über sechzig Prozent.¹⁰ Die erhöhte Frauenerwerbstätigkeit hat verschiedene Ursachen (bessere schulisch-berufliche Ausbildung von Frauen, Wertewandel der Geschlechtsrollen usw.) (Baumgartner 2008). Ein wichtiger Treiber für eine kontinuierliche Integration junger Frauen in den Arbeitsmarkt ist eine Steigerung der Qualifikationsanforderungen in der Arbeitswelt, wodurch sich längere berufliche Unterbrüche negativ auf spätere Erwerbsmöglichkeiten auswirken. Umgekehrt hat die verstärkte Erwerbsintegration von Frauen die Arbeits- und Familienwelt selbst beeinflusst. So haben sich traditionelle Geschlechtsrollen in der Arbeitswelt abgeschwächt. Zudem wurden vermehrt flexiblere Arbeitsformen eingeführt (Teilzeitarbeit, Jahresarbeitszeiten, Arbeit zuhause, berufliche Wiedereinstiege u.a.m.). Familial wurden partnerschaftliche Paarmodelle und familienergänzende Formen der Kleinkinderbetreuung häufiger.

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern mit Verzögerung erhöhte sich in der Schweiz auch die Erwerbstätigkeit von Müttern. 1980 waren erst rund ein Drittel aller verheirateten Mütter mit Kindern unter 18 Jahren in irgendeiner Form erwerbstätig. Hohe Erwerbsquoten (von über 80%) waren damals nur bei geschiedenen Frauen mit minderjährigen Kindern beobachtbar (Höpflinger et al. 1991: 95). Seither hat sich die Erwerbstätigenquote von Müttern erhöht. 2018 waren gut 76% der Mütter mit Kleinkindern (0-3 J.) erwerbstätig und bei Müttern mit Schulkindern (4-12 J.) waren es 84%.

Während alleinerziehende Mütter schon seit jeher großmehheitlich erwerbstätig waren bzw. sein mussten, haben sich die Erwerbsmodelle bei jüngeren Paaren bzw. jüngeren Eltern in den letzten vierzig Jahren deutlich gewandelt. So hat das klassische Ernährer-Modell (Mann bzw. Vater arbeitet vollzeitlich, Frau bzw. Mutter kümmert sich vollzeitlich um Haushalt und Kinder) seine vorherrschende Stellung eingebüßt. Entsprachen 1970 drei Viertel der Paare mit Kleinkindern diesem Modell, traf dies 2018 nur noch für einen Viertel zu. Die Mehrheit der erwerbstätigen Mütter arbeitet allerdings nicht vollzeitlich. Teilzeitarbeit ist namentlich bei Müttern mit Partner und Kleinkindern verbreitet. Die Mehrheit der heutigen Mütter – sofern sie nicht alleinerziehend sind – kombinieren Berufs- und Familienleben mithilfe eines Teilzeitpensums. Von den erwerbstätigen Müttern mit Kleinkindern (0-3 J.) waren 2018 84% teilzeitlich tätig, im Vergleich zu 14% der Väter von Kleinkindern (vgl. Tabelle 34).

¹⁰ Unterschiede und Veränderungen in der Messung und Definition von Erwerbstätigkeit erschweren allerdings langfristige Zeitvergleiche (vgl. dazu Baumgartner 2008).

Tabelle 34:

Erwerbsmodelle bei Familien mit jungen KindernA) Zeitvergleich 1970 bis 2000 (basierend auf Volkszählungsdaten)

		Paare mit Kindern unter 7 J.			
Mann	Frau	1970	1980	1990	2000
Vollzeit	nicht erwerbstätig	75%	73%	61%	42%
Vollzeit	Teilzeit	12%	14%	23%	37%
Vollzeit	Vollzeit	11%	11%	11%	12%
Teilzeit	Teilzeit	-	-	2%	3%
Andere Modelle*		2%	2%	1%	6%

B) Paare im Alter 25-54 Jahren nach Alter des jüngsten Kindes 2018

		Alter des jüngsten Kindes		
Vater	Mutter	0-3 J.	4-12 J.	13-17 J.
Vollzeit	nicht erwerbstätig	22.2%	17.2%	13.4%
Vollzeit	Teilzeit 1-49%	25.1%	30.6%	27.1%
Vollzeit	Teilzeit 50-89%	23.4%	26.3%	30.5%
Vollzeit	Vollzeit	11.9%	12.1%	16.9%
Teilzeit	Vollzeit	2.0%	2.1%	2.6%
Teilzeit	Teilzeit	9.2%	6.5%	4.5%
Andere Modelle*		2.4%	5.2%	5.0%

* beide nicht erwerbstätig, in Ausbildung sowie – 1970-2000: Frau Vollzeit, Mann Teilzeit.

Quellen: 1970-2000 Paare mit Kindern unter 7 J.: Höpflinger 2004,

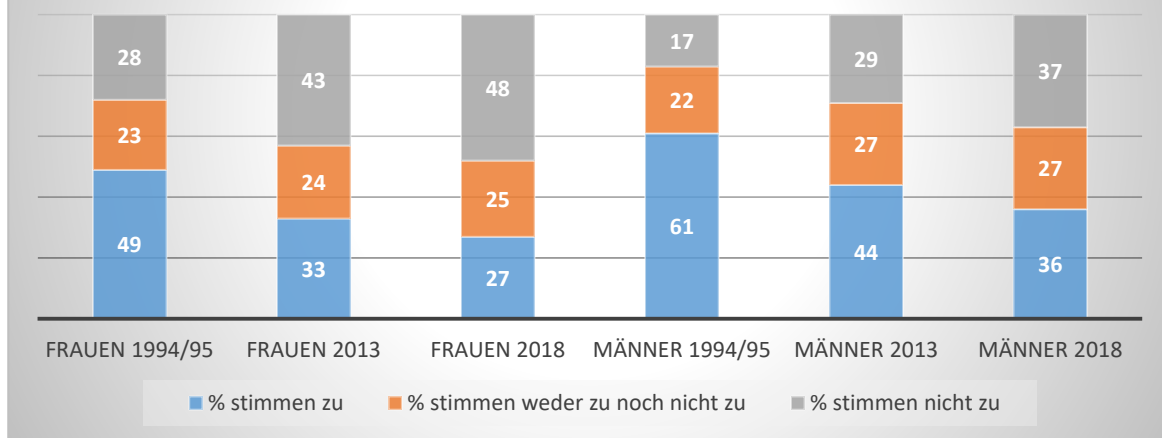
2018: Paare im Alter 25-54 J.: Schweiz. Arbeitskräfteerhebung (gewichtet).

ein teilmodernisiertes Erwerbsmodell (Vater vollzeitlich beruflich engagiert, Mutter teilzeitlich erwerbstätig) verbreitet. Vor allem in Haushalten mit minderjährigen Kindern ist es heute das am häufigsten beobachtbare Erwerbsmodell. Es fand sich 2018 bei gut 49% der Elternpaare mit Kleinkindern (0-3 Jahre) und zu 57% bei Eltern mit 4 bis 12-jährigen Kindern.

Deutlich weniger verbreitet ist einerseits ein Doppelverdiener-Modell. Der Anteil von jungen Familien, in denen Vater und Mutter vollzeitlich berufstätig sind, hat sich kaum wesentlich erhöht (Familien mit Kindern unter 7 J.: 1970: 11%, 2018: 12%). Es ist am ehesten noch bei Familienbetrieben in der Landwirtschaft, im Gewerbe oder Dienstleistungen zu finden. Wenig durchgesetzt hat sich andererseits auch das Modell Halbe-Halbe (Teilzeitarbeit beider Elternteile, kombiniert mit egalitärer Beteiligung an Kinderbetreuung), obwohl Fallstudien die Vorteile einer solchen Familienform illustrieren (Bürgisser 2006, 2017).

Mit der steigenden, wenn auch mehrheitlich teilzeitlichen Erwerbsarbeit von Frauen bzw. junger Mütter haben sich die Werthaltungen zu Geschlechterrollen gewandelt: „Mit Ausnahme der Bedeutung von Familie haben sich zwischen 1970 und 2000 sowohl traditionelle Einstellungen, Geschlechterrollen in Haushalt und Beruf sowie die Wahrnehmung von Geschlechterdiskriminierung massiv gewandelt.“ (Baumgartner 2008: 177) Die angeführte Abbildung (Abbildung 12) verdeutlicht eine sinkende Verbreitung negativer Vorstellungen zur Muttererwerbstätigkeit. Allerdings stimmte auch 2018 mehr als ein Fünftel der 20-49-jährigen Frauen der Aussage zu, dass „ein Kind im Vorschulalter darunter leidet, wenn seine Mutter berufstätig ist“. Bei den 20-49-jährigen Männern waren es noch mehr als ein Drittel.

Abb. 12: Zustimmung zur Aussage "ein Kind im Vorschulalter leidet darunter, wenn seine Mutter berufstätig ist. Frauen und Männer zwischen 20 und 49 Jahren



Quelle: BFS - Erhebung zu Familien und Generationen (EFG) 2013 und 2018; Erhebung zu Familien 1994/95

Unabhängig vom Erwerbsmodell (traditionell-teilmodernisiert-egalitär) und der Familienform (zwei Elternteile, ein Elternteil) bleibt die Tatsache, dass die Lebensphase mit Kindern und vor allem die Lebensphase mit Kleinkindern eine arbeitsmäßig intensive Phase im Leben von Frauen und Männern darstellt (Höpflinger 2016c). Wenn Haus-, Familien- und Erwerbsarbeit zusammengezählt werden, sind junge Eltern mit hohen Arbeitspensen von 60 bis 70 Wochenstunden konfrontiert. Frauen bzw. Mütter leisten weiterhin mehr Haus- und Familienarbeit als Männer bzw. Väter. Dies gilt vor allem in eher ländlichen Kantonen, wogegen in urbanen Kantonen die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in der bezahlten und unbezahlten Arbeit geringer ausfallen (Gasser et al. 2015).

Die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in der Verteilung der Haus- und Familienarbeiten haben sich in den letzten Jahrzehnten zwar nicht aufgelöst, aber doch verringert. In der ersten schweizerischen Untersuchung zur Zeitverwendung von 1979/80 leisteten die Mütter mit Kindern unter 10 Jahren 7.5mal mehr Haushaltsarbeitsstunden als die Väter (Bundesamt für Statistik 1981). 1991 leisteten junge Mütter 5mal mehr unbezahlte Haus- und Familienarbeit als junge Väter (Bundesamt für Statistik 1993). 2016 waren junge Mutter nur noch gut 1.6mal stärker involviert. Diese Entwicklung widerspiegelt einerseits die Tatsache, dass sich die Beteiligung von Männern an der Haus- und Familienarbeit in den letzten Jahrzehnten erhöht hat. Gleichzeitig hat sich andererseits der zeitlicher Arbeitsaufwand für Haushaltsarbeiten – etwa für Waschen, Kochen usw. – verringert, etwa durch Einsatz arbeitssparender Haushaltstechnologien, Einsatz von Fertiggerichten usw.

Zwar sind Männer bzw. Väter heute familial stärker engagiert (etwa in der Kinderbetreuung) als früher, dennoch übernehmen gemäß der Erhebung zu Familien und Generationen 2018 in Paarhaushaltungen mit Kindern unter 13 Jahren die Mütter weiterhin mehrheitlich die Hauptverantwortung für die Kinderbetreuung. Mehrheitlich von den Müttern übernommen werden Aufgaben wie Kleinkinder anziehen oder Kindern bei den Schulaufgaben zu helfen. In 74% der Familien mit Kindern unter 13 Jahren ist es die Mutter, die zu Hause bleibt, wenn ein

Kind erkrankt. Die Aufteilung der Kinderbetreuung zwischen Mutter und Vater variiert in Abhängigkeit von Wohnort, Erwerbsmodell und Bildungsniveau beider Partner: Je urbaner das Milieu, je egalitärer das Erwerbsmodell und je höher das Bildungsniveau beider Partner, desto häufiger werden Kinderbetreuungsaufgaben gemeinsam übernommen (Schempp et al. 2015).

Die gesellschaftlichen Diskurse zu Familien bewegen sich seit Jahrzehnten zwischen einer Idealisierung der Familie – basierend auf nostalgischen Fehleinschätzungen zur Familie von früher – und der Betonung von Problemfamilien oder eines Zerfalls familialer Strukturen. So wird in manchen Diskussionen und medialen Darstellungen der Anstieg in Zahl und Anteil von Einelternfamilien und Fortsetzungsfamilien überschätzt. Eine genauere Analyse illustriert, dass namentlich für Familien mit Kleinkindern die Zweielternfamilie weiterhin die vorherrschende Familienform darstellt. Im Zeitvergleich werden in den letzten Jahrzehnten sowohl Kontinuitäten (bezüglich Kinderwunsch, Vorherrschaft von Familien mit wenigen Kindern) als auch Veränderungen familialer Verhältnisse (verzögerte Familiengründung, mehr multikulturelle Familien) erkennbar. Bei einigen wichtigen Dimensionen familialen Lebens zeigt sich ein Muster einer Teil-Modernisierung, etwa bezüglich Entwicklung der Erwerbsmodelle bei jungen Eltern. Junge Väter engagieren sich zwar stärker, aber die Hauptverantwortung für die Kinderbetreuung bleibt mehrheitlich weiterhin bei den Müttern.

Auffallend ist zudem, dass sich zeitweise propagierte neue Erwerbsformen – von Doppelverdiener-Familien mit zwei vollzeitlich erwerbstätigen Eltern bis zu egalitären Erwerbs- und Familienmodellen (beide Eltern arbeiten teilzeitlich und beide engagieren sich in gleichem Masse bei der Kinderbetreuung) – weniger verbreitet haben als erwartet wurde. Ebenso haben alternative Familienformen kaum an Bedeutung gewonnen. So gibt es weiterhin wenig Fälle familialer Rollenumkehrungen (Vater vollamtlich als Hausmann und Kinderbetreuer tätig, Mutter vollzeitlich erwerbstätig). Auch gemeinschaftliche Wohn- und Familienformen bleiben verhältnismässig selten. Die Mehrheit der gemeinschaftlichen Lebensformen sind – wenn von studentischen Wohngemeinschaften abgesehen wird – Hausgemeinschaften (Kombination einer privaten Wohnung mit gemeinschaftlichen Elementen).¹¹ Selbst die zeitweise populäre Gestalt eines lebenslangen Singles – als Ausdruck einer hyperindividualisierten Gesellschaft – hat an Kraft eingebüßt und seit den 1990er Jahren hat sich langjähriges Single-Leben vom „Leitbild zum Leidsbild“ gewandelt (Hradil 2003). Nichtfamiliale Lebens- und Haushaltsformen beschränken sich weitgehend auf eine vorfamiliale Lebensphase jugendorientierter Erwachsener und auf eine nachfamiliale Phase nach dem Auszug von Kindern. In jedem Fall haben sich Lebensformen jenseits von Partnerschaft und Familie überraschend wenig durchgesetzt. Das Modell der Kernfamilie hat seine Dominanz beibehalten (selbst wenn in einer Gesellschaft mit hoher Lebenserwartung das Leben mit Kleinkindern insgesamt nur eine relativ kurze Lebensphase darstellt).

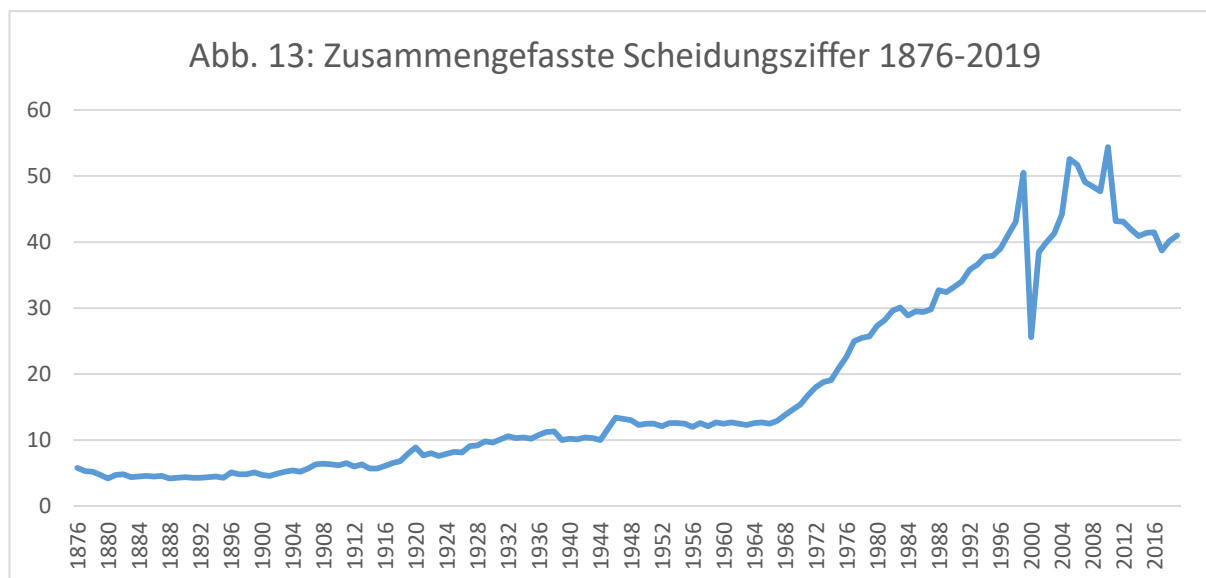
¹¹ Zur Geschichte gemeinschaftlicher Wohnformen, vgl. Schmid 2019.

6 Familienauflösung – Scheidung und Verwitwung

In diesem Kapitel werden Entwicklung von Scheidungen (Ehetrennungen) und Verwitwung (Partnerverlust) vorgestellt und diskutiert. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass sich statistische Angaben zu Scheidungen und Verwitwung jeweils nur auf verheiratete Personen beziehen. Trennung oder Partnerverlust bei nichtehelichen Lebensformen sind nicht einbezogen. Dies ist bei der Interpretation der jeweiligen Daten zu berücksichtigen, vor allem zu Zeiten, in denen außereheliche Partnerbeziehungen häufig vorkommen.

6.1 Scheidungen

Eine für die Schweiz gültige rechtliche Grundlage zur Ehescheidung besteht seit 1874. Vorher war eine Ehescheidung in verschiedenen Kantonen gesetzlich nicht vorgesehen. Seit 1876 liegen Daten zur zusammengefassten Scheidungsziffer vor (vgl. Abbildung 13). Dieser Indikator beruht auf der Summe der ehedauerspezifischen Scheidungsraten und erfasst den Anteil an Ehen, die mit einer gerichtlichen Auflösung enden. Da es sich allerdings um eine Querschnittsbetrachtung handelt, kann der Indikator durch kurzfristige Verhaltensänderungen (etwa aufgrund gesetzlicher Reformen) beeinflusst werden. So kam es vor der Einführung eines neuen Scheidungsrechts 2000 zu mehr Scheidungen und danach zu weniger Scheidungen (was zu starken Schwankungen der zusammengefassten Scheidungsziffer führte).



Quelle: Bundesamt für Statistik, Statistik der Bevölkerungsbewegungen

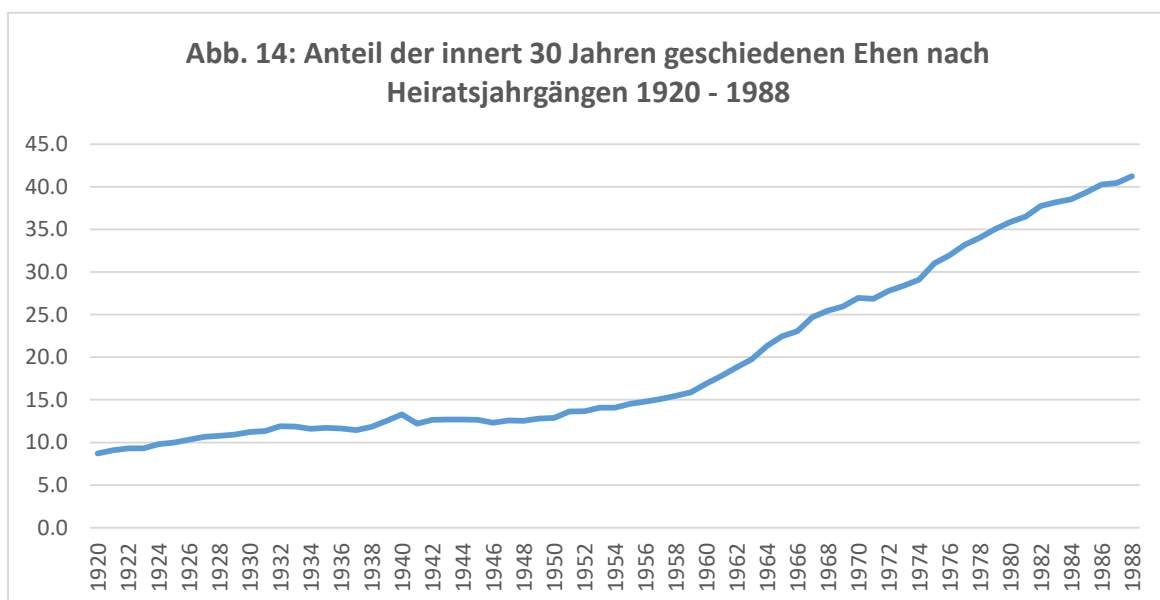
Bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Scheidungshäufigkeit gering. Nur zwischen 4% bis 6% der Ehen wurden gerichtlich aufgelöst; einerseits weil die gesetzlichen Scheidungsgründe restriktiv ausgelegt wurden; andererseits weil eine Ehescheidung gesellschaftlich verpönt und kirchlich negativ sanktioniert wurde.

Nach der Jahrhundertwende stieg die Scheidungshäufigkeit allmählich an, wobei der I Weltkrieg und die späteren Wirtschaftskrisen mit ihren Folgen (langjährige Trennung von Paaren, soziale Umbrüche) dafür sorgten, dass Scheidungen häufiger wurden. 1929 erreichte die Scheidungsziffer erstmals den Wert von 10% und bis 1944 lag sie zwischen 10% bis 11%. In den Nachkriegsjahren erhöhte sich die Scheidungshäufigkeit nur leicht und von den Ehen

der späten 1940er und frühen 1950er Jahren erfuhren 12% bis 13% eine gerichtliche Auflösung. Die damaligen gesellschaftlichen Normen waren noch durch eine prinzipiell negative Haltung gegenüber geschiedenen Frauen und Scheidungskindern gekennzeichnet.

Ein rascher Anstieg der Scheidungshäufigkeit in der Schweiz ergab sich ab Ende der 1960er Jahre. Die wirtschaftliche Hochkonjunktur verringerte einerseits die negativen wirtschaftlichen Folgen einer Eheauflösung und mehr Frauen als früher konnten sich dank eigener Erwerbsarbeit von einer unglücklichen Ehebeziehung lösen. Andererseits haben die damaligen Jugend- und Studentenbewegungen sowie die Auflösung sozialer und familialer Traditionen den institutionellen Charakter der Ehe als lebenslange Gemeinschaft aufgebrochen. Eine gerichtliche Eheauflösung wurde zur sozial akzeptierten Lösung für Eheprobleme. Die Scheidungshäufigkeit stieg zwischen 1968 und 1978 von 14% auf 26%, um 1983 den Wert von 30% zu erreichen. Auch anschließend erhöhte sich die Scheidungshäufigkeit weiter, um 1997 erstmals die 40% Marke zu erreichen.

Am 1. Januar 2000 trat ein neues Scheidungsrecht in Kraft. Damit wurde eine verschuldungsunabhängig Scheidung sowie eine Scheidung auf gemeinsames Begehren möglich. Zudem wurde eine Scheidung auf Klage nach Ablauf einer Trennungszeit von vier Jahren verankert. Gleichzeitig wurde eine ausgewogene Regelung der wirtschaftlichen Scheidungsfolgen eingeführt (wie eine hälftige Teilung der während der Ehe aufgebauten beruflichen Rentenansprüche). Als Reaktion wurden vorgängig Scheidungen vorgezogen, was zu einer vorübergehenden Erhöhung der Scheidungsziffer auf 51% und tieferen Zahlen in den Jahren nach der Gesetzesrevision führte. Ab 1. Juni 2004 wurde die Trennungsfrist bei Scheidung auf Klage von vier auf zwei Jahre reduziert. Im Januar 2011 trat eine neue Zivilprozessordnung in Kraft, welche die bisher 26 kantonalen Zivilprozessordnungen ersetzte (womit Bestimmungen zum Scheidungsverfahren national geregelt wurden). In den letzten Jahren ging die Scheidungshäufigkeit leicht zurück, aber sie bleibt bis heute beträchtlich (2018: 39%) (vgl. auch Rausa 2020).



Auch die Angaben zum Scheidungsverhalten spezifischer Ehejahrgänge illustrieren die Erhöhung der Scheidungswahrscheinlichkeit seit den 1960er Jahren (Abbildung 14). Während von den 1920 bis 1950 geschlossenen Ehen zwischen 9% bis 13% gerichtlich aufgelöst wurden,

waren es bei den in den späten 1960er Jahren geschlossenen Ehen mehr als zwanzig Prozent und bei Ehen aus den späten 1970er Jahre schon mehr als ein Drittel. Bei den Ehejahrgängen 1986-1988 haben bis zum 30. Ehejahrschon zwei Fünftel (40-41%) ihre Ehe gerichtlich aufgelöst.

In den letzten Jahrzehnten wurden vermehrt langjährige Ehebeziehungen aufgelöst. Die durchschnittliche Ehedauer bei einer Scheidung stieg seit den 1990er Jahren an und der Anteil von Scheidungen nach 20 Ehejahren lag 2018 schon bei fast einem Drittel (Tabelle 35). Scheidungen nach kurzer Ehedauer (4-5 Jahre) sind zwar weiterhin häufig, aber vermehrt lassen sich ältere Ehepaare – etwa nach ihrer Pensionierung – scheiden (Perrig-Chiello 2017). Dementsprechend hat sich der Anteil der Scheidungen von Paaren mit unmündigen Kindern reduziert. Eine knappe Mehrheit der Scheidungen im Jahre 2018 betraf Paare ohne Kinder bzw. Paare mit schon erwachsenen Kindern. Dadurch hat sich die Zahl der von einer Scheidung der Eltern betroffenen unmündigen Kinder seit 2010 leicht reduziert (2010: 9596 betroffene Kinder, 2018: 7555). Umgekehrt erleben mehr erwachsene Kinder eine Ehetrennung ihrer Eltern.

Eine zweite Eheschließung nach einer Scheidung ist häufig, speziell wenn eine zweite Liebe der Grund für eine Trennung von der ersten Partnerbeziehung darstellt. Die Wiederverheiratungsraten der Geschiedenen stiegen zwischen den 1970er und 1990er Jahren an, um allerdings in den letzten Jahren wieder zu sinken (primär weil heute nach einer Scheidung vermehrt unverheiratet zusammengelebt wird).

Tabelle 35:
Scheidungen – einige sozio-demografische Merkmale: Schweiz 1970, 1990 und 2019

	1970	1990	2019
Durchschnittliche Ehedauer bei Scheidung	11.6 J.	11.9 J.	15.4 J.
%-Anteil Scheidungen nach 20 Ehejahren	15%	22%	31%
%-Scheidungen ohne unmündige Kinder	40%	48%	54% (2018)
<u>Wiederverheiratungsraten der Geschiedenen:</u>			
Männer	39%	66%	44%
Frauen	38%	59%	39%

Quelle: Bundesamt für Statistik, Statistik der Bevölkerungsbewegung, vgl. auch Rausa 2020.

Die gesellschaftlichen Ursachen der erhöhten Scheidungshäufigkeit in modernen europäischen Gesellschaften sind umstritten (davon abhängig, ob mehr Scheidungen als Hinweis auf einen Zerfall der Familie oder als rationale Problemlösung bei Ehekonflikten interpretiert wird). Als Faktor wird oft eine liberalere Gesetzgebung bezüglich einer Eheauflösung gesehen, wobei ein Anstieg der Scheidungshäufigkeit in verschiedenen Ländern schon vor den entsprechenden Gesetzesrevisionen einsetzte (Sardon 1986). Frauenemanzipation und erhöhte Frauenerwerbstätigkeit werden ebenfalls oft als Ursache wahrgenommen und sicherlich haben verbesserte Chancen von Frauen ihre wirtschaftliche Sicherheit nach und jenseits einer Ehe zu gewährleisten mitgeholfen, dass Ehekonflikte via Scheidung gelöst wurden. Bedeutsam war

zudem auch der weitgehende Wegfall einer sozialen Stigmatisierung von geschiedenen Frauen und Männern.

Aus soziologischer Sicht liegt der zentrale Faktor der erhöhten Scheidungshäufigkeit in einem grundlegenden Wandel des Ehe- und Familienmodells: An Stelle eines institutionell geprägten Ehe- und Familienmodells trat ein partnerschaftliches Ehe- und Familienmodell, das primär die gegenseitige, aber individualisierte Intimität und Solidarität der Familienangehörigen (Paar, Kinder) betont. Insofern gegenseitige Liebe und Verständnis als die Basis der modernen Zweierbeziehung betrachtet werden, impliziert das Verschwinden der emotional-affektiven Basis die grundsätzliche Möglichkeit einer Trennung dieser Beziehung, weil in einer Liebesehel die Ehe ohne Liebe sinnlos wird (Roussel 1980). Gleichzeitig hat der allgemeine Rückgang bindender Werte die Idee einer Unauflöslichkeit der Ehe aufgebrochen. Während Frauen vormals bei schlechten Eheverhältnissen ihre Hoffnung aufgaben, halten sie heute "an ihren Hoffnungen fest - und geben die Ehe auf." (Beck-Gernsheim 1986: 224) So betrachtet ist die erhöhte Scheidungshäufigkeit kein Hinweis auf einen Bedeutungsschwund von Partnerschaften, sondern "in der Hauptsache ein indirektes Kompliment an das Ideal der modernen Ehe und gleichermaßen ein Zeugnis für deren Schwierigkeiten." (Berger, Berger 1984: 202) Neben diesem Wertwandel haben in den letzten Jahrzehnten in einigen sozialen Milieus allerdings auch wirtschaftliche Krisen und soziale Desintegrationsprozesse zu mehr Eheauflösungen beigetragen.

Die konkreten Gründe für eine Ehescheidung können im Einzelnen vielfältig sein, von Ehekonflikten, divergierenden persönlichen Entwicklungen bis zum Auftreten eines attraktiven neuen Partners bzw. einer neuen Partnerin. Befragt man Geschiedene nach Gründen für die Auflösung der Ehe stehen Unzufriedenheit mit dem Partner bzw. der Partnerin, gegenseitige Kommunikationsschwierigkeiten, enttäuschte Erwartungen, erloschene Liebe und Gleichgültigkeit des Partners sowie täglicher Stress im Vordergrund (Bodenmann et al. 2002). In nicht wenigen Fällen ist Gewalt in der Ehe oder ein Suchtproblem ein zentraler Scheidungsgrund. Während bei jungen Ehen eher finanzielle Probleme, Rollenkonflikte oder Unstimmigkeiten bei der Kindererziehung geltend gemacht werden, findet man bei länger dauernden Beziehungen häufiger Scheidungsgründe, die direkt mit der Partnerschaft und dem Partner zusammenhängen, wie unterschiedliche Interessen und Einstellungen oder Verlust des Liebesgefühls (Perrig-Chiello 2017). Frauen geben in der Regel mehr Trennungs- und Scheidungsgründe an als Männer. Sie nennen beispielsweise häufiger Kommunikationsprobleme, Mangel an Respekt oder Gleichgültigkeit des Partners. Frauen in langjährigen Partnerschaften geben oft auch fehlende Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb der Partnerschaft als wichtigen Scheidungsgrund an. Längsschnittstudien bei Ehepaaren belegen, dass vor allem Defizite in der ehelichen Kommunikation und Problemlösung das Scheidungsrisiko erhöhen. Besonders negative Folgen haben destruktive Kritik, verächtliche Kommunikation und emotionaler Rückzug des Partners bzw. der Partnerin (Bodenmann et al. 2002; Bodenmann, Schär 2008).

6.2 Verwitung – Partnerverlust durch Tod

In vorindustriellen Gesellschaften mit geringer Lebenserwartung war frühe Verwitung ein häufiges Schicksal. Ehen dauerten oft nur kurz und die Ehedauer bis zum Tod der Ehefrau bzw. des Ehemannes war geringer als heute. In der Stadt Basel lag die durchschnittliche Ehedauer bis zur Verwitung in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts bei gut 20 Jahren und Ende des 18. Jahrhunderts bei etwas weniger als 28 Jahren. In der Gemeinde Zollikon (Kanton Zürich) lag sie zwischen 1650 und 1750 bei 24 bis 25 Jahren (Letsch 2017: 556). Heute liegt die durchschnittliche Ehedauer bis zum Partnerverlust durch Tod bei mehr als 48 Jahren. Da Männer nach einer Verwitung auch in früheren Perioden häufiger erneut heirateten, war die Zahl an Witwen in der vorindustriellen Schweiz höher als die Zahl an Witwern. Im Kanton Zürich wurden 1764 14'061 Witwen und 6'575 Witwer gezählt (Letsch 2017: 543) und in der Stadt Genf kamen 1798 auf 100 Witwer gut 210 Witwen (Mattmüller 1987: 641).

Das Risiko – speziell von Frauen – vor dem 60. Altersjahr eine Verwitung zu erfahren, blieb bis ins 19. Jahrhundert hoch. Mit der steigenden Lebenserwartung sank die Wahrscheinlichkeit eines frühen Partnerverlusts allerdings rasch. Entsprechend hat sich der Anteil von verwitweten 60-65-Jährigen im Zeitverlauf reduziert und dies gilt auch für höhere Altersgruppen. Zwischen den Geburtsjahrgängen 1836/40 und 1936/40 reduzierte sich der Anteil der Witwen bei den 80-84-jährigen Frauen von 74% auf 44% und bei den gleichaltrigen Männern von 57% auf 14% (vgl. Tabelle 36).

Bei diesen Zahlen ist allerdings zu berücksichtigen, dass sie nur den Anteil an verwitweten Personen aufzeigen, nicht jedoch die Häufigkeit einer Verwitung (da ein Teil der verwitweten Personen erneut heiratet und damit zum Zivilstand ‚verheiratet‘ wechseln).

Tabelle 36:

Verwitwete Frauen und Männer in verschiedenen Geburtsjahrgängen

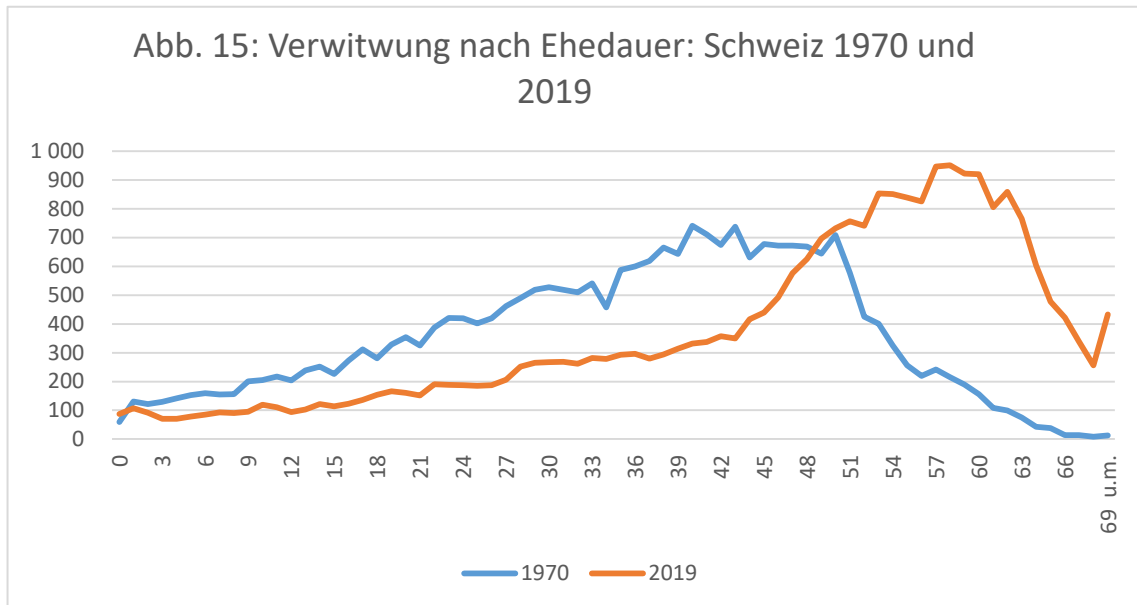
	%verwitwet im Alter von:		
	60-64 J.	70-74 J.	80-84 J.
Frauen der Geburtsjahrgänge:			
- 1836/40	36.8%	58.5%	73.5%
- 1846/50	37.6%	58.1%	72.4%
- 1856/60	34.3%	54.1%	70.6%
- 1866/70	31.2%	51.6%	68.7%
- 1876/80	28.5%	48.4%	67.0%
- 1886/90	25.3%	44.7%	64.3%
- 1896/1900	21.6%	41.3%	61.7%
- 1906/10	19.5%	38.3%	60.0%
- 1916/20	18.7%	37.1%	57.7%
- 1926/30	16.9%	31.0%	53.7%
- 1936/40	12.1%	24.9%	44.3% *
- 1946/50	8.3%	17.9%*	-
- 1956/60	6.8% *	-	-

	%verwitwet im Alter von:		
	60-64 J.	70-74 J.	80-84 J.
Männer der Geburtsjahrgänge:			
- 1836/40	16.2%	33.5%	56.7%
- 1846/50	15.6%	32.2%	53.6%
- 1856/60	13.9%	28.9%	51.8%
- 1866/70	12.2%	26.2%	48.5%
- 1876/80	10.0%	23.0%	43.6%
- 1886/90	7.2%	17.3%	36.6%
- 1896/1900	5.6%	14.1%	31.2%
- 1906/10	4.3%	11.3%	25.2%
- 1916/20	3.9%	9.7%	20.0%
- 1926/30	3.5%	7.6%	17.9%
- 1936/40	2.7%	6.6%	14.4% *
- 1946/50	2.1%	5.1% *	-
- 1956/60	1.7%*	-	-

*Basierend auf Angaben für 2018

Quelle: Eidg. Volkszählungen und ab 2000: Statistik der Bevölkerungsbewegung (eigene Umrechnungen)

Abbildung 15 illustriert ebenfalls die zeitliche Verschiebung von Verwitwung in den letzten vier Jahrzehnten. In vielen Fällen erfolgt ein Partnerverlust erst nach mehr als 50 Ehejahren (und die allermeisten verwitweten Personen befinden sich gegenwärtig im Rentenalter).



Quelle: Bundesamt für Statistik: Statistik der Bevölkerungsbewegungen

Partnerverlust durch Tod bedeutet heute zumeist das Ende einer langjährigen Partnerschaft, mit allen persönlichen und familialen Konsequenzen die sich aufgrund der Beendigung einer engen und intimen Lebens- und Haushaltsgemeinschaft für den überlebenden Partner bzw. die überlebende Partnerin ergeben. Entsprechend gilt Verwitwung als bedeutsames kritisches Lebensereignis mit negativen psychischen und sozialen Folgen. Vor allem die erste Zeit nach einer Verwitwung ist durch eine erhöhte Anfälligkeit für körperliche und psychische Erkrankungen gekennzeichnet. Die Bewältigung einer Verwitwung hängt längerfristig sowohl von den Umständen des Partnerverlustes als auch von den sozialen und psychischen Ressourcen des überlebenden Partners oder der überlebenden Partnerin ab. „Eines der häufigsten Befunde der Trauerforschung ist, dass Personen, die zuvor an psychischen Störungen litten (z.B. klinische Depression oder Angststörungen), mit hoher Wahrscheinlichkeit auch im Umgang mit einem Verlust Schwierigkeiten erleben. Folglich gelten vorangegangene psychische Probleme als erheblicher Risikofaktor. Dasselbe gilt für Verluste, die unter gewaltsamen und unerwarteten Bedingungen stattfinden.“ (Boerner 2012: 233) Ein Zeitvergleich der subjektiven Bilanzierung einer Verwitwung im Alter liess folgendes erkennen (Höpflinger et al. 2013, Perrig-Chiello et al. 2015):

Zum ersten werden finanzielle Probleme einer Verwitwung in neueren Erhebungen seltener erwähnt. Dies ist damit verbunden, dass in der Schweiz die Altersvorsorge in den letzten Jahrzehnten ausgebaut wurde. Zum zweiten wird ein Mangel an sozialen Kontakten nach einer Verwitwung in aktuelleren Erhebungen weniger häufig angeführt, was mit einer verbesserten sozialen Integration und verstärkten familialen wie außerfamilialen Sozialbeziehungen älterer Menschen verbunden sein dürfte.

Während sich bei den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten (finanzielle Probleme, soziale Kontakte) eher Verbesserungen in der Lebenslage nach einer Verwitwung zeigen, ist dies bei den psychischen Dimensionen (wie Einsamkeit, Lebenssinn) nicht der Fall. Sinnzweifel werden je nach Erhebungsjahr von einem Fünftel bis einem Viertel der verwitweten Befragten angeführt. Auch der Zwang nach einem Partnerverlust, allein verantwortlich zu sein und alles

selber zu machen, wird von manchen Befragten als schwerwiegende Herausforderung eingestuft. An erster Stelle der negativ erlebten Aspekte einer Verwitwung steht Einsamkeit.

Was sich in den letzten hundert Jahren kaum verändert hat, ist auch die Tatsache, dass Verwitwung hauptsächlich ein Frauenschicksal darstellt. Frauen erleiden deutlich häufiger eine Verwitwung als Männer und in allen Altersgruppen sind Witwen häufiger als Witwer. Dies ist auf drei Faktoren zurückzuführen: Erstens weisen Frauen eine insgesamt höhere Lebenserwartung auf als Männer (wodurch sie häufiger ihren Partner überleben). Zweitens ehelichen Männer in den meisten Fällen eine jüngere Partnerin und ein großer Altersunterschied zwischen Ehemann und Ehefrau erhöht das Risiko den Partner zu überleben. Drittens tendieren Männer nach einer Verwitwung häufiger als Frauen dazu, erneut zu heiraten (vgl. Tabelle 37). Ein Grund ist, dass Männer für ihr Wohlbefinden stärker auf eine Partnerbeziehung angewiesen sind als Frauen. Ein anderer Grund ist aber, dass Männer im Alter – als demografische Minderheit – bessere ‚Heiratschancen‘ vorfinden als Frauen.

Die Heiratsziffern von Verwitweten zeigen allerdings seit 1970 eine sinkende Tendenz, weil mehr Verwitwungen in einem hohen Alter stattfinden, wo eine Zweitheirat weniger in Betracht kommt, aber auch weil mehr verwitwete Personen zwar erneut eine Partnerschaft pflegen, aber keine formelle Ehe eingehen.

Tabelle 37:

Wiederverheiratung von Verwitweten: Schweiz 1970, 1990 und 2019

	1970	1990	2019
Zusammengefasste Heiratsziffer von Verwitweten:			
Frauen	6%	2%	2%
Männer	19%	11%	6%
Durchschnittsalter bei Wiederverheiratung			
Frauen	52 J.	50 J.	58 J.
Männer	61 J.	63 J.	76 J.

Quelle: Bundesamt für Statistik, Statistik der Bevölkerungsbewegung

7 Migration – Auswanderung und Zuwanderu

Das Gebiet der Schweiz war jahrhundertlang ein Auswanderungsland in dem Sinne, dass mehr Menschen aus der Schweiz wegzogen als in die Schweiz einwanderten. Erst im späten 19. Jahrhundert kehrte sich das Muster und seither überwiegt Zuwanderung in die Schweiz gegenüber Abwanderung aus der Schweiz. In einem ersten Teil wird die Auswanderungsgeschichte der Schweizer und Schweizerinnen angeführt. In einem zweiten Teil werden Zuwanderungsprozesse in die Schweiz diskutiert.¹² Wenn es um (internationale) Migration geht, sind allerdings vorerst einige konzeptuelle Aspekte zu klären (auch weil Migration ein vielfältiges und vielschichtiges Phänomen darstellt).

7.1 Migrationsprozesse – konzeptuelle Aspekte

Migrationsbewegungen sind bedeutsame demografische Einflussfaktoren der Bevölkerungsentwicklung. Migrationsbewegungen¹³ verändern Bevölkerungszahl und Bevölkerungsstruktur sowohl des Auswanderungskontextes als auch des Einwanderungskontextes; beispielsweise in die Richtung, dass der Auswanderungskontext einen Verlust an Personen und eine verstärkte demografische Alterung erfährt, wogegen im Einwanderungskontext die Bevölkerungszahlen ansteigen und sich die Bevölkerung demografisch verjüngt.

Migrationsprozesse können unterschiedliche Formen annehmen, von einem kleinräumigen Wohnungswechsel einer einzelnen Familie bis zu massenhaften Fluchtbewegungen oder Kontinente überschreitenden Auswanderungszügen ganzer Bevölkerungsgruppen. Angesichts der Vielfältigkeit von Migrationsprozessen ergeben sich immer wieder Diskussionen zu Definition, Erfassung und Beurteilung von Ab- und Zuwanderungsprozessen.

Im Allgemeinen kann jede Ortsveränderung von Personen bzw. jeder Wechsel des Hauptwohnsitzes einer Person als Migrationsbewegung eingestuft werden. Es geht um einen räumlich-geografischen Ortswechsel, wobei zumeist auch Aspekte der Dauerhaftigkeit betont werden, um kurzfristige räumliche Bewegungen, wie touristisches Reisen oder berufliches Pendeln auszuschließen. Die Bandbreite zwischen einer kleinräumigen Ortsveränderung bis zum Wechsel gesellschaftlicher Zugehörigkeiten durch kulturübergreifende Migrationsprozesse ist allerdings enorm.

In den letzten Jahrzehnten haben zwei Entwicklungen die Migrationskonzepte weiter aufgeweicht:

Erstens ist fast die ganze Welt aufgrund moderner Verkehrs- und Kommunikationsmittel zu einem jederzeit erreichbaren Raum geworden. Eine Auswanderung nach Amerika bedeutete bis zum 20. Jahrhundert eine fast irreversible Entscheidung und häufig den Verlust aller Kontakte zum Herkunftskontext und den zurückgebliebenen Verwandten. Heute sind viele Migrationsbewegungen reversibel und Kontakte zu den zurückgebliebenen Familienmitgliedern sind digital jederzeit möglich. Damit ist sozusagen nahezu jede Migration zu einer

¹² Prozesse der Binnenmigration (Wohnortswechsel innerhalb der Schweiz) inkl. Landflucht und Verstädterung werden in Kapitel 8 analysiert.

¹³ Während früher von Wanderungsbewegungen gesprochen wurde, wird in der modernen Forschungsliteratur primär der Begriff Migration benützt, da der Begriff der Wanderung im Alltagsverständnis heute eher auf Freizeitverhalten angewendet wird, z.B. Bergwanderung.

‚kleinräumigen Migration‘ geworden (wo man sich – zumindest digital – jederzeit überall kontaktieren kann).

Zweitens schließt eine internationale Migration nicht zwangsläufig einen Gruppen- oder Gesellschaftswechsel ein, beispielsweise wenn im Einwanderungskontext neue ethnische (Parallel)-Strukturen aufgebaut werden oder neue transnationale soziale Gruppierungen entstehen. Man kann auch in der ‚Fremde‘ zuhause verbleiben, etwa wenn Italiener in der Schweiz italienische Geschäfte besuchen und italienische Fernsehsendungen sehen. Zusätzlich verstehen sich einige moderne Berufsgruppen bewusst als transnationale Akteure, die in einer Geschäftswelt leben, in der Transnationalität ein zentraler Teil ihrer beruflichen und kulturellen Lebenslage und Identität bildet.

Die gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und demografische Bedeutung von Migrationsbewegungen in ihren vielfältigen Formen ist enorm. "Man übertreibt sicher nicht, wenn man behauptet, die Geschichte der Menschheit sei auch eine Geschichte der Wanderungen." (Hoffmann-Nowotny 1988b: 21) Umso erstaunlicher erscheint, dass selbst die Migrationsforschung lange Zeit implizit oder explizit von der Grundannahme ausging, der Mensch sei ein prinzipiell sesshaftes Wesen. Damit wird Migration - und nicht das Verbleiben am gleichen Ort - erklärungsbedürftig. Daniel Kubat und Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny (1981) haben dieses Metaparadigma der Sesshaftigkeit schon zu Beginn der 1980er Jahre grundsätzlich in Frage gestellt: "In Umkehrung des klassischen Metaparadigma von Migration nehmen wir an, dass der Mensch von Natur aus mobil ist." (312).

Zur Unterscheidung und Konkretisierung verschiedener Formen von Migrationsbewegungen wurden diverse Typologien vorgeschlagen und entwickelt (Benson et al. 2016, Krishnan, Odynak 1987; Düvell 2006). Dabei stehen vor allem vier Unterscheidungskriterien im Zentrum:

a) räumliche Kriterien: Unterscheidungskriterium ist die geografische Distanz der räumlichen Bewegung. So lässt sich ein kleinräumiger Wohnungswechsel von einer internationalen oder interkontinentalen Auswanderung unterscheiden. Häufig werden intrakommunale, interregionale und internationale Migration differenziert, da die vorhandenen statistischen Migrationsdaten von politischen Grenzziehungen ausgehen. Nationale Grenzziehungen wirken insofern auf Migrationsprozesse, als innerhalb eines Landes zumeist das Prinzip der Niederlassungsfreiheit vorherrscht, wogegen internationale Migrationsbewegungen vielfach politischen Regelungen und Kontrollen unterworfen sind. Soziologisch sind räumliche Kriterien insofern bedeutsam, als Distanz, Form und Motiv einer räumlichen Bewegung wechselseitig assoziiert sind. Ein kleinräumiger Wohnungs- oder Wohnortswechsel ist häufig mit Faktoren des Wohnungsmarktes sowie mit Aspekten des Lebenszyklus verbunden (beispielsweise Wegzug aus dem Elternhaus, Zusammenziehen mit Partnerin, Wohnwechsel nach Familiengründung usw.). Großräumige Migrationsbewegungen sind hingegen häufiger mit wirtschaftlichen oder politischen Faktoren verknüpft; etwa mit Unterschieden in Einkommens- und Arbeitsmarktchancen zwischen Regionen oder Nationen, Flucht und Vertreibung während (Bürger)-Kriegen usw.

b) zeitliche Kriterien: Diesbezüglich wird zwischen temporärer Migration (z.B. saisonale Arbeitsmigration, Studienjahre im Ausland,) und dauerhaftem Wohnwechsel - wie eine endgültige Auswanderung in ein anderes Land - unterschieden. Die Dauerhaftigkeit einer Migrationsbewegung lässt sich allerdings nur retrospektiv erfassen, weil selbst langfristig

angelegte Auswanderungspläne eine Rückkehr nicht ausschließen bzw. als temporär geplante Migrationsbewegungen sich nicht selten als dauerhaft erweisen. Das zeitliche Kriterium ist für die Analyse moderner Migrationsbewegungen deshalb ohne große Aussagekraft, auch weil die Übergänge zwischen kurzfristiger und langfristiger Migration in einer verkehrstechnisch gut erschlossenen Welt fließend geworden sind.

c) soziale Kriterien: Unterschieden wird zwischen der Migration von Einzelpersonen, von Familien, ganzer Sippschaften oder ganzer Volksgruppen. Auch diesbezüglich sind die Übergänge fließend. Obwohl Arbeitskräftemigration häufig als individuelle Migration definiert und wahrgenommen wird, handelt es sich faktisch vielfach um eine kollektiv geprägte Migration; sei es, dass familial-verwandtschaftliche Strukturen die Emigrationsentscheide beeinflussen; sei es, dass sich aus einer individuellen Migration nach und nach eine kollektive Migration ergibt. Die Fixierung eines Großteils der traditionellen Migrationsforschung auf (männliche) Arbeitskräfte hat dazu geführt, dass Lage und Probleme von Migrantinnen (als Angehörige oder als eigenständige Arbeitskräfte) lange Zeit vernachlässigt blieben (Fleury 2016, Simon, Brettell 1986).

d) Migrationsmotive: Eine klassische Unterscheidung ist die Unterscheidung zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Wanderung. Zwar gibt es eine Reihe von Migrationsformen, die eindeutig erzwungen sind (wie Versklavung oder Vertreibung), aber die Unterscheidung freiwillig – unfreiwillig ist bei vielen Migrationsformen fließend. So ist etwa die Freiwilligkeit der Migration von Arbeitskräften umstritten, wenn hohe Arbeitslosigkeit im Herkunftskontext die Wahlmöglichkeiten von vornherein einschränken, ebenso wie hohe Mietkosten in einem Stadtquartier zu einem unfreiwilligen Umzug in eine günstigere Wohngegend führen können usw.

Insgesamt betrachtet vermitteln die verschiedenen Migrationskriterien kaum Anregungen zur theoretischen Erklärung von Migrationsprozessen, da bei Migration häufig multiple Motive und multiple Ursachen festzustellen sind. Zudem wandeln sich Formen menschlicher Migrationsprozesse im Verlauf gesellschaftlicher Entwicklungen immer wieder. Ebenso wie andere Formen sozialer Mobilität ist auch räumliche Mobilität historischen und gesellschaftlichen Veränderungen unterworfen.

7.2 Ansätze zur Erklärung von Migrationsprozessen

Entsprechend der Vielfältigkeit des Phänomens existiert eine Vielzahl von theoretischen Ansätzen zur Erklärung von Migrationsprozessen (Cohen 1996, Han 2018). Erwartungsgemäß lassen sich unterschiedliche Einflussfaktoren von Migrationsbewegungen feststellen. Zu erwähnen sind etwa:

- a) Wirtschaftliche Rahmenbedingungen, wie etwa Angebot von und Nachfrage nach Arbeitskräften und Wohnräumen,
- b) Politische Rahmenbedingungen, wie Restriktionen von Zuwanderung und Niederlassung, politische Konflikte, die zu Fluchtbewegungen beitragen usw.
- c) Soziale Einflussfaktoren, wie soziale und ethnische Netzwerke, bisherige Migrationsbiografie und familiäre Migrationsketten,
- d) Individuelle Einflussfaktoren, wie soziale Aspirationen, soziale und individuelle Ressourcen.

Eine umfassende Erklärung von Migrationsprozessen hat immer vier zentrale Faktorenbündel zu berücksichtigen:

- 1) Erklärungsfaktoren, die mit dem *Auswanderungskontext* in Zusammenhang stehen. Häufig wird in diesem Zusammenhang von *Push-Faktoren* gesprochen, welche Menschen zu einem Wegzug aus dem bisherigen Wohnkontext motivieren oder drängen, wie etwa hohe Arbeitslosigkeit, geringe Aufstiegschancen, hohe Wohnkosten oder gewalttätige Umgebung usw.
- 2) Erklärungsfaktoren, die mit dem *Einwanderungskontext* in Beziehung stehen. In diesem Zusammenhang wird häufig von *Pull-Faktoren* ausgegangen; das heißt Faktoren, welche einen neuen Wohn- und Lebenskontext für Zuwanderer in irgendeiner Weise attraktiv erscheinen lassen, wie gute Erwerbschancen, günstiger oder familienfreundlicher Wohnraum, attraktives sozio-kulturelles Milieu usw.
- 3) *Intervenierende Variablen* zwischen Aus- und Einwanderungskontext; etwa Faktoren, welche eine Migration behindern, wie etwa geographische Distanz, politische Grenzbeziehungen, sozio-kulturelle Differenzen usw.
- 4) *Soziale und individuelle Faktoren der potenziellen Migranten*, wie soziale Aspirationen und Ressourcen, sozio-demographischer Hintergrund, soziale Netzwerke usw.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass einige Gruppen von Menschen unter gleichen sozialen Bedingungen migrieren oder nicht-migrieren. Eine Theorie der Migration sollte deshalb auch Einflussfaktoren für Nicht-Migration einbeziehen (Carling 2002: 124). Nur so kann die häufig feststellbare theoretische Einseitigkeit der Migrationsforschung vermieden werden, dass allein Migration – und nicht auch Sesshaftigkeit – als erklärungsbedürftiges soziales Phänomen oder gesellschaftliches Problem wahrgenommen wird.

Die ersten Migrationsmodelle versuchten allgemeine Migrationsgesetze zu finden, indem etwa Gesetzmäßigkeiten zwischen Migration und geografischer Distanz postuliert wurden. Die Basis für solche Überlegungen war die allgemeine und bis heute gültige Beobachtung, dass Migrationsströme von der geographischen Distanz beeinflusst werden. Die Frequenz von Wanderungen von A zu B ist zumeist eine logarithmische Funktion der Distanz zwischen A und B. Oder einfacher formuliert: Die meisten Wohnungswechsel erfolgen über kurze Distanz und mit zunehmender Distanz nehmen Migrationsraten ab. Die Beziehungen zwischen Migrationsraten und geographischer Distanz führten zur Ausarbeitung sogenannter Distanz- und Gravitationsmodelle, in denen Migrationsprozesse in Analogie zu physikalischen Schwerkrafttheorien konzipiert wurden. Namentlich die Arbeiten des englischen Demografen Ernest G. Ravenstein (1885, 1889) haben demografische und raumplanerische Diskussionen bis heute beeinflusst. Distanz- bzw. Gravitationsmodelle erklären inhaltlich wenig, sie sind jedoch statistisch insofern wertvoll, als sie erlauben intra- und interregionale Migrationsflüsse auch mit unvollständigen Migrationsdaten zu schätzen.

Ökonomische und sozialökonomische Ansätze - häufig explizit auf (männliche) Arbeitskräftemigration bezogen – erklären Migrationsprozesse als Folge von regionalen oder internationalen Ungleichheiten der Arbeitsmarktchancen (Arbeitslosigkeit, Lohnniveau usw.): Arbeitskräfte migrieren aus Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit und geringem Lohnniveau in

Gebiete mit geringer Arbeitslosigkeit und hohem Lohnniveau. Damit folgt Arbeitskräfte-migration analogen Gesetzen wie die räumliche Bewegung von Kapital oder Handelsgütern und sie trägt ebenfalls dazu bei, dass sich die gesamtwirtschaftliche Produktivität erhöht. Migration wird in dieser Sicht als rationales Verhalten angesehen, das zu einer liberalen und globalisierten Wirtschaftswelt gehört. Migration kann als ein Mittel zur Realisierung vertikaler sozialer Mobilität verstanden werden, und die Wanderung von Arbeitskräften verläuft primär in Richtung sozioökonomisch höher entwickelter Regionen. In dieser Perspektive entstehen primär Probleme, weil nicht-ökonomische Faktoren als Austauschbarrieren auftreten.

Auch viele mikrotheoretische Migrationsansätze basieren auf Modellen einer (rationalen) Nutzenoptimierung (Kalter 1997). Menschen werden den Wohn- und Arbeitsort wählen, der ihnen die optimale Lebens- und Arbeitssituation erlaubt. Allerdings ist eine rein finanzielle Nutzenbetrachtung räumlicher Mobilität zu eng, da damit eine ganze Reihe nicht-monetärer sozialer Aspekte - wie lokale Sozialbindungen und familiäre Beziehungen – unberücksichtigt bleiben (Wagner 1989).

Bei vielen handlungsorientierten Migrationsansätzen wird explizit von Push-Pull-Modellen ausgegangen (vgl. Düvell 2006). Vereinfacht betrachtet kann von vier handlungstheoretisch bedeutsamen Entscheidungskonstellationen ausgegangen werden:

Push-Faktoren	Pull-Faktoren	Entscheidungssituation:
stark	stark	Migration wahrscheinlich
stark	schwach	eher erzwungene Migration
schwach	stark	primär aufwärtsmobile Migration
schwach	schwach	Migration unwahrscheinlich

Entscheidungsschwierigkeiten bzw. Ambivalenzen ergeben sich primär, wo weder Pull- noch Push-Faktoren eindeutig sind. Bei großräumigen oder internationalen Migrationsbewegungen fehlt teilweise eine Grundvoraussetzung für eine rationale Entscheidung, nämlich genügend zuverlässige Informationen über den Einwanderungskontext. Ein Vergleich von aktuellem und zukünftigem Wohnkontext beruht häufig auf einer perzeptiven Asymmetrie: Der aktuelle Wohn- und Lebenskontext ist bekannt und vertraut; unter Umständen ein wesentliches Element seiner Attraktivität. Über den zukünftigen Wohnkontext lassen sich höchstens ungefähre Erkenntnisse gewinnen und die Entscheidung für oder gegen Auswanderung ist mit Unsicherheiten verbunden. Entsprechend zeigt sich empirisch, „dass zwischen den angegebenen Migrationswünschen, -intentionen oder -plänen und ihrer tatsächlichen Umsetzung eine mehr oder weniger grosse Lücke klafft.“ (Kley 2009:141)

Es existieren verschiedene soziale Strategien, Entscheidungsunsicherheit zu reduzieren. So kann eine Emigration als vorläufig definiert werden und die Rückkehroptionen werden offen gehalten. Tatsächlich sind Rückwanderungsraten bei vielen Migrationsbewegungen hoch. So haben beispielsweise 60% der im Jahr 2000 nicht auf dem Asylweg in die Schweiz gezogenen ausländischen Staatsangehörigen die Schweiz in den darauffolgenden zehn Jahren wieder verlassen (Wanner 2020: 39). Eine weitere Strategie besteht darin, sich an vorherige Emigranten zu halten und familiäre oder ethnische Netzwerke zu benützen. Migrationsbewegungen werden oft durch soziale Netze stimuliert und gesteuert. Kommunikation und Interaktion zwischen schon ausgewanderten Personen und potenziellen Migrant*innen bestimmen die Zuwanderung ganzer (ethnischer) Gruppen in spezifische Gebiete bzw. die Bildung ausgebauter ethnischer

Gemeinschaften. Emigrations- und Immigrationskontexte sind häufig durch eine gemeinsame (koloniale) Geschichte miteinander verbunden (Portes, Sensenbrenner 1993).

Ein wesentlicher Mangel vieler Erklärungsmodelle von Migrationsentscheidungen besteht darin, dass Migrationsentscheidungen als isolierte Lebensereignisse verstanden werden und andere lebenszyklische Aspekte vernachlässigt bleiben. Räumliche Mobilität ist grundlegender Teil der räumlichen Struktur von Lebensverläufen und zwischen räumlicher Mobilität und anderen Lebensereignissen bestehen wechselseitige Beziehungen. Dies gilt speziell für kleinräumige Wohnortwechsel, wie Auszug aus dem Elternhaus, Zusammenziehen mit Partner oder Partnerin in eine gemeinsame Wohnung oder Wechsel der Wohngemeinde nach der Familiengründung oder nach einem Arbeitsplatzwechsel. Aber auch internationale Migrationsbewegungen sind häufig mit familialen, beruflichen oder freizeitorientierten Lebensereignissen verknüpft. Eine Lebensverlaufsanalyse „bietet sich als analytischer Rahmen für den komplexen Forschungsgegenstand ‚Migration‘ in besonderem Masse an, weil Migration häufig mit einem Wechsel im biographischen Status verbunden ist.“ (Kley 2009: 50) In diesem Rahmen werden vereinfacht vier allgemeine soziale Regularitäten von Migrationsverläufen deutlich (Wagner 1989: 186):

Erstens sind Migrationsbewegungen systematisch mit der sozialen Struktur von Lebensverläufen verknüpft. Vor allem für junge Erwachsene ist der Erfolg beruflicher und familialer Übergänge in signifikanter Weise mit räumlicher Mobilität verhängt. Wer räumliche Bewegungen beherrscht, beherrscht eher auch soziale Übergänge (D'Amato et al. 2019). In modernen und dynamischen Arbeitsgesellschaften ist etwa ein Auslandsaufenthalt oder ein Ortswechsel eine wichtige Voraussetzung für einen beruflichen Aufstieg. Dementsprechend kann in dynamischen Gesellschaften zu ausgeprägte Sesshaftigkeit (keine Bereitschaft, seinen Geburtsort zu verlassen) zum sozialen Risikofaktor werden.

Zweitens sind verschiedene räumliche Mobilitätsprozesse innerhalb von Lebensverläufen miteinander verhängt. Ob und wann jemand einen Wohnungswechsel vornimmt, hängt von Merkmalen seiner bisherigen Wohn- und Migrationsbiographie ab. "Für die Erklärung räumlicher Mobilität sind nicht nur aktuelle Wohn- und Standortverhältnisse von Bedeutung, sondern auch Merkmale der vorangegangenen Wohngeschichte. Individuen, die in einem Haushalt leben, wechseln ihre Wohnung umso häufiger, je mehr Migrationserfahrungen sie als Kinder oder Jugendliche mit ihren Eltern gemacht haben." (Wagner 1989: 171)

Drittens unterliegt räumliche Mobilität einer Altersgradierung, gleichgültig ob es sich um einen Wechsel der Wohnsituation im Nahbereich, den Auszug aus dem Elternhaus, das Verlassen des Geburtsortes oder Veränderungen der regionalen Lebensbedingungen handelt. Auch wenn Altersmigration in den letzten Jahrzehnten häufiger wurde, konzentriert sich Migration weiterhin auf junge Erwachsene. Deshalb trägt Immigration zumeist zu einer demografischen Verjüngung der Wohnbevölkerung bei, wogegen Emigration Prozesse demografischer Alterung verschärft.

Viertens sind die regionalen Lebensbedingungen in Form spezifischer Opportunitätsstrukturen wichtige Determinanten des Migrationsverhaltens. Dies impliziert, dass die Zusammenhänge zwischen Erwerbs-, Familien- und Migrationsbiographie regional oder national unterschiedlich sind, etwa in Abhängigkeit von sozialpolitischen Rahmenbedingungen, kulturellen Identitäten und regional unterschiedliche Intensitäten von Ortsverbundenheit. Neuere Ansätze betrachten Migration in der heutigen Gesellschaft entsprechend nicht mehr als einheitlichen Vorgang oder

einmalige Entscheidung, sondern als Abfolge von einzelnen Migrationsschritten („migration trajectories“) (vgl. Düvell 2006: 13).

7.3 Auswanderung aus der Schweiz

Bis zum Durchbruch der Industrialisierung war das Gebiet der heutigen Schweiz in weiten Teilen ein eher armes Land, das nur eine beschränkte Bevölkerungszahl zu ernähren vermochte. Dies galt insbesondere für Voralpen- und Bergregionen, die rasch in einen Teufelskreis von steigender Bevölkerungszahl und erhöhtem Verarmungsrisiko gerieten. Eine Lösung dieser Situation war, dass viele junge Menschen ein Auskommen außerhalb ihrer engeren Heimat suchten (etwa als Söldner, Saisonarbeiter oder Dienstmädchen usw.). Die Wanderungsbilanz (Verhältnis von Abwanderung und Zuwanderung) der Schweiz war deshalb über Jahrhunderte negativ. Erst nach 1888 erlebte die Schweiz erstmals einen Zuwanderungsüberschuss.

Eine Besonderheit der vorindustriellen Schweiz war die starke Bedeutung militärischer Auswanderung (Söldnerwesen). Bis ins 19. Jahrhundert war die zivile Auswanderung – von einigen Ausnahmen (Tessin, Waadt im 18. Jahrhundert) – zahlenmäßig weniger bedeutend als die militärische Abwanderung junger Männer. Historisch haben verschiedene Faktoren zum Aufkommen des ‚Reislaufens‘ (Eintritt in fremde Kriegsdienste) beigetragen. Zum einen hatten sich die Eidgenossen aufgrund militärischer Siege gegen Ritterheeren einen international guten Ruf als wackere Kämpfer errungen. Zum anderen wandelte sich die Kriegsführung mit der Auflösung der mittelalterlichen Feudalordnung und anstelle von Lehenspflichten trat das Soldwesen. Kampfwillige junge Männer wurden gegen Bezahlung von kriegsführenden Fürsten oder Stadtstaaten in den Dienst genommen (Fuhrer, Eyer 2006; Schelbert 1976).

Schon im frühen 13. Jahrhundert wurden Schweizer Söldner eingesetzt, aber das ‚Reislaufen‘ verstärkte sich namentlich ab dem 14. Jahrhundert, etwa in den Mailänder Kriegen (Roger 2015). In einer ersten Phase (bis um 1670) waren zeitlich begrenzte Anwerbungen für einen Feldzug vorherrschend. Danach entstanden zunächst in Frankreich, später auch in anderen Ländern permanente Söldnertruppen, die militärisch ausgerüstet und ausgebildet wurden. Ein Schwerpunkt des eidgenössischen Soldwesens war der Dienst für die französischen Könige und zwischen 1474 und 1772 wurden schätzungsweise 580'000 bis 700'00 Schweizer Söldner von französischen Königen aufgeboten (Wyler 1923). Ab dem 18. Jahrhundert verlor das Soldwesen allerdings an Bedeutung, da in den entstehenden Nationalstaaten fremde Söldner durch einheimische Soldaten ersetzt wurden. Einzig in der französischen Fremdenlegion überlebte das Prinzip fremder Kriegsdienste bis ins 20. Jahrhundert.

Wirtschaftlich betrachtet war das damalige Soldwesen von zweischneidiger Bedeutung. Einerseits bildeten Soldienste und Pensionen im 16. und 17. Jahrhundert eine wichtige Quelle für große Vermögen, wovon in erster Linie die einheimischen Oberschichten profitierten (die sich z.B. in abgelegenen Bergtälern bis heute existierende vornehme Herrenhäuser leisten konnten). Andererseits erwies sich die massenweise Abwanderung junger Männer langfristig als wirtschaftliches Entwicklungshemmnis, was namentlich in protestantischen Kantonen zu Bestrebungen führte, das Reislaufen einzuschränken oder zu verbieten.

Demografisch betrachtet hatte das Soldwesen bedeutsame Auswirkungen. Im 16. Jahrhundert stand rund ein Drittel der erwachsenen Männer zumindest einmal in fremden Diensten, im 17.

Jahrhundert waren es zwischen 20-25% und im 18. Jahrhundert noch 10-15% (Head-König 2007). Wie viele Söldner in Fremden Diensten verstarben, ist unklar. Oft waren die Verluste der damaligen Heere durch Seuchen und Krankheiten wesentlich höher als durch Kriegsverluste. Dazu kamen Fahnenflucht und permanentes Verbleiben im Ausland. In jedem Fall wurde durch die militärische Abwanderung ein bedeutsamer Teil des natürlichen Bevölkerungswachstums ‚absorbiert‘. Da in erster Linie junge Männer weggezogen, führte das Reiselaufen in der vorindustriellen Schweiz zwangsläufig zu einem namhaften Frauenüberschuss bzw. zu verringerten Heiratschancen junger Mädchen in ihrer Heimatregion.

Im Vergleich zur militärischen Auswanderung war eine zivile Auswanderung lange Zeit weniger bedeutsam. Allerdings waren beruflich bedingte Migrationsbewegungen auch in Feudalgesellschaften häufig (Jaritz, Müller 1988). Lehr- und Studienjahre waren oft Wanderjahre und viele Berufszweige waren schon früh auf grenzüberschreitende Kommunikation und Mobilität angewiesen. Dies galt nicht nur für Kaufleute und Händler, sondern auch für viele künstlerische, handwerkliche und akademische Berufe. Auch landwirtschaftliche Saisonarbeit, bauhandwerkliche Tätigkeiten oder Hausdienste bedeuteten vielfach eine Arbeitsaufnahme fern der Heimat. So wurden etwa im späten 17. und frühen 18. Jahrhundert junge Bauern aus der Ostschweiz in Hessen als Melker und Viehzüchter angestellt. Tessiner und Bündner Arbeitskräfte zogen als Glaser, Steinhauer, Ofenbauer oder Zuckerbäcker in ganz Europa umher, um der heimatlichen Armut zu entkommen. In einigen Regionen der Schweiz – namentlich in den Tälern des Tessins und Graubündens – hielten sich Formen der Saisonarbeit und Berufswanderungen bis weit ins 19. Jahrhundert. So waren 1835 gut 15-20% der Bündner Männer im Ausland erwerbstätig und im Tessin schlug sich die monatelange Abwesenheit junger Männer im 19. Jahrhundert negativ auf die Heirats- und Geburtenhäufigkeit des Kantons nieder (van de Walle 1975).

Im 17. Jahrhundert kam es zu einer verstärkten Siedlungsauswanderung aus der Schweiz, weil nach dem Ende des 30-jährigen Kriegs weite Gebiete Deutschlands entleert waren und sich damit neue Migrationschancen ergaben. Allein im Elsass und in der Freigrafschaft Burgund wanderten zwischen 1660 und 1740 schätzungsweise 15'000-20'000 Personen aus der Schweiz zu; hinzu kam Auswanderungen in andere Reichsgebiete (Pfalz, Württemberg, Bayern, Brandenburg) (Head-König 2007) An dieser Siedlungsauswanderung nahmen häufig Landhandwerker und Bauern teil.

Im 18. Jahrhundert weitete sich der Zielhorizont aus, etwa nach Osteuropa sowie in die damals noch britischen Kolonien in Amerika. So wanderten zwischen 1734 und 1744 um die 12'000 Menschen aus der Alten Eidgenossenschaft nach Nordamerika aus, stimuliert durch die 1732 erfolgte Gründung einer Schweizer Kolonie in Süd-Carolina. Andere Gruppen ließen sich im religiös toleranten Pennsylvanien nieder, etwa aus der Schweiz vertriebene Minderheiten, wie die Täufer (Blocher 1976).

Die Schweiz war zwar kein Kolonialstaat, aber ihre Bürger waren speziell im 19. Jahrhundert an der kolonialen Besiedlung und Eroberung mitbeteiligt (wodurch auch Schweizer vom Sklavenhandel und kolonialer Ausbeutung Profit zogen). „Die schweizerischen Auswanderer, die sich nach Übersee in den Territorien farbiger Völker begaben, verflochten die Schweiz unentrinnbar in die globale europäische Expansion. Jene nahmen unter dem Schutz und als Gehilfe führender europäischer Nationen als Soldaten, Unternehmer, Berufsleute, Missionare und Siedler auf allen Kontinenten an der Unterwerfung, Verdrängung oder Dezimierung

einheimischer Völkerschaften sowie am Aufbau neuer weißer Nationen in erstaunlichem Masse teil.“ (Schelbert 1976: 27)

Tabelle 38

Organisierte Auswanderung aus der Schweiz nach Übersee 1700-1935

Periode	Überseeische Auswanderung	% - Verteilung nach Reiseziel					
		USA	Kanada	Latein-amerika	Afrika	Asien	Ozeanien
1700-1800	ca. 25'000						
1851-1855	37'500						
1856-1860	13'100	74%					
1861-1865	11'800						
1866-1870	23'400	70%					
1871-1875	18'152	67%	0	27%	3%	0	2%
1876-1880	17'583	72%	0	20%	4%	1%	3%
1881-1885	53'590	88%	0	11%	0	0	0
1886-1890	38'428	83%	0	16%	0	0	0
1891-1895	29'645	91%	0	8%	0	0	0
1896-1900	14'435	86%	1%	12%	1%	0	0
1901-1905	24'312	89%	1%	8%	1%	0	1%
1906-1910	24'755	82%	3%	13%	0	1%	1%
1911-1915	23'419	72%	5%	19%	1%	1%	2%
1916-1920	14'763	73%	2%	16%	5%	4%	0
1921-1925	29'396	58%	10%	19%	7%	3%	2%
1926-1930	23'263	48%	14%	18%	13%	4%	3%
1931-1935	6'646	29%	3%	26%	27%	14%	2%

Angaben beziehen sich auf die durch schweizerische Auswanderungsagenturen gemeldeten Auswanderer. Angaben vor 1871 beruhen auf Schätzungen.

0= weniger als 0.5%.

Quellen: Blocher 1976, Ferenczi 1970, Lobsiger 1946, Schelbert 1976, Zbinden 1931.

Bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts behinderten schlechte Verkehrsverbindungen und unsichere Transportmöglichkeiten eine überseeische Auswanderung (und die Rückkehrmöglichkeiten bei gescheiterter Neuansiedlung). Dies änderte sich mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes und der Einführung regelmäßiger Schifffahrtsverbindungen über den Atlantik. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts nahm die organisierte Auswanderung nach Übersee zu, primär in die USA und zeitweise nach Lateinamerika (vgl. Tabelle 38). Die damalige überseeische Auswanderung war Teil eines Prozesses verstärkter industrieller Entwicklung und den damit verbundenen weltweiten wirtschaftlichen Verflechtungen. So lässt sich für verschiedene europäische Regionen eine hohe Korrelation zwischen dem Beginn der industriellen Entwicklung und dem Beginn der massenhaften Überseeauswanderung feststellen (Massey 1988). Im Verlaufe des 19. Jahrhunderts wandelte sich die ursprünglich agrarisch orientierte Siedlungsauswanderung vermehrt zu einer industriellen Arbeitskräftemigration. Dies schloss übrigens eine bedeutsame Rückwanderungsbewegung mit ein. Von den in die USA eingewanderten Europäern kehrten schätzungsweise gut 16% wieder nach Europa zurück (Easterlin 1985: 25).

In den 1850er Jahren entstanden in der Schweiz die ersten Auswanderungsagenturen und um 1882 waren in der Schweiz nicht weniger als 187 Auswanderungsagenturen tätig. Verbreitete Armut und steigende Soziallasten der Gemeinden führten dazu, dass eine überseeische Auswanderung von den Behörden gezielt begünstigt wurde. So schickte die Aargauer Gemeinde Rothrist 1855 in einer konzertierten Aktion gut 12% ihrer Bewohner nach Nordamerika (nachdem die Sozialausgaben über Jahre angestiegen waren) (Sauerländer 2016). Armut war eine wichtige Auswanderungsmotivation, aber für landlose Personen oder Kleinbauern war auch die Hoffnung auf neue, fruchtbare Siedlungsmöglichkeiten attraktiv (Ritzmann-Blickenstorfer 1997). Teilweise kam es zu Auswüchsen, indem Schweizer und Schweizerinnen mit leeren Versprechungen nach Übersee gelockt wurden oder Gemeinden auf wenig elegante Weise versuchten ihre Armen ‚abzuschieben‘. Allerdings ist „festzuhalten, dass die Organisation eigentlicher Armenschübe zwar die spektakulärste und vielleicht für die Welle 1851-1855 auch bezeichnendste Form der Auswanderungsförderung, keineswegs aber die einzige oder auch nur die verbreitetste war. Sehr viel häufiger war die Praxis, von Fall zu Fall bedürftigen Familien oder auch Einzelnen Beiträge zu gewähren.“ (Wessendorf 1973: 233)

Zwischen 1851 und 1900 wanderten 257'600 Personen aus der Schweiz nach Übersee aus, was gut 7-8% der damaligen Wohnbevölkerung entsprach. Zwischen 1901 und 1935 umfasste die organisierte Auswanderung nach anderen Kontinenten weitere 146'500 Personen (vgl. Tabelle 38). Die Auswanderung aus der Schweiz – als einem Land ohne eigene Kolonien – konzentrierte sich weitgehend auf die USA (Schelbert 1992). Von 1866 bis 1900 waren die USA je nach Jahr das Ziel von 70-90% der organisierten überseeischen Auswanderung. Erst in den 1920er und 1930er Jahren reduzierte sich die europäische Immigration in die USA als Folge restriktiver Einwanderungspolitik. Schon 1921 führten die USA nationale Quoten für die europäische Einwanderung ein und in den Krisenjahren der 1930er Jahre wurde Einwanderung weiter eingeschränkt.

An zweiter Stelle stand Lateinamerika, wo speziell Argentinien und Brasilien größere Gruppen von Schweizern anzogen. Allerdings hat der Misserfolg der zweiten Brasilien-Emigration 1852-1866 die Zuwanderung nach Lateinamerika gebremst (Cunha 2004; Ziegler 1985), ebenso wie die argentinische Wirtschaftskrise zu einer vermehrten Rückwanderung in die Schweiz führte (Zbinden 1931). Bedeutsame Schweizer Kolonien entstanden auch in Uruguay, Chile sowie – trotz anfänglichen Schwierigkeiten - erneut in Brasilien (Arlettaz 1979, Schneiter 1983).

Demgegenüber blieb die schweizerische Auswanderung nach Afrika, Asien oder Ozeanien (Australien, Neuseeland) eher unbedeutend. Erst ab den 1920er Jahren stieg der Anteil der Auswanderung in diese Kontinente. Allerdings ging zu diesem Zeitpunkt die europäische Auswanderungswelle ihrem Ende entgegen, wie es auch nicht mehr lange dauerte bis die koloniale Herrschaft europäischer Länder zusammenfiel.

Neben der überseeischen Auswanderung blieb die temporäre oder permanente Abwanderung in die umliegenden europäischen Länder, teilweise auch nach Osteuropa (Polen, Russland usw.) weiterhin bedeutsam (Bühler 1985, Andrejewski 2002). Dies wird in der Verteilung der Auslandschweizer und Auslandschweizerinnen nach Kontinenten deutlich (vgl. Tabelle 39). Im 19. Jahrhundert wie im 20. Jahrhundert lebte die überwiegende Mehrheit der (gemeldeten) Auslandsschweizer und Auslandsschweizerinnen in europäischen Ländern. Nur auf dem Höhepunkt der überseeischen Auswanderung Ende des 19. Jahrhunderts verschob sich das Verhältnis für kurze Zeit.

Tabelle 39

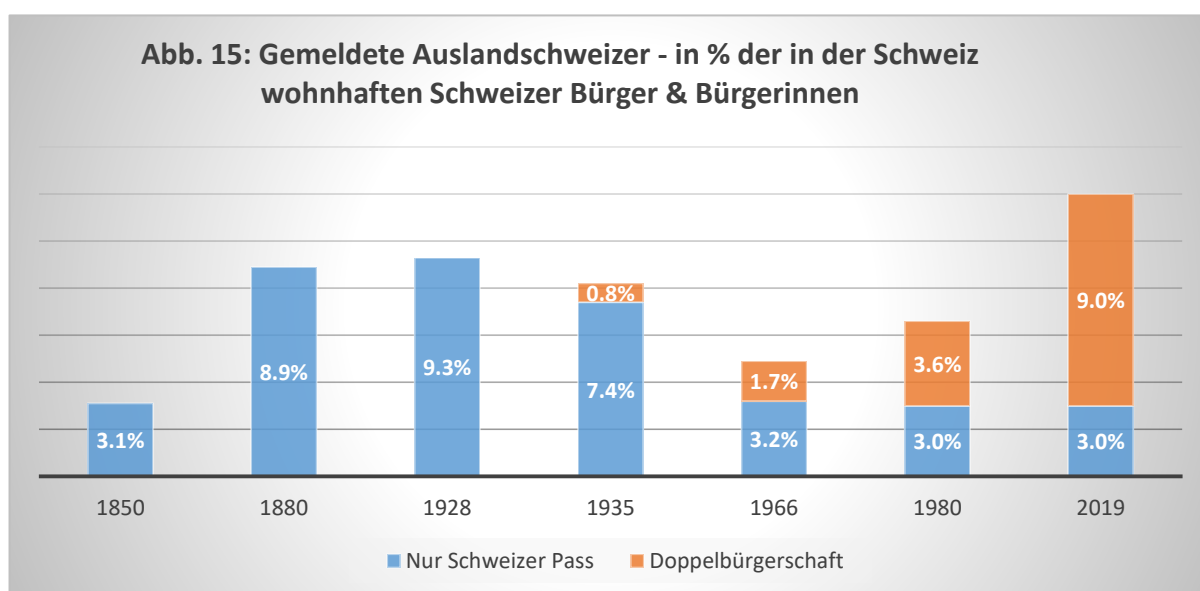
Gemeldete Schweizerbürger/innen im Ausland – nach Kontinenten

	Im Ausland wohnhafte angemeldete Bürger/innen mit Schweizer Pass: Verteilung nach Kontinenten						
	Total (in 1000)	Europa	Amerika	davon USA	Afrika	Asien	Ozeanien
1850 A	72.5	63.4%	28.0%	17.9%	0.7%	0.1%	0.3%
1880 A	234.0	51.1%	46.1%	-	1.5%	0.3%	1.0%
1928 A+B	346.1	72.8%	24.0%	14.4%	2.1%	0.7%	0.4%
1938 B	30.5						
1940 A	266.4	68.0%	26.9%	16.5%	3.2%	1.2%	0.7%
1966 A	159.0	65.0%	24.1%	9.8%	6.0%	2.6%	2.3%
1980 A	160.1	59.9%	26.2%	11.5%	7.2%	4.3%	2.4%
1980 B	194.2						
2019 A	194.7	63.2%	19.4%	10.0%	3.4%	10.5%	3.5%
2019 B	576.1	62.7%	24.8%	10.7%	2.2%	5.8%	4.5%

A: Nur Schweizer Nationalität

B: Mehrfachbürger/innen (Schweizer Pass + weitere Staatsbürgerschaft)

Quellen: Schelbert 1976, Statistische Jahrbücher der Schweiz

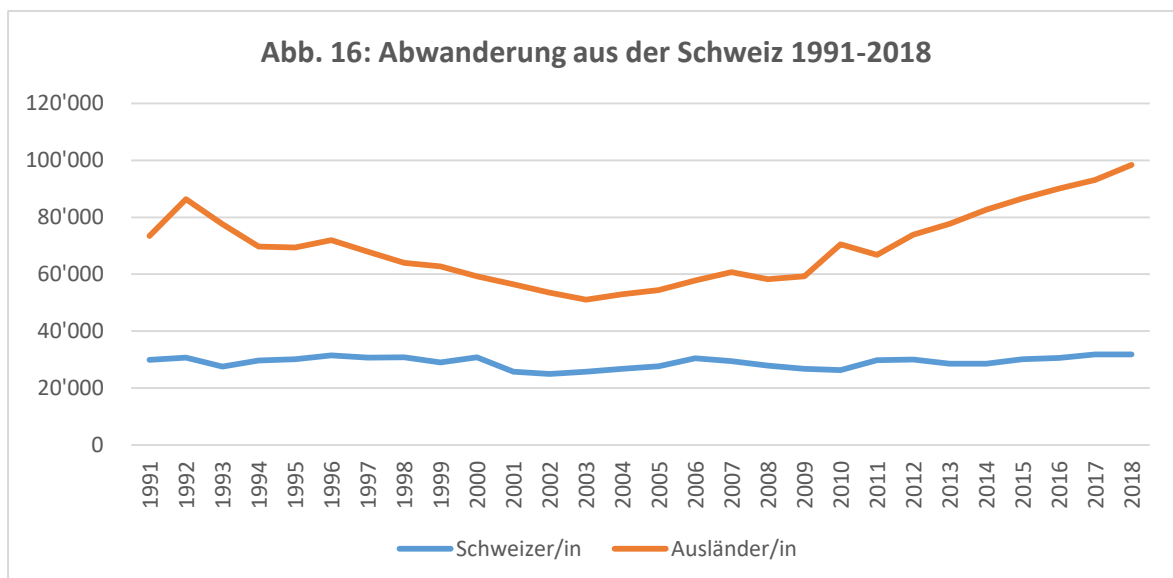


In den 1930er Jahren sank die Zahl der Siedlungsauswanderer und entsprechend reduzierte sich die Zahl von Auslandschweizer und Auslandschweizerinnen, auch weil sie sich in ihrem neuen Heimatland integrierten und einbürgerten. In den Nachkriegsjahrzehnten wurde die Schweiz

vermehrt zum Einwanderungsland. Der Anteil der im Ausland lebenden Schweizer Bürger und Bürgerinnen reduzierte sich zwischen 1935 und 1966 (vgl. Abbildung 15).

Allerdings wanderten auch in den Hochkonjunkturjahren Tausende von Schweizer und Schweizerinnen in andere Länder und Kontinente. So wurden zwischen 1958 und 1974 gut 110'000 schweizerische Auswanderer nach Übersee gezählt. Im gleichen Zeitraum wurden jedoch 95'100 Rückwanderer aus Übersee gemeldet. Die Nachkriegsjahrzehnte waren weniger durch eine permanente Siedlungsauswanderung als durch einen mehr oder weniger langen Aufenthalt in andere Länder - etwa aus Studien- und Berufsgründen - charakterisiert. Die Emigration der letzten Jahrzehnte erfolgte weitgehend im Rahmen einer international bzw. global orientierten Wirtschaft, wodurch beispielsweise auch ein Aufenthalt in asiatischen Ländern häufiger wurde. In vielen Fällen war die Emigration ins Ausland temporär. So lag zwischen 1945 und 1980 der Anteil der wehrpflichtigen Rückwanderer zu den wehrpflichtigen Auswanderer bei 70-80%. Ein wesentlicher Teil der internationalen Emigration war und ist temporär, weil moderne Verkehrsmittel (Flugzeug) kürzere berufliche Auslandsaufenthalte begünstigen bzw. ein Pendel zwischen verschiedenen Wohnkontexten möglich geworden ist.

Die letzten Jahrzehnte führten zu zwei neuen Trends: Erstens wurde eine Doppel- bzw. Mehrfachbürgerschaft häufiger. Während der Anteil der im Ausland gemeldeten Personen mit nur Schweizer Pass zwischen 1966 und 2019 konstant bei 3% verblieb, erhöhte sich der Anteil der Auslandschweizer und Auslandschweizerinnen mit doppelter oder mehrfacher Bürgerschaft deutlich (vgl. Abbildung 15). Die Auslandschweizer und Auslandschweizerinnen (als ‚Fünfte Schweiz‘ bezeichnet) wurden vermehrt multinational und multikulturell (Leimgruber 2016). Die Entwicklung zu Doppelbürgerschaften wurde durch die Tatsache erleichtert, dass – im Gegensatz zu früher – mehr Länder eine doppelte Bürgerschaft akzeptierten.



Zweitens handelt es sich bei zunehmend mehr Fällen der Auswanderung aus der Schweiz um eine Rückwanderung von Ausländern in ihre Herkunftsländer, etwa nach einigen Berufsjahren oder nach der Pensionierung. Diese Entwicklung wird in Abbildung 16 sichtbar: Die Zahl von Schweizer Bürger und Bürgerinnen, die in andere Länder emigrierten, blieb zwischen 1991 und 2018 mehr oder weniger konstant. Erhöht hat sich nach 2002 hingegen eine Abwanderung bzw. Rückwanderung von Ausländern (vgl. Wanner 2020).

Was internationale Migration (Emigration und Immigration) betrifft, lassen sich in den letzten Jahrzehnten fünf neuere Trends festhalten (Düvell 2006):

Erstens wird internationale Migration zunehmend multidirektional, in der Richtung, dass Zuwanderungsbewegungen oft von Rückwanderungsbewegungen begleitet sind. Zweitens sind bedeutende Einwanderungsstaaten häufig auch bedeutende Auswanderungsstaaten, wie drittens frühere Auswanderungsregionen oft zu Einwanderungsregionen mutierten (beispielsweise Italien und Spanien). Insofern Länder gleichzeitig Ein- und Abwanderungsprozesse erleben, verteilen sich viertens die weltweiten Migrationsbewegungen auf zunehmend mehr Staaten, womit sich eine Globalisierung internationaler Migration abzeichnet. Fünftens wurden zeitweise dominierende Migrationsbewegungen – etwa Arbeitskräftemigration – durch neue Migrationsformen ergänzt, wie etwa Altersmigration oder Lebensstilmigration.

Von entscheidender Bedeutung für die Neustrukturierung der internationalen Migration sind sachgemäß die enormen Entwicklungen von Transportwesen und Kommunikation sowie der Durchbruch internationaler Arbeit-, Freizeit- und Kulturorganisationen. „Statt Auswanderung und Einwanderung, beides endgültige Entscheidungen, sind nun eher anhaltende Migrationsprozesse zu beobachten, ein beständiges Kommen und Gehen, ein Prozess permanenter Bewegungen von Individuen rund um den Globus.“ (Düvell 2006: 75) Dieser Trend wird dadurch gestärkt, dass sich mehr Zwischenformen internationaler räumlicher Bewegung - zwischen kurzfristigen Reisen und langfristiger Ansiedlung - entwickelt haben, etwa Ausbildungsjahre im Ausland, längerer Urlaub in einer ausländischen Zweitwohnung oder ausgedehnte Kur- und Pflegeaufenthalte im Ausland. Die früher vorherrschende Endgültigkeit einer Emigrationsentscheidung wurde durch reversible Migrationsformen ersetzt.

Aufgrund veränderter gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Verhältnisse gewannen neuere Formen internationaler Migration eine stärkere Verbreitung:

Erstens entstanden im Rahmen global tätiger Konzerne vermehrt transnational tätige Führungskräfte und Fachkräfte, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit eine grenzüberschreitende Perspektive und eine permanente Pendelmigration erfahren (was auch dazu beiträgt, dass sich die Zahl von Menschen mit zwei Nationalitäten erhöht).

Zweitens wurden und werden ausbildungsbezogene Auslandsaufenthalte für zunehmend mehr Berufsgruppen zu einer unabdingbaren Voraussetzung für eine spätere berufliche Karriere, wobei ein Teil der Studierenden später ebenfalls zu einer internationalen Pendelmigration (wechselnde Aufenthalte in verschiedenen Ländern) tendiert.

Vermehrt transnational orientiert sind drittens auch Partnerschaften und Eheschließungen (Williams 2010). Form und Struktur transnationaler Partnerbeziehungen variieren enorm, von arrangierten Ehen, welche soziale Verbindungen zwischen Herkunfts- und Immigrationskontext zu stärken anstreben, bis hin zu transnationalen Paarbeziehungen, in der Partner und Partnerin in verschiedenen Ländern wohnhaft sind.

Viertens ergeben sich vermehrt lebensstilorientierte Migrationsformen („lifestyle migration“) (Benson, O'Reilly 2009). Dazu gehören beispielsweise die Migrationsbewegungen junger Frauen und Männer, die in Indien religiös-spirituelle Erfahrungen suchen; Städter, die in ruralen Verhältnissen das einfache Leben entdecken oder Nordeuropäer, die in Südeuropa oder

Thailand ihre nachberufliche Lebensjahre an der Sonne genießen. Wie Karen O'Reilly und Michaela Benson (2009: 1) anmerken, handelt es sich dabei vielfach um eine anti-modernistische, eskapistische Selbstverwirklichungsmigration eher wohlhabender Personengruppen.

Fünftens migrieren häufiger als früher auch ältere Personen, wodurch lokal Zuwanderung die demografische Alterung nicht reduzieren, sondern verstärken kann. Die internationale Altersmigration umfasst sowohl eine Rückkehr älterer Migranten in ihre Herkunftsländer als auch eine internationale Auswanderung von Menschen im Rentenalter in den Süden. So ließen sich zeitweise viele ältere Schweizer und Schweizerinnen nach ihrer Pensionierung in Spanien nieder (Huber 2003). 2017 lebten gut 11% der 65-jährigen Schweizer Frauen und Männer im Ausland, wobei es sich sowohl um eingebürgerte Migranten handelt, die ihre Pensionierung in ihrem Herkunftsland verbringen als auch um Schweizer, die im Alter von einem südlichen Klima oder günstigen Lebenskosten profitieren möchten (Repetto, Bolzman 2020).

7.4 Zuwanderung in die Schweiz – wesentliche Entwicklungen

Im Gegensatz zur Auswanderungsgeschichte ist eine verstärkte Immigration in die Schweiz ein Phänomen, das erst mit der Industrialisierung und wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz einsetzte. Zwar kam es im Gebiet der heutigen Schweiz schon vor der industriellen Entwicklung immer wieder zu Immigration, allein schon im Rahmen grenzüberschreitender beruflicher Austauschprozesse. Zeitweise immigrierten politische oder religiöse Flüchtlinge in die Alte Eidgenossenschaft, etwa hugenottische Flüchtlinge nach der Aufhebung des Toleranzedikts von Nantes (1685). Die Mehrzahl der in Genf oder anderen protestantischen Orten geflüchteten Hugenotten zog später weiter, z.B. nach Brandenburg oder nach Nordamerika (Lachenicht 2010). Die sich endgültig im Gebiet der heutigen Schweiz niedergelassenen Glaubensflüchtlinge trugen wesentlich zum Aufschwung von Handel und Textilindustrie bei. Auch im 18. und frühen 19. Jahrhundert waren Immigranten entscheidend an der industriellen Entwicklung der Schweiz beteiligt.

Demografisch betrachtet blieb Einwanderung jedoch bis ins späte 19. Jahrhundert wenig relevant und Auswanderung überwog Einwanderung bei weitem (vgl. Kap. 7.3). Dies änderte sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als sich die Schweiz mit der Gründung des modernen Bundesstaats (1848) von einem eher rückständigen Land zu einem Vorreiter liberaler politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen wandelte. Vor allem im Vergleich zu den umliegenden Regionen (Elsass, Süddeutschland, Vorarlberg, Norditalien) ergab sich ein verstärktes wirtschaftliches Entwicklungsgefälle, wodurch die Schweiz für Arbeitsimmigranten, zeitweise aber auch für politische Eliten, attraktiver wurde.

Tabelle 40:

Ausländische Wohnbevölkerung und im Ausland geborene Personen (Schweiz)

Jahr	In der Schweiz wohnhafte Ausländer & Ausländerinnen *		Im Ausland geboren	
	in 1000	in % der Wohnbevölkerung	in 1000	in % der Wohnbevölkerung
1837	57	2.6%		
1850	72	3.0%		
1860	114	4.5%		
1870	152	5.7%		
1880	211	7.4%		
1888	230	7.9%	186	6.4%
1900	383	11.6%	309	9.3%
1910	552	14.7%	441	11.8%
1920	402	10.4%	356	9.2%
1930	356	8.7%	359	8.8%
1941	224	5.2%	291	6.8%
1950	285	6.0%	390	8.3%
1960	514	9.6%	733	13.5%
1970	1002	16.2%	1111	17.7%
1980	914	14.4%	1064	16.7%
1990	1127	16.7%	1392	20.3%
2000	1424	19.8%	-	-
2010	1766	22.4%	2015	26.4%
2018	2148	25.1%	2553	29.0%

* Jeweils ohne Saisonarbeitskräfte, Praktikanten, Asylsuchende oder ‚Papierlose‘.

1837-2000: Ergebnisse der Eidgenössischen Volkszählungen

Ab 2000: Bundesamt für Statistik, Statistik der Bevölkerung & Bevölkerungsbewegung

In Tabelle 40 sind Zahl und Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung seit 1837 aufgeführt. Es ist anzumerken, dass in diesen Zahlen nur offiziell angemeldete und längerfristig in der Schweiz wohnende Personen einbezogen sind. Nicht berücksichtigt sind kurzfristige Aufenthalte – wie Saisonarbeit, Kuraufenthalte, Studienzeiten, nicht anerkannte Flüchtlinge – sowie Personen, die illegal in der Schweiz leben.

Da die Zahl an ausländischen Mitbewohnern nicht allein durch Zuwanderungsraten, sondern auch durch Einbürgerungsraten beeinflusst wird, wird in der modernen Migrationsforschung ein anderer Migrationsindikator bevorzugt: Zahl und Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung (Migrationsbevölkerung erster Generation). Soweit dazu Daten vorliegen, ist in Tabelle 40 auch diese Ziffer angeführt. Liegt der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung höher als der Anteil der im Ausland geborenen Personen weist dies auf eine eher restriktive Einbürgerungspolitik hin (weil etwa auch in der Schweiz geborene Personen nicht eingebürgert werden). Liegt der Anteil der im Ausland geborenen Personen höher als der Ausländeranteil, liegt eher eine liberalere Einbürgerungspraxis vor (etwa wenn im Ausland geborene Personen nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer den Schweizer Pass erhalten) (vgl. Kap. 7.5).

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erhöhte sich der Ausländerbestand von 3% auf nahezu 12%, um 1910 den Wert von fast 15% zu erreichen. Vor allem nach 1888 wurde die Wanderungsbilanz erstmals positiv, weil ein langjähriger wirtschaftlicher Aufschwung die Auswanderung bremste und die Einwanderung anschwellen ließ. Bis zum I. Weltkrieg war das Ausländerrecht freizügig und das damals geltende liberale Recht betonte die Gleichstellung von in- und ausländischen Staatsangehörigen in arbeitsrechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht. In allen wichtigen europäischen Ländern – wie auch in der Schweiz – waren Niederlassungs- und Gewerbebefreiheit von Ausländern gewährleistet (vgl. Argast 2007, Stoffel 1979). Ebenso wenig gab es Einschränkungen eines Familiennachzugs. Die damalige Fremdenpolizei beschränkte sich weitgehend auf politische Aufgaben (Kontrolle bzw. Ausweisung politischer ‚Aufführer‘).

Tabelle 41

Verteilung der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz nach ausgewählten Herkunftsregionen – Summarische Aufgliederung 1860-2018

Jahr:	Verteilung in % (auf ganze Prozentwerte auf- bzw. abgerundet)				übriges Europa	außereuropäische Länder
	Nachbarländer					
	D	F	It	Ö		
1860	42%	41%	12%	3% *	2%	0% (0.4%)
1870	38%	41%	12%	4% *	4%	1%
1880	45%	25%	20%	6% *	3%	1%
1888	49%	23%	18%	6% *	3%	1%
1900	44%	15%	31%	6% *	3%	1%
1910	40%	11%	37%	7%	4%	1%
1920	37%	14%	34%	5%	9%	1%
1930	38%	10%	36%	6%	9%	1%
1941	35%	11%	43%	----	8%	3%
1950	19%	10%	49%	8%	9%	5%
1960	16%	5%	59%	7%	7%	6%
1970	12%	5%	54%	4%	14%	11%
1980	9%	5%	46%	3%	29%	8%
1990	7%	5%	33%	3%	42%	10%
2000	8%	4%	22%	2%	50%	14%
2010	14%	5%	16%	2%	55%	18%
2018	14%	6%	15%	2%	43%	20%

D: Deutschland, F: Frankreich, It: Italien, Ö: Österreich

* Österreichisch-Ungarische Doppelmonarchie

Deutschland: 1880 bis 1910: inkl. Elsass-Lothringen bzw. Frankreich 1880 bis 1910: ohne Elsass-Lothringen, Deutschland 1941: inkl. Österreich

Quelle: bis 2000: Eidg. Volkszählungen (Statistische Jahrbücher der Schweiz). Ab 2000 Bundesamt für Statistik, Statistik der Bevölkerung & Bevölkerungsbewegungen

Der weitaus überwiegende Teil der damaligen Immigration erfolgte aus den Nachbarländern, speziell aus dem Elsass und Süddeutschland (wogegen die Zuwanderung aus dem Vorarlberg oder dem Tirol bescheiden blieb). Mit zunehmender industrieller Entwicklung und dem Ausbau der Verkehrswege (Eisenbahnbau) erhöhte sich zudem der Anteil der italienischen Migranten (vgl. Tabelle 41). Der Anteil der Zuwanderung aus den vier Nachbarländern lag

zwischen 1860 und 1910 bei 95-98%. Neben einer nicht unbeträchtlichen Anzahl ausländischer Unternehmer und Gewerbetreibende (1910: 19% der erwerbstätigen Ausländer) waren die Migranten und Migrantinnen häufig als ungelernete bis qualifizierte Arbeiter bzw. Arbeiterinnen tätig. 1910 waren 65% der erwerbstätigen Ausländer in Arbeiterberufen tätig und der Anteil der Ausländer an der damaligen Arbeiterschaft lag bei 20% (Hoffmann-Nowotny 1973). Entsprechend waren in der damaligen Schweiz viele ausländische Arbeiter und Handwerker wesentlich am Aufbau und der internationalen Vernetzung der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung tätig. 1910 waren mehr als die Hälfte der Mitglieder des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) ausländischer Nationalität (Urner 1976).

Vor dem Ausbruch des I. Weltkriegs lebten schätzungsweise 600'000 Ausländer und Ausländerinnen in der Schweiz. Nach Kriegsbeginn verließen um die 150'000 dieser Ausländer und Ausländerinnen die Schweiz, oft um sich auf Seiten ihres Heimatlandes dem Krieg anzuschließen. In den folgenden Jahren reduzierte sich der Ausländerbestand weiter, bis 1920 auf 402'000 Personen. Nationalistische und fremdenfeindliche Ansichten gewannen als Folge der nationalen Mobilisierung auch in der Schweiz an Boden. So sprach Bundesrat Ludwig Forrer im Jahr 1916 vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft von „der Tatsache der Überfremdung“ und setzte den Standpunkt des Heimatschutzes mit Fremdenabwehr gleich (Efionayi-Mäder 2019: 22). Der mit dem I. Weltkrieg verstärkte Nationalismus führte zum Zusammenbruch der bisher freizügigen Ausländerpolitik und immer mehr Länder führten Zuwanderungsbegrenzungen ein (so etwa auch die USA). In der Zwischenkriegszeit reduzierte sich der Ausländerbestand der Schweiz weiter. Er sank bis 1941 auf nur noch 224'000 Personen bzw. auf 291'000 Personen, wenn alle im Ausland geborenen Frauen und Männer zur Migrationsbevölkerung gezählt werden. Der Rückgang der ausländischen Wohnbevölkerung zwischen 1915 und 1941 lässt sich zur Hälfte auf Einbürgerungen (inkl. Einbürgerungen durch Heirat) und zur Hälfte auf eine Rückwanderung von Ausländern zurückführen (Hagmann 1966).

Wirtschaftlicher Protektionismus und die Wirtschaftskrisen der Zwischenkriegszeit beendeten – wie erwähnt - die liberale Zuwanderungspolitik endgültig und in der Schweiz wurden protektionistische Immigrationsregeln verschärft. So wurde 1923 die Gesetzgebung über Aufenthalt und Niederlassung von den Kantonen auf den Bund übertragen. 1931 wurde ein entsprechendes Bundesgesetz (Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern (ANAG) verabschiedet und 1934 in Kraft gesetzt. „Bei der Erteilung der Niederlassungsbewilligung verfügte die eidgenössische Fremdenpolizei künftig über ein Vetorecht gegenüber den Kantonen, um die ‚Aufnahmefähigkeit des Landes im Dienste der Überfremdungsabwehr‘ zu bewahren“ (Efionayi-Mäder 2019: 23) Zusätzlich wurde eine rechtliche Unterscheidung von unterschiedlichen Aufenthaltskategorien (Niedergelassene, Aufenthaltler (Kurzaufenthalt, Saisonbewilligung) verankert (Niederberger 1982). Damit wurde die Entstehung eines dualen Arbeitsmarktes für ausländische Arbeitskräfte legalisiert, da die rechtliche Stellung der Aufenthaltler gegenüber niedergelassenen Ausländern substantiell schwächer war (kein Recht auf selbständige Erwerbsarbeit, Einschränkungen von Arbeits- und Berufswechsel wie auch eines Familiennachzugs u.a.).

Die arbeitsrechtliche Zweiteilung der Zuwanderung und protektionistische Regelungen bestimmten die Einwanderungs- und Ausländerpolitik der Nachkriegsjahrzehnte: „Die Einwanderung vor 1914 war im Rahmen einer liberalen Ausländerpolitik erfolgt und das diskriminierende Fremdenpolizeirecht war zu einer Zeit entstanden, als die Einwanderung

zurückging und alle europäischen Staaten ihre nationalen Arbeitsmärkte durch protektionistische Maßnahmen zu schützen versuchten. Die Einwanderung nach 1945 jedoch und die zunehmende Freizügigkeit innerhalb Europas fielen in der Schweiz mit der Existenz einer diskriminierenden und abwehrenden Ausländerpolitik zusammen. Das unmittelbare Resultat war eine weitere Verschärfung der fremdenpolizeilichen Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten gegenüber den ausländischen Arbeitskräften. Längerfristig sollte daraus das Paradox entstehen, dass die Ausländer von der Bevölkerung mehr denn je als „Überfremdungsgefahr“ empfunden wurden, obwohl sie dem immer raffinierteren Fremdenrecht unterlagen, das speziell zur Abwehr der „Überfremdungsgefahr“ geschaffen sein sollte.“ (Haug 1980: 39) Ökonomisch betrachtet stand die Schweizer Arbeitsmarktpolitik lange Jahre weitgehend im Dienste der Wirtschaft. „Ausländische Arbeitskräfte wurden in strukturschwache Branchen und Regionen kanalisiert, deren Arbeitsbedingungen für Schweizer unattraktiv wurden und die deshalb unter chronischem Arbeitskräftemangel litten. Damit die ausländischen Arbeitskräfte nicht in attraktivere Wirtschaftsbereiche abwanderten, wurde zunächst ihre geographische und berufliche Mobilität eingeschränkt.“ (Sheldon 2007: 17)

Zu einer ersten Immigrationsbewegung kam es in der Schweiz schon unmittelbar nach Kriegsende (wobei gleichzeitig mehr als 70'000 Flüchtlinge und Militärinternierte die Schweiz nach Kriegsende verließen). Als nicht kriegsversehrtem Land konnte die Schweiz in der Nachkriegszeit in starkem Masse vom Wiederaufbau Westeuropas und der von den USA getragenen Nachkriegsordnung profitieren. Schon 1946 fehlten der schweizerischen Wirtschaft zwischen 100'000 bis 150'000 Arbeitskräfte (auch bedingt durch die tiefen Geburtenzahlen in den vorherigen Jahrzehnten). Die Lösung war eine vermehrte Rekrutierung und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte, namentlich aus Italien, wo sich viele Regionen nur langsam vom Krieg erholten und eine hohe Arbeitslosigkeit vorherrschte. Bis 1947 erhöhte sich die Zahl von Arbeitsbewilligungen für Ausländer auf 149'500 Personen (wovon 95'000 Saisonbewilligungen waren) (Boscardin 1962).

Die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte wurde damals als vorübergehend angesehen, da weder Arbeitgeber noch Behörden mit einer länger andauernden Nachkriegskonjunktur rechneten. Der Konjunkturabschwung von 1949/50 und die darauf folgende Reduktion ausländischer Arbeitskräfte schien den Experten Recht zu geben, die für die Nachkriegszeit nur kurzfristige Konjunkturaufschwünge erwarteten. Daher waren sowohl Arbeitgeber als auch Behörden darauf ausgerichtet, die ausländischen Arbeitskräfte primär als „Konjunkturpuffer“ einzusetzen. An eine permanente Immigration dachte niemand und in den 1950er Jahren wurde eine gezielte Rotationspolitik betrieben (zeitlich befristete Arbeit in der Schweiz). In diesem Rahmen wurde das 1949 genauer definierte Statut des Saisonarbeiters zu einem zentralen Pfeiler der damaligen Ausländer- und Arbeitsmarktpolitik.¹⁴ Ohne Recht, den Arbeitsplatz zu wechseln oder seine Familie in die Schweiz zu bringen, galten Saisonarbeiter (oft in Landwirtschaft und Bauwirtschaft, aber auch im Gastgewerbe tätig) als das Ideal einer flexiblen und kurzfristig einsetzbaren Arbeitskraft ohne politische Rechte. Entsprechend wurden die Saisonarbeiter und Saisonarbeiterinnen nicht zur Wohnbevölkerung der Schweiz gezählt, obwohl sie faktisch einen großen Teil des Jahres hier lebten.

Neben der Saisonarbeit stellten Jahresaufenthalter eine weitere Ausländerkategorie dar, speziell für Arbeitskräfte, die nicht nur saisonal benötigt wurden. Mit mehr Rechten ausgestattet waren sie dennoch in den ersten Aufenthaltsjahren starken Einschränkungen unterworfen (wie Bewilligungspflicht bei Wechsel des Arbeitgebers, Wartefrist für einen

¹⁴ Das Statut des Saisonniers wurde erst 2002 (mit der Einführung der EU-Freizügigkeitsregelung) abgeschafft.

Familiennachzug u.a.). Da die schweizerische Wirtschaft ab den 1950er Jahren immer häufiger auf ganzjährig tätige ausländische Arbeitskräfte angewiesen war, stieg in den 1950er Jahren die Zahl von Jahresaufenthalter rasch an (im Gegensatz zu neuerteilten Niederlassungsbewilligungen, die nur schwach zunahmen). Zwischen 1950 und 1960 erhöhte sich die Zahl der Jahresaufenthalter von 120'000 auf 357'000 Personen, um bis 1965 sogar auf 608'000 Personen anzusteigen. In diesem Jahr waren gut 76% der erfassten ausländischen Wohnbevölkerung Jahresaufenthalter und nur 24% besaßen ein Niederlassungsrecht. In den 1950er und 1960er war die jährliche Rotation der ausländischen Arbeitskräfte hoch. So waren sowohl 1955 und 1960 nur rund 25% der Jahresaufenthalter länger als drei Jahre in der Schweiz wohnhaft (Bourguignon et al. 1977).

Mehr als 80% der ausländischen Erwerbstätigen mit Jahresaufenthalt und Niederlassung waren damals als Arbeiter bzw. Arbeiterinnen in Handwerk, Industrie und Landwirtschaft tätig (vgl. Tab. 42). Sie machten damals gut 27% der gesamten Arbeiterschaft in der Schweiz aus. Bis 1970 stieg ihr Anteil an der Arbeiterschaft sogar auf 38% (Hoffmann-Nowotny 1973). Erst später – ab den 1980er Jahren – erhöhte sich ihr Anteil in Dienstleistungs- und Angestelltentätigkeiten (etwa in Gastgewerbe oder in Gesundheits- und Pflegeberufen).

Tabelle 42:

Ausländische Erwerbstätige nach beruflicher Stellung 1900-2019

	1900	1920	1941	1960	1980	1991	2019
Selbständig Erwerbende	17%	20%	21%	3%	4%	3%	8%
Leitende Stellung/Führungskräfte	-	2%	2%	3%	4%	3%	8%
Angestellte/Dienstleistungen	-	11%	12%	9%	21%	48%	55%
Arbeiter (Handwerk, Industrie)	70%	63%	60%	84%	69%	44%	30%

Rest auf 100%: Lehrlinge/ohne Angaben.

Bis 2000: Eidg. Volkszählungen, ab 2000 Schweiz. Arbeitskräfteerhebung. Zu beachten: Die Kategorisierungen vor und nach 2000 sind nur bedingt vergleichbar.

Dank guter Konjunktur und internationaler Expansion der Schweizer Wirtschaft verstärkte sich die Immigration zwischen 1950 und 1970 und der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung erhöhte sich in dieser Zeitperiode von 6% auf 16% bzw. von 8% auf 18%, wenn man die nicht in der Schweiz geborenen Personen zur Migrationsbevölkerung zählt. Mit Ausnahme von Luxemburg zählte die Schweiz 1970 eine deutlich höhere Ausländerquote als die übrigen west- und nordeuropäischen Länder (Miller 1981).

Die vorgängig angeführten Zahlen unterschätzen allerdings die erfolgte Migrationsbewegung massiv, da sich aufgrund des ausländerpolitischen Rotationsprinzips neben Zuwanderung auch hohe Rückwanderungen feststellbar waren. Zwischen 1950 und 1970 reisten schätzungsweise gut 2.7 Mio. Ausländer und Ausländerinnen als Jahresaufenthalter oder Niedergelassene in die Schweiz. Das Verhältnis von eingereisten Personen zur Erhöhung des Ausländerbestandes (von 285'000 auf 1'002'000) lag somit bei 2.7 bzw. auf jede Person, die in der Schweiz blieb, kamen fast 3 Personen, die wieder ausreisten. Dazu kamen in dieser Periode gut 3 Mio. Saisonbewilligungen. Bei den Flüchtlingen bildeten die Tibeter (1963: kollektive bundesrätliche Bewilligung für 1000 Flüchtlinge) und vor allem die Ungarn (nach der Niederschlagung des

Ungarn-Aufstandes) die bedeutendsten Gruppen und 1956/57 wurden um die 14'000 Ungarn in der Schweiz aufgenommen

Zwischen 1950 und 1970 waren die Italiener und Italienerinnen eindeutig die größte Ausländergruppe und ihr Anteil an der ausländischen Bevölkerung lag bei 50% und mehr (vgl. Tabelle 41). Daher konzentrierten sich damalige fremdenfeindliche Stereotype auf diese Bevölkerungsgruppe. So wiesen in der Stadt Zürich 1969 gut 54% der Schweizer klare Vorbehalte gegenüber einer Heirat einer Tochter mit einem italienischen Gastarbeiter auf und nur 26% der Schweizer betrachteten die Italiener damals als eine Bereicherung der schweizerischen Kultur. Diese Vorbehalte haben sich – wie eine Replikationsstudie von 1995 zeigte – im Verlauf der Zeit reduziert: 1995 hatten nur noch 8% der Schweizer etwas gegen eine italienische Heirat und 88% waren der Ansicht, die Italiener und Italienerinnen seien eine kulturelle Bereicherung der Schweiz (Stolz 1998). Die Zuwanderer aus Italien und später aus anderen südeuropäischen Länder wurden allmählich sozial akzeptiert und fremdenfeindliche Ansichten verlagerten sich auf andere Ausländergruppen (z.B. Personen aus Balkanländer).

Das Thema einer „Überfremdung“ der Schweiz – zuerst durch ausländische Arbeitskräfte, später auch durch Asylflüchtlinge ausgelöst – hat politische Diskurse und rechtspopulistische Bewegungen ab Ende der 1960er bis heute wesentlich bestimmt. Es kam immer wieder zu Volksinitiativen zur Begrenzung der Zuwanderung, die teils wuchtig, teils aber nur knapp abgelehnt wurden. Auf der Gegenseite blieben die (wenigen) Initiativen zur rechtlichen Besserstellung und Integration der ausländischen Wohnbevölkerung ebenfalls ohne Erfolg. So wurde 1981 die „Mitenand“-Initiative, welche eine weitgehende rechtliche Gleichstellung von zugelassenen Ausländern und Schweizern forderte, mit 84%-Nein massiv verworfen.

Volksinitiativen zur Begrenzung der Zuwanderung und ihr Schicksal

1968: Erste Überfremdungsinitiative: Initiative wird zurückgezogen.

1970: Initiative gegen «Überfremdung» (Schwarzenbach-Initiative): abgelehnt (54% Nein).

1974: Initiative «gegen die Überfremdung und Überbevölkerung der Schweiz»: abgelehnt, (66% Nein).

1977: «IV. Überfremdungsinitiative»: abgelehnt (71% Nein).

1984: Initiative «gegen den Ausverkauf der Heimat»: abgelehnt (51% Nein).

1987: Überfremdungsinitiative: scheitert im Sammelstadium.

1988: Initiative «für die Begrenzung der Aufnahme von Asylanten»: scheitert im Sammelstadium.

1988: Initiative «für die Begrenzung der Einwanderung»: abgelehnt (67% Nein).

1996: Initiative «für eine vernünftige Asylpolitik»: wird als ungültig erklärt.

1996: Initiative «gegen die illegale Einwanderung»: abgelehnt (54% Nein).

1997: Initiative «Masshalten bei der Einwanderung»: scheitert im Sammelstadium.

2000: Initiative «für eine Regelung der Zuwanderung» (18%- Initiative): abgelehnt (64% Nein)

2014: Initiative «Gegen Masseneinwanderung: knapp abgelehnt (50.3% Nein).

2014: Initiative «Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (Ecopop-Initiative): abgelehnt (74% Nein).

2020: Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung» (Begrenzungsinitiative): abgelehnt (62% Nein)

Spätestens ab den 1960er Jahren wurde deutlich, dass die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte kein vorübergehendes Phänomen war. Die Immigration wandelte sich von einem

konjunkturellen zu einem strukturellen Phänomen, was in reduzierten Rückkehraten und einem verstärkten Familiennachzug sichtbar wurde. So wurde 1964 italienischen Arbeitskräften gestattet, ihre Familien nach einem ununterbrochenen Aufenthalt von drei Jahren in die Schweiz nachkommen zu lassen (eine Reform, die unter Druck seitens Italien erfolgte). Da Italien in dieser Periode ebenfalls eine rasche wirtschaftliche Entwicklung erfuhr, dehnte sich die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte vermehrt auf andere südeuropäische Länder (wie Spanien, Portugal, Griechenland) aus. Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 erhielten um die 12'000 Frauen und Männer aus der Tschechoslowakei in der Schweiz Asyl.

Die Immigration ausländischer Arbeitskräfte erhielt in den 1960er und frühen 1970er eine Eigendynamik, da die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte mit zu einer konjunkturellen Überhitzung (inkl. steigender Inflation) beitrug, die ihrerseits die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter stimulierte. „Die Nachfrage nach dem Faktor ‚Arbeit‘ ließ sich jetzt nur noch scheinbar durch Zuzug von Ausländern sättigen, da die durch den Ausbau der Produktionsstruktur ermöglichten höheren Exportraten einen neuen Kapitalzufluss bewirkten und damit neue Investitionen schufen, womit der Auftriebsmechanismus allmählich die Struktur eines *circulus viciosus* annahm.“ (Niederberger 1982) In einigen Branchen und Regionen wirkte der Zustrom billiger Arbeitskräfte zudem strukturertretend, wodurch zeitweise wirtschaftliche und technologische Innovationen verpasst wurden (z.B. in der Uhrenindustrie, in Landwirtschaft und beim Wohnungsbau) (Sheldon 2007).

Der Bundesrat versuchte schon ab den frühen 1960er Jahren die Zuwanderung einzuschränken (auch als Reaktion auf fremdenfeindliche politische Strömungen). 1963 wurde ein System der betriebsweisen Plafonierung, 1965 eine Doppelplafonierung (Begrenzung von Gesamtpersonal und Ausländerbestand) und 1970 ein System der Globalplafonierung mit kantonsweiser Kontingentierung ausländischer Arbeitskräfte eingeführt (Doleschal 1977). Der Effekt all dieser Maßnahmen war limitiert und die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung nahm weiter zu. Dafür waren in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren vor allem zwei Faktoren verantwortlich: Zum einen zogen mehr Ausländer ihre Familie nach (womit sich der Anteil der nicht-erwerbstätigen ausländischen Wohnbevölkerung erhöhte). Zum anderen erwarben mehr Ausländer und Ausländerinnen das Recht auf Niederlassung, da mehr Jahresaufenthalter schon längere Zeit in der Schweiz wohnhaft gewesen waren. So erhöhte sich zwischen 1959 und 1971 der Anteil der Jahresaufenthalter mit einer Wohndauer von 5 und mehr Jahren von 11% auf 46%. Dazu kam, dass die Regeln für einen Stellenwechsel gelockert wurden, etwa durch den Bundesratsbeschluss von 1970, der grundsätzlich einen Stellenwechsel nach einem Jahr ermöglichte und ab 1976 wurde die minimale Aufenthaltsdauer für einen Stellen- bzw. Berufswechsel von Jahresaufenthalter auf ein Jahr reduziert. Damit erhöhten sich die beruflichen Mobilitätschancen ausländischer Arbeitskräfte.

Trotz einer verstärkten gesellschaftlichen Integration der ausländischen Wohnbevölkerung wurde die ‚Überfremdungsgefahr‘ populistisch hochgespielt. 1970 wurde die erste von vielen Volksinitiativen zur Begrenzung der Zuwanderung (die sogenannte ‚Schwarzenbach-Initiative‘ mit 54% Nein-Stimmen zu 46% Ja-Stimmen relativ knapp verworfen (Ebel, Fiala 1983). In Reaktion auf den hohen Ja-Anteil baute der Bundesrat seine Begrenzungsmaßnahmen weiter aus. So wurden etwa 1973 auch Saisonarbeitsbewilligungen einem Stabilisierungsziel unterstellt und 1974 wurde die Stabilisierungspolitik auf die gesamte ausländische Wohnbevölkerung ausgedehnt.

Eine Trendwende wurde allerdings nicht durch behördliche Maßnahmen, sondern durch die Wirtschaftskrise (Ölkrise) 1974-1976 ausgelöst. Analog anderen europäischen Ländern erlebte die Schweiz einen markanten Konjunktur- und Beschäftigungsrückgang. Die Zahl an erwerbstätigen Personen sank in dieser Krise netto um 254'650 Personen, wovon 82% auf ausländische Arbeitskräfte entfielen (Rückkehr in ihr Heimatland, keine erneute Anstellung usw.) (vgl. Sheldon 2007: Tab. 3.1). Der größte Teil der Arbeitslosigkeit wurde sozusagen ‚exportiert‘ und die registrierte Arbeitslosenquote der einheimischen Erwerbspersonen erhöhte sich damit verhältnismäßig wenig (auf 0.7%) (Lewin 1983).

Nach Ende der Rezession 1974-76 erhöhte sich die Zahl ausländischer Arbeitskräfte erneut, wobei sich in den späten 1970er und frühen 1980er Jahre die Aufspaltung der ausländischen Arbeitskräfte in einen gesellschaftlich integrierten Teil (mit Familiennachzug) und einem rechtlich schlechter gestellten Teil (Saisonarbeitskräfte u.a.) verstärkte.

Auch in den 1980er Jahren verblieben die italienischen Staatsangehörigen die größte Migrationsgruppe. Da sich allerdings die Anwerbung unqualifizierter Arbeitskräfte aus Italien allmählich erschöpfte, wurden vermehrt Personen aus anderen südeuropäischen Ländern (namentlich Spanien) rekrutiert. 1980 lebten gut 98'000 Spanier und Spanierinnen in der Schweiz. Dazu kam eine bedeutende Zahl spanischer Saisonarbeiter/innen etwa in Bau- oder Gastgewerbe. Daneben bildeten Frauen und Männer aus Jugoslawien eine bedeutsame Gruppe, ebenso aber auch Menschen aus der Türkei. Türkische Zuwanderung war teilweise Arbeitsmigration, teilweise aber auch Fluchtmigration (etwa nach dem Militärputsch 1980 und später aufgrund von Konflikten in den Kurdengebieten) (Haab et al. 2010). Zahl und Anteil dieser drei Ausländergruppen erhöhten sich bis 1990 weiter. Dabei war vor allem die Immigration aus Jugoslawien bedeutend. Die Zahl der Personen aus dem damals noch einheitlichen Jugoslawien erhöhte sich zwischen 1980 und 1990 von 44'000 auf 141'000 Personen. Eine starke Zuwanderung erfolgte in den 1980er Jahren zusätzlich aus Portugal (1980: 11'000 Personen, 1990: 86'000 Personen) (Fibbi et al. 2010) (vgl. Tabelle 43).

1990 überschritt der Anteil der nicht in der Schweiz geborenen Wohnbevölkerung erstmals die 20%-Grenze. Dazu kamen weitere ausländische Erwerbspersonen, die als Saisonarbeitskräfte oder als Grenzgänger/innen (Wohnort im benachbarten Ausland, Arbeitsstelle in der Schweiz) nicht zur Wohnbevölkerung gezählt werden, aber für die wirtschaftliche Produktion der Schweiz relevant waren.

Zu Beginn der 1990er Jahre wurde eine Neuorientierung der schweizerischen Ausländerpolitik in Form eines sogenannten ‚Drei-Kreise-Modells‘ vollzogen: Die Rekrutierungsgebiete für ausländische Arbeitskräfte wurden 1991 in drei geografische Kreise aufgeteilt: Zum inneren, privilegierten Kreis gehörten die Angehörigen der EU- und EFTA-Staaten. Für diese Staaten galt eine liberale Zulassungspolitik. Zum zweiten Kreis wurden Staatsangehörige aus den USA, Kanada, Australien und Neuseeland (sowie Andorra, Monaco, San Marino) zugeteilt (primär – weil etwa bezüglich den USA – wirtschaftliche Verflechtungen berufliche Migration erforderte). Alle übrigen Staaten wurden einem dritten Kreis zugeteilt, dem die geringste Rekrutierungspriorität zukam. 1994 wurde das Recht einer Umwandlung einer Saisonbewilligung in eine Jahresaufenthaltsbewilligung auf den ersten Kreis beschränkt. Gegen Ende der 1990er Jahre (Nov. 1998) wurde das Drei-Kreise-Modell beendet. Danach hatten nur Angehörige der EU- und EFTA-Staaten eine bevorzugte Stellung. „Bürger anderer Länder erhielten nur dann eine Bewilligung zur Ausübung einer Tätigkeit, wenn es sich unter anderem

um gut qualifizierte Personen handelte. Faktisch ging man damit zu einem dualen Zulassungsmodell über, bei dem die individuelle Qualifikation als Einreisekriterium verstärkt wurde.“ (Sheldon 2007: 14)

Tabelle 43:

Ausländische Wohnbevölkerung – die wichtigsten Herkunftsländer 1980-2018

	Ausländische Wohnbevölkerung nach Nationalität (in 1000)				
	1980	1990	2000	2010	2018
Italien	423.0	381.5	321.8	287.1	319.3
Spanien	98.1	117.0	84.3	64.1	83.7
Deutschland	87.4	84.5	109.8	263.3	306.2
Frankreich	48.0	51.7	61.7	95.6	134.8
Jugoslawien	44.1	141.4	344.3*	314.2 *	308.8*
- Kroatien			43.9	33.5	28.2
- Serbien/Montenegro			190.9 **	123.9 ***	67.5
- Kosovo			-	58.8	111.8
- Bosnien-Herzegowina			45.1	35.5	30.0
- Nord Mazedonien			56.1	60.1	66.6
Türkei	38.4	64.9	80.2	71.8	67.8
Österreich	32.0	29.1	29.2	37.0	43.0
Großbritannien	16.1	18.3	22.3	37.3	41.4
Portugal	10.9	86.0	135.4	212.6	263.3
USA	10.6	11.2	14.1	18.8	19.4
Niederlanden	10.2	12.1	14.6	19.2	21.0
Griechenland	9.0	8.5	6.1	6.8	14.4
Ungarn	6.2	4.7	3.6	6.6	22.6
Belgien	4.0	5.9	7.8	10.8	13,5
Indien	2.3	3.9	5.9	10.4	14.9
Polen	2.2	5.3	4.2	11.7	31.6
Rumänien	1.4	2.4	2.7	6.0	16.9
Brasilien	1.0	2.2	8.3	17.9	21.3
China	0.5	1.8	5.4	10.3	18.9
Sri Lanka	0.4	2.8	20.2	29.0	29.0
Syrien	0.4	0.6	0.7	2.2	20.1
Afghanistan	0.2	0.6	1.3	3.6	16.7
Russland	-	-	5.8	11.9	15.8
Eritrea	-	-	0.6	8.0	38.0

* Nachfolgestaaten von Jugoslawien

** inkl. Kosovo

*** inkl. Personen, die noch nicht einem Nachfolgestaat des ehemaligen Serbien und Montenegro zugeteilt werden konnten.

Quellen: PETRA (1980-2009), STATPOP (ab 2010)

Mit den bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union wurde dieses duale Modell zu Beginn des 21. Jahrhunderts gefestigt: Für Angehörige von EU- und EFTA-Staaten wurde ab Juni 2002 der freie Personenverkehr schrittweise durch einen Abbau der entsprechenden Beschränkungen eingeführt. Für 17 EU-Staaten sowie für Island, Liechtenstein und Norwegen (EFTA-Staaten) gilt seit Juni 2007 die volle Personenfreizügigkeit. Für die zentral- und osteuropäischen Staaten, welche der EU 2004 beitraten, wurde die volle Personenfreizügigkeit ab Mai 2011 eingeführt und für Bulgarien und Rumänien – welche 2007 der EU beitraten – wurde dieses Recht ab Juni 2019 gewährt. Für Kroatien (2013 der EU beigetreten) gilt die Freizügigkeitsregel mit einigen Übergangsbestimmungen seit Januar 2017. Aus allen übrigen Staaten wird hingegen nur eine Einwanderung von qualifizierten Spezialisten zugelassen, die nicht in EU- und EFTA-Staaten rekrutiert werden können.

Die eingeführten Neuregelungen haben die Zuwanderung aus Ländern der Europäischen Gemeinschaft verstärkt, beispielsweise aus Portugal. Die Zahl der in der Schweiz wohnhaften portugiesischen Staatsangehörigen hat sich von 1990 bis 2018 von 86'000 auf über 263'000 erhöht. Zunehmende Zahlen verzeichnete auch die Zuwanderung aus Frankreich, Niederlanden oder Großbritannien. Besonders bemerkenswert war die Zuwanderung aus Deutschland, von 85'000 Personen 1990 auf 306'000 Personen 2018. Von Ländern außerhalb der EU war speziell die Zuwanderung aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens nach dem Zerfall des Landes und dem darauffolgenden blutigen Bürgerkrieg bemerkenswert (vgl. Tabelle 43).

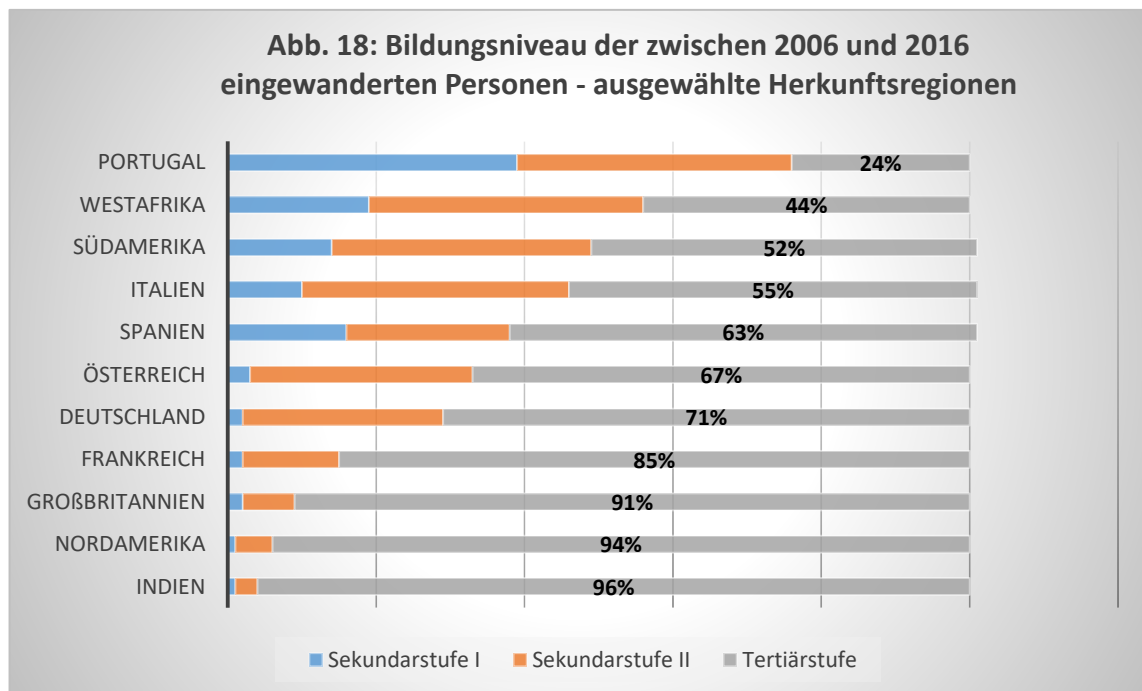
Die Zuwanderung der letzten drei Jahrzehnte (1990 bis 2019) war durch drei wesentliche Strukturwandlungen gekennzeichnet: Erstens kam es zu einer verstärkten Zuwanderung qualifizierter und hochqualifizierter Personen in die Schweiz, als Folge eines wirtschaftlichen Wandels zu einer modernen und globalisierten Dienstleistungsgesellschaft. Zweitens erhöhten sich die Asylgesuche und ein nicht unwesentlicher Teil der neuen Immigranten suchten und fanden Zuflucht in der Schweiz (etwa aus Sri Lanka, Kosovo und neuerdings aus Syrien u.a.). Drittens erhöhten sich Zahl und Anteil an pensionierten Immigranten und Immigrantinnen der ersten Einwanderungsgeneration, weil weniger Migranten und Migrantinnen nach ihrer Pensionierung in ihr Herkunftsland zurückkehrten als ursprünglich geplant. Im Folgenden werden diese drei strukturellen Veränderungen der Immigration kurz angeführt und diskutiert.

7.4.1 Trend zu qualifizierter Zuwanderung

Wirtschaft und Arbeitsmärkte moderner europäischer Länder waren in den letzten Jahrzehnten von tiefgreifenden Veränderungen geprägt: So kam es zu einer verstärkten Tertiarisierung (Entwicklung zur modernen Dienstleistungsgesellschaft) und einer erhöhten beruflichen Spezialisierung. Dies hat die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften erhöht und den Bedarf an ungelerten Arbeitskräften reduziert. Auch Technisierung und Auslagerung einfacher Tätigkeiten in Billiglohnregionen trugen dazu bei, den Bedarf nach unqualifizierten industriellen Arbeitskräften in Europa zu verringern. Die Schweiz war und ist von diesem Strukturwandel von Wirtschaft und Arbeitsmarkt – mit der Entwicklung und Ausbreitung zahlreicher international tätiger moderner Produktions- und Kompetenzzentren (Pharmaindustrie, Banken- und Finanzdienstleistungen, Design- und Kultursektor, hochtechnisierte Exportindustrie usw.) in besonderem Masse betroffen. Der Anstieg des Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften konnte mit den in der Schweiz ausgebildeten neuen Generationen nicht gedeckt werden, auch weil eine steigende Zahl von schweizerischen Hochschulabsolventen aus Altersgründen aus dem Arbeitsmarkt ausschied (Steiner, Fibbi 2016). Deshalb „beobachtete man in jüngster Zeit

eine starke Entwicklung bei der hochqualifizierten Zuwanderung in Tätigkeitsfeldern mit einer hohen Wertschöpfung“ (Wanner, Steiner 2018: 4).

Entsprechend dieser Entwicklung sank der Anteil der ungelerten Immigranten und Immigrantinnen: Der Anteil der in den vorausgegangenen fünf Jahren zugewanderten Personen ohne berufliche Ausbildung reduzierte sich von 1990 bis 2000 von 60% auf 37%. Auf der Gegenseite erhöhte sich der Anteil mit tertiärer Ausbildung (Universität, Hochschulen) von 9% auf 32% (Sheldon 2007: Abb. 3.6). Beide Trends haben sich nach 2000 bis 2018 fortgesetzt. Während 1991 gut 33% aller neu zugewanderten Personen über eine Tertiärausbildung verfügten, waren es zwischen 2007 und 2014 50-54% der jährlich neu immigrierten Frauen und Männer (Wanner, Steiner 2018: 7). Einen hohen Anteil an akademisch gebildeten Neuzuwanderer zeigt sich bei Migrantinnen und Migranten aus Nordamerika, Großbritannien und Indien. Auch die neue Migration aus den Nachbarländern betrifft heute mehrheitlich qualifizierte Personen (vgl. Abbildung 18). Während die Zuwanderung lange Zeit durch ungelerte Arbeitskräfte bestimmt war, haben sich die Bildungsverhältnisse in den letzten Jahrzehnten radikal verändert und dies gilt auch italienische und spanische Neumigranten. Einzig bei der portugiesischen Zuwanderung zeigt sich weiterhin ein relativ hoher Anteil an ungelerten Immigranten und Immigrantinnen.



Sekundarstufe I: oblig. Schulbildung, keine berufliche Fachausbildung, Sekundarstufe II: berufliche Fachausbildung, Lehre, Tertiärstufe: Hochschule, Universitäten

Quelle: Migration-Mobility Survey (gewichtete Daten), Wanner, Steiner 2018: 7

Durch die Entwicklung zu einer qualifizierten Zuwanderung wurden die Immigrantinnen und Immigranten nicht nur für die aktuelle wirtschaftliche Wertschöpfung bedeutsam, sondern vermehrt für die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Innovationskraft und den zukünftigen Wohlstand der Schweiz. Eine Begrenzung der Zuwanderung würde nicht nur die aktuelle Situation berühren, sondern auch die Zukunft der Schweiz begrenzen.

Da in einer modernen Arbeitsgesellschaft die formelle Schul- und Berufsausbildung für die Lebens- und Arbeitschancen zentral ist, zeigt sich auch bei der Migrationsbevölkerung ein enger Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und sozio-ökonomischer Situation. Analog der einheimischen Bevölkerung ist das Armutsrisiko bei Migrantinnen und Migranten ohne weiterführende Ausbildung höher als bei Migranten mit Fachausbildung oder tertiärer Ausbildung (vgl. Tabelle 44). Da zweite Immigrationsgeneration oft über bessere schulisch-berufliche Bildung verfügt als ihre Eltern, ist die Armutsquote bei der zweiten Generation insgesamt geringer als bei der ersten Generation.

Ein Migrationseffekt wird insofern sichtbar, dass auch bei gleichem Bildungshintergrund die Armutsquote bei der Migrationsbevölkerung 2-3% höher liegt als bei der einheimischen Bevölkerung. Dies hängt teilweise mit sprachlichen Integrationsschwierigkeiten, teilweise aber auch mit Diskriminierungen und Benachteiligungen (wie fehlende Anerkennung ausländischer Fachdiplome) zusammen.

**Tabelle 44:
Armutsquote der Wohnbevölkerung ab 16 Jahren nach Migrationsstatus und Bildungsniveau 2012 und 2018**

% als arm eingestuft	Bevölkerung ohne Migrationshintergrund		Bevölkerung mit Migrationshintergrund	
	2012	2018	2012	2018
Insgesamt	7.0%	6.7%	9.6%	9.8%
1. Immigrationsgeneration	-	-	10.8%	10.1%
2. Immigrationsgeneration	-	-	5.2%	6.1%
Bildungsniveau:				
- Obligatorische Schule	14.7%	11.8%	14.5%	15.1%
- Sekundarstufe II (Lehre u.ä.)	7.2%	7.7%	8.5%	9.6%
- Tertiärstufe (Uni, Hochschule)	3.4%	4.0%	6.8%	6.6%

Quelle: Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen, SILC-2018 Version 22.01.2020, ohne fiktive Miete. Berechnungen April 2020.

7.4.2 Fluchtbewegungen und Asylgesuche

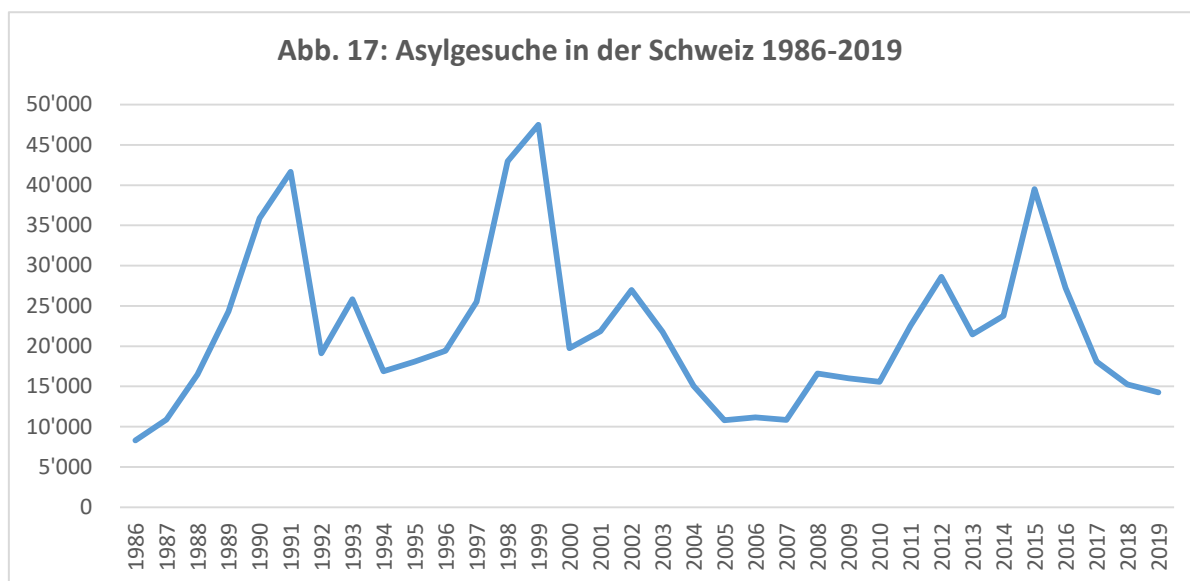
Armut, Unterdrückung und Bürgerkriege haben Ende des 20. Jahrhunderts und zu Beginn des 21. Jahrhunderts in verschiedenen Weltregionen zu Vertreibungen und Fluchtbewegungen geführt. Davon blieb die Schweiz nicht unberührt. Vor allem Ende des 20. Jahrhunderts stieg die Zahl von Asylgesuchen an. „In der Schweiz nahm an der Wende zwischen den 1970er- und den 1980er Jahre die Zahl individuell gestellter Asylgesuche von um die tausend pro Jahr innert kurzer Zeit auf ein mehrfaches zu – bereits 1982 waren es rund 5.000. Neu und wichtig war indes auch, dass die Schutzsuchenden zunehmend aus Ländern wie Sri Lanka, der Türkei oder dem damaligen Zaire kamen und nicht mehr wie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs fast ausschließlich aus sozialistischen Staaten und insbesondere aus Osteuropa.“ (Pärli 2019: 187)

Dazu kam gegen Ende des 20. Jahrhunderts eine verstärkte Vermischung von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Flucht- und Migrationsformen: „Zu allen, die in ihrem Heimatstaat wirklich an Leib und Leben bedroht sind, kommen jene hinzu, die ihr Land wegen Armut und wirtschaftlicher Aussichtslosigkeit verlassen. Diese Vermischung führte gegen

Ende des 20. Jahrhunderts dazu, dass die Zielländer sich immer weniger in der Lage sahen alle Menschen aufzunehmen. Die Politik beginnt vermehrt Zugangskontrollen zu schaffen, um der Lage Herr zu werden. Aus diesen Maßnahmen ergibt sich aber ein kleiner ‚Teufelskreis‘. Durch die erschwerten Zutrittsmöglichkeiten in ein Land versuchen Migranten als Flüchtlinge und Flüchtlinge als Migranten ihr Glück. Dies wiederum führt zu erhöhtem Misstrauen der Zielländer, die somit noch restriktivere Maßnahmen gegen ‚Fremde‘ anstreben.“ (Toggenburg 2008: 2)

Auch in der Schweiz wurde die Asylpolitik ab Mitte der 1980er Jahre zu einem politisch sensiblen Thema. „In öffentlichen Debatten wurden die Schutz suchenden Menschen häufig abschätzig als Asylanten betitelt, um anzuzeigen, dass ihre Wanderungsmotive unlauter seien, dass sie nicht legitimiert seien, den Flüchtlingsstatus zu beanspruchen, da sie nur gekommen seien, um einen Aufenthalt zu erschleichen.“ (D’Amato 2008: 186) Als Reaktion wurde das 1979 beschlossene und 1981 eingeführte Asylgesetz in Richtung von strengeren Verfahrens- und Anerkennungsregeln immer wieder revidiert. „Während die einzeln eingereichten Gesuche in den 1970er Jahren durchschnittlich zu 80 bis 90 Prozent gutgeheißen worden waren, fiel die Anerkennungsquote bis Mitte 1985 auf etwas über 10 und sank bis in die frühen 1990er Jahre für einige Zeit noch weiter auf unter 5 Prozent.“ (Pärli 2019: 187) In den späten 1990er Jahren stieg die Anerkennungsquote individueller Gesuche wieder leicht an (auf 9%) (Efionayi-Mäder 2003). Von den 2008 bis 2019 gestellten neuen Asylgesuche wurden um die 21% positiv beurteilt, wenn auch je nach Herkunftsland unterschiedlich. Asylgesuche von Menschen aus Nigeria beispielsweise wurden in 9 von 10 Fällen zurückgewiesen. Nach Ansicht von Benjamin Schindler (2017) wurde das Asylrecht in den letzten Jahrzehnten zu einem eigentlichen politisch-rechtlichen ‚Experimentierfeld‘: „Das Wort ‚Experimentierfeld‘ umschreibt nicht nur den sorgfältig angelegten und wissenschaftlich begleiteten Versuch. Es steht auch für ein oft von kurzfristigen Launen der Tagespolitik geprägtes ‚trial and error‘. (Schindler 2017: 203)

Zwischen 1986 und 2019 wurden offiziell nahezu 750’000 Asylgesuche gestellt (vgl. Abbildung 17). Am häufigsten kamen Asylgesuche in dieser Zeit von Personen aus Ex-Jugoslawien, Türkei (Kurden), Sri Lanka (Tamilen), Afghanistan, Syrien sowie Nigeria. In den 1990er Jahren waren namentlich die Tamilen eine größere außereuropäische Flüchtlingsgruppe, die aufgrund eines Bürgerkriegs in Sri Lanka in die Schweiz flüchtete. Von 1994 bis 2008 stellten 100’900 tamilische Männer und 58’100 tamilische Frauen ein Asylgesuch. Während zuerst mehrheitlich tamilische Männer einwanderten, hat sich nachfolgend das Geschlechterverhältnis durch Familiennachzug und Geburten in der Schweiz ausgeglichen und in den letzten Jahren hat sich der Anteil der eingebürgerten Tamilen stark erhöht (Bundesamt für Statistik 2009, Moret et al. 2007)



Quelle: Asylstatistik

„In den 1990er Jahren brachten insbesondere die Balkankriege neue Flüchtlingswellen aus Bosnien und Kosovo in das Land. Einige dieser Kriegsflüchtlinge hatten Verwandte in der Schweiz, meist waren es Arbeitsmigranten, die noch vor dem Bürgerkrieg emigriert waren. Zwischen 1990 und 2002 wurden in der Schweiz 146'587 Asylgesuche aus der kriegsgeplagten Balkanregion gestellt.“ (D'Amato 2008: 187) Viele Asylgesuche wurden 1991 als Folge von ethnischen Vertreibungen eingereicht. Ein zweiter Höhepunkt ergab sich 1998/99 als Folge der Auseinandersetzungen um den Kosovo (wobei die in der Schweiz Asyl beantragenden Personen zumeist in der Schweiz lebende Familienangehörige aufwiesen). Ein weiterer dritter Höhepunkt ergab sich 2015 als Folge des syrischen Konflikts. (vgl. Abbildung 17).

7.4.3 Migration und Alter

Da im Allgemeinen jüngere Menschen immigrieren, trägt Zuwanderung zu einer demografischen Verjüngung bei. Dieser Effekt kann verstärkt werden, wenn Migrationsfamilien eine überdurchschnittliche Geburtenhäufigkeit aufweisen. Ab den 1990er Jahren wurde allerdings auch eine demografische Alterung der ersten Migrantengenerationen deutlich, weil viele dieser Migranten und Migrantinnen nach ihrer Pensionierung in der Schweiz verblieben und die Rückkehrquoten geringer waren als ursprünglich geplant (Bolzman et al. 2006, 2019b; Fibbi 2003, Hungerbühler 2011). Damit hat sich der Anteil der älteren Bevölkerung mit Migrationshintergrund erhöht. 2018 betrug der Anteil der im Ausland geborenen 65-jährigen und älteren Personen 23%. Die größte Gruppe sind pensionierte Italiener und Italienerinnen, gefolgt von Immigranten und Immigrantinnen aus Deutschland und Frankreich. Pensioniert sind aber auch viele ehemalige Ostblockflüchtlinge (etwa aus Ungarn).

Die Gründe – trotz jahrelangem Rückkehrwunsch – im Alter in der Schweiz zu verbleiben, sind vielfältig (Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen 2012). Kinder und Enkelkinder, die in der Schweiz leben, sind oft ein wichtiges Motiv zum Verbleiben im Immigrationskontext, Rückkehr bedeutet Trennung von den engsten Familienangehörigen, was viele nicht in Kauf nehmen möchten, zumal sie nach der Pensionierung häufig als Großeltern nochmals eine wichtige Rolle einnehmen. Auch aufgebaute Kontakte und Beziehungen in der

Nachbarschaft können eine Rolle spielen. Umgekehrt wird realisiert, dass sich die Verhältnisse in der Herkunftsregion verändert haben, etwa wenn Verwandte oder Freunde von früher selber weggezogen oder bereits verstorben sind. Eine angeschlagene Gesundheit und knappe ökonomische Mittel können weitere Gründe sein, im Alter in der Schweiz zu verbleiben. Pensionierte, die aufgrund tiefer Renten auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind, büßen bei einem Wegzug aus der Schweiz diese soziale Existenzsicherung ein.

Die ab den 1990er Jahren pensionierten Frauen und Männer der ersten Zuwanderergeneration – namentlich ehemalige Arbeitsmigranten aus Südeuropa – waren bzw. sind im Alter durch spezifische Lebens- und Berufsbiografien geprägt (Hungerbühler 2004, Soom Amann 2011):

a) Ländliche Herkunft mancher älterer Migranten - und verlorene Jugend: Die in den 1960er bis 1980er Jahren zugewanderten Frauen und Männer stammten vielfach aus damals wenig entwickelten Regionen Südeuropas. Unterentwicklung und hohe Arbeitslosigkeit waren treibende Motive im Norden Arbeit zu suchen. Manche kamen aus ländlichen Regionen Südeuropas. Die Migration bedeutete nicht nur einen Wechsel von einem vertrauten Land in ein fremdsprachiges Land, sondern auch einen Wechsel von einer ländlich geprägten Sozialordnung in städtische Lebensverhältnisse. In den letzten Jahrzehnten haben sich die Herkunftsländer der ersten Einwanderergenerationen wirtschaftlich, sozial und politisch stark verändert. Die ursprüngliche Heimat ist nicht mehr die gleiche wie zur Zeit ihrer Auswanderung. Für ältere Migranten und Migrantinnen kann sich daraus ein doppelter Verlust ergeben: Die ursprünglich verlassene Heimat der Jugend existiert nicht mehr, aber auch die Schweiz ist noch keine echte Heimat.

b) Rotationspolitik in der Einwanderungspolitik und verzögerte Integration: Während ein Teil der osteuropäischen Flüchtlinge (etwa die ungarischen Flüchtlinge nach 1956) mit offenen Armen empfangen wurden, war die Einwanderungs- und Integrationspolitik gegenüber den ausländischen Arbeitskräften der ersten Generationen widersprüchlich und spannungsvoll. Dies prägt - zusätzlich zur Erfahrung der Migration selbst - Leben und Erleben auch in der nachberuflichen Lebensphase. An eine permanente Einwanderung dachten damals nur wenige Immigranten und Immigrantinnen der ersten Zuwanderergenerationen und die Arbeitsmarktpolitik war durch eine gezielte Rotationspolitik charakterisiert. Entsprechend erfolgten bei diesen Generationen Niederlassung und Familiennachzug häufig mit beträchtlicher Verzögerung. Wohn- und Arbeitsbiographien der ersten Migrationsgenerationen waren zumeist diskontinuierlich (z.B. Beginn als Saisonarbeiter/in, Trennung von Familie, später Niederlassung und Familiennachzug). Dies hat eine sprachliche und soziale Integration der ersten Einwanderergenerationen erschwert.

c) Berufliche und soziale Unterschichtung: Für das Verständnis der wirtschaftlichen, psychischen und gesundheitlichen Lage vieler älterer Migranten der ersten Immigrationsgenerationen ist entscheidend, dass sie während ihres Erwerbslebens häufig unqualifizierte, harte körperliche Arbeiten zu übernehmen hatten. Viele Frauen und Männer der ersten Einwanderergenerationen waren ungelernte Arbeitskräfte. Während bei Schweizer Männern der Geburtsjahrgänge 1920-1940 nur 21% keine höhere Ausbildung oder Lehre absolviert haben, erfuhren bei Ausländern der gleichen Geburtsjahrgänge 47% keine höhere Ausbildung oder Lehre und bei den Ausländerinnen waren es 64%. Die ‚Fremdarbeiter‘ der ersten Migrationsgenerationen füllten diejenigen Berufspositionen aus, welche die Schweizer mieden, weil sie schmutzig, gefährlich, körperlich hart oder schlecht bezahlt waren. Dadurch haben diese älteren Migranten und Migrantinnen - ob eingebürgert oder nicht – häufiger mit wirtschaftlichen, psychischen und gesundheitlichen Problemen des Alters zu kämpfen als

gleichaltrige Schweizer. So weisen die über 64-Jährigen Personen ausländischer Nationalität ein höheres Armutsrisiko auf als gleichaltrige Schweizer und Schweizerinnen. Während 2016 11% der Schweizer AHV-Rentner und AHV-Rentnerinnen Ergänzungsleistungen zur AHV beanspruchten, waren es 25% der ausländischen AHV-Rentner und AHV-Rentnerinnen. Entsprechend leiden Migranten und Migrantinnen im Alter häufiger unter eingeschränkten Wohnbedingungen (Bolzman, Bridji 2019a: 215). Auch gesundheitlich zeigt eine vormals strenge körperliche Arbeit negative Auswirkungen und eingewanderte oder eingebürgerte Pensionierte weisen häufiger depressive Symptome auf als einheimische Personen (Bolzman, Vagni 2015). Entsprechend profitieren Personen der ersten Zuwanderungsgenerationen im Rentenalter von einer durchschnittlich kürzeren Lebenserwartung in guter Gesundheit als einheimische Personen. Allerdings ist zu beachten, dass nicht internationale Migration im Alter zu Gesundheitsproblemen beiträgt, sondern verantwortlich sind fehlende Bildung, harte Arbeit, finanzielle Lücken und mangelnde sprachlich-soziale Integration. Bei späteren Migrationsgenerationen – die häufiger eine tertiäre Ausbildung aufweisen und häufiger qualifizierte Arbeiten leisteten – können andere gesundheitliche Dimensionen im Alter bedeutsam sein. Zudem können je nach Herkunftsregion je andere gesundheitliche Probleme relevant sein: Männer und Frauen aus dem Nahen Osten sind etwa stärker von psychischen Erkrankungen, Herzerkrankungen und Krankheiten der Wirbelsäule und des Rückens betroffen. Italienische Männer und osteuropäische Frauen werden häufiger wegen ischämischen Herzkrankheiten hospitalisiert. Im Vergleich zu den Schweizerinnen und Schweizern wird Diabetes bei Männern und Frauen aus dem Nahen Osten, aus Osteuropa und Italien, nicht aber bei Migrantinnen und Migranten aus Westeuropa, häufiger diagnostiziert (Schweizerisches Gesundheitsobservatorium 2012).

Die Zahl von Frauen und Männer aus der Migrationsbevölkerung, die im Alter auf ambulante oder stationäre Pflege angewiesen sind, steigt demografisch bedingt an. Dies hat in den letzten Jahren zur Entwicklung von Konzepten einer kultursensiblen Pflege beigetragen (Meier zu Verl 2020). Zumindest in größeren Schweizer Städten wurden für pflegebedürftige Migranten und Migrantinnen gezielt mediterrane Pflegeabteilungen oder Pflegewohngruppen geschaffen (Minou 2019). Speziell bei demenzerkrankten alten Frauen und Männern mit Migrationshintergrund ist eine kultursensible Betreuung und Pflege zentral, weil später gelernte Sprachen früher verloren gehen als die Herkunftssprache. Zudem können im Verlauf der Demenz frühere Verlusterfahrungen in Verbindung mit ihrer Migrationsbiographie reaktiviert werden: Die Zeit im Heimatland, die Migration und das Fremdsein in der Schweiz – mit den damit verbundenen Gefühlen – werden am Ende des Lebens wieder thematisiert (Schweizerisches Rotes Kreuz 2013).

Auswirkungen der Covid-19-Pandemie

Die genauen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und die damit verbundene wirtschaftliche Rezession sind noch offen, aber einige Effekte sind wahrscheinlich (Balbo et al. 2020).

Kurz- und mittelfristig ist mit rückläufigen internationalen Migrationsraten zu rechnen. Wirtschaftliche Rezession und Arbeitslosigkeit wird – wie in früheren Krisenzeiten – die internationale Arbeitsmigration reduzieren. Teilweise wird ein Teil der jüngeren Migranten und Migrantinnen wegen Arbeitsplatzverlust in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Insgesamt kann sich daraus eine negative Migrationsbilanz für die Schweiz ergeben.

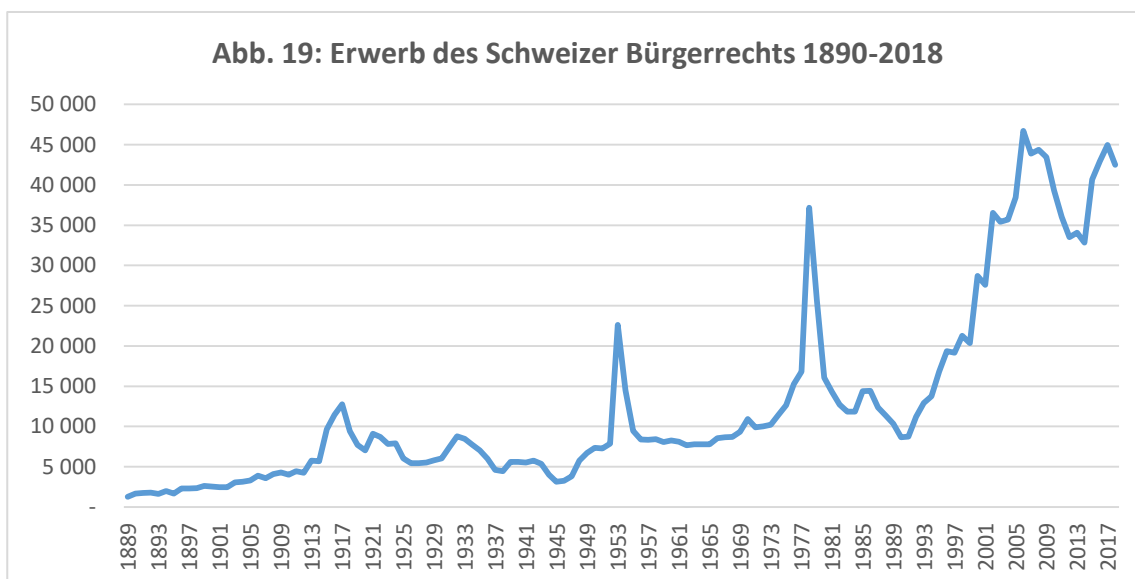
Neu pensionierte Migranten und Migrantinnen dürften allerdings eine Rückkehr in ihre Herkunftsländer hingegen aufschieben, namentlich wenn sie aus Ländern mit schlechter Gesundheitsversorgung stammen. Ebenso kann es zu einer vermehrten Rückwanderung von Auslandschweizern kommen, vor allem aus Ländern, die von der wirtschaftlichen Krise besonders stark betroffen sind. Längerfristig können wirtschaftliche Probleme (erhöhte Armut,

überschuldeter Staat usw.) den Migrationsdruck aus ärmeren Ländern nach Europa zusätzlich verstärken.

7.5 Einbürgerungen

Der Ausländerbestand wird dadurch beeinflusst, wie rasch zugewanderte Frauen, Männer und ihre Kinder eingebürgert werden. Schweden beispielsweise hat in den letzten Jahrzehnten eine ebenso starke Immigration erlebt wie die Schweiz, weil aber in Schweden verhältnismäßig mehr Immigranten und Immigrantinnen eingebürgert wurden, liegt der Ausländeranteil in Schweden tiefer als in der Schweiz.

In der Schweiz sind für ordentliche Einbürgerungen grundsätzlich die einzelnen Kantone bzw. Gemeinden zuständig (die unterschiedliche Aufenthalts- und Integrationsanforderungen stellen). Der Bund erlässt primär Mindestvorschriften zur Einbürgerung, etwa eine zehnjährige Aufenthaltsdauer in der Schweiz. Reduzierte Fristen gelten etwa für bi-nationale Ehen und eingetragene Partnerschaften (fünf Jahre Wohnsitz). Zusätzlich verlangt der Bund, dass Personen für eine Einbürgerung geeignet sind, das heißt in der Schweiz integriert sind und mit ihren Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen vertraut sind, die schweizerische Rechtsordnung beachten und zudem die innere und äußere Sicherheit der Schweiz nicht gefährden (Art. 14 BüG). Die Bundesbehörden können direkt eine sogenannte ‚erleichterte Einbürgerung‘ vornehmen, etwa für ausländische Ehemänner bzw. Ehefrauen (wo eine Wohnsitzpflicht von mindestens fünf Jahren und eine Ehedauer von mindestens drei Jahren gelten). Seit 2017 gilt ein erleichtertes Einbürgerungsverfahren für in der Schweiz geborene Enkel von Migranten. Seit 2006 dürfen Kantone und Gemeinden zudem nur noch kostendeckende Einbürgerungsgebühren erheben (vorher waren die Gebühren nicht selten einkommens- und vermögensabhängig). Lange Zeit wurden in manchen Gemeinden Einbürgerungen an einer Gemeindeversammlung oder via Urnenabstimmung bestimmt. Das Bundesgericht entschied 2003, dass entsprechende Abstimmungen verfassungswidrig seien und 2008 wurde eine Volksinitiative, welche Einbürgerungsabstimmungen wieder erlaubt hätte, abgelehnt.



Quellen: BEVNAT, ESPOP, STATPOP

Abbildung 19 illustriert die Entwicklung der Zahl von Einbürgerungen seit 1890. Änderungen der Gesetzgebung (1953, 1978, 1992) haben die jährliche Anzahl der Personen, die das Schweizer Bürgerrecht erwarben, beeinflusst. Während vor 1953 eine Schweizerin durch die Heirat mit einem Ausländer ihr schweizerisches Bürgerrecht verlor, wurde dies 1953 geändert und auch Frauen, die wegen Heirat ihr Schweizerbürgerrecht eingebüßt hatten, konnten auf Gesuch wieder eingebürgert werden (was 1953 zu einer Häufung von Wiedereinbürgerungen gebürtiger Schweizerinnen beitrug).

In den 1970er Jahren kam die Ungleichbehandlung von Frauen und Männer beim Bürgerrecht unter Kritik und in der Folge erhielten 1978 die Kinder von Schweizerinnen, die mit einem Ausländer verheiratet waren, automatisch das Gemeinde- und Kantonsbürgerrecht ihrer Mutter. Da diese Regel rückwirkend eingeführt wurde stieg die Zahl von Einbürgerungen 1978/79 vorübergehend an. 1992 entfiel die Regelung, wonach eine Ausländerin durch Heirat mit einem Schweizer Bürger automatisch den schweizerischen Pass erhielt. Umgekehrt erhielten neu auch die mit einer Schweizerin verheirateten Ausländer die Möglichkeit einer erleichterten Einbürgerung. Damit waren Männer und Frauen ab 1992 bezüglich Einbürgerung durch Heirat gleichgestellt. Ab 1992 wurde zudem eine doppelte oder mehrfache Staatsangehörigkeit seitens der Schweiz uneingeschränkt akzeptiert (wogegen in Deutschland eine doppelte Staatsbürgerschaft (Schweiz-Deutschland) erst seit 2007 möglich ist).

Tabelle 45:

Einbürgerungsraten 1888-2018

Einbürgerungen in % der jeweils ansässigen ausländischen Wohnbevölkerung

	Insgesamt	Geburtsort Schweiz	Geburtsort Ausland
1888	0.5%		
1900	0.7%		
1910	0.7%		
1920	1.7%		
1930	1.7%		
1941	2.5%		
1950	2.6%		
1960	1.6%		
1970	1.1%		
1980	1.8%		
1991	0.8%	1.3%	0.7%
2000	2.1%	3.3%	1.7%
2010	2.3%	4.0%	1.9%
2019	2.1%	4.0%	1.7%

Quellen: BEVNAT, ESPOP, STATPOP

In Tabelle 45 sind Angaben zu den Einbürgerungsraten (Einbürgerungen in % der jeweils ansässigen ausländischen Wohnbevölkerung) angeführt. Diese Quoten sind allerdings nicht nur davon bestimmt, wie viele Personen eingebürgert werden, sondern auch davon, wie sich die Neueinwanderung entwickelt. Dies kann in Phasen starker Zuwanderung (z.B. frühe 1970er Jahre und frühe 1990er Jahre) zu tiefen Einbürgerungsraten beitragen.

Während die Einbürgerungsraten Ende des 19. Jahrhunderts sehr gering waren (unter 1%), lagen sie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bei 1% bis 2%. In den ersten zwei Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts betragen sie gut 2% und für in der Schweiz geborene ausländische Staatsangehörige 3-4%. Regional sind die Einbürgerungsraten allerdings unterschiedlich, je nach Sprach- und Integrationsanforderungen von Kantonen und Gemeinden.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erwarben insgesamt 291'671 Personen das Schweizer Bürgerrecht (wobei in dieser Periode – wie angeführt – umgekehrt Frauen, die einen Ausländer heirateten, ihr schweizerisches Bürgerrecht einbüßten). In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden 626'900 Personen eingebürgert und in den ersten zwei Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts (2000-2018) erhielten sogar 727'540 Personen das Schweizer Bürgerrecht.

8 Bevölkerungsverteilung und Urbanisierung

Die Alte Eidgenossenschaft entstand historisch aus einer (lockeren) Koalition von genossenschaftlich organisierten Bergbewohnern und städtischen Bürgern, die sich gegen wachsende Machtansprüche des Feudaladels zur Wehr setzten. Die schweizerische Eidgenossenschaft umfasste seit ihrer Entstehung daher sowohl Voralpen- und Bergregionen als auch Städte. Allerdings kannte die Alte Eidgenossenschaft keine eigentlichen Großstädte. Typisch waren zahlreiche Kleinstädte von regionaler Bedeutung. Noch zu Beginn des 17. Jahrhunderts umfasste allein die Stadt Genf deutlich mehr als 10'000 Einwohner (Perrenoud 1979). In Basel – der zweitgrößten Stadt der Alten Eidgenossenschaft - lebten damals um die 10'000 Personen. Die Bevölkerung der Städte Bern und Zürich erreichten erst im 18. Jahrhundert diesen Wert (vgl. Tabelle 47). Demgegenüber zählten zu Beginn des 17. Jahrhunderts im übrigen Europa schon gut 42 Städte mehr als 40'000 Einwohner, wobei Paris mit 300'000 bis 400'000 Einwohner schon als eigentliche Großstadt galt (Bairoch 1976).

Zwischen 1400 und 1800 nahm in der Alten Eidgenossenschaft die städtische Bevölkerung insgesamt weniger rasch zu als die Bevölkerung in den nicht-städtischen Untertanengebieten und Teilen der Voralpen. Dafür verantwortlich waren verschiedene Faktoren: Die zur Verteidigung gebauten Mauern erlaubten kaum eine Ausdehnung vieler der damaligen Städte. Die damals vorherrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse (Dominanz der landwirtschaftlichen Produktion) erlaubte keine zu starke Ausdehnung einer nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung. Die Städte waren auf eine regelmäßige Zufuhr von Lebensmitteln aus dem Umland angewiesen, was mit ein Grund für die Eroberung und Kontrolle umliegender landwirtschaftlicher Regionen (sogenannte Untertanengebiete) war. Zusätzlich führte eine gezielte Abschließungspolitik der Zünfte – die ihre handwerklich-gewerblichen Monopolstellungen schützten – zur Begrenzung der städtischen Bevölkerung. So wurden im 17. und 18. Jahrhundert Zuzüge in die Städte eingeschränkt und Einbürgerungen neuer Stadtbewohner restriktiv gehandhabt. Zeitweise wurden Einbürgerungen sogar verboten, wie etwa in der Stadt Basel, wo 1700 der Grosse Rat Einbürgerungen für sechs Jahre ausschloss. „Dieses Verbot wurde ständig erneuert, so dass während des ganzen 18. Jahrhunderts bis auf ein paar Ausnahmen nur Frauen (außer den einheiratenden nicht selten Witwen, die nach dem Tod ihres Mannes in ihre Vaterstadt zurückkehrten) und Kinder aufgenommen wurden.“ (Gschwind 1977) Dadurch entstand in Basel, wie in anderen Städten der Alten Eidgenossenschaft, eine bedeutende Zahl von weitgehend rechtlosen Hintersassen und Aufenthalter (die zwar in der Stadt arbeiteten, häufig aber außerhalb der Stadtmauer zu wohnen hatten).

Die relativ starre Zunftordnung der bürgerlich dominierten Städte der vorindustriellen Schweiz führte dazu, dass sich die neuen Produktionsformen (industriell organisierte Heimarbeit und später Fabrikarbeit) außerhalb der Städte entwickelten. Erst der Durchbruch einer wirtschaftsliberalen Staatsordnung und die Verankerung der Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit in der Bundesverfassung von 1848 führte zu einer Trendwende: Erstens wurden damit entwicklungs-hemmende Zunftstrukturen und kantonale Handelshemmnisse aufgebrochen, was eine gewerblich-industrielle Entwicklung der Städte ermöglichte. Zweitens erleichterte die Niederlassungsfreiheit eine Binnenwanderung. Der Anteil der Schweizer und Schweizerinnen, die in ihrem Geburtsort verblieben, reduzierte sich zwischen 1860 und 1910 von 66% auf 53% und bis 1941 auf noch 44% (Zelinsky 1971). Drittens trug der Wandel von landwirtschaftlicher zu industrieller Produktion zu einer vermehrten Abwanderung junger Männer und Frauen aus ländlichen Regionen und Berggebiete in die Städte (im 19. Jahrhundert und frühen 20. Jahrhundert häufig als ‚Landflucht‘ bedauert).

Statistisch wird die verstärkte Konzentration der Bevölkerung auf größere Gemeinden in Tabelle 46 illustriert: Der Anteil der Wohnbevölkerung der Schweiz in Gemeinden von bis zu 2000 Einwohnern sank zwischen 1850 und 2018 mehr oder weniger kontinuierlich von 68% auf unter 20%. Zeitweise waren dafür allerdings nicht nur Abwanderungsbewegungen und ein Bevölkerungsanstieg in vielen ehemaligen Kleingemeinden verantwortlich, sondern relevant waren auch Gemeindefusionen (wodurch sich die Zahl von Kleingemeinden reduzierte). Bei der Gründung der modernen Schweiz bestand sie aus 3'205 politischen Gemeinden. Bis 2003 hatte sich ihre Zahl auf 2'840 reduziert und anfangs 2020 liegt sie noch bei 2'202 Gemeinden. Neben einigen Eingemeindungen ist vor allem eine Fusion von Kleingemeinden für den Rückgang verantwortlich. Am radikalsten hat der Kanton Glarus seine Gemeindeordnung gestrafft: Aus 25 Orts-, 18 Schul-, 16 Fürsorge und 9 Bürgergemeinden wurden ab Januar 2011 drei Einheitsgemeinden.

Tabelle 46

Verteilung der Wohnbevölkerung nach Gemeindegröße 1850-2000

	% -der Wohnbevölkerung in Gemeinden mit ... Einwohnern:				
	weniger als 1000 E.	1000- 2000 E.	2000 5000 E.	5000- 10'000 E.	mehr als 10'000 E.
1850	41.9%	26.3%	19.9%	5.5%	6.4%
1860	37.7%	26.4%	21.1%	6.3%	8.5%
1870	35.9%	24.3%	22.3%	7.5%	10.0%
1880	34.6%	21.6%	23.5%	7.0%	13.3%
1888	32.3%	21.3%	23.0%	8.3%	15.1%
1900	28.6%	19.3%	21.7%	8.4%	22.0%
1910	24.6%	17.1%	21.8%	11.1%	25.4%
1920	23.2%	16.7%	21.6%	10.9%	27.6%
1930	22.0%	15.3%	21.9%	10.3%	30.5%
1941	20.3%	15.1%	20.0%	11.7%	32.9%
1950	18.1%	13.7%	20.0%	11.7%	36.5%
1960	15.0%	12.1%	18.8%	12.2%	41.9%
1970	12.0%	10.3%	19.0%	13.4%	45.3%
1980	11.4%	10.3%	20.0%	14.9%	43.4%
1990	9.6%	10.3%	21.1%	16.2%	42.8%
2000	8.9%	10.6%	22.1%	17.1%	41.3%

Quelle: Statistische Jahrbücher der Schweiz

Auf der anderen Seite hat sich der Anteil der Wohnbevölkerung in Gemeinden von mehr als 10'000 Einwohner erhöht, von 6.4% 1850 auf 45.3% 1970, um danach wieder leicht zu sinken. Auch diese Entwicklung hat zwei Facetten: Einerseits wuchsen in dieser Zeit die größeren Städte weiter an. Andererseits entwickelten sich auch verschiedene Berg- und Landgemeinden zu städtischen Gemeinden (wie etwa Davos, das sich aus einer abgelegenen Walser Siedlung zu einem international bekannten Tourismuszentrum entwickelte).

Tabelle 47

Zur Entwicklung der Wohnbevölkerung der vier größten Schweizer Städte

Jahr	Einwohnerzahl in 1000							
	Zürich		Bern		Basel		Genf	
	Stadt	A*	Stadt	A*	Stadt	A*	Stadt	A*
Um 1450	5		5		8		8	
Um 1500	-		-		9		-	
Um 1600	-		.		10		16	
Um 1630	8		-		10		13	
Um 1760	10		11		16		22	
1798/99	10		10		15		24	
1815	11		-		17		22	
1850	17		28		27		37	
1880	<u>25</u>		43		61		49	
1910	191		86		132		<u>58</u>	
1930	<u>291</u>	310	112	138	148	185	124	143
1941	336	358	130	162	162	202	124	144
1950	390	449	147	187	184	243	146	185
1960	440	611	163	230	207	320	176	251
1970	423	719	162	285	213	382	174	321
1980	370	1012	145	371	182	479	157	394
1990	365	-	136	-	178	-	171	-
2000	363	1134	129	387	167	502	178	486
2018	415	1385	134	420	172	550	202	597

Anmerkungen

_ : Größere Eingemeindung/Ausweitung Stadtgebiet zwischen den angeführten Jahren (Zürich 1893 & 1934, Genf 1930).

*: Agglomerationsgebiet nach Abgrenzung und Definition im jeweiligen Erhebungsjahr.

Datenquellen vor 1850: Gschwind 1977, Perrenoud 1979, Schneider 1925, Walter 1966, Letsch 2017. Nach 1850: Eidg. Volkszählung bis 2000, danach: Statistik der Schweizer Städte.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts lebte europaweit erst eine geringe Minderheit der Bevölkerung in größeren Ortschaften oder Städten. In Europa besaßen einzig Italien, Niederlanden und England schon einen relativ hohen Anteil städtischer Bevölkerungen. Die industrielle Entwicklung des 19. Jahrhunderts führte anschließend zu einer verstärkten Bevölkerungskonzentration, wobei sich Industrialisierungs- und Verstädterungsprozesse wechselseitig beeinflussten (Häussermann, Siebel 2004: 19). Während um 1750 erst 7% der Westeuropäer in Städten lebten, wohnte 1900 schon über die Hälfte der englischen Bevölkerung und ein Fünftel der französischen und deutschen Bevölkerung in Städten von über 20'000 Einwohnern (Moch 1995: 127). Viele industrielle Städte wuchsen sozusagen im Gleichschritt mit Kohlen- und Stahlproduktion. Manchester, um 1800 ein ländlich geprägtes Gebiet von 75'000 Einwohnern, umfasste 1850 400'000 Personen, zumeist ungelernete Arbeitskräfte aus den umliegenden Gebieten. Noch extremer verlief die Entwicklung etwa in Chicago: 1833 war Chicago eine Hüttenstadt mit 4'000 Einwohnern, 1865 lebten schon 180'000 Leute in der Stadt und bis 1872 hatte sich die Bevölkerung auf 360'000 verdoppelt, um 1900 1.8 Mio. Einwohner zu erreichen (und dies war vor Beginn der industriellen Autoproduktion). Analog rasche

Verstädterungsprozesse, begleitet von massiven Land-Stadt-Migrationen, als Folge der industriellen Entwicklung erfuhren auch Frankreich, Belgien und weite Teile Deutschlands (Hochstadt 1981).

Von diesem Muster von rascher Industrialisierung und zunehmender Urbanisierung bildete die Schweiz eine Ausnahmeregion, da sie eine weitgehend dezentralisierte industrielle Entwicklung bzw. eine Industrialisierung ohne massive Urbanisierung erlebte. Dies wird etwa in den Daten in Tabelle 48 deutlich: Während beispielsweise in England schon ab Mitte des 19. Jahrhunderts gut 50% der Bevölkerung in Ortschaften mit mehr als 5'000 Einwohner lebten, waren dies in der damaligen Schweiz nur gerade 12%. Auch 1910, gegen Ende der Hauptphase der ersten industriellen Revolution, lebten verhältnismäßig weniger Menschen in größeren Ortschaften als etwa in Belgien, Deutschland, Italien oder den Niederlanden. Auch nach modernen Konzepten von Urbanität – wie sie die UNO entwickelte – wohnte in der Schweiz im Jahre 1950 erst eine Minderheit der Bevölkerung in urbanen Räumen. Die Entwicklung zu einer urbanen Schweiz begann erst in den 1970er Jahren (vgl. Kap. 8.2.).

Tabelle 48
Städtische Bevölkerung im internationalen Vergleich

	% - in Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern				% - Bevölkerung in als urban definierten Regionen			
	1800	1850	1910	1970	1950	1970	1990	2015
Belgien	18%	34%	57%	71%	91%	94%	96%	98%
Dänemark	17%	15%	36%	61%	68%	80%	85%	88%
Deutschland	10%	16%	49%	68%	68%	72%	73%	75%
England & Wales	23%	50%	75%	78%	79%	77%	78%	83%
Frankreich	13%	20%	39%	67%	55%	71%	74%	79%
Italien	31%	42%	62%	66%	54%	64%	67%	69%
Niederlanden	35%	36%	70%	83%	56%	62%	68%	85%
Schweden	5%	7%	23%	62%	66%	83%	83%	85%
Schweiz	6%	12%	37%	59%	44%	57%	73%	74%

1800-1910: 5'000 und mehr Einwohner; Quelle: Bairoch 1976.

1950 bis 2015: UNO World Urbanization Prospects, The 2018 Revision

Die vier größten Städte der Schweiz (Tab. 47) wuchsen bis Ende des 19. Jahrhunderts verhältnismäßig langsam. Im Gegensatz zu England, Deutschland oder den USA erlebte die Schweiz keine urbane Ballung in kurzer Zeit. Noch 1880 gab es keine Stadt mit 100'000 Einwohnern. Die damals bevölkerungsreichste Stadt der Schweiz (Basel) umfasste nur 61'000 Personen und die Stadt Zürich war mit 25'000 Bewohner höchstens eine mittelgroße Stadt.

Eine deutliche Zunahme der Stadtbevölkerung erfolgte erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Zwischen 1880 und 1910 verdoppelten Bern und Basel ihre Bevölkerungszahl und die Stadt Zürich war 1910 mit 191'000 Einwohnern die größte Schweizer Stadt (wobei die Bevölkerungszunahme auch durch Eingemeindungen (1893) verursacht wurde). In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wuchsen die Städte weiter an. Die Einwohnerzahl der Stadt Zürich erhöhte sich zwischen 1910 und 1960 von 191'000 auf 440'000 Einwohner (wobei wiederum Eingemeindungen (1934) für einen Teil der Bevölkerungszunahme verantwortlich waren). Gesamtschweizerisch erhöhte sich der Anteil

der Bewohnerschaft von Städten (definiert als Gemeinden von mehr als 10'000 Einwohner) zwischen 1900 und 1950 von 22% auf 37%.

Wie erwähnt, erfolgte die Verstädterung in der Schweiz im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern verzögert und verlangsamt. Dies gilt auch für einige moderne Entwicklungen (Agglomerationsentwicklungen, suburbane Entwicklungen), die in Kapitel 8.2 genauer diskutiert werden)

Für die verzögerte urbane Entwicklung der Schweiz waren diverse Faktoren verantwortlich. Bedeutsam war zum einen die föderalistische Struktur der Schweiz, welche – im Unterschied zu zentralstaatlich organisierten Ländern – die Entwicklung einer politisch, kulturell und wirtschaftlich dominierenden Metropole verhinderte. Zum anderen erfolgte die Industrialisierung in der Schweiz dezentral, etwa weil standortgebundene Großindustrien (Bergbau, Stahlindustrie usw.) fehlten. Der Bau eines fein gegliederten Eisenbahnnetzes im 19. Jahrhundert und später die Nutzung von Wasserkraft zur Gewinnung von Elektrizität (die ‚weiße Kohle‘) trugen dazu bei, dass auch abgelegene Gebiete der Schweiz (Glarus, Wallis, Uri, Graubünden u.a.) von industriellen Entwicklungen zu profitieren vermochten. Ende des 19. Jahrhunderts (bis zum I. Weltkrieg) und später in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts half der Aufschwung des Tourismus eine großflächige Entvölkerung von Berggebiete zu verhindern.

8.1 Zur Bevölkerungsentwicklung in verschiedenen Kantonen

Die Alte Eidgenossenschaft bestand von Beginn an aus Ständen unterschiedlichster Größe und Gestalt, von alpinen und voralpinen Berggebieten bis hin zu Stadtrepubliken mit unterschiedlich ausgedehnten Untertanengebieten. In diesem lockeren Bündnis war Bern der mächtigste, reichste und bevölkerungsstärkste Stand, umso mehr als Bern über umfangreiche und landwirtschaftlich wertvolle Untertanengebiete herrschte (Waadt, Aargau). Auch im neuen Bundesstaat von 1848 war Bern der bevölkerungsstärkste Kanton (1850: 458'300 Einwohner). Die bevölkerungsbezogen kleinsten Kantone waren damals Nidwalden und Appenzell-Innerrhoden (je 11'300 Einwohner) (vgl. Tabelle 49).

Nach 1850 beschleunigten sich die industriellen und später auch die touristischen Entwicklungen und bis 1900 erhöhte sich die Wohnbevölkerung des Landes – trotz weiterhin bedeutsamer Auswanderung – von 2.4 Mio. auf 3.3 Mio. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erlebte die Schweiz erstmals eine positive Migrationsbilanz (mehr Zuwanderung als Abwanderung) (vgl. Kap. 7.3 & 7.4). Die Zuwanderung aus dem Ausland sowie eine verstärkte Abwanderung aus ländlichen Gemeinden in industrielle oder städtische Regionen der Schweiz verschoben die demografischen Gewichte zwischen den Regionen. Insgesamt betrachtet verloren speziell die Berggebiete demografisch an Bedeutung (Hagmann, Menthonnex 1979). Der Anteil der Bergbevölkerung (definiert als Personen, die in einer Höhe von mehr als 700 Meter über Meer lebten) sank zwischen 1850 und 1900 von 24% auf 21%, um bis 1980 auf 11% zu fallen. Umgekehrt erlebten die zwei Stadtkantone Basel-Stadt und Genf von 1850 bis 1900 eine massive Bevölkerungszunahme (Genf von 64'000 auf 132'000 und Basel-Stadt von 30'000 auf 112'000 Einwohner). Einen raschen Bevölkerungssprung erfuhren aber auch die Kantone Solothurn, St. Gallen, Waadt und Zürich (wobei im Kanton Zürich neben der Stadt Zürich etwa auch die Stadt Winterthur eine bedeutsame industrielle Entwicklung erlebte).

Tabelle 49:

Wohnbevölkerung der Kantone im Zeitverlauf 1798/99 bis 2020

Kanton	Einwohner in 1000 Personen					
	1798/99	1850	1900	1950	2000	2020**
Zürich	179.8	250.7	431.0	777.0	1211.6	1542.5
Bern*	308.1	458.3	589.4	801.9	943.7	1040.4
Luzern	91.1	132.8	146.5	223.2	347.2	414.4
Uri	11.8	14.5	19.7	28.6	36.2	36.7
Schwyz	34.2	44.2	55.4	71.1	130.2	160.3
Obwalden	10.2	13.8	15.3	22.1	32.4	37.9
Nidwalden	8.5	11.3	13.0	19.4	38.0	42.0
Glarus	22.8	30.2	32.3	37.7	38.5	40.7
Zug	12.5	17.5	25.1	42.2	99.4	127.4
Freiburg	66.3	99.9	128.0	158.7	236.3	322.7
Solothurn	45.8	69.7	100.8	170.5	244.0	275.7
Basel-Stadt	16.9	29.7	112.2	196.5	187.7	196.4
Basel-Landschaft*	29.1	47.9	68.5	107.5	260.0	289.5
Schaffhausen	23.2	35.3	41.5	57.5	73.3	82.5
Appenzell-Ausserrhoden	38.2	43.6	55.3	47.9	53.5	55.4
Appenzell-Innerrhoden	9.4	11.3	13.5	13.4	15.0	16.1
St. Gallen	129.5	169.6	250.3	309.1	449.4	511.8
Graubünden	72.9	89.9	104.5	137.1	186.7	198.8
Aargau	125.7	199.9	206.5	300.8	544.3	687.5
Thurgau	70.9	88.9	113.2	149.7	226.3	280.1
Tessin	90.3	117.8	138.6	175.1	310.2	350.9
Waadt	144.7	199.6	281.4	377.6	620.3	808.7
Wallis	60.4	81.6	114.4	159.2	276.2	345.9
Neuenburg	46.6	70.8	126.3	128.2	165.7	176.3
Genf	46.4	64.1	132.6	202.9	408.8	504.2
Jura*	(31.7	44.8	57.5	59.4)	68.8	73.5
Schweiz total	1696.0	2392.7	3315.4	4715.0	7204.1	8619.3

* Bern: bis 1978 inkl. Gebiet des Kantons Jura und bis 1994 inkl. Bezirk Laufen.

Angaben zu Jura: bis 1978: Bevölkerung der Bezirke, die später zum Kanton Jura wechselten.

Basel-Landschaft: bis 1994 ohne Bezirk Laufen

** : Ende 1. Quartal 2020

Quelle 1798/99: Historische Statistik der Schweiz HSSO, 2012. Tab. B.1a. hssso.ch/2012/b/1a (Zahlen beziehen sich auf heutige Kantonsgrenzen), 1850-2000: Eidg. Volkszählungen, 2018: STATPOP

Die Bevölkerungsentwicklung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (1900-1950) war – wie in Kapitel 1 ausgeführt – uneinheitlich. Der I. Weltkrieg führte zur Rückwanderung vieler Ausländer und Ausländerinnen und zu rückläufigen Geburtenraten. Auch die Zwischenkriegszeit war durch eine bescheidene Bevölkerungszunahme gekennzeichnet, auch wegen geringen Geburtenraten. In den Nachkriegsjahren kam es zu einem Geburtenanstieg und zu vermehrter Zuwanderung, wodurch die Wohnbevölkerung anstieg. 1950 zählten alle Kantone mehr Einwohner und Einwohnerinnen als fünfzig Jahre früher; mit zwei Ausnahmen:

Appenzell-Ausserrhoden und Appenzell-Innerrhoden, die 1950 eine geringere Bevölkerungszahl aufwiesen als 1900. Gründe waren einerseits Abwanderung junger Menschen in städtische Regionen und andererseits der Rückgang der Kinderzahl in ländlichen Gebieten. Dies führte auch in anderen Berg- und Landgemeinden der Schweiz zu rückläufigen Einwohnerzahlen (oft allerdings bei gleichbleibender oder sogar steigender Zahl von Haushaltungen). 1950 war der Kanton Bern weiterhin der bevölkerungsreichste Kanton, wobei der Kanton Zürich rasch aufholte und den Kanton Bern bald als bevölkerungsstärksten Kanton der Schweiz ablöste.

Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts brachte einen weiteren starken Bevölkerungszuwachs, speziell in den Regionen des Mittellandes, aber auch in einigen Regionen der Voralpen. So haben sich die Einwohnerzahlen der Kantone Schwyz und Nidwalden zwischen 1950 und 2000 fast verdoppelt. Der Kanton Genf (nicht aber die Stadt Genf) erlebte eine Verdoppelung seiner Wohnbevölkerung und der Kanton Zug sogar mehr als eine Verdoppelung. Aus einem kleinstädtisch geprägten Kanton (1850: weniger als 18'000 Einwohner) entwickelte sich ein international bedeutsames suburbanes Zentrum.

Der einzige Kanton, der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, an Einwohnern einbüßte, war der Kanton Basel-Stadt, weil die Stadt Basel nach 1970 – wie andere Kernstädte – durch eine Zunahme von Kleinhaushalten (Einzelpersonen, Paarhaushalte) und eine Zunahme von Bürogebäuden oder Ladenlokale zeitweise eine rückläufige Wohnbevölkerung aufwies (gekoppelt mit einer Zunahme an Arbeitsplätzen). Ab den 1960er und 1970er Jahren suchten und fanden mehr junge Familien eine Wohnung im Grünen, wodurch sich umgekehrt die Bevölkerungszahlen von Basel-Landschaft stark erhöhten.

Eine geringe Bevölkerungszunahme erlebten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Kantone Glarus, Appenzell-Innerrhoden und Appenzell-Ausserrhoden. Auch in den Kantonen Jura und Neuenburg stiegen die Bevölkerungszahlen zwischen 1950 und 2000 unterdurchschnittlich an, zeitweise auch als Folge der Uhrenkrise in den späten 1970er Jahren. Generell erlebten diverse Industrieregionen aufgrund der wirtschaftlichen Umstrukturierungen von industrieller Produktion zu modernen Dienstleistungsbranchen zeitweise eine gedämpfte Bevölkerungsentwicklung. Allerdings gehört es zu den positiven Merkmalen der demografischen Entwicklung der Schweiz der letzten 150 Jahren, dass es kaum – wie in anderen Ländern (USA, England, Teilen von Deutschland, Frankreich, Italien) – zu einer Entvölkerung ganzer Regionen kam. Vielmehr handelte es sich bei rückläufigen Bevölkerungsentwicklungen in Berg- und Voralpenregionen (und Teilen des landwirtschaftlich genutzten Mittellands) eher um kleinräumige Phänomene. Speziell abgelegene Weiler, Kleingemeinden und Seitentäler verloren an Einwohner, etwa durch Abwanderung in verkehrsgünstige Talgemeinden oder touristische Schwerpunktgemeinden.

Das Bundesamt für Statistik (2020) geht in seinem Referenzszenario 2020-2050 für die allermeisten Kantone von einem weiteren Bevölkerungsanstieg aus. Ein absoluter Bevölkerungsrückgang wird nur für die Kantone Graubünden und Tessin erwartet. Allerdings wurden diese Szenarien vor Eintreten der Covid-19-Pandemie 2020 berechnet.

Ständemehr

Verfassungsänderungen benötigen in der Schweiz seit 1848 nicht nur eine Zustimmung der Stimmbürger und Stimmbürgerinnen (Volksmehr), sondern auch die Zustimmung einer Mehrheit der Kantone (Stände). Jeder Kanton hat 1 Ständestimme, mit Ausnahme von sogenannten Halbkantonen, die aus historischen Gründen nur über eine ½ Ständestimme verfügen. Dies betrifft die Kantone Appenzell-IR, Appenzell-AR, Basel-Stadt, Basel-Land, Nidwalden und Obwalden. Insgesamt ergeben sich seit 1978 (Gründung des Kantons Jura) 23 Ständestimmen. Bei Gleichstand der Ständestimmen (11.5 zu 11.5) gilt eine Vorlage auch bei einem gesamtschweizerischen Volksmehr als verworfen.

Das Ständemehr gibt kleinen Kantonen politisch eine starke Stellung. 2020 umfassten die bevölkerungsschwächsten Kantone, die über 12 Ständestimmen verfügen, nur 21% der schweizerischen Wohnbevölkerung. Theoretisch wäre es somit möglich – wenn in allen diesen kleineren Kantonen 51% der Stimmbürgerschaft eine Verfassungsvorlage ablehnen –, dass 10% bis 12% der Stimmbürger und Stimmbürgerinnen auch bei einem überwältigenden Volksmehr eine Verfassungsreform zum Scheitern bringen könnten. Faktisch war dies bisher selten der Fall, wenn in den letzten Jahrzehnten etwas häufiger. Zwischen 1848 und 1970 scheiterten nur drei Vorlagen am Ständemehr. Seit 1971 waren es sechs Vorlage, die trotz Volksmehr am Ständemehr scheiterten (z.B. 2013 bei der Revision des Familienartikels (54.3% Ja-Stimmen, aber 13 Kantone dagegen).

Eine starke Stellung auf alle politischen Geschäfte haben die kleinen Kantone auch via Ständerat. Während die Sitze im Nationalrat proportional zur Wohnbevölkerung aufgeteilt werden, bestimmen bzw. wählen alle Kantone unabhängig von ihrer Größe zwei Ständeräte bzw. Ständerätinnen (wobei die angeführten sechs Halbkantone nur je einen Ständeratssitz belegen). Damit ist das politische Gewicht der kleinen (oft eher traditionell orientierten) Kantone stark, wogegen die großen urbanen Kantone politisch untervertreten sind. So ist etwa der Kanton Zürich (mit 1.54 Mio. Einwohner) im Ständerat mit gleich viel Personen vertreten wie der Kanton Glarus (mit 40'700 Einwohnern). Das Stimmgewicht eines Stimmbürgers in Glarus zur Bestimmung der Zusammensetzung der kleinen Kammer ist somit fast 38mal höher als dasjenige eines Stimmbürgers im Kanton Zürich.

Eine analoge politische Übervertretung kleiner Bundesstaaten kennt auch die USA, etwa im Senat oder bei den Elektoren in Präsidentenwahlen (was 2016 dazu geführt hat, dass der Kandidat mit deutlich weniger Stimmen gewählt wurde).

Demografische Verhältnisse und politische Machtverhältnisse divergieren in der Schweiz und der USA zunehmend. Städtische Bevölkerungen sind demografisch zwar eine wachsende Mehrheit, politisch aber vielfach in einer Minderheitsposition.

8.2 Agglomerationen und neue urbane Entwicklungen

Ab den 1930er Jahren setzte eine neue Phase der Stadtentwicklung ein, da mehr stadtnahe Gemeinden faktisch integraler Teil einer größeren Stadt wurden. In Zürich und Genf führte dies anfangs der 1930er Jahre zu Eingemeindungen, wodurch die Stadtbevölkerung auf einen Schlag anwuchs. Andere stadtnahe Gemeinden hingegen blieben autonom, obwohl sie sozial, wirtschaftlich und kulturell integraler Teil einer wachsenden städtischen Agglomeration wurden.

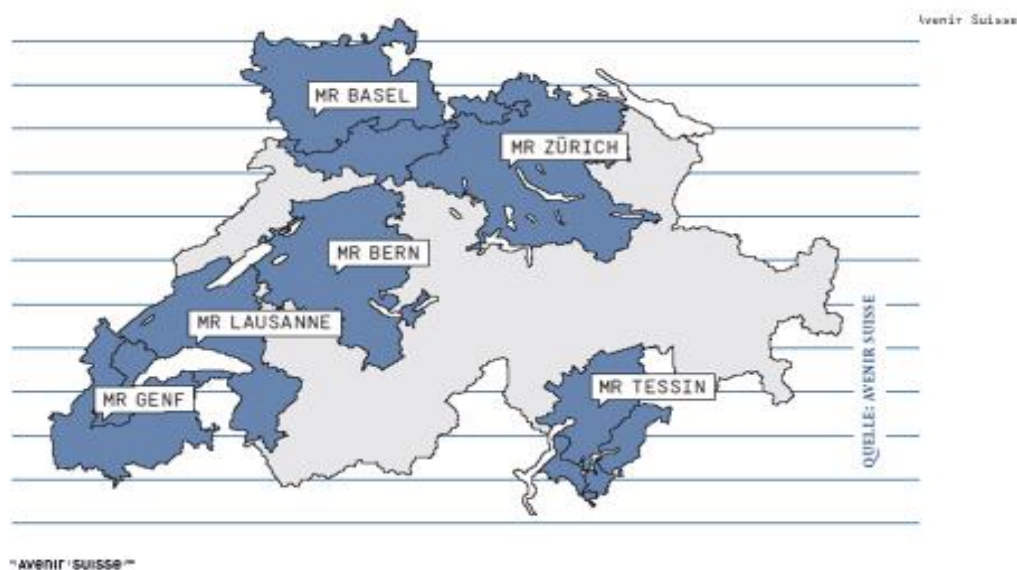
In den USA und Europa beschleunigten sich Prozesse einer Agglomerisierung in den Nachkriegsjahrzehnten. Vor allem mit dem Durchbruch des Individualverkehrs entstanden anstelle von räumlich begrenzten Städten ausgedehnte Agglomerationen, geprägt durch eine

Ausdehnung urbaner Ballungsräume in umliegende Regionen, die teilweise ihre politische Eigenständigkeit behielten. Dabei wuchsen ganze Regionen zu urbanen Siedlungsgebieten zusammen, teilweise geprägt durch das Vorhandensein mehrerer urbaner Zentren (polyzentrische Metropolitanregionen) (Gottdiener, Budd 2005). Im Rahmen der Agglomerisierung kam es zu einer verstärkten Segregation von Wohngebieten, Geschäftsviertel und Freizeitzentren. In den urbanen Zentren großflächiger Metropolen verdrängten Büros, Geschäfte, aber auch Freizeit- und Kulturindustrie einen Teil der Stadtbevölkerung, die sich vermehrt in suburbanen oder sogar periurbanen Wohnregionen niederließen. Demografisch bedeutete dies, dass städtische Kernzonen relativ und teilweise sogar absolut an Einwohnern einbüßten, wogegen die Agglomerationsgebiete ihre Einwohnerzahl erhöhten (Schäfers 2006: 89). Diese quantitative Bevölkerungsverlagerung war und ist mit qualitativen Verlagerungen gekoppelt, wie etwa ein vermehrter Wegzug von jungen Familien oder einkommensstarker Haushalte aus den Stadtzentren in suburbane Familiensiedlungen; ein Prozess, der ab den 1970er Jahren speziell in der Region Basel und in der Verteilung der Bevölkerung zwischen Basel-Stadt und Basel-Land zu beobachten war.

Prozesse der Suburbanisierung bedeuteten in einer ersten Phase den Bau neuer Wohnsiedlungen in Agglomerationsrandgebieten und in einer weiteren Phase aber auch die Entstehung von Subzentren innerhalb einer Agglomeration, beispielsweise durch den Bau neuer Industrie-, Dienstleistungs- und Einkaufszentren außerhalb der City. In London, Hamburg oder Paris wurde Suburbanisierung zeitweise politisch gefördert, um die polyzentrische Struktur dieser Metropolen zu verstärken. In diesem Rahmen wird von einem Prozess dezentralisierender Zentralisierung gesprochen. Im Extremfall entstehen eigentliche urbane Gürtel, die sich über Hunderte von Kilometern erstrecken; urbane Gürtel, die verschiedene traditionsreiche Städte umfassen. Ein solcher urbaner Gürtel ist etwa das Rhein-Ruhr-Gebiet. In den USA bildet etwa die Region von Boston bis Washington ein nahezu zusammengewachsenes urbanes Großgebiet. Auch in der Schweiz überschreiten die großen Agglomerationen nicht nur Kantons-, sondern auch Landesgrenzen, etwa die Agglomerationen Genf und Basel (vgl. Abbildung 20).

1

Abb. 20: Metropolitanregionen der «erweiterten Schweiz»



Bernd Schäfers (2006: 88) verwendet für die neueren urbanen Entwicklungen in Europa den Begriff der tertiären Verstädterung. Die tertiäre Urbanisierung ist durch folgende Trends charakterisiert:

- Fortsetzung der industriegesellschaftlichen Verstädterung bei zunehmender Bedeutung des tertiären Sektors und damit der öffentlichen und privaten Dienstleistungen für das Wachstum der Städte und ihrer sozialräumlichen (Um-)Strukturierungen;
- ansteigende Bedeutung von Massenverkehrsmitteln (private Auto, S-Bahnsysteme), die es mehr Menschen erlaubt, Distanzen zwischen Wohn- und Arbeitsplatz oder zwischen Wohnort und Freizeitort zu vergrößern. Dabei entstanden auch gut erschlossene Tourismuszentren mit internationaler Ausstrahlung (Davos, St. Moritz, Interlaken usw.).
- verstärkte Suburbanisierung, welche eine Ansiedlung urban orientierter Menschen in ländlich geprägten Gemeinden ermöglicht. Dabei entstehen neue Subzentren, wie etwa die Stadt Zug, die sich zu einem steuergünstigen Subzentrum und neuerdings auch zum Zentrum für neue Finanzprodukte (Bitcoin-Valley) entwickelte.

In europäischen Ländern haben diese Entwicklungen zu einer sozialen, kulturellen und teilweise wirtschaftlichen Einebnung von Stadt-Land-Gegensätzen beigetragen; ein Prozess, der in einigen europäischen Bergregionen durch die Entstehung von Tourismuszentren und durch periurbane Siedlungsweisen (städtische Bevölkerung in ländlichen Regionen) unterstützt wird.

Die Prozesse der Suburbanisierung bzw. der tertiären Verstädterung waren und sind mit diversen gesellschaftlichen Folgen verknüpft. Eine gesellschaftliche Folge war und ist eine erhöhte funktionale und soziale Segregation urbaner Siedlungsräume. Funktionen, wie Wohnen, Einkaufen, Arbeiten und Freizeit, wurden räumlich stärker getrennt, was das Verkehrsaufkommen bzw. die Pendel-Migration verstärkt. Im Extremfall verlieren urbane Räume ein klar definiertes städtisches Zentrum (eine Tendenz, die bei amerikanischen Ballungsräumen besonders auffällt). Parallel mit einer funktionalen Entmischung erhöht sich teilweise die soziale Segregation unterschiedlicher sozialer Gruppen (Wohngebiete von wohlhabenden Eigenheimbesitzern versus Wohngebiete für ärmere Bevölkerungsgruppen in Hochhäusern, städtische Gebiete mit einer Konzentration spezifischer Migrationsgruppen).

In den letzten Jahrzehnten zeichnet sich allerdings ein Ende der Suburbanisierung als dominanter Stadtentwicklungsprozess ab, einerseits durch die Entwicklung polyzentristischer Metropolstrukturen, andererseits aber auch durch die Erosion der bürgerlichen Familie als Träger suburbanen Wohnens. Individualisierungsprozesse haben die soziale Basis der klassischen Suburbanisierung (Wohnen im Grünen, Arbeiten im Zentrum) erodiert. Urbane Kerngebiete gewannen als Wohn- und Arbeitsorte erneut an Attraktivität, etwa für Singles, Homosexuelle, Künstlerinnen sowie für multikulturell oder transnational orientierte Gruppen. „Die Suburbanisierung hat in vielen Ländern Westeuropas und Nordamerikas ihren Höhepunkt überschritten. Es lassen sich Rückwanderungen in das Stadtzentrum feststellen. Dieser Vorgang hat eine Veränderung der Rolle der Innenstadt in der Gesamtkomposition der städtischen Räume hervorgebracht, von dem einige innenstadtnahe Stadtteile profitieren. Insbesondere Stadtteile der ehemaligen Arbeiterklasse wurden von „urban pioniers“ und „gentrifier“ entdeckt, wodurch eine Gentrifizierung einsetzte, die sich in den US-Städten oftmals als problematisch darstellt. Es scheint, dass eine neue internationale Dienstleistungsklasse und ihr innovatives Milieu die Innenstadt durch ihren Konsum reanimiert haben.“ (Eckhardt 2004: 95) Auch in der Schweiz stieg – nach einer Zeit des Bevölkerungsrückgangs – in allen vier größten Kernstädten die Bevölkerung nach 2000 erneut an;

am stärksten in der Stadt Zürich, die sich zu einem internationalen urbanen Zentrum für neue Kreativ-, Wohn-, Lebens- und Start-Up-Szenen entwickelt hat (Ruhstaller, Bolle 2016).

Der Prozess der Agglomerationsbildung – im Sinne einer wachsenden Ausdehnung urbaner Regionen – beschleunigte sich ab den 1950er Jahren auch in der Schweiz. Während 1930 erst 36% der Wohnbevölkerung der Schweiz in städtischen Verhältnissen lebten, waren es 1950 schon 44% (vgl. Tabelle 50). 1960 lebte erstmals eine knappe Mehrheit in urbanen Räumen. Der Anteil der urbanen Bevölkerung stieg in den nachfolgenden Jahrzehnten weiter an, gemäß aktueller Definition urbaner Räume bis auf 73%. Nahezu 40% der Bevölkerung der Schweiz wohnen in den fünf größten Agglomerationen der Schweiz (Basel, Bern, Genf, Lausanne, Zürich).

Tabelle 50
Zur Entwicklung der Agglomerationen in der Schweiz 1930-2018

Jahr	Wohnbevölkerung der Schweiz in Agglomerationen in %-Gesamtbevölkerung		Insgesamt
	5 größte Agglomerationen (Basel, Bern, Genf, Lausanne, Zürich)	Übrige Agglomerationen	
1930	21.2%	14.8%	36.0%
1941	22.8%	16.1%	38.9%
1950	25.3%	18.8%	44.1%
1960	29.3%	22.4%	51.7%
1970	30.8%	26.9%	57.7%
1980A	33.3%	28.2%	61.5%
1980B	40.2%	34.0%	74.2%
2000	39.2%	33.6%	72.8%
2018	39.5%	33.6%	73.1%

Anmerkung: Bis 1970 wurde eine Agglomeration als Gruppe von Gemeinden definiert, die baulich und wirtschaftlich eine Einheit bilden (baulicher Zusammenhang). Angaben 1980A basieren auf den 1980 eingeführten fünf Kriterien (baulicher Zusammenhang, Pendelverkehr, Anteil I. Sektor, Einwohnerdichte, Arbeitsplätze pro Einwohner, vgl. Bundesamt für Statistik 1983).

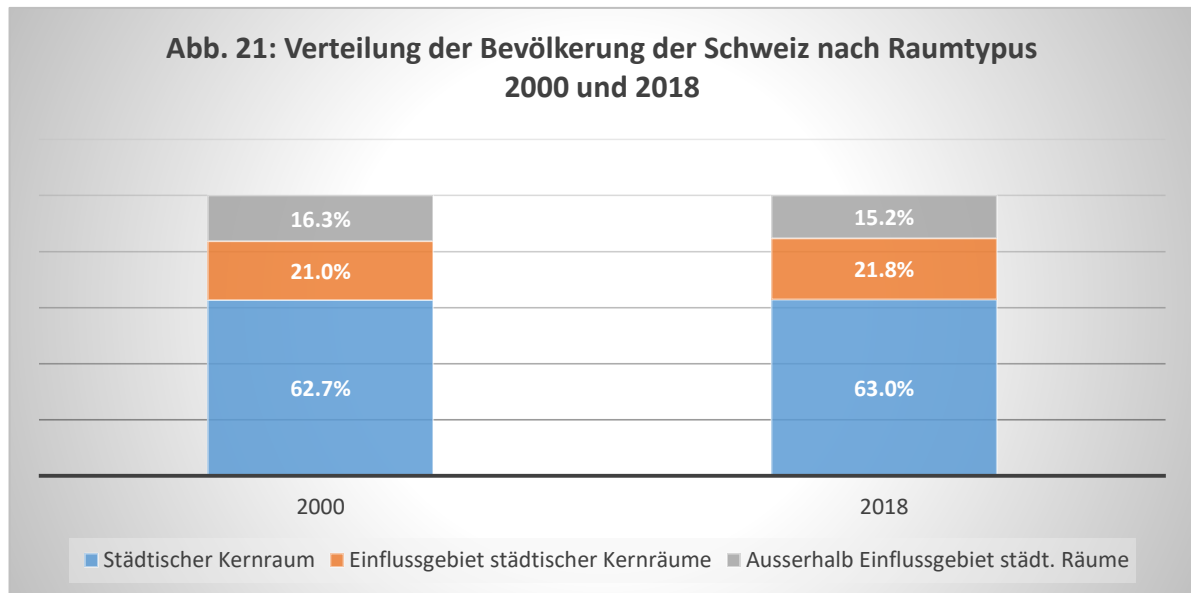
Die Angaben für 1980B, 2000 und 2018 basieren auf einer neuen Agglomerationsdefinition von 2012, welche morphologische (Einwohner- und Beschäftigtendichte) und funktionale (Pendlerströme, Logiernächte) Dimensionen von Urbanität kombiniert. Zur Detaildefinition: Bundesamt für Statistik 2014)

Zu beachten: Die grenzüberschreitenden Gebiete der Agglomerationen Basel und Genf sind nicht berücksichtigt.

Quelle: 1930 bis 1970: Eidg. Volkszählungen, 1980-2018: Schweizerischer Städteverband 2020.

Auch Abbildung 21 – basierend auf einer etwas anderen Raumtypologie – illustriert die Entwicklung zu einer urbanen Schweiz: Gut 63% der Menschen leben in einem städtischen Kerngebiet. Vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten haben die Kernstädte – nach einer Phase rückläufiger Bevölkerungszahlen – wieder an jungen Bewohnern gewonnen. So hat die Stadt Zürich in vielen Quartieren einen Zuzug junger Familien erlebt, allerdings primär in Quartieren mit einem hohen Anteil an familienfreundlichen Genossenschaftswohnungen.

Weitere 21-22% leben im Einflussgebiet städtischer Kernräume, etwa in verkehrsgünstig gelegenen Wohngebiete im Grünen, aber mit Arbeitsplatz in der City. Die ländliche Bevölkerung des Mittellandes oder der Berggebiete macht nur noch 15% der Gesamtbevölkerung aus. Aus einem bei seiner Gründung ländlich-kleinstädtischem Land wurde eine sozial, wirtschaftlich und kulturell urbane Nation mit – dank Zuwanderung – multikultureller Prägung und wirtschaftlich engen globalen Verflechtungen.



Raum mit städtischem Charakter (gemäß BFS-Typologie von 2012) Quelle: BFS, Raumgliederungen

Wie andere europäische Länder wird auch die moderne Schweiz von einer bedeutsamen räumlichen Mobilität geprägt. Dies zeigt sich, wenn Binnenwanderungen untersucht werden: „Werden alle Arten interner Migration berücksichtigt (einschließlich innerhalb einer Gemeinde), wechselten zwischen 2011 und 2016 jedes Jahr durchschnittlich 9.2% der Bevölkerung ihren Wohnsitz. Dieser Anteil blieb über die sechs Beobachtungsjahre hinweg stabil. Ausgehend vom Migrationsverhalten in dieser Zeitspanne würde eine Person, die von der Geburt bis zum 90. Altersjahr in der Schweiz lebt, in ihrem Leben durchschnittlich 7.5-mal ihren Wohnsitz ändern.“ (Zufferey 2020: 84) Dabei überwiegen Umzüge über kleinere Distanzen. Von 2011 bis 2016 erfolgten 44% der Wohnsitzwechsel innerhalb einer Gemeinde und weitere 40% innerhalb eines Kantons. Nur 16% der Binnenwanderung beinhalteten einen Kantonswechsel. Die Schweiz ist zwar ein mehrsprachiger Staat, aber ein Wohnortwechsel über die Sprachgrenzen der Schweiz ist relativ selten (Huissoud et al. 1996). Dies wurde in der Analyse der Binnenwanderung 2011 bis 2016 ebenfalls deutlich. In dieser Periode fanden 96% der internen Migrationen innerhalb derselben Sprachregion statt (Zufferey 2020: 87).

9. Altersverteilung der Bevölkerung – Dimensionen demografischer Alterung

Die Altersverteilung der Bevölkerung in einem Land, einer Region oder einer Gemeinde wird durch Geburtenniveau, Lebenserwartung und das Verhältnis von Ein- und Auswanderungen bestimmt (Höpflinger 2012a):

Ein hohes Geburtenniveau führt zu einer jungen Bevölkerung, wogegen ein tiefes Geburtenniveau zur demografischen Alterung der Bevölkerung beiträgt. Veränderungen der Geburtenzahlen - ein Geburtenrückgang oder ein Baby-Boom - wirken sich unmittelbar und langfristig auf die Altersstruktur einer Bevölkerung aus. Der Anteil älterer Menschen steigt in der Schweiz primär, weil in den letzten Jahrzehnten weniger Kinder geboren wurden (vgl. Kap. 3.2).

Ein zweiter Bestimmungsfaktor der Altersverteilung der Wohnbevölkerung eines Landes oder einer Region ist das Verhältnis von Einwanderung und Auswanderung (Migrationsbilanz). Eine Abwanderung junger Menschen erhöht das durchschnittliche Alter der zurückbleibenden Einwohnerschaft. Zuwanderungskontexte erfahren umgekehrt eine demografische Verjüngung ihrer Bevölkerung, da vor allem jüngere Personen bzw. jüngere Arbeitskräfte einwandern. So konnte die Schweiz in den Nachkriegsjahrzehnten dank Zuwanderung jüngerer ausländischer Arbeitskräfte und ihrer Familien die demografische Alterung der Bevölkerung abschwächen. In einigen Fällen kann allerdings umgekehrt eine Zu- bzw. Rückwanderung pensionierter Personen (Altersmigration) die demografische Alterung einer Gemeinde verstärken.

Die Lebenserwartung bzw. die Überlebensordnung innerhalb einer Gesellschaft sind für die Altersverteilung einer Bevölkerung ebenfalls bedeutsam. Ein hohes Geburtenniveau bei geringer Lebenserwartung führt zu einer jungen Bevölkerung, wogegen ein tiefes Geburtenniveau und eine hohe Lebenserwartung zu einer nach oben verschobenen Altersverteilung der Bevölkerung beitragen. Geschlechtsspezifische Unterschiede der Lebenserwartung (Frauen leben insgesamt länger als Männer) tragen dazu bei, dass die Altersverteilung der Bevölkerung geschlechtsspezifisch variiert und moderne Gesellschaften sind durch eine ausgeprägte ‚Feminisierung des Alters‘ gekennzeichnet.

Die Schweiz ist – analog anderen europäischen Ländern – gegenwärtig mit Prozessen einer doppelten demografischen Alterung konfrontiert: Einerseits erhöht sich der Anteil älterer Menschen als Folge eines tiefen Geburtenniveaus. Andererseits steigt der Anteil alter Menschen aufgrund einer steigenden Lebenserwartung von Menschen im Rentenalter.

9.1 Zum Bevölkerungsanteil von 60-jährigen und älteren Personen im historischen Zeitvergleich

In früheren Epochen galt oft das Alter 60 als die Schwelle zum Alter. Im altgriechischen Sparta bestand der Ältestenrat (Gerusie) aus über 60-jährigen Männern und im sechsten vorchristlichen Jahrhundert basierte die Heeresreform des altrömischen Königs Servius Tullius auf einer Einteilung in die 17-45-jährigen ‚Junioren‘ und die 46-60-jährigen ‚Senioren‘. Nach dem Alter 60 erfolgte eine Befreiung von Kriegsdiensten. Auch im Mittelalter wurden Männer im Allgemeinen mit 60 von Kriegsdiensten befreit wie auch von der Pflicht, öffentliche Ämter zu übernehmen (Letsch 2011). In der Stadtrepublik Venedig beispielsweise wurden Mönche ab Alter 60 von Kasteiungen entbunden und in England erfolgte 1503 ein Erlass, dass über 60-jährige Bettler milder behandelt werden sollten als jüngere Bettler (Shahar 2005: 75). Auch im asiatischen Kulturraum spielt das Alter 60 eine bedeutsame Rolle. Nach dem auch in Japan

gebräuchlichen chinesischen Kalender wiederholt sich alle 60 Jahre die gleiche Kombination von Tier und Element, wodurch der 60. Geburtstag traditionell als wichtige Schwelle gilt (Hendry 2012: 157).

Teilweise – etwa in einigen chinesischen Statistiken – wird bis heute das Alter 60 als der Beginn des Alters verwendet, in dem Sinne, dass die über 59-jährigen Menschen demografisch zur Altersbevölkerung gezählt werden. In der Schweiz beginnt das Alter statistisch – in Anlehnung an das AHV-Alter der Männer – ab 65; ein Alter, das 1889 in der Zeitschrift für Schweizerische Statistik als Beginn des ‚Greisenalters‘ definiert wurde (Daszynska 1889: 389). Auch international hat sich immer mehr die Norm durchgesetzt Personen ab Alter 65 statistisch zur Altersbevölkerung zu zählen (Zur Kritik an dieser chronologischen Festlegung, vgl. Kap. 9.5).

In Tabelle 51 ist der Bevölkerungsanteil der 60-jährigen und älteren Menschen im historischen Längsschnittvergleich für das Gebiet der heutigen Schweiz aufgeführt.

Hohe Geburtenraten (die zu einem hohen Anteil an jungen Menschen führten) sowie eine geringe Lebenserwartung (wodurch wenige Menschen ein höheres Lebensalter erreichten) haben in vorindustriellen Gesellschaften den Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung reduziert. In geordneten Friedenszeiten lag er etwas höher als in Zeiten von Kriegen oder Epidemien, aber insgesamt war das demografische Gewicht alter Menschen gering. In einigen ländlichen Regionen konnte der Anteil alter Menschen aufgrund der Ab- und Auswanderung junger Frauen und Männer zeitweise höher liegen, aber auch in solchen Regionen waren und blieben die ‚Alten‘ eine kleine Minderheit, selbst wenn sie kulturell eine nicht unbedeutende Rolle als Kulturträger spielen konnten.

Im gut organisierten römischen Reich betrug der Anteil der 60-jährigen und älteren Menschen an der gesamten Bevölkerung schätzungsweise 5-7%. Danach – in der Zeit der Völkerwanderung und im Mittelalter – lag er tiefer, bei schätzungsweise 1-3%. In der frühen Neuzeit (1500-1700) erhöhte sich der Anteil der älteren Personen 60+ wieder, auf 4-6%. Im 18. Jahrhundert verbesserte sich zumindest in einigen Regionen der Schweiz die Ernährungs- und Lebenssituation breiter Bevölkerungsgruppen und eine allmähliche Erhöhung der Lebenserwartung stärkte das demografische Gewicht älterer Menschen. Während im frühen 18. Jahrhundert der Anteil der 60-jährigen und älteren Menschen zwischen 6% bis 8% betrug, erhöhte er sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bis auf 10-11%, vor allem in gut organisierten städtischen Republiken wie Bern und Genf. In weniger wohlhabenden Regionen war ihr Anteil geringer, außer dort, wo eine Abwanderung junger Menschen dazu beitrug, dass nur noch ‚Alte‘ im Dorf verblieben.

Gesamtschweizerisch betrug der Anteil der 60-jährigen und älteren Menschen auch im 19. Jahrhundert weniger als zehn Prozent. Einerseits waren die Geburtenraten hoch und andererseits war die Wahrscheinlichkeit, das 60. Altersjahr zu erreichen, vergleichsweise gering (vgl. Kap. 4.2).

Tabelle 51:

Das demografische Gewicht der älteren Bevölkerung im historischen Längsschnittvergleich

Anteil der 60 jährigen und älteren Personen an der Gesamtbevölkerung			Quellen:
Römisches Reich (Grabinschriften)			
Gallien/Norditalien		5-7%	Russell 1990: 123
Ausgrabungen/Skelettanalysen):			
Mittel- & Nordeuropa			
	1-520 nach Christi	3%	"
	520-750 (Pestzeiten)	1-2%	"
	750-1000	3%	"
	1000-1348	3%	"
	1348-1500 (Pestzeiten)	2%	"
Testamente: Erblasser 60+ Jahre):			
Wallis	1350-1400	1%	Dubuis 1991: 236
	1400-1500	3%	"
Bevölkerungsanalysen:			
Stadt Genf	1561-1600	5%	Bickel 1947: 292
Dorf Mettmenstetten ZH	1634	5%	Walter 1966: 64
Albisrieden/Zumikon ZH	1634	4%	"
Stadt Zürich	1637	6%	Daszynska 1889
Kirchgem. Sulgen TG	1710	6%	Menolfi 1980:
	1722	8%	"
Dorf Wiesendangen ZH	1721	6%	Walter 1966: 64
Ober- & Unterstammheim	1764	10%	"
Stadt Bern	1764	10%	Sommer 1944
Stadt Genf	1798	11%	Perrenoud 1979
	1816	11%	"
Stadt Luzern	1812	10%	Burri 1975
Schweiz. Eidgenossenschaft			
	1860	8.5%	Eidg. Volkszählung
	1880	8.8%	„
	1900	9.2%	"
	1920	9.3%	„
	1941	12.9%	"
	1960	15.1%	„
	1980	18.3%	*
	2000	20.2%	„
	2012	23.1%	STATPOP
	2018	24.4%	„

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kam es zu einer ersten merkbaren demografischen Alterung, da einerseits die Geburtenraten kriegs- und krisenbedingt sanken und andererseits die Lebenserwartung der Menschen dank besserer Ernährung und Hygiene anstieg. 1941 lag der Anteil der älteren Bevölkerung (60+) schon bei gut 13%. Der Baby-Boom der Nachkriegsjahre sowie die Zuwanderung junger Arbeitskräfte verlangsamten in den

Nachkriegsjahrzehnten zeitweise die demografische Alterung der Wohnbevölkerung der Schweiz. Die demografische Alterung der Bevölkerung verstärkte sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erneut, weil einerseits die Geburtenraten nach 1966 sanken und andererseits die Lebenserwartung älterer Menschen weiter anstieg.

Seit Ende der 1970er Jahre erlebt die Schweiz sozusagen einen Prozess doppelter demografischer Alterung: Demografische Alterung von unten wegen geringen Geburtenraten und demografische Alterung von oben wegen erhöhter Lebenserwartung älterer Menschen. Der Anteil der 60-jährigen und älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung hat sich damit in bedeutsamer Weise erhöht, bis 2018 auf über 24%, um gemäß Bevölkerungsszenarien in den nächsten Jahrzehnten weiter anzusteigen (Bundesamt für Statistik 2020).

9.2 Zur Altersverteilung der Bevölkerung nach lebenszyklischen Gesichtspunkten

Tabelle 52 zeigt die Altersverteilung der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz nach einer lebenszyklischen Betrachtungsweise. Dazu sind allerdings zwei kritische Punkte anzuführen: Erstens beruht auch diese Einteilung auf dem chronologischen Alter und lebenszyklische Prozesse – wie Ende des Jugendalters, Alter bei der Familiengründung oder Pensionierung – sind nur locker mit dem chronologischen Alter verknüpft. Zweitens basiert die lebenszyklische Zuordnung auf Lebenszyklen der Moderne. Ein Jugendalter existierte etwa 1860 – als Kinderarbeit häufig war – erst in Ansätzen und die Idee eines mittleren Lebensalters ist nur in Gesellschaften mit hoher und gesicherter Lebenserwartung ein Thema.

Dennoch vermitteln die Angaben einige Hinweise auf grundlegende Verschiebungen der Altersverteilung in den letzten 150 Jahren.

Eindrücklich ist namentlich der rückläufige Anteil von Kindern (0-12 Jahre). Nach 1880 sank der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung allmählich ab, als Folge eines deutlichen Rückgangs der ehelichen Fruchtbarkeit im Rahmen der industriellen Entwicklung der Schweiz (vgl. Kap. 3.2). Der I. Weltkrieg und die nachfolgenden Krisenjahre reduzierten die Geburtenhäufigkeit weiter und in den 1930er Jahren lag das Geburtenniveau tiefer als 200 Geburten pro 100 Frauen (was – wie angeführt - zu Befürchtungen vor einem Aussterben der Schweiz Anlass gab). Der Geburtenanstieg der Nachkriegsjahrzehnte (Baby-Boom) führte wieder zu mehr Kindern und später zu einem höheren Anteil an Teenagern und Jugendlichen. Nach 1966 sank das Geburtenniveau erneut und seit 1972 hat die Schweiz ein Geburtenniveau, das tiefer liegt als zur langfristigen Bestandserhaltung der Bevölkerung notwendig wäre. Dadurch reduzierte sich der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung erneut.

In jedem Fall hat sich der Anteil von Kinder und Jugendlichen im Zeitverlauf langfristig verringert. Während 1880 mehr als zwei Fünftel der Menschen in der Schweiz jünger als 20 Jahren waren, liegt der Bevölkerungsanteil der unter 20-Jährigen gegenwärtig nur noch bei einem Fünftel.

Tabelle 52:

Altersverteilung der ständigen Wohnbevölkerung nach lebenszyklischer Betrachtungsweise

Alter::	0-12	13-19	20-24	25-39	40-59	60-69	70-79	80+ J.
1860	26.2%	13.4%	9.0%	22.5%	20.6%	5.5%	2.4%	0.5%
1870	27.8%	12.3%	8.1%	22.0%	20.8%	6.1%	2.4%	0.5%
1880	28.4%	13.1%	8.3%	20.5%	20.8%	5.8%	2.5%	0.5%
1890	27.8%	13.8%	8.5%	20.5%	20.2%	6.2%	2.5%	0.5%
1900	27.4%	13.3%	9.1%	22.0%	19.0%	6.0%	2.8%	0.4%
1910	27.3%	13.5%	8.5%	22.5%	19.4%	5.6%	2.6%	0.5%
1920	24.0%	14.0%	8.9%	21.8%	22.0%	5.8%	2.8%	0.5%
1930	21.5%	12.0%	9.2%	23.7%	22.8%	6.9%	3.2%	0.6%
1941	19.0%	11.0%	7.6%	24.3%	24.6%	8.2%	3.9%	0.8%
1950	20.9%	9.5%	7.5%	21.6%	26.4%	8.2%	4.8%	1.1%
1960	20.2%	11.2%	7.4%	21.6%	24.5%	8.6%	4.8%	1.5%
1970	20.6%	10.1%	8.1%	22.2%	22.7%	9.3%	5.3%	1.7%
1980	16.0%	11.1%	7.5%	23.1%	23.9%	8.8%	6.7%	2.6%
1990	14.9%	8.5%	7.5%	23.7%	25.9%	9.3%	6.5%	3.7%
2000	15.0%	8.1%	5.8%	23.1%	27.7%	9.3%	7.0%	4.0%
2018	13.1%	6.9%	5.7%	20.9%	29.1%	10.9%	9.2%	5.2%

Lebenszyklische Zuordnung: 0-12 Jahre: Kinder, 13-19 Jahre: Teenager/Jugendliche, 20-24 Jahre: Jugendliche Erwachsene, 25-39 Jahre: Jüngere Erwachsene, 40-59 Jahre: Mittleres Lebensalter, 60-69 Jahre: ‚junge Alte‘, 70-79 Jahre: ältere Menschen, 80 Jahre und älter: hochaltrige Menschen.

Quelle: 1860-2000: Eidg. Volkszählungen, 2018: Bevölkerungsstatistik BFS.

In den letzten Jahrzehnten sank der Anteil der 20-24-Jährigen und seit 1990 weist auch der Anteil an jüngeren Erwachsenen (25-39 Jahre) eine sinkende Tendenz auf (was beispielsweise dazu führt, dass Unternehmen mehr Mühe aufweisen, junge Fachkräfte zu rekrutieren). Die Zuwanderung junger Arbeitskräfte bzw. junger Familien hat allerdings in den letzten Jahrzehnten dazu beigetragen, dass der Anteil an Jugendlichen und jugendlichen Erwachsenen höher blieb als aufgrund der tiefen Geburtenrate zu erwarten war. Ein bedeutsamer Teil des Geburtendefizits nach 1972 wurde durch Zuwanderung kompensiert.

Während Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene demografisch an Gewicht verloren, hat sich umgekehrt der Anteil der 40-59-Jährigen erhöht, primär aufgrund des allmählichen Alterns der geburtenstarken Jahrgänge und der Arbeitsmarkt wird vermehrt von über 40 bzw. über 50-jährigen Arbeitskräften dominiert. Ansteigend ist zudem der Anteil der über 60-Jährigen, auch aufgrund angestiegener Lebenserwartung älterer Frauen und Männer. Besonders ausgeprägt ist allerdings der Anstieg in Zahl und Anteil alter Menschen von 80 Jahren und älter. Waren 1860 nur 0.5% der Bevölkerung älter als 79 Jahren, hat sich ihr Anteil bis 2018 auf mehr als 5% verzehnfacht.

9.3. Zur Entwicklung demografischer Verhältniszahlen

Verschiebungen in der Altersverteilung der Bevölkerung verändern das relative Gewicht verschiedener Altersgruppen, mit entsprechenden gesellschaftspolitischen Konsequenzen. So wirft eine steigende Zahl pflegebedürftiger alter Menschen vor allem Probleme auf, wenn gleichzeitig die Zahl jüngerer Frauen und Männer sinkt, die eine Pflege übernehmen können. Eine steigende Zahl von Altersrentnern und Altersrentnerinnen kann negative sozialpolitische Konsequenzen aufweisen, wenn gleichzeitig die Zahl der beitragspflichtigen Erwerbstätigen sinkt, welche diese Renten mit ihren Lohnbeiträgen oder Steuern finanzieren. Aufgrund solcher Überlegungen werden häufig demografische Quotienten berechnet.

In Tabelle 53 werden die Entwicklung von vier demografischen Verhältniszahlen seit 1860 aufgeführt: a) Jugendquotient, b) Altersquotient, c) demografischer Gesamtquotient und d) intergenerationelle Unterstützungsraten.

Das Konzept dieser demografischen Quotienten basiert auf dem Grundgedanken, dass die erwerbstätige Bevölkerung - als Produzenten von marktgängig erarbeiteten monetären Gütern - die wirtschaftliche Absicherung der nicht-erwerbstätigen Bevölkerung garantiert. Dieser Gedanke ist insofern berechtigt, als das Überleben von Säuglingen und Kindern, aber auch das Einkommen (Rente, Pension) pensionierter Frauen und Männer durch die Arbeit der erwerbstätigen Bevölkerung ermöglicht wird. Eine Verschlechterung im demografischen Verhältnis von erwerbstätiger und nicht-erwerbstätiger Bevölkerung kann zu einer verstärkten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Belastung der mittleren Altersgruppen führen. Eine steigende Zahl von Kinder und Jugendlichen beispielweise erhöht die notwendigen Investitionen in Erziehung und Ausbildung. Eine erhöhte Zahl von Altersrentnern trägt bei nach einem Umlageverfahren organisierten Systemen der Altersversorgung zu einer erhöhten sozialpolitischen Belastung der Erwerbstätigen bei, vor allem wenn Altersrenten durch Lohnbeiträge finanziert werden.

Der Jugendquotient misst in vereinfachter Form das Verhältnis zwischen wirtschaftlich abhängigen Kinder und Jugendlichen (0-19 J.) und der potenziellen Erwerbsbevölkerung (im Alter von 20-64 J.) Die Festlegung auf diese chronologischen Altersgrenzen ist eine aus Gründen der internationalen Vergleichbarkeit festgelegte Konvention. In früheren Epochen arbeiteten aber auch Kinder mit. Kinderarbeit wurde in der Schweiz erst 1874 formell verboten. In modernen Gesellschaften sind umgekehrt aufgrund langer Ausbildungszeiten mehr junge Menschen nach ihrer Volljährigkeit (Schweiz: vollendetes 18. Altersjahr) noch nicht erwerbstätig. Der Jugendquotient erfasst damit das Verhältnis zwischen wirtschaftlich abhängiger Kinder und Jugendlichen und der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung nur in grober Form.

Der Altersquotient stellt in vereinfachter Form das Verhältnis von Altersrentnern und erwerbsfähigen Personen dar. Aus Gründen internationaler Vergleiche hat sich die Altersgrenze von 65 Jahren eingebürgert, obwohl das faktische Pensionierungsalter in den meisten europäischen Ländern aufgrund von Frühpensionierungen in den letzten Jahrzehnten von dieser Altersgrenze abwich (wogegen vor Einführung einer Altersvorsorge ‚Arbeit bis zum Tod‘ die Regel war). Auch der Altersquotient misst das demografische Verhältnis zwischen Rentenbevölkerung und Erwerbsbevölkerung nur in grober Weise.

Die Summe von Jugend- und Altersquotienten ergibt den demografischen Gesamtquotient („dependency ratio“). Dieser Quotient erfasst in schematischer und vereinfachter Weise das zahlenmäßige Verhältnis von jungen, noch in Ausbildung befindlichen Menschen (Kinder, Jugendliche) sowie älteren, nicht mehr erwerbsfähigen Personen zum erwerbsfähigen Teil der Bevölkerung. Je höher der demografische Gesamtquotient (früher auch demografischer Gesamtlastquotient genannt), desto mehr steht die mittlere Generation der erwerbsfähigen Bevölkerung unter einer Sandwich-Situation sowohl für nachkommende Generationen (via Kindererziehung und Bildungsaufwendungen) als auch für nicht mehr erwerbstätige ältere Menschen zu sorgen (Renten, Pflege).

Tabelle 53:

Entwicklung von Jugend- und Altersquotienten, demografischem Gesamtquotient und intergenerationeller Unterstützungsraten

	Jugend- quotient	Alters- quotient	Gesamt- quotient	Intergenerationelle Unterstützungsraten
1860	71.4	9.2	80.6	3.7
1870	74.0	10.1	84.1	3.8
1880	78.2	10.3	88.5	3.6
1890	79.2	10.9	90.1	3.9
1900	76.0	10.8	86.8	4.4
1910	76.6	10.7	87.3	5.1
1920	67.7	10.4	78.1	5.0
1930	56.3	11.4	67.7	4.9
1941	48.9	14.0	62.9	6.0
1950	51.2	16.0	67.2	7.3
1960	54.9	17.7	72.6	9.0
1970	53.9	20.0	73.9	11.5
1980	47.0	23.7	70.7	16.9
1990	37.7	23.5	61.2	23.0
2000	37.6	25.0	62.6	22.6
2010	33.7	27.2	60.9	24.9
2020	32.6	30.9	63.5	24.8

Jugendquotient: 0-19 Jährige pro 100 Personen im Alter von 20-64 Jahren

Altersquotient: 65-Jährige und ältere Personen pro 100 Personen im Alter von 20-64 Jahren

Demografischer Gesamtquotient: 0-19 Jährige und 65+-Jährige pro 100 20-64 Jährige.

Intergenerationelle Unterstützungsraten („parent support ratios“): Zahl von 80-jährigen und älteren Personen pro 100 Personen im Alter von 50-64 Jahren.

Im 19. Jahrhundert ergaben sich vergleichsweise hohe demografische Gesamtquotienten, weil (erwerbstätige) Erwachsene vergleichsweise viele Kinder zu versorgen hatten. Vor allem das Verbot der Kinderarbeit war ein Motiv, die Kinderzahl und damit die Erziehungskosten zu reduzieren. Der Geburtenrückgang – in der Schweiz ab den 1880er Jahren – führte zu geringeren Jugendquotienten. Einzig der Baby-Boom der Nachkriegsjahrzehnte führte vorübergehend zu einem Wiederanstieg des Jugendquotienten, aber in der langfristigen Entwicklung zeigt der Jugendquotient eine sinkende Tendenz.

Der Altersquotient war Ende des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts deutlich tiefer als der Jugendquotient und er variierte zwischen 1870 und 1920 nur wenig. Ab den 1930er Jahren stieg er an, wenn auch nicht kontinuierlich. Zwischen 1980 und 1990 ging er sogar leicht zurück (als Folge einer verstärkten Zuwanderung junger Arbeitskräfte). Seit Beginn der schweizerischen Altersvorsorge AHV (1948) bis heute hat sich der Altersquotient nahezu verdoppelt, auch weil die Lebenserwartung von Altersrentnern und Altersrentnerinnen ab Mitte des 20. Jahrhunderts anstieg. In den letzten Jahren hat er sich zudem erhöht, weil vermehrt Frauen und Männer der geburtenstarken Nachkriegsjahrgänge das Rentenalter erreichten.

Was den demografischen Gesamtquotient (früher demografischer Belastungsquotient bezeichnet) betrifft, ist auffallend, dass er im 19. Jahrhundert höher lag als im 20. Jahrhundert. Gegenwärtig weist er vergleichsweise tiefe Werte auf, auch aufgrund der Zuwanderung junger Personen im Erwerbsalter in die Schweiz. Zudem befindet sich ein großer Teil der geburtenstarken Baby-Boom-Generation noch im (späten) Erwerbsalter. Allerdings ist in nächster Zukunft mit einer ausgeprägten ‚Pensionierungswelle‘ zu rechnen, mit der Folge, dass sich das Verhältnis zwischen Erwerbsbevölkerung und Rentenbevölkerung weiter verschieben wird. Der lange Zeit wirtschafts- und sozialpolitisch günstige demografische Gesamtquotient zeigt somit eine ansteigende Tendenz, was speziell bei umlagebasierten Rentensystemen einige Anpassungen (Erhöhung des Rentenalters und/oder Erhöhung der Einnahmen) erfordern wird.

In Tabelle 53 ist ein weiterer, weniger bekannter demografischer Indikator aufgeführt. Zur Erfassung der Verschiebungen der demografischen Generationenverhältnisse und einer daraus abgeleiteten steigenden Pflegebelastung nachkommender Generationen aufgrund des steigenden Anteils alter Menschen können intergenerationelle Unterstützungsraten (‚parent support ratios‘) berechnet werden (Höpflinger 2005, Lloyd-Sherlock 2010, Myers 1992). In vereinfachter Form widerspiegelt dieser Indikatoren das Verhältnis zweier aufeinander folgender Generationen (Generation der hochaltrigen Eltern im Verhältnis zur nachfolgenden Generation ihrer Kinder). In allen europäischen Ländern nahm der Anteil der 80-jährigen und älteren Menschen im Verhältnis zur nachfolgenden Generation zu. Damit haben sich die intergenerationellen Unterstützungsraten in den letzten Jahrzehnten erhöht und dieser Trend wird sich in den nächsten Jahrzehnten akzentuieren. Ähnlich wie andere demografische Altersquotienten können allerdings auch intergenerationelle Unterstützungsraten eine suggestive Wirkung ausüben, etwa wenn steigende Raten zu rasch als Beweis für eine erhöhte pflegerische Belastung der nachkommenden Generation interpretiert werden. Zudem besteht die Gefahr alle alten Menschen der Gruppe der Hilfe- und Pflegebedürftigen zuzuordnen, womit Defizitmodelle des Alters unterstützt werden und Verlängerungen der behinderungsfreien Lebenserwartung unberücksichtigt bleiben. Szenarien zur zukünftigen intergenerationellen Pflegebelastung illustrieren, dass die Pflegelastquoten nur leicht ansteigen, wenn die behinderungsfreie Lebenserwartung ausgedehnt wird. Zwar bestehen zur zukünftigen Entwicklung der gesunden bzw. behinderungsfreien Lebenserwartung beträchtliche Unsicherheiten, aber eine Ausdehnung der behinderungsfreien Lebenserwartung kann dazu beitragen, dass sich trotz rascher Zunahme der Zahl alter Menschen die pflegerische Belastung nachkommender Generationen nur geringfügig verschärft (Sanderson, Scherbov 2010).

9.4. Szenarien zur demografischen Alterung

Im Folgenden werden Szenarien zur zukünftig erwarteten Entwicklung der demografischen Alterung vorgestellt. Bei früheren Szenarien ist ein Vergleich mit der tatsächlichen Entwicklung möglich. Sachgemäß sind die Ergebnisse demografischer Zukunftsprojektionen bzw. Szenarien abhängig von den getroffenen Annahmen zu Geburtenentwicklung, Lebenserwartung und Migrationsbilanz; alles demografische Größen, die vor allem längerfristig nicht vorhersehbar sind, da die Entwicklung von Geburtenzahlen, Lebenserwartung sowie Zu- oder Abwanderungen von vielfältigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen abhängig sind. Deshalb sind vor allem längerfristig bedeutsame Abweichungen zwischen erwarteter und tatsächlicher Bevölkerungsentwicklung zu erwarten, speziell wenn aktuelle Trends einfach linear fortgeschrieben werden (Fux 2007).

Tabelle 54 illustriert die erwartete Entwicklung in der Entwicklung der Altersbevölkerung (%-Anteil der 65-jährigen und älteren Bevölkerung) und Tabelle 55 zeigt die vorausgesagte Entwicklung des Altersquotienten (Verhältnis zwischen 65+-jährigen Personen und 20-64-jährigen Personen).

Ein krisenbedingt tiefes Geburtenniveau führte schon Mitte der 1930er Jahren zu Befürchtungen über eine „Überalterung“ der Bevölkerung der Schweiz. Dabei wurde auch eine bedeutsame Zunahme pflegebedürftiger alter Menschen befürchtet: „Die Überalterung unserer Bevölkerung und die mit ihr einhergehende unvermeidliche Steigerung der absoluten Zahl der Fälle von typischen Alterskrankheiten, die zunehmende Verschlechterung der sozialen Lage, Mangel an häuslicher Pflege führen zu einer zwangsläufigen Zunahme pflegebedürftiger alter Leute, für deren Bedarf an Heim- und Pflegeplätzen gesorgt werden muss“ (Hartmann 1935: 58) Die damals durchgeführten Bevölkerungsprognosen (vgl. auch Friedli 1928) haben den Babyboom der Nachkriegsjahre wie auch die Zuwanderung von Arbeitskräften nicht vorhergesehen: „Die Wahrscheinlichkeit von größerer Einwanderung aus dem Auslande, sowie wesentlicher Geburtenzunahme ist sehr gering, sodass keine größeren Abweichungen vom berechneten Altersaufbau der Bevölkerung zu erwarten sind.“ (Hartmann 1935) 43) Entsprechend wurde für 1990 eine Wohnbevölkerung von nur 4 Mio. Einwohner erwartet (statt der tatsächlichen Zahl von 6.8 Mio.). Trotz Betonung einer steigenden demografischen Alterung (und Belastung) lagen der zukünftige Anteil der Altersbevölkerung und der Altersquotient leicht unter den nachfolgend gemessenen Werten, weil zu einer Zeit noch ohne Antibiotika der nachfolgende Anstieg der Lebenserwartung unterschätzt wurde. Der Anteil der 80-Jährigen und älteren Personen wurde für 1990 auf 1% der Gesamtbevölkerung berechnet. Tatsächlich waren es 3.6%.

Gegen Ende der 1930er Jahren wurden die Bevölkerungsprognosen teilweise noch pessimistischer: „Rasch wird es mit uns abwärts gehen. Selbst wenn wir annehmen, dass in den kommenden zwei Jahrzehnten die eheliche Fruchtbarkeit nur halb so rasch abnimmt, wie im letzten Dezennium, wird die Schweiz in 60 Jahren, also um die nächste Jahrhundertwende, nach den ziemlich sicheren Vorausberechnungen des Eidgenössischen Statistischen Amtes, statt 4.2 nur noch 2.8 Millionen Einwohner zählen.“ (Studer-Auer 1941: 9-10). Diese pessimistische Perspektive war Anlass für politische Bestrebungen für eine geburtenfördernde Familienpolitik und Begründung für eine ablehnende Haltung gegenüber der Einführung einer umfassenden Alterssicherung.

Tabelle 54

Szenarien zur Entwicklung der Altersbevölkerung (65+)

			% - Anteil der 65-jährigen und älteren Personen an ständiger Wohnbevölkerung						
			1990	2000	2010	2020	2030	2040	2050
	Beobachtet		14.6	15.4	16.9	18.9	-	-	-
Szenarien:	Ausgangsjahr	Quelle:							
Szenario Hartmann	1930	1	11.2	-	-	-	-	-	-
Szenario Fricker:	1962	2							
- minimale Projektion*			14.4	-	15.6		16.2	-	-
- mittlere Projektion				13.8	-	19.1	-	16.7	-
- maximale Projektion*			11.1	-	16.2	-	18.4	-	-
Expertengruppe Demographie	1980	3	-	-	19.4	23.2	-	28.2	-
Demographiebericht AHV	1985	4							
- Hauptszenario			14.7	15.8	17.8	20.2	22.6	23.4	-
- Verstärkte Zuwanderung			14.7	15.6	17.1	19.4	21.6	22.3	-
- Erhöhte Lebenserwartung			14.8	16.1	18.5	21.4	24.0	25.0	-
BFS-Szenarien 1995-2050	1994	5							
- Trendszenario			-	15.3	17.5	20.5	23.7	24.9	24.9
- Positive Dynamik			-	15.4	17.4	20.2	23.1	24.0	23.9
- Negative Dynamik			-	15.5	18.1	21.6	25.6	27.2	27.1
BFS-Szenarien 2000-2060	1999	6							
- Trendszenario			-	-	17.4	20.0	23.1	24.2	23.8
- Positive Dynamik			-	-	17.2	19.6	22.3	23.3	22.8
- Negative Dynamik			-	-	17.6	20.7	24.4	25.9	25.7
- Verstärkte Alterung			-	-	17.7	21.2	25.6	28.7	29.8
- Abgeschwächte Alterung			-	-	17.1	19.1	21.2	21.4	20.2
BFS-Szenarien 2010-2060	2008	7							
- Mittleres Szenario			-	-	17.1	20.1	24.2	26.8	27.7
- Hohes Szenario			-	-	17.1	19.6	23.3	25.9	27.0
- Tiefes Szenario			-	-	17.1	20.5	25.0	27.8	28.6
BFS-Szenarien 2020-2050	2020	8							
- Referenzszenario					-	-	22.1	24.4	25.6
- Hohes Szenario					-	-	22.0	24.0	24.9
- Tiefes Szenario						-	22.3	24.9	26.5

* genau 1993, 2013 und 2033

Quellen: Quellen:1: Hartmann 1935, 2: Fricker 1965, 3: Kommission ‚Bevölkerungspolitik‘ 1985 & Hagmann 1991, 4: Bundesamt für Statistik 1990, 5: Bundesamt für Statistik 1996, 6: Bundesamt für Statistik 2002, 7: Bundesamt für Statistik 2010, 8: Bundesamt für Statistik 2020

Der Geburtenanstieg der Nachkriegsjahre sowie der wirtschaftliche Wachstumsschub der Nachkriegsjahrzehnte, der mit einer starken Zuwanderung junger Arbeitskräfte begleitet war, liessen Ängste vor einer demografischen Alterung wieder in den Hintergrund treten. Diskurse zur Überalterung wurden von Diskursen zur Überbevölkerung und Überfremdung der Schweiz ersetzt. Eine viel diskutierte lineare Trendfortsetzung des Bevölkerungswachstums der Nachkriegsjahrzehnte deutete anfangs der 1970er Jahre als Extremszenario auf einen Anstieg der Bevölkerung bis 2000 auf nahezu 10 Millionen hin (Schlussbericht Francesco Kneschaurek

1974). Auch das Maximalszenario von Kurt Fricker (1965) lehnte sich an solche überoptimistische Wachstumsszenarien an, aber das von ihm präferierte semi-dynamische Prognosemodell – das auf einer differenzierten sozio-strukturellen Analyse basierte – erwies sich als realitätsgerechter. Die in diesem Szenario für 2000 errechnete Wohnbevölkerung von 7.6 Mio. wich nur unwesentlich vom tatsächlichen Bevölkerungstand von 7.2 Mio. ab. Auch der Anteil der 65-jährigen und älteren Personen für 2020 liegt nahe an der aktuellen Zahl (einzig die langfristige Prognose 2040 erscheint deutlich zu niedrig). Die Altersquotienten – welche politische Diskussionen zur Finanzierung der Altersvorsorge mitbeeinflussten – erscheinen dagegen aus heutiger Sicht als zu tief.

Nach 1966 sanken die Geburtenraten erneut und seit 1972 hat die Schweiz – wie schon mehrmals erwähnt - Geburtenraten, die zu gering zur langfristigen Bestandserhaltung der Bevölkerung sind. Gleichzeitig sanken ab den späten 1970er Jahren auch die wirtschaftlichen Wachstumsraten und die Wirtschaftskrise 1974/78 führte zeitweise zu einer merkbaren Rückwanderung ausländischer Arbeitskräfte. Vor allem der langfristige Geburtenrückgang liess Befürchtungen zur demografischen Alterung – und ihre negativen Auswirkungen auf Sozial- und Gesundheitspolitik – erneut in den Vordergrund treten. 1985 trat eine Expertengruppe mit dem provokanten Titel ‚Sterben die Schweizer aus?‘ an die Öffentlichkeit (Kommission ‚Bevölkerungspolitik 1985‘). Die dort angeführten Szenarien zur Entwicklung der Altersbevölkerung und der Altersquotienten erweisen sich aus heutiger Sicht als zu pessimistisch, namentlich weil sie die später erfolgten Zuwanderungsraten unterschätzten.

Sozialpolitische Befürchtungen zur Finanzierung der umlagebasierten Altersvorsorge (AHV) führten 1990 zur Veröffentlichung eines Demographieberichtes AHV. Dabei wurde angeführt, dass sich die Schweiz an der Schwelle eines grundlegenden Bevölkerungswandels befand: „Das jahrhundertlange Bevölkerungswachstum läuft aus, und wir bewegen uns in Richtung einer stagnierenden, allenfalls abnehmenden Bevölkerung.“ (Bundesamt für Statistik 1990: 45). Neben einem Hauptszenario wurden auch Alternativszenarien (verstärkte Zuwanderung, erhöhte Lebenserwartung) errechnet. Alle drei Szenarien haben allerdings sowohl die später erfolgte Zuwanderung als auch die nachfolgende Zunahme der Lebenserwartung unterschätzt. So wurde im Hauptszenario bis 2010 eine Erhöhung der Lebenserwartung bei Männern auf 76.2 Jahre und bei Frauen auf 82.0 Jahre geschätzt. Die faktische Lebenserwartung lag 2010 jedoch höher (Männer: 80.2 Jahre, Frauen 84.6 Jahre). Interessanterweise wurde im Szenario ‚erhöhte Lebenserwartung‘ der Trend für die Frauen zuverlässig eingeschätzt (geschätzt: 84.7 Jahre, faktisch 84.6 Jahre). Deutlich unterschätzt wurde hingegen der Aufholtrend bei den Männern (geschätzte Lebenserwartung für Männer 2010: 77.4 Jahre, faktisch 80.2 Jahre).

Die Kombination von unterschätzter Zuwanderung und unterschätzter Lebenserwartung trug dazu bei, dass bei allen drei Szenarien das Bevölkerungswachstum unterschätzt wurde und für 2010 wurde eine Wohnbevölkerung von 6.9 bis 7.2 Mio. Menschen erwartet (faktisch waren es 7.9 Mio.). Dies war – wenn auch weniger markant – auch bei nachfolgenden Bevölkerungsszenarien der Fall. Was den Bevölkerungsanteil der 65-jährigen und älteren Menschen und der Altersquotienten betrifft, ist auffallend, dass im Demographiebericht AHV – aber auch in nachfolgenden Szenarien - kurzfristig eher zu hohe Werte erwartet wurden, langfristig jedoch von tieferen Werten ausgegangen wurde als dies heutige Szenarien voraussehen.

In anderen Worten: Die Szenarien Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre betonten eher die kurzfristigen demografischen Herausforderungen der Altersvorsorge (und damalig pessimistische Szenarien zu Defiziten in der AHV haben sich nur bedingt bewahrheitet). Die

neuesten Szenarien 2020-2050 gehen von leicht tieferen Anteilen der Altersbevölkerung 65+ aus als etwa die Szenarien 2010-2060 (primär als Effekt höherer Zuwanderungsraten). Allerdings ist zu beachten, dass die neuesten Szenarien 2020-2050 vor Ausbruch der Covid-19-Pandemie berechnet wurden und krisenbedingte Veränderungen von Migrations- und Geburtenraten können die Situation schon kurzfristig signifikant verändern.

**Tabelle 55:
Szenarien zur Entwicklung des Altersquotienten**

			Demografischer Altersquotient (65+-jährige Personen pro 100 Personen im Alter 20-64 J.)						
			1990	2000	2010	2020	2030	2040	2050
	Beobachtet		23.5	25.0	27.6	30.9	-	-	-
Szenarien:	Ausgangsjahr	Quelle:							
Szenario Hartmann	1930	1	19.4%	-	-	-	-	-	-
Szenario Fricker:	1962	2							
- minimale Projekt*			24.9	-	27.1	-	28.3	-	-
- mittlere Projektion			-	23.1	-	35.5	-	29.6	-
- maximale Projektion*			17.7		29.0	-	34.6	-	-
Expertengruppe Demographie	1980	3	-	27.0	-	39.0	-	52.0	-
Demographiebericht AHV	1985	4							
- Hauptszenario			23.8	25.6	28.8	33.5	39.0	40.8	-
- Verstärkte Zuwanderung			23.8	25.3	27.6	32.0	36.9	38.4	-
- Erhöhte Lebenserwartung			23.9	26.2	30.3	36.0	42.3	44.5	-
BFS-Szenarien 1995-2050	1994	5							
- Trendszenario			-	25.1	28.9	35.8	42.9	45.6	45.3
- Positive Dynamik			-	25.2	29.1	35.0	42.2	44.8	44.3
- Negative Dynamik			-	25.2	29.8	36.4	45.6	49.2	48.9
BFS-Szenarien 2000-2060	1999	6							
- Trendszenario			-	-	28.2	33.1	40.8	43.9	42.6
- Positive Dynamik			-	-	27.9	32.7	40.5	43.5	42.3
- Negative Dynamik			-	-	28.4	33.8	42.1	45.8	45.0
- Verstärkte Alterung			-	-	28.6	34.8	44.7	50.8	52.2
- Abgeschwächte Alterung			-	-	27.8	31.8	38.1	39.3	36.4
BFS-Szenarien 2010-2060	2008	7							
- Mittleres Szenario			-	-	27.5	33.4	43.0	49.2	51.3
- Hohes Szenario			-	-	27.5	32.8	41.8	47.8	50.6
- Tiefes Szenario			-	-	27.6	33.9	43.7	50.4	52.0
BFS-Szenarien 2020-2050	2020	8							
- Referenzszenario					-		38.3	43.6	46.5
- Hohes Szenario					-		38.0	43.0	45.6
- Tiefes Szenario							38.6	44.3	47.5

* genau 1993, 2013 und 2033

Quellen: 1: Hartmann 1935, 2: Fricker 1965, 3: Kommission ‚Bevölkerungspolitik‘ 1985 & Hagmann 1991, 4: Bundesamt für Statistik 1990, 5: Bundesamt für Statistik 1996, 6: Bundesamt für Statistik 2002, 7: Bundesamt für Statistik 2010, 8: Bundesamt für Statistik 2020.

Die deutlichen Abweichungen zwischen erwarteten und eingetretenen demografischen Entwicklungen hatten in der Folge zwei Konsequenzen: Einerseits wurde weniger von Bevölkerungsvorausschätzungen gesprochen als davon, dass es sich um demografische Szenarien handelt, wobei in neueren Arbeiten des Bundesamts für Statistik die getroffenen Annahmen sorgfältig dargestellt werden. Andererseits wurden vermehrt diverse Szenarien berechnet, um die langfristigen Auswirkungen etwa unterschiedlicher Zuwanderungsraten oder unterschiedlicher Entwicklungen der Lebenserwartung festzuhalten. Die neuesten Bevölkerungsszenarien gehen allerdings weiterhin von einer steigenden demografischen Alterung aus, wobei vor allem eine starke Zunahme der Bevölkerung im Alter von 80 Jahren und mehr erwartet wird.

9.5 Kritische Anmerkungen zu klassischen Messgrößen demografischer Alterung

Ein zentrales Hauptproblem der üblichen Messindikatoren der demografischen Alterung ist die Tatsache, dass sie sich am chronologischen Alter orientieren, obwohl das chronologische Alter - im Sinne der bisher gelebten Lebensjahre – gerontologisch betrachtet nur bedingt eine valide Messgröße darstellt (Wahl, Heyl 2004: 48). „Weshalb beginnt das Alter demografisch gesehen beim Alter 65, obwohl sich Lebenslagen und Verhalten älterer Frauen und Männer in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt haben? Die üblichen Messzahlen der demografischen Alterung sind klar zu statisch und sie vernachlässigen Veränderungen der gesunden oder aktiven Lebenserwartung.“ (Höpflinger 2012a: 220) Die Problematik von fixen Altersgrenzen zur Messung der demografischen Alterung der Bevölkerung ist besonders ausgeprägt, wenn Prozesse einer sozio-kulturellen Verjüngung älterer Frauen und Männer dazu beitragen, dass soziale und biologische Alternsprozesse nach hinten verlagert werden (Höpflinger 2016b).

Aufgrund solcher Überlegungen hat der amerikanische Demograf Norman Ryder bereits in den 1970er Jahren einen dynamischen Indikator der demografischen Alterung vorgeschlagen (Ryder 1975). Anstatt die Grenze bei 65 Jahren festzulegen, geht er von einer dynamischen Altersgrenze aus. Er schlägt vor, die Grenze dort zu ziehen, wo die restliche Lebenserwartung einer Population weniger als 10 Jahre beträgt. Dynamische Indikatoren demografischer Alterung entsprechen eher modernen sozialgerontologischen Vorstellungen, welche eine Gleichsetzung von fixem chronologischem Alter und individuellem Altern verwerfen (vgl. Sanderson, Scherbov 2010, Sanderson, Scherbov 2020).

Die Daten in Tabelle 56 illustrieren die demografische Alterung in der Schweiz einerseits nach klassischer, statischer Definition und andererseits nach dynamischer Betrachtungsweise. Nach üblicher Definition (alt = älter als 65 Jahre) stieg der Anteil der Altersbevölkerung zwischen 1900 und 2020 von 6% auf 19%. Eine dynamische Definition der demografischen Alterung, die nur jene Personen zur Altersbevölkerung zählt, die eine restliche (periodenspezifische) Lebenserwartung von weniger als 10 Jahre aufweisen, vermittelt hingegen ein anderes Bild: Unter Berücksichtigung der verlängerten Lebenserwartung stieg der Anteil älterer Menschen - so definiert - zwischen 1900 und 2020 nur von 5% auf 10%.

Tabelle 56:

Demografische Alterung in der Schweiz nach statischer und dynamischer Betrachtungsweise 1900-2020

	Klassische Altersdefinition: alt= 65 Jahre und älter	Dynamische Altersdefinition*
%-Anteil 'Alte':		
1900	6%	5%
1950	10%	6%
1990	15%	7%
2010	17%	9%
2020	19%	10%

* Altersgrenze nach residualer Lebenserwartung: Frauen und Männer mit einer residualen Lebenserwartung von weniger als 10 Jahren. Quelle: eigene Berechnungen.

Eine Verfeinerung des dynamischen Indikators demografischer Alterung – welche vom Konzept des prospektiven Alters (das heißt der zu erwartenden altersspezifischen Restlebenserwartung von Frauen und Männern) ausgeht – kommt für die Schweiz zum Ergebnis, dass sich der demografische Altersquotient dynamisch betrachtet zwischen 2005/10 und 2025/30 von 15 auf 18 erhöht, wogegen ein stationärer Altersquotient (Alter beginnt fix bei 65 Lebensjahren) einen Anstieg von 27 auf 41 indiziert (Sanderson, Scherbov 2007: 49). Auch andere neuere demografische Verfahren (z.B. ‚optimal group techniques of age distributions‘) zur Messung der demografischen Alterung – ebenfalls basierend auf gesellschaftlichen Lebensverhältnissen angepassten Altersdefinitionen – gehen in die gleiche Richtung einer Relativierung demografischer Alterung (D’Albis, Collard 2012). Dynamische Indikatoren der demografischen Alterung, die nicht von fixen (und veralteten) Altersgrenzen ausgehen, relativieren die Vorstellung einer sich rasch alternden Gesellschaft. Dass die demografische Alterung – weil zu statisch erfasst – teilweise eine reine Fiktion ist, ist bei der Diskussion möglicher gesellschaftlicher und sozialpolitischer Folgen einer steigenden demografischen Alterung zu berücksichtigen.

9.6 Gesellschaftliche und sozial-politische Folgen demografischer Alterung

Die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Auswirkungen der demografischen Alterung werden kontrovers beurteilt, abhängig davon, ob demografische Entwicklungen isoliert oder differenziert in ihren Wechselwirkungen mit gesellschaftlichen Wandlungsprozessen betrachtet werden. Insgesamt betrachtet führen Prozesse einer demografischen Alterung – wie auch immer gemessen - vor allem dann und dort zu Problemen, wo gesellschaftliche Ordnungsstrukturen den neuen demografischen Gegebenheiten nicht angepasst werden, oder in den Worten von Axel Börsch-Supan (2007: 141): „Echte ökonomische Probleme wird uns die Bevölkerungsalterung daher nur dann machen, wenn wir uns weigern, unsere sozial- und wirtschaftspolitischen Institutionen an die geänderten Umstände anzupassen.“ Auch andere Studien weisen darauf, dass sich die negativen Effekte einer demografischen Alterung auf wirtschaftliche Wachstums- und Innovationsmöglichkeiten in engen Grenzen bewegen, wenn sich Wirtschaft und Gesellschaft an die neuen sozio-demografischen Strukturen flexibel anpassen (Bloom et al. 2010).

Sachgemäß führen Veränderungen der Altersverteilung einer Gesellschaft zu Veränderungen auf der Nachfrageseite: Produkte und Dienstleistungen für ältere Personen werden vermehrt nachgefragt, wogegen der Jugendmarkt relativ an Bedeutung verliert. Dies betrifft nicht nur altersgerechtes Wohnen, gesundheitlich-pflegerische Produkte und Dienstleistungen, sondern auch Angebote im Bereich von Freizeit, Sport, Bildung, Haushaltstechnologie oder Tourismus (wo die älteren Personen zu einer immer bedeutenderen Nachfragegruppe gehören). „Zum Cluster Seniorenwirtschaft gehören neben Wohnangeboten, Pflege, sozialen Diensten und Gesundheitswirtschaft auch Handel und Handwerk, Tourismus, Neue Medien und Technik sowie Bank- und Finanzdienstleistungen.“ (Heinze et al. 2011: 120)

Spezielle Anpassungs- und Reformleistungen ergeben sich als Folge der demografischen Entwicklung bei sozialpolitischen Strukturen. In den Nachkriegsjahrzehnten wurde in den europäischen Wohlfahrtsstaaten die soziale Alterssicherung ausgebaut und gegenwärtig gehören Rentensysteme zu den wichtigsten Säulen europäischer Wohlfahrtsstaaten (Anttonen, Baldock et al 2003). In der Schweiz entfielen 2017 39% der Ausgaben für soziale Sicherheit auf pensionierte Personen. Dazu kamen weitere 29% der Ausgaben für Gesundheits- und Pflegeaufwendungen; Ausgaben, von denen primär die ältere Bevölkerung profitiert. Entsprechend erhöhen sich solche Ausgaben aufgrund einer verstärkten demografischen Alterung. Speziell von Verschiebungen der Altersstruktur betroffen sind Rentensysteme, die auf einem durch Lohnbeiträge finanzierten Umlageverfahren beruhen (Beiträge der Erwerbstätigen werden zur Finanzierung der Renten verwendet). In einem solchen Rentensystem wirkt sich ein verschlechtertes Verhältnis von erwerbstätigen Personen und Altersrentnern direkt auf das finanzielle Gleichgewicht der Rentenkassen aus. Andere Systeme der Altersvorsorge - wie Kapitaldeckungsverfahren (Lohnbeiträge werden angespart und erst nach der Pensionierung ausgezahlt) - sind von demografischen Verschiebungen weniger betroffen, auch wenn sich bei massiver demografischer Alterung langfristige Probleme der Kapitalisierung nicht vermeiden lassen. So kann angespartes Kapital nur verrentet werden, wenn dafür genügend Produktionskapazitäten vorhanden sind und eine Kapitalisierung von Pensionskassenansprüchen nicht zur raschen Entwertung des angehäuften Kapitals beiträgt.

In allen europäischen Ländern sind angesichts der zu erwartenden demografischen Alterung wesentliche Reformen der Renten- und Pensionssysteme notwendig. Durchgeführte Generationenbilanzen zeigen, dass sich ohne Reformen die direkten wie indirekten sozialpolitischen Belastungen nachkommender Generationen erhöhen (Peters et al. 2018). Die erste wohlfahrtsstaatliche Generationenbilanz für die Schweiz – mit dem Ausgangsjahr 1997 – für die gesamte Steuer- und Sozialpolitik (inkl. staatliche Gesundheitskosten) ließ eine Nachhaltigkeitslücke in der Größe von gut 75% des damaligen Bruttoinlandproduktes (BIP) erkennen (Raffelhüschen, Borgmann 2001). Nachfolgende Berechnungen – für das Jahr 2011 – wiesen sogar auf eine höhere Nachhaltigkeitslücke bei den Ausgaben der öffentlichen Haushalte von 166% des Bruttoinlandproduktes (BIP) hin, namentlich wegen ansteigenden Ausgaben für Altersrenten und Gesundheitskosten (Moog et al. 2014). 2019 wurde festgestellt, dass der aktuelle Barwert der gesamten AHV-Rentenversprechen den Barwert der zukünftigen Einnahmen der AHV um 169% des schweizerischen Bruttoinlandprodukts übersteigt (UBS AG 2019).

Eine demografisch bedingte Verschlechterung im Verhältnis von erwerbstätiger Bevölkerung und Altersrentnern kann in einem umlagefinanzierten Rentensystem systemimmanent nur durch drei Reformschritte saniert werden:

- a) die Lohnbeiträge der Erwerbstätigen werden erhöht, was faktisch eine zusätzliche sozialpolitische Belastung jüngerer Generationen einschließt. Eine gewisse intergenerationelle Entlastung vermag eine breitere Abstützung der Rentenfinanzierung zu erreichen, etwa wenn Altersrenten durch allgemeine Steuermittel, Mehrwertsteuern oder Erbschaftssteuern mitfinanziert werden.
- b) die Rentenleistungen werden gekürzt, direkt oder indirekt, etwa durch Verzicht auf Anpassungen an Teuerung oder Lohnniveau. Allerdings besteht bei massiven Rentenkürzungen die Gefahr, dass Armut im Alter erneut zu einem häufigen Problem wird. Da eine wirtschaftliche Schlechterstellung älterer Menschen die behinderungsfreie Lebenserwartung reduziert, kann dies längerfristig mit erhöhten Gesundheits- und Pflegekosten verbunden sein.
- c) das formelle Rentenalter wird erhöht. Eine formelle Erhöhung des Rentenalters ist wirtschaftlich wie sozialpolitisch allerdings nur sinnvoll, wenn auch das faktische Rentenalter angehoben wird (ansonsten werden Einsparungen bei den Altersrenten weitgehend durch erhöhte Kosten bei Arbeitslosengeldern, Invalidenrenten oder Sozialhilfe aufgehoben). Eine Erhöhung des faktischen Rentenalters setzt arbeitspolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitskräfte voraus, wie permanente Weiterbildung, neue Karrieremodelle für spätere Erwerbsjahre oder Bereitstellung altersgerechter Arbeitsplätze (Michel-Alder 2018, Zölch, Mücke 2015).

Auf einen ersten Blick ergeben sich enge kausale Beziehungen zwischen steigender demografischer Alterung und steigenden Gesundheitsausgaben, da die Mehrheit der Gesundheits- und Pflegekosten im höheren Lebensalter anfallen. Eine zunehmende Zahl alter Menschen führt – so die Argumentation – zu erhöhten Ausgaben für Gesundheit. Tatsächlich steigen die Pro-Kopf-Ausgaben für medizinische Behandlungen mit zunehmendem Alter an, da sich die Risiken chronischer Krankheiten und Behinderungen im Alter kumulieren. Häufige Krankheiten im Alter sind etwa Arteriosklerose, koronare Herzkrankheit, zerebrovaskuläre Insuffizienz und Osteoporose (Knochenbrüchigkeit). Mit steigendem Alter erhöht sich auch das Risiko hirngorganischer Störungen (Alzheimer Krankheit und andere Formen von Demenz). Solche Erkrankungen sind oft Ursache langandauernder Pflegebedürftigkeit alter Menschen, selbst wenn die Gleichung 'alt = krank' aufgrund einer ausgedehnten gesunden bzw. behinderungsfreien Lebenserwartung zu relativieren ist.

Aus den hohen (querschnittbezogenen) Korrelationen von Alter und Krankheitskosten wird "oft der populäre Schluss gezogen, dass 'die Alten' der Hauptmotor der Kostenexplosion im Gesundheitswesen sind. Dieser Schluss jedoch ist falsch." (Krämer 1992: 572). Diese Aussage aus den frühen 1990er Jahren wurde für spätere Zeitpunkte und andere Länder bestätigt (Dormont et al. 2006; Steinmann, Telser 2005). Die überproportionale Kostenbelastung des Gesundheitssystems durch ältere Menschen erklärt primär die absolute Höhe der Gesundheitsausgaben in einer gegebenen Rechnungsperiode, nicht aber deren Wachstum im Zeitverlauf. Die Altersverteilung der Bevölkerung hat zwar einen Einfluss auf die altersmäßige Verteilung der Gesundheitsausgaben zu einem bestimmten Zeitpunkt, sie sagt jedoch wenig aus über die zukünftige Entwicklung. Die positive Korrelation von Alter und Krankheitskosten darf nicht zur Projektion der zukünftigen Kostenentwicklung benützt werden.

Nicholas Eberstadt und Hans Groth (2008) machen zusätzlich darauf aufmerksam, dass Gesundheit als gesellschaftlichen Wert – und nicht nur als Kostenstelle – zu betrachten ist: „Auch wenn Gesundheitsausgaben in der gegenwärtigen politischen Diskussion häufig so

dargestellt werden, als handelte es sich um reine Kosten, die der modernen Industriegesellschaft aufgebürdet werden, ist es eine unbestrittene Tatsache, dass Gesundheit und medizinische Dienstleistungen den Wohlstand einer Gesellschaft und seiner Bürger mehren.“ (S. 36) Ausgaben für Gesundheit, Medizin und medizinische Forschung können durchaus als langfristige Investitionen in Humankapital angesehen werden (vgl. auch Murphy, Topel 2006). In dieser Perspektive sind gesundheitliche Investitionen eine zentrale Lösungsstrategie zur Bewältigung der demografischen Zukunft, da nur eine Ausdehnung der gesunden Lebensjahre negative Auswirkungen der demografischen Alterung zu kompensieren vermag. Dies gilt teilweise selbst für Pflegekosten, wo vor allem das Altern geburtenstarker Jahrgänge, die häufiger ein hohes Alter erreichen, zu steigenden Aufwendungen beiträgt. Szenarien etwa zur Pflegebelastung nachkommender Generationen deuten darauf hin, dass die Pflegelastquoten weniger ansteigen, wenn sich die behinderungsfreie Lebenserwartung positiv entwickelt (Sanderson, Scherbov 2010). Für die Schweiz durchgeführte finanzpolitische Szenarien lassen ebenfalls erkennen, dass die staatlichen Langzeitpflegekosten zwar ansteigen, dass aber dieser Kostenanstieg geringer ausfällt, wenn die behinderungsfreie Lebenserwartung stärker ansteigt als die Lebenserwartung an sich (Eidgenössisches Finanzdepartement 2016: Tab. 9).

Zentral bei wirtschaftlichen oder sozial- und gesundheitspolitischen Anpassungen an demografische Veränderungen ist, dass realisiert wird, dass „Alter“ wie „Altern“ nicht einfach Naturtatsachen sind, sondern variable und in hohem Masse sozial gestaltete und sozial gestaltbare Phänomene darstellen. Eine kompetenz- und gesundheitsfördernde Alterspolitik kann es demografisch alternden Gesellschaften nach Ansicht von Linda Fried (2016) erlauben, von einer ‚dritten demografischen Dividende‘ zu profitieren: Länder können durch den Eintritt geburtenstarker Jahrgänge in die Erwerbsphase einen wirtschaftlichen Schub bzw. eine erste demografische Dividende erleben, speziell wenn die nachkommenden Generationen von Frauen und Männer gut ausgebildet werden. Eine zweite demografische Dividende kann sich ergeben, wenn dank sozio-medizinischen und arbeitstechnischen Entwicklungen auch ältere Erwerbstätige länger produktiv verbleiben. Eine dritte demografische Dividende kann sich ergeben, wenn Frauen und Männer dank guter Gesundheit auch im Rentenalter lange Jahre intergenerativ engagiert bleiben (als Großeltern, Mentoren oder in der Freiwilligenarbeit).

Abschlussbemerkungen

Bei vielen der angeführten demografischen Veränderungen handelt es sich um welthistorisch bedeutsame Wandlungen, die – zu unterschiedlichen Zeitperioden und unter unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen – praktisch alle Regionen der Welt berühren. Dies gilt etwa für den grundsätzlichen Wandel von hoher zu geringer Geburtenhäufigkeit und von tiefer zu hoher Lebenserwartung, aber auch für Prozesse der Urbanisierung und internationaler Migration. Tiefe Geburtenzahlen und eine hohe Lebenserwartung – mit all den damit verbundenen gesellschaftlichen Folgen – werden die Zukunft der Schweiz, anderer europäischer Länder sowie außereuropäischer Länder bestimmen. Damit verbunden ist eine demografische Alterung der Weltbevölkerung, wobei sich regional bedeutsame sozio-ökonomische Unterschiede ergeben: Die Schweiz und viele europäische Länder erleben eine verstärkte demografische Alterung nachdem sie wohlhabend wurden, wogegen ärmere außereuropäische Länder eine demografische Alterung erfahren (werden), bevor sie wohlhabend wurden. Neue Epidemien (wie Covid-19) und ein verstärkter Klimawandel sind ebenfalls globale Herausforderungen, die je nach sozialpolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unterschiedliche Auswirkungen zeitigen.

Familiendemografische Veränderungen (Heiratsverhalten, Art und Zeitpunkt der Familiengründung, Wandel von Haushalts- und Lebensformen) – wie sie für die Schweiz dargestellt wurden – sind stärker sozio-kulturell geprägt (so dass sich auch bei analogen wirtschaftlichen Entwicklungen weiterhin bedeutsame regionale Unterschiede behaupten). Familiäre Strukturen und Normen in west- und nordeuropäischen Ländern unterscheiden sich bis heute wesentlich von familialen Verhältnissen in süd- und osteuropäischen Ländern und insbesondere von außereuropäischen Ländern. Länderspezifische Differenzen ergeben sich auch bezüglich Zu- und Abwanderung bzw. im politischen und sozialen Umgang mit Migrationsbewegungen.

Bei der Interpretation demografischer Entwicklungen sind jeweils zwei grundlegende Aspekte zu berücksichtigen:

Erstens sind die sozialen und wirtschaftlichen Folgen demografischer Veränderungen – wie ein erhöhter Anteil an älteren Menschen – von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig. Politische Machtverteilungen und kulturelle Normen sind ebenso bedeutsame intervenierende Faktoren wie Modernität und Wohlstandsniveau einer Gesellschaft. Dies bedeutet, dass zahlenmäßig gleiche demografische Entwicklungen – wie etwa ein zehnpromzentiger Anstieg der Wohnbevölkerung – je nach sozio-historischen Rahmenbedingungen je andere Konsequenzen aufweisen.

Zweitens handelt es sich bei quantitativ demografischen Wandlungen und qualitativ gesellschaftlichen Veränderungen immer um Wechselbeziehungen (was einfache Kausal-erklärungen fragwürdig macht). Auch aus diesem Grund sind die Folgen demografischer Prozesse je nach gewähltem Zeithorizont unterschiedlich. So kann beispielsweise starke Zuwanderung billiger Arbeitskräfte das Lohnniveau einheimischer Arbeitskräfte kurzfristig senken, aber langfristig dank erhöhter wirtschaftlicher und soziokultureller Dynamik zu einem höheren Lohnniveau auch der einheimischen Bevölkerung beitragen.

Bei manchen globalen wie regionsspezifischen sozio-demografischen Wandlungen zeigt sich ein Phänomen, das mehr oder weniger in allen Zeitperioden und in allen Ländern feststellbar ist: Die Gesellschaft – und hier insbesondere die Politik – reagiert erst allmählich und mit Zeitverzögerung auf demografische Veränderungen, speziell wenn es sich um langfristige und allmähliche Wandlungsprozesse handelt. In politischen Diskursen sind demografische Fehlschlüsse nicht selten. Demografische Fehlschlüsse entstehen, wenn komplexe Wechselwirkungen zwischen demografischen Entwicklungen und sozialem Verhalten von Individuen oder Gruppen ausgeblendet werden. Ein klassisches Beispiel ist die Gleichsetzung von demographischer Alterung mit gesellschaftlicher „Überalterung“. Auch Vorstellungen eines sich anbahnenden Kriegs der Generationen aufgrund einer steigenden Alterslast basieren auf demografischen Fehlschlüssen. Ein weiteres Beispiel ist die hie und da geäußerte Idee, ein Geburtenrückgang sei Anzeichen eines gesellschaftlichen Niedergangs. Demografische Fehlschlüsse liegen auch vor, wenn aus der Zahl von Geburten direkt und linear der spätere Bedarf nach Studienplätzen abgeleitet wird; wenn aus der zunehmenden Zahl von alten Menschen ohne Berücksichtigung intervenierender sozio-medizinischer Variablen direkt auf einen zukünftigen Pflegenotstand geschlossen wird oder wenn eine Zuwanderung ausländischer Menschen mit Überfremdung gleichgesetzt wird.

Literatur

- Andrzejewski, Marek (2002) Schweizer in Polen: Spuren der Geschichte eines Brückenschlages, Basel: Schwabe.
- Anttonen, Anneli; Baldock, John; Sipilä, Jorma (eds.) (2003) The young, the old and the state: Social care systems in five industrial nations, Cheltenham: Edward Elgar.
- Argast, Regula (2007) Staatsbürgerschaft und Nation. Ausschließung und Integration in der Schweiz 1848-1933, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Ariès, Pierre (1980) Two successive motivations for the declining birth rate in the West, *Population and Development Review*, 6,4: 645-650.
- Arlettaz, Gérald (1979) Emigration et colonisation suisses en Amérique, 1815-1918, Bern: Archives fédérales suisses.
- Bachmann, Nathalie (2014). Soziale Ressourcen als Gesundheitsschutz. *Obsan Bulletin* 1/2014, Neuchâtel: Schweizerisches Gesundheitsobservatorium.
- Backes, Gertrud M. (2007). Geschlechter – Lebenslagen – Altern, in: Ursula Pasero, Gertrud M. Backes, Klaus R. Schroeter (Hrsg.) *Altern in Gesellschaft. Ageing – Diversity – Inclusion*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 151-184.
- Bairoch, Paul (1976) Population urbaine et taille des villes en Europe de 1600 à 1970. Présentations des series statistiques, in: Université de Lyon (ed.) *Démographie urbaine. XVe-XXe siècle*, Lyon: Centre d'histoire économique et sociale de la région Lyonnaise, No. 8: 1-42.
- Balbo, Nicoletta; Kashnitsky, Illya et al. (2020) Demography and the Coronavirus Pandemic, *Population and Policy*, Brief No. 25/May 2020, Berlin: Max Planck Society/Network Population Europe.
- Baumgartner, A. Doris (1997) Alter und Alterspolitik im Spiegel von Einstellungen und Präferenzen, in: Beat Fux, Andi Bösch, Priska Gisler, Doris A. Baumgartner, *Bevölkerung - und eine Prise Politik: Die schweizerische Migrations-, Familien- und Alterspolitik im Fadenkreuz von Einstellungen und Bewertungen*, Zürich: Seismo: 269-313.
- Baumgartner, A. Doris (2008) *Die flexible Frau. Frauenerwerbsarbeit im Werte- und Strukturwandel*, Zürich: Seismo.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1986) Von der Liebe zur Beziehung? Veränderungen von Mann und Frau in der individualisierten Gesellschaft, in: Johannes Berger (Hrsg.) *Die Moderne - Kontinuitäten und Zäsuren*, Göttingen: 200-233.
- Benson, Michaela; O'Reilly, Karen (eds.) (2009) *Lifestyle migration. Expectations, aspirations and experiences*, Farnham: Ashgate Publ.
- Benson, Michaela; O'Reilly, Karen (2016) From lifestyle migration to lifestyle in migration: Categories, concepts and ways of thinking, *Migration Studies* 4,1: 20-37.
- Berger, Peter, L.; Berger, Brigitte (1984) *In Verteidigung der bürgerlichen Familie*, Frankfurt: Suhrkamp.
- Bergier, Jean François (1983) *Die Wirtschaftsgeschichte der Schweiz. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Zürich: Benzinger.
- Bettini, Maurizio (1992) *Familie und Verwandtschaft im antiken Rom*, Frankfurt: Campus.
- Bickel, Walter (1947) *Bevölkerungsgeschichte und Bevölkerungspolitik der Schweiz seit dem Ausgang des Mittelalters*, Zürich: Büchergilde Gutenberg.
- Bickel, Walter (1958) Zur neueren Entwicklung der ehelichen Fruchtbarkeit und Fruchtbarkeitsunterschiede in der Schweiz, *Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 94: 440-458.
- Bielmann, Jürg (1972) *Die Lebensverhältnisse im Urnerland während des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts*, Basel: Helbling & Lichtenhahn.

- Binpotto, Thomas (2008) Philosophische Fragmente zu 250 Jahren ‚Familie‘, in: Schweizerisches Landesmuseum (Hrsg.) Familien. Alles bleibt, wie es nie war, Zürich: 96-101.
- Blocher, Andreas (1976) Die Eigenart der Zürcher Auswanderer nach Amerika 1734-1744, Zürich: Atlantis.
- Bloom, David E.; Canning, David; Fink, Günther (2010) The graying of global population and its macroeconomic consequences, University of St.Gallen: The WDA-HSG Discussion Paper Series on Demographic Issues No. 2010/4.
- Bodenmann, Guy; Bradbury, Thomas; Maderasaz, Sabine (2002) Scheidungsursachen und –verlauf aus der Sicht der Geschiedenen, Zeitschrift für Familienforschung 14, 1: 5-20.
- Bodenmann, Guy; Schär, Marcel (2008) Wie kommt es zu einer Scheidung? Eine Analyse aus psychologischer Sicht, in: Alexandra Rumo-Jungo, Pascal Pichonnaz (Hrsg.) Scheidungsrecht: Aktuelle Probleme und Reformbedarf, Zürich: Schulthess: 151-160.
- Boerner, Klaus (2012). Umgang mit Verwitwung. In: Hans-Werner Wahl, Clemens Tesch-Römer, J. Philipp Ziegelmann, (Hrsg.) Angewandte Gerontologie. Interventionen für ein gutes Altern in 100 Schlüsselbegriffen. Stuttgart: Kohlhammer, 230-235.
- Bolzman, Claudio; Bridji, Slim (2019a) Vergleich der Wohnbedingungen von älteren Personen mit und ohne Migrationshintergrund, in: François Höpflinger, Valérie Hugentobler, Dario Spini (Hrsg.) Wohnen in den späten Lebensjahren. Grundlagen und regionale Unterschiede, Zürich: Seismo: 209-215.
- Bolzman, Claudio; Bridji, Slim (2019b) Older Immigrants Living in Switzerland and Ambivalence Related to Return Around the Retirement Period, International Journal of Comparative Sociology 60, 1-2: 14-36.
- Bolzman, Claudio, Fibbi, Rosita; Vial, Marie (2006). What to do after retirement ? Elderly migrants and the question of return. Journal of ethnic and migration studies 32(8): 1359–1375.
- Bolzman, Claudio; Vagni, Giacomo (2015) Egalité de chances? Une comparaison des conditions de vie des personnes âgées immigrées et ‚nationales‘, Hommes & Migrations 1 (1309): 19-28.
- Börsch-Supan, Axel (2007) Bevölkerungsalterung durch die Augen des Ökonomen: Die gesamtwirtschaftlichen Folgen des demographischen Wandels, in: Hans-Werner Wahl, Heidrun Mollenkopf (Hrsg.) Altersforschung am Beginn des 21. Jahrhunderts. Alters- und Lebenslaufkonzeptionen im deutschsprachigen Raum, Berlin: Akademische Verlagsgesellschaft: 123-144.
- Borscheid, Peter (1987) Geschichte des Alters, Band 1: 16.-18. Jahrhundert, Münster: Copenrath.
- Boscardin, Lucio (1962) Die italienische Einwanderung in die Schweiz, mit besonderer Berücksichtigung der Jahre 1946-1959, Zürich: Polygraphischer Verlag.
- Bourgeois-Pichat, Jean (1978) Future outlook for mortality declines in the world, Population Bulletin of the United Nations 11, New York: United Nations.
- Bourguignon, François; Gallais-Hamonno, Georges (1977) International Labour Migration and Economic Choices. The European Case, Paris: OECD.
- Braun, Rudolf (1978) Early Industrialisation and Demographic Change in the Canton of Zurich, in: Charles Tilly (ed.) Historical Studies of Changing Fertility, Stanford: University Press: 289-355.
- Brouard, Nicolas (1977) Evolution de la fécondité masculine depuis le début du siècle, Population, 32: 1123-1158.
- Brühlhart, Marius (2019) Erbschaften in der Schweiz: Entwicklung seit 1911 und Bedeutung für die Steuern, Sozial Change in Switzerland No. 20 (doi: 10.22019/SC-2019-00008).

- Brüschweiler, C. (1938) Konfession und Geburtenrückgang, in: Kirche und Leben. Katholisches Jahrbuch 8 (Sonderauszug).
- Bucher, Silvio (1974) Bevölkerung und Wirtschaft des Amtes Entlebuch im 18. Jh. Eine Regionalstudie als Beitrag zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im Ancien Régime, Luzern : Rex-Verlag.
- Bühler, Roman (1985) Schweizer im Zarenreich: Zur Geschichte der Auswanderung nach Russland, Zürich: H. Rohr.
- Bundesamt für Gesundheit (2020) Coronavirus Krankheit 2019 (Covid-19). Situationsbericht zur epidemiologischen Lage in der Schweiz und im Fürstentum Lichtenstein, Bern (Stand 23. Juli 2020)
- Bundesamt für Sozialversicherungen (2016) Gender Pension Gap in der Schweiz. Geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Altersrenten, Forschungsbericht 12/16, Bern.
- Bundesamt für Statistik (1981) Zeitverwendung in der Schweiz. Bericht der GVF, Bern.
- Bundesamt für Statistik (1983) Städtische Gebiete und Agglomerationen, in: Die Volkswirtschaft, 7: 467-476.
- Bundesamt für Statistik (1990) Der Einfluss der demografischen Entwicklung auf die Finanzierung der AHV. Demographiebericht AHV, Bern.
- Bundesamt für Statistik (1993) Auf dem Weg zur Gleichstellung? Frauen und Männer in der Schweiz aus statistischer Sicht, Bern.
- Bundesamt für Statistik (1996) Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 1995-2050, Bern.
- Bundesamt für Statistik (2002) Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2000-2060, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2009) Die Zukunft der Langlebigkeit in der Schweiz, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2009) Tamilen in der Schweiz, Demos. Newsletter Nr. 4 Informationen aus der Demografie, Neuchâtel: 4-7.
- Bundesamt für Statistik (2010) Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2010-2060, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2014) Raum mit städtischem Charakter der Schweiz 2012. Eine neue Definition der Agglomerationen und weiteren städtischen Raumkategorien, BFS Aktuell Dez. 2014, Neuchâtel
- Bundesamt für Statistik (2015) Erhebung zu Familien und Generationen 2013. Erste Ergebnisse, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2017) Sterbetafeln für die Schweiz 2008/2013, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2017) Szenarien zur Entwicklung der Haushalte 2017-2045, BFS Aktuell, November 2017, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2017) Familien in der Schweiz. Statistischer Bericht 2017, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2018) Erhebung zu Familien und Generationen 2018. Erste Ergebnisse, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2020) Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz und der Kantone 2020-2050, BFS Aktuell, Neuchâtel (Mai 2020).
- Burghartz, Susanna (2016) Competing Logics of Public Order: Matrimony and the Fight against Illicit Sexuality in Germany and Switzerland from Sixteenth to the Eighteenth Century, in: Silvana Seidel Menchi (ed.) Marriage in Europe: 1400-1800, Toronto: University of Toronto Press: 176-199.
- Bürgisser, Margret (2006) Egalitäre Rollenteilung. Erfahrungen und Entwicklungen im Zeitverlauf, Zürich: Rüegger.
- Bürgisser, Marget (2017) Partnerschaftliche Rollenteilung – ein Erfolgsmodell, Zürich: hep-Verlag.

- Burri, Hans-Rudolf (1975) *Die Bevölkerung Luzerns im 18. und frühen 19. Jahrhundert. Demographie und Schichtung einer Schweizer Stadt im Ancien Régime*, Luzern: Rex-Verlag.
- Caldwell, John C. (1982) *Theory of fertility decline*, London/New York: Academic Press.
- Caldwell, John C. (2005) On net intergenerational wealth flows: An update, *Population and Development Review* 31,4: 721-740.
- Calor, Oded (2004) From Physical to Human Capital Accumulation: Inequality in the Process of Development, *Review of Economic Studies* 71: 1001-1026.
- Calot, Gérard (1998) *Deux siècles d'histoire démographique suisse. Album graphique de la période 1860-2050*, Bern: Bundesamt für Statistik.
- Carling, Jörgen (2002) Migration in the age of involuntary immobility: Theoretical reflections and Cape Verdean experience, *Journal of Ethnic and Migration Studies* 28,1: 5-42.
- Chvojka, Erhard (2003) *Geschichte der Großelternrollen vom 16. bis zum 20. Jahrhundert*, Wien/Köln: Böhlau Verlag.
- Coale, Ansley J. (1975) The demographic transition, in: United Nations (ed.) *The population debate*, New York: United Nations.
- Coale, Ansley J.; Watkins, Susan C. (eds.) (1986) *The decline of fertility in Europe*, Princeton: Princeton University Press.
- Cohen, Robin (ed.) (1996) *Theories of Migration*. Cheltenham: Edward Elgar Publ.
- Comité pour une Nouvelle Histoire de la Suisse (Hrsg.) (2006) *Geschichte der Schweiz und der Schweizer*, Basel: Schwabe (4. Auflage).
- Cromm, Jürgen (1989) Stand und Entwicklung der Sterblichkeit vor 1900 in zeitgeschichtlicher Sicht, in: Rainer Mackensen, Lydia Thill-Thouet, Ulrich Stark (Hrsg.) *Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart*, Frankfurt: Campus: 141-171.
- Cunha, Dilney (2004) *Das Paradies in den Sümpfen: eine Schweizer Auswanderungsgeschichte nach Brasilien im 19. Jahrhundert*, Zürich: Limmat Verlag.
- D'Albis, Hippolyte; Collard, Fabrice (2012) Age Groups and the Measure of Population Aging, *Documents de Travail du Centre d'Economie de la Sorbonne*, Nov. 28, 2012, Paris: CNRS.
- D'Amato, Gianni (2008) Historische und soziologische Übersicht über die Migration in der Schweiz, *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik* 27,2: 177-195. §
- D'Amato, Gianni; Wanner, Philippe; Steiner, Ilka (2019) Today's Migration-Mobility Nexus in Switzerland, in: Ilka Steiner, Philippe Wanner (eds.) *Migrants and Expats: The Swiss Migration and Mobility Nexus*, IMISCOE Research Series, Berlin: Springer: 3-20.
- Daszynska, Sophie (1889) Zürichs Bevölkerung im XVII. Jahrhundert, *Zeitschrift für Schweizerische Statistik*, 25: 369-415.
- Deindl, Christian; Hank, Karsten; Brandt, Martina (2013). Social networks and self-rated health in later life. In Alex Börsch-Supan, Martina Brandt et al. (eds) *Active Ageing and Solidarity between Generations in Europe. First Results from SHARE after the Economic Crisis*, Berlin/Boston: De Gruyter:301-309.
- Doleschal, Josef (1977) *Das Problem der ausländischen Arbeitskräfte in der schweizerischen Arbeitgeberpolitik der Nachkriegszeit, unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1962 bis 1970*, Bern: Lang.
- Dong, Xiao; Milholland, Brandon; Vijg, Jan (2016) Evidence for a limit to human lifespan, *Nature* 538: 257-259.
- Dormont, Brigitte; Grignon, Michel; Huber, Hélène (2006) Health expenditures growth: Reassessing the threat of ageing, *Health Economics* 15, 9: 974-963.

- Dubler, Anne-Marie; Siegrist, Jean Jacques (1975) Wohlen. Die Geschichte von Recht, Wirtschaft und Bevölkerung einer früh industrialisierten Gemeinde im Aargau, Aarau: Sauerländer.
- Dubuis, Pierre (1991) Testaments et reprise démographique à la fin du moyen âge dans un pays de montagne: le Valais (Suisse) XIVe-XVIe siècle, *Annales de démographie historique*: 221-238.
- Dubuis, Pierre (1994) Grand-parents et petits-enfants en Valais, XVe-XVIe siècle, in: Genèviève Heller (ed.) *Les poids des ans. Une histoire de la vieillesse en Suisse romande*, Genève: Editions d'en bas: 37-45.
- Düvell, Franck (2006) *Europäische und internationale Migration. Einführung in historische, soziologische und politische Analysen*, Hamburg: Lit Verlag.
- Easterlin, Richard A. (1985) Wirtschaftliche und soziale Aspekte der Einwanderung, in: Donata Elschenbroich (Hrsg.) *Einwanderung, Integration, ethnische Bindung*, Frankfurt: Campus: 25-52.
- Ebel, Marianne; Fiala, Pierre (1983) *Sous le consensus la xénophobie. Paroles, arguments, contextes (1961-1981)*. Lausanne: Institut des Sciences Politiques (Doc. No. 16).
- Eberstadt, Nicholas; Groth, Hans (2008) *Die Demografiefalle. Gesundheit als Ausweg für Deutschland und Europa*, Stuttgart: Thieme Verlag.
- Eckhardt, Frank (2004) *Soziologie der Stadt*, Bielefeld: transcript Verlag (2. Aufl. 2015).
- Efionayi-Mäder, Denise (2003) Asylpolitik der Schweiz 1950-2000, *Asyl* Nr. 2: 3-9.
- Efionayi-Mäder, Denise (2019) Von Fremdarbeitern und Vorzeigemigrantinnen – Hinweise auf die Migrationsgeschichte der Schweiz, in: Sonja Engelage (Hrsg.) *Migration und Berufsbildung in der Schweiz*, Zürich: Seismo: 19-50.
- Eidgenössisches Departement des Innern (2004) *Familienbericht 2004. Strukturelle Anforderungen an eine bedürfnisgerechte Familienpolitik*, Bern.
- Eidgenössisches Finanzdepartement (2016) *Langzeitperspektiven der öffentlichen Finanzen in der Schweiz*, Bern.
- Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (2012) «Und so sind wir geblieben ...» *Ältere Migrantinnen und Migranten in der Schweiz*, Materialien zur Migrationspolitik in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Forum Alter und Migration, Bern.
- Eidgenössisches Statistisches Amt (1977) *Bevölkerungsprojektionen für die Schweiz. 1976-2005. Beiträge zur schweizerischen Statistik*, Heft 43, Bern.
- Ehmer, Josef (1983) Zur Stellung alter Menschen in Haushalt und Familie. Thesen auf der Grundlage von quantitativen Quellen aus europäischen Städten seit dem 17. Jahrhundert, in: Christoph Conrad, Hans-Joachim von Kondratowitz (Hrsg.) *Gerontologie und Sozialgeschichte. Wege zu einer historischen Betrachtung des Alters*, Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen: 187-215.
- Ehmer, Josef (2004) *Bevölkerungsgeschichte und Historische Demographie 1800-2000*, München: Oldenburg.
- Engelhardt, Henriette (2009) Zum Wandel der Korrelation von Fertilität und Frauenerwerbstätigkeit in Raum und Zeit: Eine empirische Analyse unter Berücksichtigung der Effekte ausgewählter sozialer Indikatoren, *Zeitschrift für Familienforschung*, 21,3: 245-263.
- Ferenczi, Imre (1970) *International Migration. Vol. I: Statistics*, New York: Arno Press.
- Festy, Patrick (1979) *La fécondité des pays occidentaux de 1870 à 1970*, Institut national d'études démographiques, Travaux et Documents, No. 85, Paris: Presses universitaires de France.
- Fibbi, Rosita (2003). Ältere Immigranten in der Schweiz: vom Traum einer Rückkehr zur Realität von Niederlassung oder doppeltem Wohnsitz, in: Ernst Halter (Hrsg.) *Das Jahrhundert der Italiener in der Schweiz*. Zürich: Offizin-Verlag: 241-248.

- Fibbi, Rosita; Claudio Bolzman et al. (2010) Die portugiesische Bevölkerung in der Schweiz, Bern: Bundesamt für Migration.
- Fleury, Anjali (2016) Understanding Women and Migration: A Literature Review, Global Knowledge Partnership on Migration and Development (KNOMAD), Working Paper 8, Washington: World Bank (www.KNOMAD.org).
- Flinn, Michael W. (1981) The European demographic system, 1500-1820, Baltimore: John Hopkins University Press.
- Floris, Joel; Höpflinger, François; Stohr, Christian; Studer, Roman; Staub, Kaspar (2019) Wealthier – older – taller: Measuring the standard of living in Switzerland since the 19th century, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte/Revue Suisse d’Histoire. 69/2: 207-232
- Fogel, Robert W. (2004) The escape from hunger and premature death, 1700-2100, Cambridge: University Press.
- Foreman-Peck, James (2009) The Western European marriage pattern and economic development, Cardiff Business School Working Papers Series E 2009/15, Cardiff: Cardiff University.
- Frejka, Tomas (2017) The Fertility Transition Revisited: A Cohort Perspective, Comparative Population Studies 42: 89-116.
- Fricker, Kurt (1965) Rechnungsgrundlagen für die AHV, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 101: 118-126.
- Fried, Linda P. (2016) Building a third demographic dividend: Strengthening intergenerational well-being in ways that deeply matter, Public Policy & Aging Report 26,3: 78-82.
- Friedli, Walter (1928) Bevölkerungsstatistische Grundlagen zur Alters- und Hinterlassenenversicherung in der Schweiz, Bern.
- Fuhrer, Hans Rudolf; Eyer, Robert-Peter (2006) Schweizer in „Fremden Diensten“: verherrlicht und verurteilt, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Fux, Beat (2005) Familiäre Lebensformen im Wandel, Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Fux, Beat (2007) Population projections revisited. Eine wissenssoziologische Analyse schweizerischer Bevölkerungsprognosen oder weshalb die Demographie der Bevölkerungswissenschaft bedarf, Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 32/3-4: 597-620.
- Gabadinho, Alexis (1998) Mikrozensus Familie in der Schweiz 1994/95. Präsentation, kommentierte Ergebnisse und Tabellen, Bern: Bundesamt für Statistik.
- Gasser, Martin; Kersten, Sarah; Nollert, Michael; Schief, Sebastian (2015) Geschlechtsspezifische Ungleichheiten in der bezahlten und unbezahlten Arbeit: Kantonale Muster der Zeitungleichheit, Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 41,1: 9-31.
- Gehrmann, Rolf (1979) Einsichten und Konsequenzen aus neueren Forschungen zum generativen Verhalten im demographischen Ancien Régime und in der Transitionsphase, Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 5: 455-485.
- Gilliand, Pierre (1969) Vieillissement démographique et planification hospitalière. Service de la Santé Publique du Canton de Vaud, Lausanne.
- Gjonça, Edlira; Zaninotto, Paola (2008) Blame the parents? The association between parental longevity and successful ageing, Demographic Research 19: 1435-1450.
- Goody, Jack (1983) The Development of the Family and Marriage in Europe, Cambridge: University Press.
- Gottdiener, Mark; Budd, Leslie (2005) Key Concepts in Urban Studies, London/Thousand Oaks: SAGE Publications.
- Gschwind, Franz (1977) Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftsstruktur der Landschaft Basel im 18. Jahrhundert, Doktorarbeit, Basel: Universität Basel.

- Haab, Katharina; Bolzmann, Claudio et. al. (2010) Diaspora und Migrantengemeinschaften aus der Türkei in der Schweiz, Bern: Bundesamt für Migration.
- Haberker, Klaus; Schmid, Tina; Neuberger, Franz; Grignon, Michel (2012) The role of the elderly as providers and recipients of care, in: OECD, The Future of Families to 2030, Paris: OECD Publishing: 189-257.
- Häberli, Thomas (1978) Skizzen zur Winterthurer Pestgeschichte, in: Pestkolloquium II, Basel: Universität Basel.
- Häberling, Isabel N. (2013) Kinder zwischen Wunsch und Wirklichkeit, Zürich: Seismo.
- Hagmann, Hermann-Michel (1966) Les travailleurs étrangers. Chance et tourment de la Suisse, Lausanne: Payot.
- Hagmann, Hermann-Michel; Menthonnex, Jacques (1979) Eléments de démographie alpine. Le cas de la Suisse 1850-1970, Schweiz. Zeitschrift für Geschichte 29: 216-221.
- Hagmann, Herman-Michel (1991) Vieillesse d'hier et d'aujourd'hui: nouvelles relations entre générations, dans: Olivier Blanc, Pierre Gilliard (ed.) Suisse 2000. Enjeux Démographiques, Lausanne: Réalités Sociales: 269-286
- Hajnal, John (1965) European Marriage Pattern in Perspective, in: D.V. Glass; D.E. Eversley (eds.) Population in History, London: Edward Arnold: 101-143.
- Han, Petrus (2018) Theorien zur internationalen Migration. Ausgewählte interdisziplinäre Migrationstheorien und deren zentralen Aussagen, Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft (2. Auflage).
- Hanhart, Dieter (1963) Der Zürcher Arbeiter und sein Leitbild von der idealen Familiengrösse, Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 99: 482-492.
- Hanlon, Peter; Chadwick, Fergus et al. (2020) Covid-19 – exploring the implications of long term condition type and extent of multimorbidity on years of life lost: a modelling study, Wellcome Open Research 2020:5:75 (version 1, 6. May 2020, pre-peer-reviewed version).
- Harris, Bernard (2004) Public health, nutrition, and the decline of mortality: The McKeown thesis revisited, Social History of Medicine 17: 379-407.
- Hartmann, Theodor (1935) Zur Wohn- und Pflegebedarfsdeckung für das Alter, Doktorarbeit ETH Zürich, Zürich: Orell Füssli.
- Haug, Werner (1980) ...und es kamen Menschen. Ausländerpolitik und Fremdarbeit in der Schweiz 1914-1980, Basel: Z-Verlag.
- Haug, Werner (1998) Familien im Wandel. Bern: Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen.
- Hauser, Jürg A. (1983) Ansatz zu einer ganzheitlichen Theorie der Sterblichkeit - eine Skizze, Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 9: 159-186.
- Häussermann, Hartmut; Siebel, Walter (2004) Stadtsoziologie. Eine Einführung, Frankfurt: Campus-Verlag.
- Hazzard, William R. (1986) Biological basis of the sex differential in longevity, Journal of the American Geriatric Society, 34: 455-471.
- Head, Anne-Lise (1989) Le contrôle de la fécondité en milieu préalpine. L'exemple de paroisses protestantes dans le pays glaronois (XVIIIe – XIXe siècles, Annales de démographie historique: 99-109.
- Head-König, Anne-Lise (2007) Formen der Auswanderung, in: Historisches Lexikon der Schweiz (Version 15. Okt. 2007)
- Head König, Anne-Lise (2012) Bevölkerung, in: Historisches Lexikon der Schweiz (Version 30.3.2012).
- Head König, Anne-Lise (2013) Ehe, in: Historisches Lexikon der Schweiz (Version 3.10.2013).

- Head-König, Anne-Liese (2017) Religion Mattered: Religious Differences in Switzerland and Their Impact on Demographic Behaviour (End of the 18th Century to the Middle of the 20th. Century, *Historical Social Research* 42/2: 23-58.
- Heinze, Rolf G.; Naegele, Gerhard; Schneiders, Katrin (2011) *Wirtschaftliche Potentiale des Alters*, Stuttgart: Kohlhammer.
- Helvetische Confession, oder Bekanntnus des wahren Glaubens (1723), neu aufgelegt 1775 in Chur bei Bernhard Otto.
- Hendry, Joy (2012) *Understanding Japanese Society*, London: Routledge (4th edition).
- Henry, Louis (1956) *Anciennes Familles Genevoises. Etude démographique: 16^e - 20^e siècle*, Paris: INED.
- Herskind; Anna Maria; McGue, Matthew; Holm, Niels V.; et al. (1996) The heritability of human longevity: A population-based study of 2872 Danish twin pairs born 1870-1900, *Human Genetics* 97: 319-323.
- Hochstadt, Steve (1981) Migration and industrialization in Germany, 1815-1977, *Social Science History*, 5,4: 445-468.
- Hofer, Roland E. (1993) 'Ueppiges, unzüchtiges Lebewesen'. Schaffhauser Ehegerichtsbarkeit von der Reformation bis zum Ende des Ancien Régime (1529-1798), Bern: Lang.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (1973) *Soziologie des Fremdarbeiterproblems. Eine theoretische und empirische Analyse am Beispiel der Schweiz*, Stuttgart: Enke.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (1988) Paradigmen und Paradigmenwechsel in der sozialwissenschaftlichen Wanderungsforschung. Versuch einer Skizze einer neuen Migrationstheorie in: Gerhard Jaritz, Albert Müller (Hrsg.) *Migration in der Feudalgesellschaft*, Frankfurt: Campus: 21-43.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (1989) Die Zukunft der Beziehungsformen – Die Beziehungsformen der Zukunft, in: François Höpflinger, Denise Erni-Schneuwly (Hrsg.) *Weichenstellungen. Lebensformen im Wandel und Lebenslage junger Frauen*, Bern: Haupt: 13-35.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim, Höpflinger, François u.a. (1984) *Planspiel Familie. Familie, Kinderwunsch und Familienplanung in der Schweiz*, Diessenhofen: Rüegger.
- Höpflinger, François (1976) *Industriegewerkschaften in der Schweiz. Eine soziologische Untersuchung*, Zürich: Limmat Verlag.
- Höpflinger, François (1983) Regionale Unterschiede der Geburtenhäufigkeit in der Schweiz, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) *Regionale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung unter den Bedingungen des Geburtenrückganges*, Hannover: Vincents-Verlag, S. 67-79.
- Höpflinger, François (1986) *Bevölkerungswandel in der Schweiz. Zur Entwicklung von Heiraten, Geburten, Wanderungen und Sterblichkeit*, Grösch: Rüegger-Verlag.
- Höpflinger, François (1987) *Wandel der Familienbildung in Westeuropa*, Frankfurt: Campus.
- Höpflinger, François (1999) Nichtehele Lebensgemeinschaften im internationalen Vergleich, in: Thomas Klein, Wolfgang Lauterbach (Hrsg.) *Nichtehele Lebensgemeinschaften. Analysen zum Wandel partnerschaftlicher Lebensformen*, Opladen: Leske & Budrich: 167-181.
- Höpflinger, François (2004) Familie und Beruf heute - ausgewählte statistische Informationen, in: Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (Hrsg.) *Zeit für Familien. Beiträge zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsalltag aus familienpolitischer Sicht*, Bern: EKFF: 35-51.
- Höpflinger, François (2005) Pflege und das Generationenproblem – Pflegesituationen und intergenerationelle Zusammenhänge, in: Klaus R. Schroeter, Thomas Rosenthal (Hrsg.)

- Soziologie der Pflege. Grundlagen, Wissensbestände und Perspektiven, Weinheim: Juventa Verlag: 157-175.
- Höpflinger, François (2012a) Bevölkerungssoziologie. Einführung in demographische Prozesse und bevölkerungssoziologische Ansätze, Weinheim: Beltz Juventa.
- Höpflinger, François (2012b) Ehe und Familie – von einer patriarchalen Institution zur partnerschaftlichen Emotionsgemeinschaft, in: Pasqualina Perrig-Chiello, François Höpflinger et al. (Hrsg.) Familienglück – was ist das?, Zürich: NZZ libro: 43-67.
- Höpflinger, François (2016a) Private Lebensformen und Gesundheit aus Geschlechterperspektive, in: Petra Kolip, Klaus Hurrelmann (Hrsg.) Handbuch Geschlecht und Gesundheit. Männer und Frauen im Vergleich, Bern: Hogrefe: 113-124.
- Höpflinger, François (2016b) Altern und Generationen bei hoher Lebenserwartung, in: Yasemin Niephaus, Michaela Kreyenfeld, Reinhold Sackmann (Hrsg.) Handbuch Bevölkerungssoziologie, Wiesbaden: Springer Fachmedien: 595-616.
- Höpflinger, François (2016c) Familien und familiäre Beziehungen – integrative und produktive Leistungen, in: Caritas Schweiz, Sozialalmanach 2016 ‚Familie ist kein Luxus‘, Luzern: Caritas-Verlag: 119-135.
- Höpflinger, François (2016d) Grosselternschaft im Wandel – neue Beziehungsmuster in der modernen Gesellschaft, Analysen & Argumente 209, Juli 2016, Konrad Adenauer Stiftung: Sankt Augustin.
- Höpflinger, François (2017a) Third age and fourth age in ageing societies – divergent social and ethical discourses, in: Mark Schweda, Larissa Pfaller, Kai Brauer, Frank Adloff, Silke Schicktanz (eds.) Planning Later Life. Bioethics an Public Health in Ageing Societies, London: Routledge: 46-56.
- Höpflinger, François (2017b) Junge Familien in den letzten Jahrzehnten – zwischen Kontinuität und Wandel, in: Familienbericht 2017. Bericht des Bundesrates, Bern: 8-26.
- Höpflinger, François; Charles, Maria; Debrunner, Annelies (1991) Familienleben und Berufsarbeit. Zum Wechselverhältnis zweier Lebensbereiche, Zürich: Seismo.
- Höpflinger, François; Fux, Beat (2007) Familien – intereuropäische Perspektive, in: Jutta Ecarius (Hrsg.) Handbuch Familie, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 57-77.
- Höpflinger, François; Kühne, Franz (1979) Die ideale Kinderzahl von Ehefrauen und Ehemännern. Sekundäranalyse einer Befragung von Schweizer Ehepaaren, Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 5,3: 317-326.
- Höpflinger, François; Hugentobler, Valérie; Spini, Dario (Hrsg.) (2019) Wohnen in den späten Lebensjahren. Grundlagen und regionale Unterschiede, Age Report IV, Zürich: Seismo-Verlag.
- Höpflinger, François; Spahni, Stefanie; Perrig-Chiello, Pasqualina (2013) Persönliche Bilanzierung der Herausforderungen einer Verwitwung im Zeit- und Geschlechtervergleich, Zeitschrift für Familienforschung, 25, 3: 267-285.
- Höpflinger, François; Stuckelberger, Astrid (1999) Demographische Alterung und individuelles Altern. Ergebnisse aus dem NFP 32 'Altern', Zürich: Seismo.
- Hradil, Stefan (2003) Vom Leitbild zum „Leidbild“: Singles, ihre veränderte Wahrnehmung und der „Wandel des Wertewandels“, Zeitschrift für Familienforschung 15: 38-54.
- Huber, Andreas (2003) Sog des Südens. Altersmigration von der Schweiz nach Spanien am Beispiel Costa Blanca, Zürich: Seismo Verlag.
- Habler, Lucienne (1984) La population de Vallorbe du XVIe au début du XIXe siècle, Lausanne: Université de Lausanne (Diss.).
- Huissoud, Thérèse; Schuler, Martin; Steffen, Hans (1996) Les migrations en Suisse entre 1981 et 1993: Une analyse des statistiques de l'état annuel de la population et des migrations, Neuchâtel: Office fédérale des statistiques.

- Hungerbühler, Hildegard (2004). Altern in der Migration: Folgen der Lebens- und Arbeitsbiographie, in: Schweizerisches Rotes Kreuz (Hrsg.), Reihe Migration – Beiträge aus Theorie und Praxis. Migration – eine Herausforderung für Gesundheit und Gesundheitswesen. Zürich: Seismo Verlag, 221–242.
- Hungerbühler, Hildegard (2011). Migrantinnen und Migranten – Ein Teil der schweizerischen Altersbevölkerung, in: Caritas Schweiz (Hrsg.) Sozialalmanach. Das vierte Lebensalter. Das Caritas-Jahrbuch zur sozialen Lage der Schweiz. Trends, Analysen, Zahlen. Luzern: Caritas-Verlag, 149–162.
- Imhof, Arthur E. (1981) Die gewonnenen Jahre. Von der Zunahme unserer Lebensspanne seit dreihundert Jahren oder von der Notwendigkeit einer neuen Einstellung zu Leben und Sterben, München: Beck.
- Isengard, Bettina (2018) Nähe oder Distanz? Verbundenheit von Familiengenerationen in Europa, Leverkusen: Budrich Academic.
- Jagger, Carol; Weston, Claire, Cambois, Emanuelle et al. (2011) Inequalities in health expectancies at older ages in the European Union: Findings from the Survey of Health and Retirement in Europe (SHARE), *Journal of Epidemiology & Community Health*, 65,11: 1030-1035.
- Jaritz, Gerhard; Müller, Albert (Hrsg.) (1988) Migration in der Feudalgesellschaft, Frankfurt: Campus.
- Kalter, Frank (1997) Wohnortswechsel in Deutschland. Ein Beitrag zur Migrationstheorie und zur empirischen Anwendung von Rational-Choice-Modellen, Opladen: Leske + Budrich.
- Khalatbari, Parviz (2007) Die weibliche Emanzipation und der Prozess der Wandlung der generativen Verhaltensweise, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 32,1-2: 11-34.
- Klein, Thomas; Schneider, Sven; Löwel, Hannelore (2001) Bildung und Mortalität. Die Bedeutung gesundheitsrelevanter Aspekte des Lebensstils, *Zeitschrift für Soziologie*, 30,5: 384–400.
- Kley, Stefanie (2009) Migration im Lebensverlauf. Der Einfluss von Lebensbedingungen und Lebenslaufereignissen auf den Wohnortswechsel, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Knodel, John; Shorter, Edward (1976) The Reliability of Family Reconstitution Data in German Village Genealogies, *Annales de démographie historique*: 115-153.
- Knodel, John; van de Walle, Etienne (1986) Lessons from the past: Policy implications of historical fertility studies, in: Ansley J. Coale, Susan Cotts Watkins (eds.) *The decline of fertility in Europe*, Princeton: University Press: 390-419.
- Kohli, Martin (1985) Die Institutionalisierung des Lebenslaufs, *Historische Befunde und theoretische Argumente*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 37: 1-29.
- Kohli, Martin; Künemund, Harald; Lüdicke, Jörg (2005) Family Structure, Proximity and Contact, in: Alex Börsch-Supan et al. (eds.) *Health, Ageing and Retirement in Europe. First Results from the Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe*. Mannheim: Mannheim Research Institute for the Economics of Ageing: 164-170.
- Kolip, Petra (2005). The association between gender, family status and mortality, *Journal of Public Health* 13: 309-312.
- Kommission ‚Bevölkerungspolitik‘ (Hrsg.) (1985) *Sterben die Schweizer aus? Die Bevölkerung der Schweiz: Probleme, Perspektiven, Politik*, Bern: Haupt.
- Kontis, Vasilis; Bennett, James E.; et al. (2017) Future life expectancy in 35 industrialised countries: projections with a Bayesian model ensemble, *The Lancet*, Online: [http://dx.doi.org/10.1016/S0140-6736\(16\)32381-9](http://dx.doi.org/10.1016/S0140-6736(16)32381-9).

- Krämer, Walter (1992) Altern und Gesundheitswesen: Probleme und Lösungen aus der Sicht der Gesundheitsökonomie, in: Paul B. Baltes, Jürgen Mittelstrass (Hrsg.) Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung, Berlin: Walter de Gruyter: 563-580.
- Krishnan, P.; Odynak, D. (1987) A generalization of Petersen's typology of migration, *International Migration*, 25,4: 385-397.
- Kroll, Lars E.; Lampert, Thomas; Lange, Cornelia; Ziese, Thomas (2008) Entwicklung und Einflussgrößen der gesunden Lebenserwartung, Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Public Health, Juli 2008, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Kubat, Daniel; Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (1981) Migration: Towards a new paradigm, *International Social Science Journal*, 33,2: 307-329.
- Kuhn, Randall (2010) Routes to low mortality in poor countries revisited, *Population and Development Review* 36,4: 655-692.
- Kunitz, Stephen J. (1983) Speculations on the European mortality decline, *The Economic History Review*, 36: 349-364.
- Lachenicht, Susanne (2010) Hugenotten in Europa und Nordamerika: Migration und Integration in der Frühen Neuzeit, Frankfurt: Campus Verlag.
- Lalive d'Épinay, Christian; Spini, Dario, et al. (2008) Les années fragiles. La vie au-delà de quatre-vingts ans, Québec: Presse de l'université Laval.
- Laurian, Lucie; Pottratz, Dana (2008) The distribution of environmental risks: Analysis, methods and French data, *Population* 63,4: 617-634.
- Lee, Ronald (2003) The demographic transition: Three centuries of fundamental change, *Journal of Economic Perspectives*, 17,4: 167-190.
- Le Goff, Jean-Marie; Ryser, Valérie-Anne (2018) Union libre, égalité et bien-être en Suisse, *Lives Working Paper 2018/70*, Genève: Université de Genève.
- Leimgruber, Walter (2016) Aktuelle Entwicklungstendenzen des Profils der Auswanderinnen und Auswanderer aus der Schweiz, in: *Politorbis. Zeitschrift für Aussenpolitik*, No. 62: 33-40.
- Lerch, Mathias; Oris, Michel (2018) Mortality during heat episodes in Switzerland: A story of vulnerability, in: Paul Puschmann, Tim Riswick (eds.) *Building Bridges. Scholars. History and historical demography*, Valkhof Pers: 626-646
- Lesthaeghe, Ron (1983) A century of demographic and cultural change in Western Europe: An exploration of underlying dimensions, *Population and Development Review*, 9,3: 411-435.
- Lesthaeghe, Ron (1992) Der zweite demographische Übergang in den westlichen Ländern: Eine Deutung, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 18,3: 313-354.
- Lesthaeghe, Ron J. (2010) The unfolding story of the second demographic transition, Paper presented at the Conference on Fertility in the History of the 20th Century – Trends, Theories, Public Discourses, and Policies; Akademia Leopoldina & Berlin-Brandenburgische Akademie, 21-23. Januar 2010.
- Lesthaeghe, Ron; Wilson, Chris (1982) Les modes de production, la laïcisation et le rythme de baisse de fécondité en Europe de l'Ouest de 1870 à 1930, *Population*, 37: 623-646.
- Letsch, Walter (2011) Die Alten in der Gesellschaft – in historischer Perspektive. Seminararbeit am Soziologischen Institut der Universität Zürich.
- Letsch, Walter (2012) Die Pestepidemie oder das ‚grosse Sterbend‘ von 1611, *Zürcher Taschenbuch auf das Jahr 2013*: 77-92.
- Letsch, Walter (2017) Demographic Aspects of the Early Modern Times. The Example of the Zurich Countryside in a European Perspective, Bern: Peter Lang Verlag.
- Lewin, Ralph (1983) Niveau und Struktur der Arbeitslosigkeit in der Schweiz 1973-1983, in: *Schweizerische Nationalbank, Geld, Währung und Konjunktur*, No. 5, Bern.

- Linde, Hans (1984) *Theorie der säkularen Nachwuchsbeschränkung 1800 bis 2000*, Frankfurt: Campus.
- Livi-Bacci, Massimo (2007) *A concise history of World population*; Malden MA: Blackwell Publishing. (4th edition).
- Lloyd-Sherlock, Peter (2010) *Population Ageing and International Development. From generalisation to evidence*, Bristol: The Policy Press, University of Bristol.
- Lobsiger, Georges (1946) *L'émigration de Suisse pour outre-mer de 1887 à 1938*, *Le Globe. Organe de la Société de Géographie de Genève*: 21-62.
- Lüscher, Kurt; Liegle, Ludwig (2003) *Generationenbeziehungen in Familie und Gesellschaft*, Konstanz: UVK.
- Luy, Marc (2003) *Warum Frauen länger leben – Wird ein Vergleich der Sterblichkeit von Kloster- und Allgemeinbevölkerung durch Bildungsgrad und Missionstätigkeit der Ordensmitglieder beeinflusst?* *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 28, 1: 5-35.
- Luy, Marc (2011) *Ursachen der Geschlechterdifferenz in der Lebenserwartung – Erkenntnisse aus der ‚Klosterstudie‘*, *Swiss Medical Forum* 37: 6.
- Mackenback, Johan P.; Valverde José R.; Bopp, Matthias et al. (2019) *Determinants of inequalities in life expectancy: an international comparative study of eight risk factors*, *Lancet Public Health* 4: e529-537.
- Mahlmann, Regina (1991) *Psychologisierung des 'Alltagsbewusstseins'. Die Verwissenschaftlichung des Diskurses über Ehe*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Malthus, Thomas R. (1798) *Essay on the Principle of Population, as it affects the future improvement of society*, London.
- Massey, Douglas S. (1988) *Economic development and international migration in comparative perspective*, *Population and Development Review*, 14,3: 383-413.
- Mattmüller, Markus (1976) *Das Einsetzen der Bevölkerungswelle in der Schweiz*, *Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 63: 390-405.
- Mattmüller, Markus (1987) *Bevölkerungsgeschichte der Schweiz. Teil I: Die frühe Neuzeit 1500-1700*, *Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft*, Band 154, Basel.
- Meier zu Verl, Christian (2020) *Die alternde Migrationsgesellschaft. Untersuchungen zur intersektionalen Praxis kultursensibler Pflege*, *Zeitschrift für Soziologie* 46,2: 305-329.
- Menolfi, Ernest (1980) *Sanktgallische Untertanen in Thurgau. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung über die Herrschaft Bürglen (TG) im 17. und 18. Jahrhundert*, St. Gallen: Fehr.
- Menthonnex, Jacques (2015) *Estimation des durées de vie par génération*, Neuchâtel: OfS.
- Mercer, Alex J. (1985) *Smallpox and epidemiological-demographic change in Europe: The role of vaccination*, *Population Studies*, 39: 287-307.
- Mestral, Carlos de; Chatelan, Angeline et al. (2019) *The Contribution of Diet Quality to Socioeconomic Inequalities in Obesity: A Population-based Study of Swiss Adults*, *Nutrients* 11 (doi:10.3390/nu11071573).
- Michel-Alder, Elisabeth (2018) *Länger leben – anders arbeiten. Erwerbstätige im demografischen und digitalen Wandel*, Zürich: Orell Füssli Verlag.
- Michels, Eckard (2010) *Die ‚Spanische Grippe‘ 1918/19. Verlauf, Folgen und Deutungen in Deutschland im Kontext des Ersten Weltkriegs*, *Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte* 1 (doi 10.1524/vfzg.2010.0001).
- Miller, Mark J. (1981) *Foreign Workers in Western Europe. An Emerging Political Force*, New York: Praeger.
- Milojevic-Grgic, Smiljana (2014) *Fertilität und generatives Verhalten in der Schweiz im europäischen Vergleich von 1960 bis 2000*, Doktorarbeit an der Universität Zürich, Erlenbach: Portmann Verlagsdienste.

- Minou, Afzali (2019) Wohnzufriedenheit dank kultursensiblen Umfeld: Die ‚mediterranen‘ Abteilungen als Vorbild? in: François Höpflinger, Valérie Hugentobler, Dario Spini (Hrsg.) Wohnen in den späten Lebensjahren. Grundlagen und regionale Unterschiede, Zürich: Seismo: 249-256.
- Mitterauer, Michael; Sieder, Rolf (1991) Vom Patriarchat zur Partnerschaft. Zum Strukturwandel der Familie, München: Beck.
- Moch, Leslie P. (1995) Moving Europeans: Historical migration practices in Western Europe, in: Robin Cohen (ed.) The Cambridge survey of world migration, Cambridge: University Press: 126-130.
- Moog, Stefan; Weisser, Veronica; Raffelhüschen, Bernd (2014) Altersvorsorge und die Schweizer Generationenbilanz - Lasten in die Zukunft verschoben, Zürich: UBS.
- Moret, Joelle; Efonyi, Denise; Stants, Fabienne (2007) Die sri-lankische Diaspora in der Schweiz, Schweizerisches Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien, Bern: Bundesamt für Migration
- Moser, André; Panczak, Radoslaw; Zwahlen, Marcel et al. (2014) What does your neighbourhood say about you? A study of life expectancy in 1.3 million Swiss neighbourhoods, J Epidemiol Community Health (doi:10.1136/jech-2014-204352).
- Mosimann, Andrea (2014) Kinder in Familienhaushalten, Demos Newsletter 2/Okttober 2014, Neuchâtel: Bundesamt für Statistik: 1-3.
- Mosquera, Isabel; Gonzalez-Rabago et al. (2018) Review of socio-economic inequalities in life expectancy and health expectancy in Europe, OPIK – Research Group on Social Determinants of Health and Demographic Change, University of the Basque Country.
- Mottu-Weber, Liliane (1994) Etre vieux à Genève sous l'Ancien Régime, in: Geneviève Heller (ed.) Le poids des ans. Une histoire de la vieillesse en Suisse romande, Genève: Editions d'en bas: 47-65.
- Murphy, Kevin M.; Topel, Robert H. (2006) The value of health and longevity, Journal of Political Economy 114, 5: 871-904.
- Myers, George C. (1992) Demographic aging and family support for older persons, in: Hal L. Kendig, Akiko Hashimoto, Larry C. Coppard (eds.) Family support for the elderly, Oxford: University Press: 31-68.
- Nauck, Bernhard (2007) Value of children and the framing of fertility: Results from a cross-cultural comparative survey in 10 societies, European Sociological Review 23,5: 615-629.
- Niederberger, Josef M. (1982) Die politisch-administrative Regelung von Einwanderung und Aufenthalt von Ausländern in der Schweiz – Strukturen, Prozesse, Wirkungen, in: Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny, Karl Otto Hondrich (Hrsg.) Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz. Segregation und Integration. Eine vergleichende Untersuchung, Frankfurt: Campus: 11-123.
- Notestein, Frank W. (1945) Population - The long view, in: Theodor W. Schultz (ed.) Food for the world, Chicago: 36-57.
- Olshansky, Stuart J.; Carnes, Bruce A.; Cassel, C. (1990) In search of Methuselah: Estimating the upper limits to human longevity, Science; 250(634): 640.
- Pärli, Jonathan (2019) Legal, illegal - wer genau? Die Schweizer Asylbewegung und der Streit um das Recht 1973-1992, Zeitschrift für Rechtssoziologie 39,2: 177-203
- Pelizäus-Hoffmeister, Helga (2011) Das lange Leben in der Moderne. Wechselbeziehungen zwischen Lebensalter und Modernisierung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Perrenoud, Alfred (1974) Malthusianisme et protestantisme: un modèle démographique ‚weberien‘, Annales E.S.C 29: 975-988.
- Perrenoud, Alfred (1975) L'inégalité sociale devant la mort à Genève au XVII siècle, Population 30: 221-243.

- Perrenoud, Alfred (1979) *La population de Genève du Seizième au Début du Dix-neuvième Siècle. Etude démographique*, Thèse, Genève: Université de Genève.
- Perrenoud, Alfred (1989) *La transition démographique dans la ville et la campagne genevoise du XVIIe au XIXe siècles*, in: *Mélanges d'histoire économique offerts au Professeur Anne-Marie Piuze*, Genève: 231-253.
- Perrig-Chiello, Pasqualina (2017) *Wenn die Liebe nicht mehr jung ist: Warum viele langjährige Partnerschaften zerbrechen und andere nicht*, Bern: Hogrefe.
- Perrig-Chiello, Pasqualina; Höpflinger, François (2001) *Zwischen den Generationen. Frauen und Männer im mittleren Lebensalter*, Zürich: Seismo.
- Perrig-Chiello, Pasqualina; Spahni, Stefanie; Höpflinger, François; Carr, Deborah (2015) *Cohort and Gender Differences in Psychosocial Adjustment to Later-Life Widowhood*, *Journals of Gerontology, Series B: Psychological Sciences and Social Sciences*, doi:10.1093/geronb/gbv004.
- Perrig-Chiello, Pasqualina; Höpflinger, François; Suter, Christian (2008) *Generationen – Strukturen und Beziehungen. Generationenbericht Schweiz*, Zürich: Seismo.
- Peters, Fabian; Raffelhüschen, Bernd; Reeker, Gerit (2018) *Ehrbare Staaten? Update 2017: Die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in Europa*, *Arguments zu Marktwirtschaft und Politik*, No. 139.
- Pfister, Christian (1984) *Das Klima der Schweiz von 1525–1860 und seine Bedeutung in der Geschichte von Bevölkerung und Landwirtschaft*, Bern: Haupt.
- Pfister, Christian (2014) *Umwelt- und Klimageschichte*, in: Georg Kreis (Hrsg.) *Die Geschichte der Schweiz*, Basel: Schwabe-Verlag: 34-37.
- Pfister, Ulrich (1983) *Die Anfänge von Geburtenbeschränkung in Europa: Wege zu einer umfassenderen Analyse*, in: Peter Borscheid; Hans Jürgen Teuteberg (Hrsg.) *Ehe, Liebe, Tod. Zum Wandel der Familie, die Geschlechts- und Generationenbeziehungen in der Neuzeit*, Münster: Coppenrath: 213-232.
- Pfister, Ulrich (1985) *Die Anfänge der Geburtenbeschränkung. Eine Fallstudie (Ausgewählte Zürcher Familien im 17. und 18. Jahrhundert)*, Bern: Lang.
- Pretzschner, Heidrun (1997) *Vormoderne Frauenbilder und die Familialisierung des Frauseins in der bürgerlichen Gesellschaft*, in: Lothar Böhnisch, Karl Lenz (Hrsg.) *Familien - eine interdisziplinäre Einführung*, Juventa: 65-79.
- Portes, Alejandro; Sensenbrenner, Julia (1993) *Embeddedness and immigration: Notes on the social determinants of economic action*, *International Migration Review*, 98,6: 1320-1350.
- Power, Chris; Kuh, Diana (2006) *Life course development of unequal health*, in: Johannes Siegrist, Michael Marmot (eds.) *Social inequalities in health. New evidence and policy implications*, Oxford: University Press: 27-53.
- Puur, Allan; Sakkeus, Luule; Pöldma, Asta; Herm, Anne (2011) *Intergenerational family constellations in contemporary Europe: Evidence from the Generations and Gender Survey*, *Demographic Research*, 25: 135-172.
- Raffelhüschen, Bernd; Borgmann, Christoph (2001) *Zur Nachhaltigkeit der schweizerischen Fiskal- und Sozialpolitik; Eine Generationenbilanz*, Strukturberichterstattung Nr. 3, Bern: Seco.
- Rapp, Ingmar (2011) *Marital status differences in mortality in later life. The significance of health related behaviour*, *Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, Online-Version 26.05.2011 (DOI: 10.4232/10.CPoS-2011-03en).
- Rapp, Ingmar (2012) *In Gesundheit und Krankheit*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 64, 783-803.
- Rausa, Fabienne (2020) *Überblick über die Scheidungen in der Schweiz*, in: *Demos 1/20*, Neuchâtel: Bundesamt für Statistik: 2-6.

- Ravenstein, Ernest G. (1885) The laws of migration, *Journal of the Royal Statistical Society* XLVIII: 167-222.
- Ravenstein, Ernest G. (1889) The laws of migration, *Journal of the Royal Statistical Society* LII: 241-301.
- Repetto, Marion; Bolzman, Claudio (2020) Vieillir à l'étranger. Le cas des ressortissant-e-s suisses au Maroc et en Espagne, *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 46,2: 199-217.
- Rey, Grégoire; Fouillet, Anne; Jouglu, Eric; Hémon, Denis (2007) Heat waves, ordinary temperature fluctuations and mortality in France since 1971, *Population* 62,3: 457-485.
- Reynolds, Philip L. (1994) *Marriage in the Western Church. The Christianization of Marriage during the Patristic and Early Medieval Periods*, Leiden: E. J. Brill.
- Richter, Matthias; Hurrelmann, Klaus (Hrsg.) (2006) *Gesundheitliche Ungleichheit. Grundlagen, Probleme, Perspektiven*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Richter, Matthias; Hurrelmann, Klaus (2007) Warum die gesellschaftlichen Verhältnisse krank machen, *APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte* 42/Oktober 2007: 3-10.
- Riley, James C. (2005) Estimates of regional and global life expectancy, 1800-2001, *Population and Development Review*, 31,3: 537-543.
- Riley, Mathilde (1985) Age strata in social systems, in: Robert H. Binstock; Ethel Shanas (eds). *Handbook of aging and the social sciences*, New York: Van Nostrand Reinhold: 369-411 (2nd ed.).
- Ritzmann-Blickenstorfer, Heiner (1997) *Alternative Neue Welt. Die Ursachen der schweizerischen Überseeauswanderung im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, Zürich: Chronos-Verlag.
- Robine, Jean-Marie; Paccaud, Fred (2005) Nonagenarians and Centenarians in Switzerland, 1860–2001, A Demographic Analysis. *J Epidemiol Community Health*; 59(1): 31–37.
- Rogers, Richard G.; Everett, Bethany G.; Saint Onge, Jarron M.; Krueger, Patrick (2010) Social, behavioral, and biological factors, and sex differences in mortality, *Demography* 47,3: 555-578.
- Rogger, Philippe (2015) *Geld, Krieg und Macht: Pensionsherren, Söldner und eidg. Politik in den Mailänderkriegen 1494-1516*: Zürich: Hier und Jetzt. Verlag für Kultur und Geschichte.
- Roussel, Louis (1980) *Marriages et divorces. Contribution à une analyse systématique des modèles matrimoniaux*, *Population* 35: 1025-1040.
- Ruby, J. Graham; Wright, Kevin M.; Rand, Kristin A. et al. (2018) Estimates of the Heritability of Human Longevity are substantially inflated due to Assortative Mating, *Genetics* 210: 1109-1124.
- Ruesch, Hanspeter (1979a) Die Demographie der Alpen zwischen 1630 und 1850. *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 29: 159-180.
- Ruesch, Hanspeter (1979b) *Lebensverhältnisse in einem frühen schweizerischen Industriegebiet. Sozialgeschichtliche Studie über die Gemeinden Trogen, Rehetobel, Wald, Gais, Speicher und Wolfshalden des Kantons Appenzell-Ausserrhoden im 18. und frühen 19. Jahrhundert*, Basel: Helbing & Lichtenhahn.
- Ruhstaller, Teresa; Bolle, Patrick (Hrsg.) (2016) *Tsüri verändern* Zürich: kulturbande.info.
- Russell, Josiah C. (1990) How many of the population were aged? in: Michael M. Sheehan (ed.) *Aging and the Aged in Medieval Europe*, Toronto: Pontifical Institute of Medieval Studies, Pp. 119-127.
- Ryder, Norman B. (1975) Notes on Stationary Populations, *Population Index* 41: 3-28.
- Ryder, Norman B.; Westoff, Charles (1977) *The contraceptive revolution*, Princeton: Princeton University Press.
- Ryter, Elisabeth; Barben, Marie-Louise (2012) Das vierte Lebensalter ist weiblich. Zahlen, Fakten und Überlegungen zur Lebensqualität im hohen Alter, Hrsg. Manifestgruppe der GrossmütterRevolution, Zürich (www.grossmuetter.ch).

- Sanderson, Warren C.; Scherbov, Sergei (2007) A new perspective on population aging, *Demographic Research* 16,2: 27-58.
- Sanderson, Warren C.; Scherbov, Sergei (2010) Remeasuring Aging, *Science*, Vol. 329: 1287-1288.
- Sanderson, Warren C.; Scherbov, Sergei (2020) *Prospective Longevity. A new vision of aging.* Cambridge MA: Harvard University Press.
- Sardon, Jean-Pierre (1986) Evolution de la nuptialité et de la divortialité en Europe depuis la fin des années 1960, *Population* 41: 436-482.
- Sauerländer, Dominik (2016) Die Schweiz als Auswanderungsland, *Swiss Archives of Neurology, Psychiatry and Psychotherapy* 167/7: 208-214.
- Sauvain-Dugerdil, Claudine (2006) Soziodemografie der späten familialen Lebensphasen, in: Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (Hrsg.) *Pflegen, betreuen und bezahlen. Familien in späteren Lebensphasen*, Bern: EKFF: 35-68.
- Schäfers, Bernhard (2006) *Stadtsoziologie. Stadtentwicklung und Theorien - Grundlagen und Praxisfelder*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schelbert, Leo (1976) *Einführung in die schweizerische Auswanderungsgeschichte der Neuzeit*, Zürich: Leemann.
- Schelbert, Leo (1992) Schweizer Auswanderung in das Gebiet der Vereinigten Staaten von Nordamerika, in: Paul Hugger (Hrsg.) *Handbuch der schweizerischen Volkskultur*, Zürich: Offin, Bd. 3: 1161-1179.
- Schelbert, Urs peter (1989) *Bevölkerungsgeschichte der Schwyzer Pfarreien Freienbach und Wollerau im 18. Jahrhundert*, Doktorarbeit, Basel: Universität Basel.
- Schempp, Daniela; Schief, Sebastian; Wagner, Aylin (2015) Determinants of Detraditionalization of the Division of Housework and Family Work in Swiss Couples Households, *Zeitschrift für Soziologie* 41,1: 33-57.
- Schindler, Benjamin (2017) Das Asylrecht als Experimentierfeld: Der Blick aus der Schweiz, in: Franz Merli, Magdalena Pöschl (Hrsg.) *Das Asylrecht als Experimentierfeld. Eine Analyse seiner Besonderheiten aus vergleichender Sicht*, Wien: Manz'sche Verlags- & Universitätsbuchhandlung: 189-204.
- Schlussbericht Francesco Kneschaurek (1974) *Zu den Entwicklungsperspektiven und Problemen der schweizerischen Volkswirtschaft bis zum Jahr 2000*, Bern (mimeo.).
- Schmid, Bruno (1967) *Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftswachstum. Die wechselseitigen Kausalzusammenhänge, dargestellt am Beispiel der Schweiz*, Zürich: Universität Zürich: Juris-Verlag
- Schmid, Josef (1984) *Bevölkerung und soziale Entwicklung: Der demographische Übergang als soziologische und politische Konzeption*, Boppard am Rhein: Boldt Verlag.
- Schmid, Susanne (2019) *Eine Geschichte des gemeinschaftlichen Wohnens. Modelle des Zusammenlebens*, Basel: Birkhäuser.
- Schneider, Werner (1925) *Die Bevölkerung der Stadt und Landschaft Zürich vom 14. Jahrhundert bis 17. Jahrhundert. Eine methodologische Studie*, Doktorarbeit an der Universität Zürich, Zürich: Schweizer Studien zur Geschichtswissenschaft XIV.
- Schneiter, Frederico (1983) *Die schweizerische Einwanderung in Chile*, Bern: Stämpfli.
- Schumacher, Reto; Vilpert, Sarah (2011). Gender differences in social mortality differentials in Switzerland (1990-2005), *Demographic Research* 25, 285-310.
- Schürmann, Markus (1974) *Bevölkerung, Wirtschaft und Gesellschaft in Appenzell-Innerrhoden im 18. und frühen 19. Jahrhundert*, Appenzell: Genossenschafts-Buchdruckerei.
- Schweizerischer Städteverband (2020) *Statistik der Schweizer Städte 2020*, Bern.

- Schweizerisches Rotes Kreuz (2013) Doppelt fremd. Demenzerkrankung in der Migration am Beispiel von Italienerinnen und Italienern, Bern 2013.
- Schweizerisches Gesundheitsobservatorium (2012) Migrationsbevölkerung und Gesundheit – eine Analyse von Hospitalisierungen, Obsan Bulletin 1/2012, Neuchâtel.
- Shahar, Shulamith (2005) Mittelalter und Renaissance, in: Pat Thane (ed.) Das Alter – Eine Kulturgeschichte, Darmstadt.
- Sheldon, George (2007) Migration, Integration und Wachstum: Die Performance und wirtschaftliche Auswirkung der Ausländer in der Schweiz. WWZ Forschungsbericht No. 01/07, Universität Basel: Wirtschaftswissenschaftliches Zentrum.
- Shorter, Eduard (1975) Der Wandel der Mutter-Kind-Beziehungen zu Beginn der Moderne, Geschichte und Gesellschaft, 1,2/3: 257-287.
- Shorter, Eduard (1977) Die Geburt der modernen Familie, Reinbeck: Rowohlt.
- Sieder, Rolf (1987) Sozialgeschichte der Familie, Frankfurt: Suhrkamp.
- Simon, Rita J.; Brettell, Caroline B. (eds.) (1986) International migration: The female experience, Totowa: Rowman & Altanheld.
- Sirven, Nicolas; Debrand, Thierry (2012). Social capital and health of older Europeans: causal pathways and health inequalities, Social Science and Medicine 75: 1288-1295.
- Sobotka, Tomáš (2008) Does persistent low fertility threaten the future of European populations?, in: Johan Surkyn et al (eds): Demographic challenges for the 21st Century. A state of art in demography; Brussels: VUBPress: 27-89.
- Sobotka, Tomáš (2011) Fertilität in Österreich, Deutschland und der Schweiz: Gibt es ein gemeinsames Muster? Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 36, 2/3: 305-348.
- Sommer, Walter (1945) Beiträge zur Bevölkerungssterblichkeit. Historisch vergleichende Studie auf Grund der Volkszählungsergebnisse der Stadt Bern 1764, Diss. Phil II, Bern: Schüler AG.
- Sommer, Jürg, H.; Höpflinger, François (1989) Wandel der Lebensformen und soziale Sicherheit in der Schweiz, Grösch: Rüegger.
- Soom Ammann, Eva (2011). Ein Leben hier gemacht. Altern in der Migration aus biographischer Perspektive. Italienische Ehepaare in der Schweiz. Bielefeld: transcript Verlag.
- Spoerri, Adrian; Schmidlin, Kurt et al. (2014) Individual and spousal education, mortality and life expectancy in Switzerland: a national cohort study, J Epidemiol Community Health 68:804-810.
- Spoerri, Adrian; Zwahlen, Marcel et al. (2006) Educational inequalities in life expectancy in German speaking part of Switzerland 1990-1997: Swiss National Cohort, Swiss Medical Weekly 136/9: 145-148.
- Spree, Reinhard (1992) Der Rückzug des Todes. Der Epidemiologische Übergang in Deutschland während des 19. und 20. Jahrhunderts, Konstanz: Universitätsverlag.
- Steinmann, Lukas; Telser, Harry (2005) Gesundheitskosten in der alternden Gesellschaft. Weshalb nicht die Zunahme älterer Menschen, sondern falsche Anreize das Gesundheitssystem unter Druck setzen, Zürich: NZZ Libro.
- Stolz, Jörg (1998) Einstellungen zu Ausländern im Zeitvergleich: 1969 und 1995, in: Tangram. Bulletin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus 4: 42-44.
- Sundin, Jan (1994) Vom Sterberisiko zur Lebenschance. Der abendländische Weg zum längeren Leben, in: Arthur E. Imhof; Rita Weinknecht (Hrsg.) Erfüllt leben - in Gelassenheit sterben. Geschichte und Gegenwart, Berlin: Duncker & Humblot: 113-128.
- Surkyn, Johan; Lesthaeghe, Ron J. (2004) Wertorientierungen und 'second demographic transition' in Nord-, West- und Südeuropa: Eine aktuelle Bestandsaufnahme, Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 29,1: 63-98.

- Süssmilch, Johann Peter (1765) Die göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung desselben erwiesen, Berlin.
- Steiner, Ilka; Fibbi, Rosita (2016) Démographie, formation tertiaire et migration qualifiée en Suisse, in: Matthis Behrens et al. (éds.) *Réflexions sur l'avenir de l'éducation. Quelques jalons et perspectives*, Neuchâtel: Institut de recherche et de documentation pédagogique (IRDP): 53-78.
- Stirbu, Irina; Kunst, Anton E.; Bopp, Matthias et al. (2010) Educational inequalities in avoidable mortality in Europe, *J Epidemiol Community Health* 64: 913-920.
- Stoffel, Walter A. (1979) Die völkervertraglichen Gleichbehandlungsverpflichtungen der Schweiz gegenüber den Ausländern. Eine Untersuchung über die Bedeutung der Gleichbehandlungsklauseln in den Niederlassungsverträgen, Zürich: Schulthess Polygraphischer Verlag.
- Stuckelberger Astrid (2012) *Le guide des médecines anti-âge. De la prévention aux traitements: techniques de pointe et ressources pour la longévité, la santé et la beauté*, Lausanne: Editions Favre.
- Stuckelberger, Astrid; Höpflinger, François (1996) *Vieillissement différentiel: hommes et femmes*, Zürich: Seismo.
- Studer-Auer, Albert (1941) *Die Offensive des Lebens. Zum Neuaufbau der Familie*, Bern: Verlag A. Francke AG.
- Stutz, Heidi; Bauer, Tobias, Schmutz, Susanne (2007) *Erben in der Schweiz. Eine Familiensache mit volkswirtschaftlichen Folgen*, Zürich: Rüegger.
- Szreter, Simon (1993) The idea of demographic transition and the study of fertility change. A critical intellectual history, *Population and Development Review*, 19,4: 659-701.
- Szydlik, Marc (2016) *Sharing Lives. Adult Children and Parents*, London: Routledge.
- Thévenon, Olivier (2009) Increased women's labour force participation in Europe: Progress in the work-life balance or polarization of behaviours? *Population* 64,2: 235-272.
- Thompson, Warren S. (1929) *Population*, *American Journal of Sociology*, 34,6: 959-975.
- Toggenburg, Annette (2008) *Die Schweizer Asylpolitik und ihre Entwicklung bis zum Asylgesetz 2006*, Masterarbeit, Wien: Universität Wien.
- Trommsdorff, Gisela (2006) Cultural values regarding children and family: The cultural meaning of parent-child relationships, in: Jürgen Straub, Doris Weidemann, Carlos Kölbl, Barbara Zielke (eds.) *Pursuit of meaning. Advances in cultural and cross-cultural psychology*, Bielefeld: Transcript Verlag Bielefeld: 465-549.
- Tyrell, Hartmann (1982) Familie und Religion im Prozess der gesellschaftlichen Differenzierung, in: Volker Eid; Laszlo Vaskovics (Hrsg.) *Wandel der Familie - Zukunft der Familie*, Mainz: Grünewald-Verlag: 19-74.
- UBS AG (2019) *Wer zahlt die AHV-Sanierung? Analyse und Lösungsansätze*, Zürich.
- Unger, Rainer (2016) Lebenserwartung in Gesundheit. Konzepte und Befunde, in: Yasemin Niephaus, Michaela Kreyenfeld, Reinhold Sackmann (Hrsg.) *Handbuch Bevölkerungssoziologie*, Wiesbaden: Springer Fachmedien: 565-594.
- Uerner, Klaus (1976) *Die Deutschen in der Schweiz. Von den Anfängen der Kolonienbildung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges*, Frauenfeld: Huber.
- Van de Kaa, Dirk (1994) The second demographic transition revisited: Theories and expectations, in: Gijs Beets, Hans van den Brekel et al. (ed.) *Population and family in the Low Countries 1993: Late fertility and other current issues*, Lisse: Swets & Zeitlinger: 80-126.

- Van de Kaa, Dirk J. (1997) Verankerte Geschichten: Ein halbes Jahrhundert Forschung über die Determinanten der Fertilität - Die Geschichte und Ergebnisse, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 22,1: 3-57.
- Van de Kaa, Dirk (2002) The idea of a second demographic transition in industrialized countries, Paper presented at the Sixth Welfare Policy Seminar of the National Institute of Population and Social Security, Tokyo, Japan, 29 January 2002.
- Van de Walle, Francine (1975) Migration and Fertility in Ticino, *Population Studies* 24,3: 447-462.
- Van de Walle, Francine (1980) Education and the demographic transition in Switzerland, *Population and Development Review*, 6,3: 463-472.
- Van Zanden; Jan L.; De Moor, Tine; Carmichael, Sarah (2019) *Capital Women: The European Marriage Pattern, Female Empowerment, and Economic Development in Western Europe, 1300-1800*, Oxford: University Press.
- Wagner, Michael (1989) *Räumliche Mobilität im Lebenslauf. Eine empirische Untersuchung sozialer Bedingungen der Migration*, Stuttgart: Enke.
- Waite, Linda; Gallagher, Maggie (2000). *The case for marriage: Why married people are happier, healthier, and better off financially*, New York: Doubleday.
- Wahl, Hans-Werner; Heyl, Vera (2004) *Gerontologie – Einführung und Geschichte*, Stuttgart: Kohlhammer.
- Waldron, Ingrid (1986) What do we know about causes of sex differentials in mortality? A review of the literature, *New York: Population Bulletin of the United Nations*, 18.
- Wall, Richard (1983) The household. Demographic and economic change in England 1650-1970, in: Richard Wall et al. (eds.) *Family forms in historic Europe*, Cambridge: Cambridge University Press: 493-512.
- Walter, Emil J. (1966) *Soziologie der Alten Eidgenossenschaft. Eine Analyse ihrer Sozial- und Berufsstruktur von der Reformation bis zur Französischen Revolution*, Bern: Francke Verlag.
- Wanner, Philippe (2006) Demografische Indikatoren der Kindheit und der Generationenbeziehungen, *Demos* 1/06, Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Wanner, Philippe (2020) Internationale Wanderungen und Integration im Zeitverlauf, in: Bundesamt für Statistik & Universität Neuchâtel (Hrsg.) (2020) *Migration – Integration – Partizipation*, Neuchâtel: 30-42
- Wanner, Philippe; Lerch, Mathias (2012) *Mortalité différentielle en Suisse 1990-2005*, Berne: Office fédéral des assurances sociales.
- Wanner, Philippe; Steiner, Ilka (2018) Ein spektakulärer Anstieg der hochqualifizierten Zuwanderung in die Schweiz, *Social Change in Switzerland* No. 16 Genf: Institut für Demografie und Sozioökonomie IDESO.
- Watkins, Susan C. (1981) Regional patterns of nuptiality in Europe, 1870-1960, *Populations Studies*, 35,2: 199-215.
- Watkins, Susan C. (1990) From local to national communities: The transformation of demographic regimes in Western Europe, 1870-1960, *Population and Development Review*, 16,2: 241-272.
- Wegmann, Susanne (1989) *The Swiss in Australia*, Grösch: Verlag Rüeegger.
- Wessendorf, Berthold (1973) *Die überseeische Auswanderung aus dem Kanton Aargau im 19. Jahrhundert*, Aarau: Sauerländer.
- Wicki, Hans (1979) *Bevölkerung und Wirtschaft des Kantons Luzern im 18. Jahrhundert*, Luzern: Rex-Verlag.
- Wilkinson Richard G.; Prickett Kate E. (2006) Income inequality and population health: A review and explanation of evidence. *Social Science & Medicine* 62: 1768-1784.

- Williams, Lucy (2010) *Global marriage. Cross-border marriage migration in global context*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Wirthlin, Annette (2015) *Bye Bye Baby? Frauen im Wettlauf gegen ihre biologische Uhr*, Thun: Werd & Weber Verlag.
- Wunsch, Guillaume; Duchêne, Josianne; Thiltgès, Evelyne; Salhi, Mohammed (1996) Socio-economic differences in mortality. A life course approach, *European Journal of Population*, 12: 167-185.
- Wyler, Julius (1923) *Das Übervölkerungsproblem der Schweiz*, *Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft* 59.1 (Separatdruck).
- Yashin, Anatoli I.; Iachine, Ivan A. (1997) How frailty models can be used for evaluating longevity limits: Taking advantage of an interdisciplinary approach, *Demography*, 34,1: 31–48.
- Zaidi, Batoöl; Morgan, S. Philip (2017) The Second Demographic Transition Theory: A Review and Appraisal, *Annual Review of Sociology* 43: 473-492.
- Zbinden, Karl (1931) *Die schweizerische Auswanderung nach Argentinien, Uruguay, Chile und Paraguay*, Bern: Doktorarbeit Universität Bern.
- Zelinsky, Wilbur (1971) The Hypothesis of the Mobility Transition, *Geographical Review* 61, 2: 219-249.
- Ziegler, Béatrice (1985) *Schweizer statt Sklaven. Schweizerische Auswanderer in den Kaffee-Plantagen von Sao Paulo (1852-1866)*, Stuttgart: Steiner.
- Zölch, Martina; Mücke, Anja (Hrsg.) (2015) *Fit für den demografischen Wandel? Ergebnisse, Instrumente, Ansätze guter Praxis*, Bern: Haupt: 434-451 (2. vollständig überarbeitete Auflage).
- Zufferey, Jonathan (2020) *Binnenwanderung in der Schweiz: Bewegungen und Auswirkungen*, in: Bundesamt für Statistik & Universität Neuchâtel (Hrsg.) (2020) *Migration – Integration – Partizipation*, Neuchâtel: 84-95.
- Zurfluh, Anselm (1982) *Urseren 1640-1830. Les populations des hautes vallées alpines: Contribution à leur histoire démographique*, *Schweiz. Zeitschrift für Geschichte*, 32: 293-323.

Letzte Aktualisierung: 3. Okt. 2020